

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 12

Chronik von 2012 bis 2015



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 2012	5-41
2013	42-124
2014	124-205
2015	205-323
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	324-326

Danksagung und Widmung

Den Tod fürchten die am wenigsten, deren Leben am meisten Wert hat.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Jens Kristian Bech Pedersen, Wolfgang Berger, Maurice Caillet, Karlheinz Deschner, Jürgen Elsässer, Valentin Falin, Hans Fenske, George Friedman, Manfred Hauke, Thorsten Hinz, Klaus Höpcke, Marie-Thérèse Kaiser-Guyot, Heiner Kappel, Stephan Klecha, Eberhard Kleina, Michael Klonovsky, Josef Kraus, Uwe C. Lay, Werner Lehfeldt, Herbert Ludwig, Silke Lührmann, Heinz Nawratil, Henry Paul, Hans Penner, Juan Claudio Sanahuja, Thilo Sarrazin, Ulrich Schacht, Stefan Scheil, Guntram von Schenck, Ingrid Schlotterbeck, Gerd Schultze-Rhonhof, Moritz Schwarz, Inge M. Thürkauf, Udo Ulfkotte, Hans-Ulrich Wagner, Franz Walter, C. O. Weiss, Karlheinz Weißmann, Willy Wimmer, Stefan Winckler und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Demokratie ist zum Beispiel, wenn die Mehrheit sich für Barabbas und gegen Jesus entscheidet.

Pierre A. de Bonmarchais (1732-1799, französischer Uhrmacher und Schriftsteller)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung

aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Früher hießen sie Mitläufer. Heute sagt man, jemand sei political correct.

Unbekannter Verfasser

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 2012 bis 2015

2012

Besser den Wolf aus der Schafherde heraushalten als darauf zu vertrauen, man könne ihm Zähne und Klauen ziehen, nachdem er eingebrochen ist.

Thomas Jefferson (1743-1826, nordamerikanischer Politiker)

08.01.2012

BRD: Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtet am 8. Januar 2012 (x936/...):

>>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der

BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigt Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

04.02.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Februar 2012 (x887/...): >>London deckt Stasi-Agenten

Geheimdienste im Visier: Großbritannien verhindert Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit
Das DDR-Regime ließ nicht nur Deutsche auf mittel- und westdeutschem Boden agieren, auch Nicht-Deutsche spitzelten im Auftrag von Ostberlin im Ausland. Doch bisher ist dieses Kapitel der DDR-Vergangenheit kaum erforscht, auch weil das Ausland abblockt.

Briten und Amerikaner in Stasi-Diensten? Daß Bürger westlicher Länder als Stasi-Mitarbeiter in der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum eine Rolle spielen, hat nicht nur mit dem Vernichten von Akten in den Wendejahren 1989/90 zu tun. Bis heute halten die USA und Großbritannien von der Stasi erbeutetes Material zurück:

Würde man einen Wettbewerb veranstalten, welcher Nachrichtendienst die wenigsten Spuren in den Archiven hinterlassen hat, gäbe es einen klaren Anwärter für eine Spitzenposition: die militärische Aufklärung der NVA. Einige wenige enttarnte Agenten in Westeuropa, einige Zeitzeugen und eine Handvoll Akten im Bundesarchiv sind schon fast alles, was man mit dem 1990 aufgelösten Nachrichtendienst noch in Verbindung bringen kann.

Die geheime Truppe, die den Ruf hatte, recht effektiv zu arbeiten, ist heute nur noch das Spezialgebiet einiger Historiker und Geheimdienstexperten. Nicht ganz so erfolgreich beim Beseitigen von Spuren war die Auslandsspionage der Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Das Beseitigen von schriftlichem Material ist ihr nur teilweise gelungen. Zum Debakel geriet sogar der Versuch, hochbrisante Daten beim KGB in Sicherheit zu bringen.

Wie es dem CIA gelungen ist, das unter der Bezeichnung "Rosenholz"-Datei bekannt gewordene Material an sich zu bringen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Kolportiert wird, daß die Bestechung eines Mitarbeiters in der Ostberliner KGB-Residentur eine entscheidende Rolle gespielt hat. Unbestritten ist allerdings die Bedeutung des von der CIA erbeuteten Materials: Nicht nur die Ergebnisse der Stasi-Auslandsspionage wurden rekonstruierbar, sondern auch die Identitäten der angeworbenen Agenten in Westeuropa und den USA.

Nach hartnäckigem Bemühen durch die Bundesregierung wurden zwischen 1999 und 2003 durch die US-Behörden Kopien der "Rosenholz"-Datei an Deutschland übergeben. Das übergebene Material kam nicht nur reichlich spät, es ist auch bis heute unvollständig: Auf den insgesamt 381 Datenträgern, die an Deutschland übergeben wurden, fehlt Material, das sich auf nichtdeutsche Stasi-Agenten in Westeuropa bezieht. Diese Daten wurden von den Amerikanern zwar den betreffenden Staaten ausgehändigt, aber nicht Deutschland.

Die Regierungen von Norwegen, Dänemark und Schweden haben inzwischen signalisiert, daß sie die Datenbestände, die sie von der CIA erhalten haben, Deutschland zugänglich machen wollen. Auf Granit gebissen ist die deutsche Anfrage allerdings im Falle Großbritanniens. Obwohl für die wissenschaftliche Forschung die Zusammenführung der Datenbestände dringend nötig wäre, wird eine Einsichtnahme bisher strikt abgelehnt.

Gestützt auf Angaben des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 wurden im Jahr 1999 vom damaligen Innenminister Jack Straw gegenüber Parlamentariern angegeben, daß etwa 100 Briten für die Stasi gearbeitet hätten. Zumindest in juristischer Hinsicht scheint diese Zusammenarbeit in keinem einzigen Fall Folgen gehabt zu haben.

Anthony Glee, Professor an der University of Buckingham, gab gegenüber dem "Guardian" an, daß es in Großbritannien bisher keine Verurteilung wegen Spionage für die Stasi gegeben habe. Über den modus operandi, auf den sich der Inlandsgeheimdienst MI5 und die enttarnten Agenten geeinigt haben, kann man nur spekulieren.

Ähnlichen Pragmatismus kennzeichnet auch die britische Auslandsspionage durch den MI6. Bereits 2006 sah er sich Vorwürfen russischer Behörden ausgesetzt. Außer der "üblichen" Spionage ging es bei den damaligen Vorwürfen um die verdeckte Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen. Daß es sich damals nicht um russische Paranoia gehandelt hat, wurde vor kurzem durch eine Dokumentation des Senders BBC2 aufgedeckt. Die russischen Vorwürfe waren zutreffend, wie Jonathan Powell, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter Tony Blairs, gegenüber der BBC bestätigte.

Die damals vom britischen Botschafter vehement bestrittene geheime finanzielle Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen gehört eigentlich zum Standardrepertoire von Nachrichtendiensten.

Mehr aus einem James-Bond-Film könnten allerdings Geräte stammen, die dem russischen FSB im Zusammenhang mit den damaligen britischen Aktionen aufgefallen waren. Als moderne Variante des "Toten Briefkastens" nutzte der MI6 Mini-Computer zur Datenübermittlung. In Steinattrappen eingebaut, wurden die Computer unauffällig am Rande Moskauer Straßen deponiert und konnten per Funk von Agenten mit Daten beschrieben und ebenfalls per Funk im Vorbeigehen oder Fahren ausgelesen werden.<<

03.03.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. März 2012 (x887/...): >>wikipedia: eine "Autobiographie"

Hintergründe zur Online-Enzyklopädie - Alfred M. de Zayas abgelehnt

"Na toll, wikipedia über wikipedia, da wirst du bestimmt lauter Enthüllungen lesen", so der ironische Kommentar einer Kollegin über das Buch "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt" von Wikimedia Deutschland e.V. Doch das ist zu kurz gedacht, denn natürlich verrät auch eine Autobiographie etwas über den Autor und seine

Sicht der Dinge. Nun ist wikipedia zwar keine Person, sondern die größte Online-Enzyklopädie weltweit, doch das ändert nichts daran, daß man dank des Buches Blicke hinter die Kulissen von wikipedia erhält.

Bis vor einiger Zeit gehörte die Rezensentin auch noch zu jenen, die auf die Frage, wie sie wikipedia findet, wikipedia schlicht für gut befunden hätte. Doch seitdem sie an der Bearbeitung des Wikipedia-Eintrages der PAZ mitbekommen hat, wie dort viele der ehrenamtlichen Autoren "ticken", und nachdem US-Wissenschaftler in einer Studie belegt haben, daß wikipedia keineswegs politisch neutral ist, ist sie auf Distanz gegangen.

Man muß das vorliegende Buch insoweit loben, als daß die dort versammelten ehrenamtlichen Wikipedia-Mitarbeiter zum Teil selbst die fehlende Neutralität der Enzyklopädie kritisieren dürfen. Allerdings läuft die Kritik in eine aus PAZ-Sicht unbefriedigende Richtung.

So merkt Benutzer "Neon02" zwar an, daß die Autoren und Administratoren nicht die Gesellschaft abbilden, sondern es sich nur hauptsächlich um junge, gutgebildete Männer handele, die mit ihrer Sicht wikipedia prägen, doch dann betont er, daß es eine offene Flanke nach rechtsaußen gebe. Dies würde man daran erkennen, daß ein "Revisionist wie Alfred M. de Zayas als reputable Quelle" gelten darf.

Jemand, der den Völkerrechtler de Zayas so einordnet, braucht keine Aussage mehr zu treffen, wo er selbst politisch einzuordnen ist. Und da in dem Buch besonders renommierte und aktive Wikipedia-Mitarbeiter versammelt sind, sagt das auch viel über Wikipedias politische Ausrichtung.

Aber man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, so mancher der im Buch versammelten Autoren hat vermutlich einfach die Schaffung einer freizugänglichen Enzyklopädie im Blick. Sie dürfen hier von ihren Erlebnissen berichten. Die Anekdoten verraten auch viel darüber, wie wikipedia entstanden ist und funktioniert, wie sich die Online-Enzyklopädie entwickelt und verbessert hat, aber auch, an welchen Stellen es immer noch hakt.

Wikimedia Deutschland e.V.: "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt", ... Hamburg 2011 ...<<

13.04.2012

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 13. April 2012: >>Eine Option, die Angst macht

Vor neunzig Jahren schockierte der Vertrag von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der kommunistischen UdSSR die Westmächte

Stefan Scheil

Die diplomatischen Vertreter der Westmächte hatten es eilig am frühen Morgen des 16. April 1922. Man rannte schnell in Richtung deutscher Delegation, denn es zeichnete sich am Rande der internationalen Konferenz im italienischen Küstenort Rapallo eine ebenso unerwartete wie spektakuläre Entwicklung ab: Es drohte ein deutsch-sowjetisches Abkommen.

Tagelang hatte besonders der britische Premier jedes direkte Gespräch mit der deutschen Delegation verweigert, jetzt bot er es in letzter Stunde an. Deutschlands Außenminister Walther Rathenau wurde bei dieser Nachricht nachdenklich, aber er winkte letztlich ab. Es war zu spät. "Der Wein ist angerichtet, nun muß er auch getrunken werden", so zitierte er ein französisches Sprichwort und schritt zur Unterzeichnung eines bis heute legendären Abkommens.

Vordergründig ging es zunächst einmal ums Geld, ein Thema, um das in Rapallo heftig gerungen wurde. Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg verloren und sollte nun in unbegrenzter Höhe die Rechnungen zahlen, auf denen die Siegermächte saßen. "Kriegsschuld" lautete das Argument. Formal hatte man vom Deutschen Reich im Versailler Vertrag 1919 ein Schuldgeständnis und einen Blankoscheck erpreßt.

Seit drei Jahren wurde aber nun schon über Details verhandelt, Rapallo war nur eine weitere von zahlreichen Konferenzen zum Thema. Stetig luden französische und britische Diplomaten

die ansonsten verhaßte bolschewistische UdSSR dazu ein, sich auf Basis des Versailler Vertrags an der Ausplünderung Deutschlands zu beteiligen - um auf diese Weise die Schulden des zaristischen Rußland bei den Westmächten bedienen zu können.

Allein, in Moskau wollte man davon nichts hören und veröffentlichte statt dessen genüßlich immer neue Dokumente aus den Beständen des Zarenreichs, aus denen die Kriegsschuld des Zaren und der Westmächte zweifelsfrei hervorging. Irgendwelche russischen Zahlungsverpflichtungen aus dieser Zeit wiesen die Bolschewiki als Ausdruck widerwärtiger imperialistischer Machenschaften zurück.

Ein zusätzlicher Grund für diese Haltung lag in der weiteren Taktik. Der Weg zur Weltrevolution führte über Deutschland, und noch glaubte die Moskauer Führung zuversichtlich, ihn bald beschreiten zu können. Dazu mußte die UdSSR in Deutschland als Hoffnungsträger gelten, als potentieller Verbündeter, um sich gegen die Übermacht aus Westeuropa zur Wehr setzen zu können.

Diese sowjetische Haltung war ein schwerer Schlag für die Zahlungsfähigkeit der Westmächte Frankreich und England. Sie versuchten sie zuerst mit einer Intervention in den russischen Bürgerkrieg zu korrigieren, mit der in Moskau ein antisowjetisches, vor allem aber ein zahlungswilliges Regime etabliert werden sollte. Dieses Unternehmen scheiterte. Bald darauf mußten London und Paris sogar noch einen weiteren Rückschlag hinnehmen, denn statt sich bei "Versailles" einzureihen, schlossen auch die USA im Sommer 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland. Von unbegrenzten deutschen Zahlungsverpflichtungen und Alleinschuld war darin nicht die Rede.

Damit war eine Konstellation entstanden, in der eigentlich eine grundsätzliche Wende im deutsch-britisch-französischen Verhältnis hätte eintreten können. Als weitere Drohkulisse zum Nachweis angeblicher Aggressivität des Deutschen Reiches taugte der Weimarer Staat kaum noch. Die deutsche Republik war klein genug geschnitten, um sie nicht weiter durch endlose Finanzforderungen und Besatzungsdrohungen mit Zerschlagung und endgültigem Ruin bedrohen zu müssen. Das mußte westliches Eigeninteresse eigentlich erkennen können, dennoch änderte sich wenig.

Aus deutscher Perspektive sah die Welt des Jahres 1922 daher alles andere als freundlich aus. Die Republik war teilweise besetzt, militärisch verteidigungsunfähig und noch dazu von Nachbarn wie den Republiken Polen und Frankreich umgeben, die nur notdürftig getarnt an der weiteren Zerschlagung Deutschlands und dem Erwerb von weiteren Teilen seines Staatsgebiets (Rheinland, Oberschlesien) arbeiteten.

Die Zustände im Osten Europas ließen sich auch nur unter der Betäubung durch die Kriegsergebnisse ertragen. "Wir haben in wenigen Jahren gelernt, Ereignisse kaum noch zu beachten, die vor dem Kriege die Welt hätten erstarren lassen. Wer denkt heute noch ernsthaft an die Millionen, die in Rußland zugrunde gehen," schrieb Oswald Spengler in diesem Jahr im "Untergang des Abendlands". Das Publikum las es dennoch mit Schaudern, die Politik auch.

Trotzdem blieb ein deutsch-russischer Ausgleich immer eine Option der Berliner Politik. Sicher, russische Politik ließ in Rußland Millionen zugrunde gehen. Westliche Hungerpolitik hatte allerdings im Krieg und danach abseits des Schlachtfelds viele Hunderttausende in Deutschland zugrunde gehen lassen, hauptsächlich Kinder. Es bestand 1922 kein grundsätzlicher Anlaß, an der potentiellen Todfeindschaft der ehemaligen Kriegsgegner aus dem Westen zu zweifeln.

Die Rückkehr zu einer Politik, die wenigstens eine Neutralität Rußlands sicherstellte, konnte dagegen an Bismarcksche Traditionen anknüpfen. Der alte Reichskanzler hatte einen französischen Angriff auf Deutschland für den Fall einer russischen Neutralität ausgeschlossen, für den Fall ihres Fehlens aber "ganz sicher" erwartet.

Internationale Konstellationen neigen dazu, sich zu wiederholen, und sie tun dies in großem

Maß unabhängig von Ideologiewechseln in den beteiligten Staaten. Ein deutsch-russischer Ausgleich war deshalb auch im Jahr 1922 attraktiv, obwohl die sowjetische Ideologie dagegen stand. In der Tat arbeitete man in Moskau weiter an der deutschen Revolution und startete dann auch trotz des Rapallo-Abkommens im nächsten Jahr 1923 einen Umsturzversuch in Deutschland.

Internationale Stabilität brachte das Rapallo-Abkommen also nicht. Die europäische Politik blieb ein Haifischbecken, inklusive Kriegsdrohungen, wirtschaftlicher Erpressung und revolutionärer Subversion. Immerhin vereinbarten die Weimarer Republik und die Sowjetunion 1922, auf gegenseitige Forderungen zu verzichten und volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Aus Sicht des Westens war dies ein alarmierendes Zeichen.

Die Grenzen des politischen wie finanziellen Ausbeutungswerts des Versailler Vertrags wurden erstmals deutlich, besonders aber die Gefahren einer grundsätzlichen Umorientierung der deutschen Außenpolitik. Konnte eine dauerhafte deutsch-russische Zusammenarbeit hergestellt werden, dann würde der Westen östlich des Rheins kaum noch etwas zu sagen haben. Obwohl nun schon vor neunzig Jahren geschlossen, hat das Rapallo-Abkommen den Skandalgeruch dieser Option und ihrer Aktualität nie ganz verloren.

Vertrag von Rapallo

Artikel 1

Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz von Kriegskosten beziehungsweise Kriegsschäden ebenso auf Erstattung für die Aufwendungen für Kriegsgefangene. Einvernehmlicher Austausch von im Krieg requirierten Handelsschiffen.

Artikel 2

Deutschland verzichtet auf Ansprüche, die sich durch die Enteignung der UdSSR gegen deutsche Reichsangehörige ergeben.

Artikel 3

Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

Artikel 4

Grundsatz der Meistbegünstigung bei der Rechtsstellung der Staatsangehörigen im jeweils anderen Staatsgebiet für allgemeine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Artikel 5

Auf internationaler Basis vorherige Absprachen "in wohlwollendem Geiste" bei der Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse beider Staaten.

Artikel 6

Regelungen zum Inkrafttreten.<<

21.04.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. April 2012 (x887/...): >>"Holt unser Gold heim!"

Initiative fordert: Deutsche Goldreserve zurück nach Deutschland

Eine Initiative aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern, Kaufleuten, Verlegern und Publizisten hat sich zusammengetan, um die Rückführung der deutschen Goldreserven nach Deutschland zu erreichen. Die Reserven befinden sich Schätzungen zufolge zu 66 Prozent in New York, zu 21 Prozent in Paris, zu acht Prozent in London und nur zu fünf Prozent am Sitz der Bundesbank in Frankfurt. Die Bundesbank verwaltet das Gold des deutschen Volkes treuhänderisch.

Es handelt sich offiziellen Angaben zufolge um 3.400 Tonnen, die derzeit einen Marktwert von rund 140 Milliarden Euro haben. Das Gold ist im Wesentlichen der Ertrag deutscher Exportüberschüsse zu Zeiten der Goldstandard-Währungen des Bretton-Woods-Systems in den 50er und 60er Jahren.

Die Initiative "Holt unser Gold heim" geht aus vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) und der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. Erstunterzeichner sind TAE-Chef Rolf von Hohenau, der Autor Bruno Bandulet, FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der bekannte Finanzjournalist (ntv-"Telebörse") Frank Meyer, der Chefvolkswirt der Bremer Landesbank Folker Hellmeyer und Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel.

Sie fordern, daß zunächst unabhängig überprüft wird, ob das deutsche Gold überhaupt noch vollständig ist, woran immer wieder Zweifel aufkommen. Dann sollten die Barren "zeitnah" nach Deutschland überführt werden. Gold gilt als "Geld für den Ausnahmezustand", weshalb Experten wenig Sinn darin sehen, die Barren im Ausland zu lagern. Fragen nach dem Sinn der Fernlagerung werden kaum beantwortet.<<

26.05.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Mai 2012 (x887/...): >>Jugend ohne Gott

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertgefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt.

Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben.

Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Rußland die Menschen wieder in Massen taufen. Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank

er in Rußland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Rußlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.

Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben.

Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, daß Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich "das Geschäft" belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich "ökumenisch" arrangiert.

Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.

Daß man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen "Berliner Stadtmission" neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der "Jungen Kirche Berlin" treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der "Feier zur Lebenswende für Ungetaufte", das "Nächtliche Weihnachtslob" auf dem Domplatz oder der "Gottesdienst für Verliebte" erfreuen sich immer größeren Zulaufs.<<

29.05.2012

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer:**

Deutsche sollen zahlen

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com

schrrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

30.06.2012

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30 Juni 2012 über die "Atlantik-Brücke": >>Im Dienst der Vereinigten Staaten

Im altherwürdigen Magnus-Haus in Berlin gegenüber der Museumsinsel befindet sich seit 1999 die Zentrale der Atlantik-Brücke. Im selben Haus hat auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sein Büro. Nebenan patrouillieren Polizisten, dort wohnt Kanzlerin Angela Merkel. Die räumliche Nähe ist zufällig, aber auch symbolisch und zugleich praktisch. Denn Weizsäcker wie Merkel sind Mitglieder dieses transatlantischen Clubs.

Die Atlantik-Brücke bezeichnet sich als überparteilich, gemeinnützig und privat. Bescheiden verlautet sie, ihr Ziel sei es, "eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schlagen". Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Große Worte hat die Atlantik-Brücke nicht nötig.

Eingeweihte wissen, daß es sich um einen der exklusivsten und einflußreichsten Vereine in Deutschland handelt. Die Atlantik-Brücke zählt rund 500 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien. Zutritt erhält man nicht durch Bewerbung, sondern durch Empfehlung. Die Atlantik-Brücke gibt sich im Unterschied zu den Bilderbergern (JF 25/12) transparent, doch ihre Wirkung erzielt auch sie vor allem durch diskretes und informelles Handeln.

Bündelung proamerikanischer Kräfte

Gegründet wurde sie 1952 in Hamburg. Die Idee, die proamerikanischen Kräfte in der Atlantik-Brücke zu bündeln, zu koordinieren und mit den amerikanischen Eliten zu vernetzen, stammte vom Bankier Eric M. Warburg. Unterstützung fand er beim amerikanischen Hochkommissar John McCloy. Zu den Gründungsmitgliedern zählten die Zeit-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt. Gleichzeitig wurde als amerikanische Komplementär-Organisation der American Council on Germany ins Leben gerufen. Dessen bekanntestes Mitglied ist Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Die Atlantik-Brücke betätigt sich als Forum, Netzwerk und Denkfabrik. Sie organisiert Tagungen, Austauschprogramme, Vorträge und Hintergrundgespräche. Bundespräsident Joachim Gauck gehört dazu, auf der Liste stehen Führungskräfte aus Banken und Konzernen, Spitzenpolitiker der maßgeblichen Parteien und bekannte Medienvertretern: der Fabrikant Arend Oetker, der Unternehmensberater Roland Berger, der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, ZDF-Moderator Theo Koll, Zeit-Herausgeber Josef Joffe und der Zeit-Journalist Matthias Naß, der auch bei den Bilderbergern mitmisch.

Zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag treffen sich hier, so der Vorsitzende Ruprecht Polenz und Philipp Mißfelder (beide CDU). Polenz tritt vehement für

eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein, was den Wünschen der Vereinigten Staaten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß er sich im September 2011 im Magnus-Haus mit türkischen und amerikanischen Politikern zu einem "Arbeitsfrühstück" traf.

Özdemirs Stipendium

Neben natürlichen Personen sind auch Institutionen und Unternehmen vertreten, etwa der Daimler-Konzern, die Deutsche Bank, Goldman Sachs, und der American Jewish Congress. Die Atlantik-Brücke ist eng verbunden mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (die als eine Kopie des amerikanischen Originals gegründet wurde), mit der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft oder mit der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Besondere Bedeutung haben die "Young Leaders-Programme", die Nachwuchskräfte in die transatlantischen Netzwerke einbinden. Zu den "Young Leaders" zählen Altpräsident Christian Wulff, Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Bild-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Chef Cem Özdemir.

Natürlich ist nicht jedes Mitglied der Atlantik-Brücke ein proamerikanischer Lobbyist. Der Vorsitzende Friedrich Merz etwa widerspricht vehement der amerikanischen Forderung nach Ausgabensteigerungen im Bundeshaushalt. Aber je mehr ein Politiker seine Karriere dem transatlantischen Netzwerk verdankt, um so mehr hängt sein soziales Prestige davon ab und ist er diesem verpflichtet. Özdemir verzichtete 2002 auf sein Bundestagsmandat, nachdem er wegen einer Bonusmeilen-Affäre in die Schlagzeilen geraten war.

Er nutzte die Auszeit für ein Stipendiat in den Vereinigten Staaten, und machte sich mit dem amerikanischen Politikbetrieb vertraut. Unter anderem hatte er Kontakt zum "Project for the New American Century", einer neokonservativen Denkfabrik, die für die weltweite Dominanz der Vereinigten Staaten wirkt. Nach seiner Rückkehr zog er ins Europaparlament ein, wo er Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Heute befürwortet Özdemir lautstark eine europäische Banken- und Schuldenunion, die auch von der Regierung in Washington angemahnt wird. Für den EU-Beitritt der Türkei ist er ohnehin.

Die offizielle Gewaltenteilung wird degradiert

Solche informellen Verbindungen und Entscheidungsstränge degradieren die offizielle Gewaltenteilung und die parteipolitischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik weitgehend zur Theaterkulisse. Auch der CDU-Politiker Eckart von Klaeden und sein Bruder Dietrich gehören der Atlantik-Brücke an. Bis 2009 war Eckart außenpolitischer Sprecher seiner Partei, heute ist er Staatsminister im Kanzleramt. FDP-Mitglied Dietrich von Klaeden ist beim Springer-Konzern für die Kontakte zu Regierung und Parlament zuständig.

Wer politische Entscheidungen und Entwicklungen, Debattenverläufe und Pressekampagnen verstehen will, muß derartige Strukturen stets mitdenken.<<

14.07.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 2012 (x887/...): >>Energiewende schöngeredet

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.

Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.

Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxidausstoß bis 2020 im Blick.

Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.

Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit "würden die Investitionen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt", so die Empfehlung.

Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß deren Bilanz beim Kohlendioxid kaum geringer ausfällt.

Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuester Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.

Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffausstoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: "Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler."

Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.<<

18.08.2012

BRD: Josef Kraus (Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands und Leiter eines Gymnasiums bei Landshut) schreibt in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" vom 18. August 2012 (x887/...): >>"**Zukunft ist Herkunft**" - **Stärkt endlich den Geschichtsunterricht** Zukunft ist Herkunft", hat Martin Heidegger einmal gesagt. Auf Erziehung und Bildung gewendet heißt das: Eine Erziehung und Bildung ohne Tradition und ohne historisch-narrative beziehungsweise biografisch-narrative Elemente, eine Bildung und Erziehung der bloßen Daseinsgefräßigkeit, gar eine Schulbildung ohne grundsoliden Geschichtsunterricht wären eine Verweigerung von Zukunft und eine Verweigerung von Orientierung. Orientierung erwächst schließlich in erster Linie aus der Teilhabe am kulturellen Gedächtnis.

Das ist der Grund, warum totalitäre Systeme über bestimmte Epochen der Geschichte gerne den Mantel des Vergessens auszubreiten und zur Proklamation einer ewigen Gegenwart neigen. Denn ein Erinnern ist die Chance des Widerstands und der befreienden Kraft gegen Indoktrination.

Der unbehauste und historisch entwurzelte Mensch aber wird die Beliebigkeit und Oberflächlichkeit des "global village" nur dann aushalten, wenn er Geborgenheit in Kultur, Geschichte, Tradition und Sprache findet. Und er wird nur dann seine Froschperspektive überwinden, wenn er beherzigt, was der Frühscholastiker Bernhard von Chartres (um 1120) meinte:

"Im Bewußtsein unseres begrenzten Erkenntnisvermögens sind wir alle Zwerge, aber auf den Schultern von Riesen können die Zwerge weit schauen."

Mit anderen Worten: Nur dann sind wir auch ideell und ideengeschichtlich mündig.

In einer Zeit aber, in der die Politik meint, von Vision zu Vision eilen zu müssen, ist Geschichte unbequem, weil sie - ohne Klitterung betrieben - Skepsis gegen Utopien zu vermitteln vermag. Gerade deswegen hat der Archivar Winston Smith in George Orwells "1984"er Wahrheitsministerium ("Miniwahr") die Aufgabe, Geschichte ständig umzuschreiben, damit sie sich den jeweils aktuellen politischen Wünschen fügt. Geschichtspolitik nennt man so etwas.

Geschichtspolitik wirkt sich aber auch in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten etwa auf die Schulpolitik aus. Welche Bildungsschwerpunkte hier gesetzt werden beziehungsweise welche Themen ganz unter den Tisch fallen, ob es überhaupt ein eigenes Fach Geschichte oder dieses nur integriert in Gemeinschaftskunde gibt, das ist alles eine Frage der Geschichtspolitik.

Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis solcher Geschichtspolitik ist auch im Deutschland des Jahres 2012 ein historischer Analphabetismus unter Jung und Alt. An diesem Analphabetismus wird sich zukünftig nichts ändern, denn ganze historische Epochen wurden curricular entsorgt. Statt dessen ist exemplarisches Wissen angesagt. Aber heißt das: Ein Weltkrieg statt zwei, eine Revolution exemplarisch für fünf? Zwei Revolutionen würden reichen, meinen sogar gewisse Lehrervertreter, um im gleichen Atemzug zu monieren, daß es doch keine fünf sein sollten. Welche der Revolutionen aber lassen wir dann weg? 1789, 1848, 1917, 1918/1919, 1989?

Völlig unterbelichtet ist zum Beispiel die Repräsentanz der Geschichte Mittelost- und Osteuropas in den Lehrplänen der deutschen Länder: die Ostsiedlung im 12./14./17. Jahrhundert; die Geschichte mittel- und osteuropäischer Staaten, zum Beispiel Polens; die Vertreibung nach 1945; die Situation deutscher Volksgruppen und die Integration von Aussiedlern in Deutschland.

All diese Themen sind in den insgesamt rund 300 Geschichtslehrplänen aller 16 Länder, aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen in insgesamt defizitärer Weise repräsentiert. Zahlrei-

che ostgeschichtlich relevante Begriffe kommen gar nicht vor: Baltikum, Donauschwaben, Königsberg, Pommern, Böhmen.

Jörg-Dieter Gauger, lange Jahre führender Bildungsexperte der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat dazu 2001 und 2008 umfassende Studien vorgestellt. Kein Wunder, daß unsere jungen Leute gerade auch "ostkundliche Analphabeten" sind, wie Gauger 2011 bei der Tagung "Polen im deutschen Schulunterricht - Zwischen Wunsch und Realität" des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung feststellte!

Curriculare tabula rasa ist etwa auch die Geschichte Brandenburg-Preußens. Napoleons geringschätzende Bemerkung von 1806, Preußen sei "nur eine Episode", findet in deutschen Lehrplänen ihre Bestätigung. Der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht, die Rolle des größten Territorialstaates im Reich ("von Aachen bis Königsberg"), Preußens aufgeklärter Absolutismus, die Reformen nach 1806/07, der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, die Stellung Preußens im Kaiserreich - all diese Themen bleiben auf der Strecke.

Wenn überhaupt, dann bleibt oft nur eine recht eingeschränkte Interpretation eines einzigen Ereignisses übrig: die Zerschlagung des (Frei-)Staates Preußen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 und die förmliche Auflösung Preußens zu Gunsten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt am 24. Juli 1947. Indirekt kommt damit auch die Geschichtsperspektive der sowjetischen und DDR-Geschichtsschreibung zum Tragen, derzufolge "Preußen als Hort des Militarismus und Träger der Reaktion" anzusehen sei.

Noch erschreckender: Gerade eben 20 Jahre nach dem Mauerfall wissen die jungen Leute fast nichts über die DDR. Laut einer Studie des "Forschungsverbundes SED-Staat" der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2007 (Titel "Soziales Paradies oder Stasi-Staat?"; Leiter: Professor Klaus Schroeder) ist das Wissen deutscher Schüler um die Zustände in der DDR höchst defizitär. Zum Beispiel: Mehr als die Hälfte der Schüler kennt das Jahr des Mauerbaus nicht. Nur jeder Dritte weiß, daß die DDR die Mauer gebaut hat.

Ebenfalls jeder dritte Schüler hält Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker, und Erich Honecker ist angeblich demokratisch legitimiert gewesen. So weit ein paar der Ergebnisse der Studie, an der insgesamt 5.000 Schüler im Alter von 16 und 17 Jahren aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern beteiligt waren.

Anfang Juli hat die FU-Forschergruppe eine neue Studie aufgelegt. Sie trägt den Titel "Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen". Auch hier geht es um das zeitgeschichtliche Wissen der jungen Leute. Um es auf den Punkt zu bringen: Dieses "Wissen" erwies sich erneut als katastrophal. Befragt hatte man rund 4.600 Jugendliche zu vier Epochen der jüngsten deutschen Geschichte: zum Nationalsozialismus, zur DDR, zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung. Nur ein Drittel der Fragen konnten die Jugendlichen richtig beantworten.

Zum Beispiel ist den allermeisten Schülern nicht präsent, daß die Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 1989 ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat war, ohne dessen Ausstrahlung es "1989/1990" nicht gegeben hätte. Zudem fiel erneut auf, daß es ein erhebliches innerdeutsches Gefälle gibt. Bayerische Schüler schnitten am besten, Schüler aus NRW am schlechtesten ab. Besonders erschreckend: Das höchst defizitäre Wissen schlägt sich auch im Urteilen nieder. Fast die Hälfte der Schüler kann nicht zwischen den Merkmalen von demokratischen und diktatorischen Systemen unterscheiden. Die Autoren der Studie stellen deshalb nicht zu Unrecht die Frage: "Später Sieg der Diktaturen?"

Wenn das nicht endlich Anlaß ist, den Geschichtsunterricht zu stärken - und zwar mit erheblich mehr Unterrichtsstunden und mit konkreten Inhalten!<<

20.08.2012

Frankreich: Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtet am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>**Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA**

Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen.

Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.

Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.

Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Frankreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierer Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schieren Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.

Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur française", sagte Monnet später über die unmittlere Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation priors, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten.

Erniedrigung durch Ho Chi Minh

Den "Angelsachsen" nahm man in Paris übel, daß sie nach dem Krieg französische Pläne zur Zergliederung Westdeutschlands nicht unterstützt, sondern zur Abwehr der kommunistischen Gefahr die Bundesrepublik geschaffen und bewaffnet hatten.

1956 aber - vier Jahre nach Gründung der Montanunion und zwei Jahre nach der Erniedrigung der französischen Armee durch Ho Chi Minhs vietnamesische Guerillas in Dien Bien Phu - sucht Frankreich wieder die Nähe zum Rivalen Großbritannien. Anlaß ist die Suez-Krise. Sie ist ein Schlüsselereignis zum Verständnis des imperialen Subtexts der europäischen Einigung. Am 26. Juli 1956 verstaatlicht Ägyptens Diktator Gamal Abdel Nasser den Suezkanal. Nassers Panarabismus ist der Versuch, den alten Traum des Kalifats unter national-sozialistischem Vorzeichen neu zu beleben.

Zur Auslöschung des jüdischen Staats bildet Nasser mit Jordanien und Syrien ein "Vereinigtes Arabisches Oberkommando" und schickt Fedajin-Kommandos mit Terrorauftrag nach Israel. Zugleich unterstützt er mit Geld und Waffen den blutigen Zermürbungskrieg der algerischen "Nationalen Befreiungsfront" (FNL) gegen Frankreich in Algerien.

Die sowjetische Drohung wird negiert

Mit der Verstaatlichung des Suezkanals bekommt Nasser nicht nur eine Maschine zum Geld drucken in die Hand, sondern kann Großbritannien von seinen Besitzungen östlich von Suez und Europa vom Öl des persischen Golfs abschneiden. Zum ersten Mal seit dem Untergang des Osmanischen Reichs bedroht eine islamische Macht die Südflanke Europas. Diese Bedrohung führt Großbritannien, Frankreich und Israel zum letzten Abenteuer des europäischen Imperialismus zusammen. Suez wird zum militärischen Glanzstück und zum politischen Desaster.

Der bei einem Geheimgespräch in Sèvres ausgearbeitete Plan sieht vor, daß Israel den Sinai besetzt und bis zum Kanal vorrückt. Dann sollen Großbritannien und Frankreich einen Waffenstillstand und einen Rückzug der israelischen und ägyptischen Truppen vom Kanal fordern und zur "Sicherung des Friedens" die Kanalzone besetzen. So geschieht es auch. Weder die Drohung des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow mit einem Einsatz der Atombombe, noch die Ankündigung eines Öl-Embargos durch Saudi-Arabien beeindruckten Mollet und Eden.

Doch als auch US-Präsident Dwight D. Eisenhower einen Rückzug der Europäer verlangt und damit droht, Amerikas Sterling-Reserven zu verkaufen und damit die britische Wirtschaft zu ruinieren, verlieren die Briten die Nerven. Anthony Eden tritt zurück. Anfang Dezember werden die europäischen Streitkräfte am Suezkanal zurückgezogen und durch eine Truppe der Vereinten Nationen ersetzt.

Eisenhowers größter Fehler

Später hat Eisenhower die Intervention in der Suez-Krise als größten außenpolitischen Fehler seiner Administration bezeichnet. Das ist untertrieben. Das Fiasko von Suez hat verhängnisvolle Folgen. Der bereits militärisch geschlagene Nasser kann sich der "arabischen Straße" als Sieger präsentieren. Neun Jahre später kann er einen erneuten Versuch unternehmen, Israel zu liquidieren. Der radikale arabische Nationalismus gewinnt überall an Boden. Und trotz der Tatsache, daß Amerika Nassers Haut gerettet hat, richtet sich der Panarabismus zunehmend auch gegen die USA.

Amerikas wichtigste Verbündete sind gedemütigt worden. Daraus ziehen sie allerdings gegensätzliche Schlüsse. Während die Briten unter Harold MacMillan beschließen, die Liquidierung des Empire zu beschleunigen und die Lehre ziehen, künftig nie ohne amerikanische Rücken- deckung zu handeln, kommen die Franzosen zum Ergebnis, daß man sich nicht auf die Angeln- sachsen verlassen könne; daß Frankreich an der Union mit Algerien mit aller Kraft festhalten und Europa als Gegenmacht zur Anglosphäre aufbauen müsse.

Wie Konrad Adenauer dem verbitterten Guy Mollet sagte, werde die Europäische Wirt- schaftsgemeinschaft seine "Rache für Suez" sein. Ein Vierteljahr nach dem Rückzug der Bri- ten und Franzosen aus Ägypten werden die Römischen Verträge unterzeichnet.

Ermutigung für die algerischen Kämpfer

Zweifellos verband Mollet mit diesem Schritt die Hoffnung, wenigstens an Algerien festzu- halten, das ja als französisches Übersee-Département, also Teil des Mutterlands, Mitglied der EWG wurde. Bei ihrem Widerstand gegen den EU-Beitritt der Türkei vergessen deutsche und französische Politiker heute gern, daß damals vom Gründungsmitglied Frankreich zehn Mil- lionen Muslime in die Gemeinschaft eingebracht wurden, und daß Algerien bei einem anderen Gang der Ereignisse heute selbstverständlich Mitglied der Europäischen Union wäre.

Der Rückzug aus Suez jedoch ermutigte die algerischen Revolutionäre. Auch wenn die fran- zösische Armee 1957 die Schlacht von Algier gegen die FNL gewann, war die französische Bevölkerung nicht bereit, die materiellen, menschlichen und moralischen Opfer zu tragen, die der schmutzige Anti-Guerillakrieg verlangte. Wie später Vietnam, Irak und Afghanistan wur- de Algerien an der Heimatfront verloren.

Das Ergebnis der französischen Niederlage war verheerend: Über eine Million nicht- muslimische Algerier wurden von der siegreichen FNL aus dem Land getrieben, bis zu 150.000 angebliche Kollaborateure der Kolonialmacht massakriert, weitere Hunderttausende flohen ins Mutterland, das die ehemaligen "Überseebürger" plötzlich als Fremde ablehnte.

Kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes

Unter dem Beifall einer antiimperialistischen Linken vollzog sich eine der größten ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts, wurde die De-Europäisierung des südlichen und östlichen Mittelmeerraums fortgesetzt, die mit der Vertreibung der Armenier und Griechen aus der Tür- kei begann und erst vollendet wäre, wenn Israel "von der Landkarte verschwinden" würde. Eine kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes.

Nicht zufällig übrigens schließt die EWG 1963 - ein Jahr, nachdem Frankreich die Unabhän- gigkeit Algeriens anerkannt hat - ein Assoziationsabkommen mit der Türkei, das die spätere Mitgliedschaft vorsieht. Was heute von Angstmachern als Komplott zur Islamisierung Euro- pas dargestellt wird, war in Wirklichkeit ein Versuch, verlorenen Boden wieder zu gewinnen.

Europa ist für Frankreich nur eine Option

Adenauer hatte Recht: das europäische Projekt war Frankreichs "Rache für Suez": nicht weni- ger, aber nie mehr. Deshalb sollte man sich nicht wundern, wenn ein Francois Hollande, der aus der Partei Guy Mollets kommt, wenig Neigung verspürt, im Interesse einer "immer enge- ren Union" deutsche Vorschriften in der Wirtschaftspolitik zu akzeptieren, und lieber mit Spanien und Italien konspiriert, um Angela Merkels Fiskalpakt zu unterlaufen.

Frankreichs imperiale Träume sind zwar ausgeträumt, verblutet in Vietnam und Algerien, aber Europa, das für Deutschland alternativlos erscheint, war, ist und bleibt für die Grande Nation eine Option. Nicht zufällig ging der gegenwärtigen Krise in den deutsch-französischen Bezie- hungen ein gemeinsamer Waffengang von Briten und Franzosen voraus: beim Sturz des Nas- ser-Adepten Muammar al-Gaddafi in der früheren italienischen Kolonie Libyen.

Der deutschen Regierung war da eine Landtagswahl wichtiger als das Mitmachen bei der mili- tärlichen Rückkehr Europas ans Mittelmeer. In Paris wird das nicht so schnell vergessen.<<

21.08.2012

BRD: Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner fordert bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>Merkel betreibt Auflösung Deutschlands

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzler zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

08.09.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. September 2012 (x887/...): >>Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den "Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern noch immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des "Rettungsschirms" ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu "rettende" Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die "Obergrenze" von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit

der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, daß der ESM eine "Banklizenz" erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen.

Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die "Banklizenz" längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müßten die Richter endgültig "Stopp" rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muß.<<

15.09.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. September 2012 (x887/...): >>Geldkrieg beenden

Euro als Waffe gegen Berlin

Heiner Kappel ist studierter Theologe und wurde evangelischer Pfarrer. Er kennt sich also mit Fragen von Schuld und Sühne aus. Insbesondere in unserem Land wird ja ein regelrechter Schuldskult betrieben, dessen sich Länder wie Griechenland oder Italien in der aktuellen Euro-Krise auch fleißig bedienen.

Schon mit dem Titel "Geldkrieg statt Weltkrieg" will der frühere FDP-Politiker provozieren. Er sieht Deutschland weiter als besetztes Land, dessen Schicksal von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges diktiert wird. Eine harte D-Mark und das wiedervereinigte Deutschland seien England, Frankreich und Amerika zu viel gewesen. Daher wurde die D-Mark dem Euro geopfert. Glaubt man Kappel, dann ist der Weg in die Transferunion schon von langer Hand geplant.

Der Autor sieht Deutschland vor allem in der historischen Rolle des Zahlmeisters. So sei unser Land im "Friedensdiktat" von Versailles so zurechtgestutzt worden, wie man es schon immer haben wollte. Die Absichten der späteren Siegermächte seien alles andere als altruistisch gewesen. Kappel zitiert aus einem Artikel, der am 16. September 1989 in der englischen Zeitung "Sunday Correspondent" erschienen ist:

"Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

1945 war Deutschland wieder da, wo man es haben wollte: "Deutschland sollte nicht nur auf das Niveau eines Agrarlandes zurechtgestutzt werden; auch das Denken, Wollen und Sinnen sollte einer gründlichen Sanierung zugeführt werden. Das Ganze nannte man reeducation - Umerziehung."

Etwas holzschnittartig - aber Kappel will ja aufrütteln und provozieren - beschreibt er, wie die Sieger daran arbeiteten, daß ein tiefes Schuldgefühl das Reden, Handeln und Denken der Besiegten prägen sollte. Heute zeige sich nach über 60 Jahren "intensiver geistiger und seelischer Indoktrination", daß der Erfolg dieser Bemühungen überwältigend gewesen sei.

Als Deutschland dann die Wiedervereinigung bekam und die Bürger aus der DDR auch nach der harten D-Mark verlangten, war dies zu viel für die Sieger. Der französische Präsident

Francois Mitterand erklärte gegenüber Kanzler Kohl die Abschaffung der nationalen Währung und die Einführung des Euro daher zu einer Frage von Krieg und Frieden.

Mittlerweile ist das Kind in den Brunnen gefallen. Der Euro ist in einer schweren Krise, alte nationalistische Ressentiments - vor allem gegenüber den Deutschen - feiern wieder unfröhliche Urständ. Dabei gab es vor Einführung des Euro genügend kritische Stimmen, die deutlich machten, daß eine Währungsunion ohne Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftsunion zu riskanten Spannungen zwischen den Teilnehmerstaaten führen müßte. "Einer der Dobermänner, der schon damals alle ernst gemeinten Argumente und deren Vertreter aus dem Felde biß, war der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble", so Kappel.

Nach dem Motto "Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende" müsse auch die Möglichkeit von Staats- und vor allem Bankenpleiten in Kauf genommen werden. Kappel will die Deutschen zum Widerstand gegen eine Politik aufrufen, die dezidiert gegen deutsche Eigeninteressen gerichtet ist. Deutschlands Rolle als Geldgeber ist endlich, genauso wie die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen des Landes.

Heiner Kappel: "Kapiert's endlich - Geldkrieg statt Weltkrieg", ... Bad Schussenried 2012
...<<

13.10.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung ("gender mainstreaming") zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden.

Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. Die biologisch-psychischen Konsequenzen bleiben nicht aus. Entmannte Männer suchen in Übertreibungen, im Alkohol und in der Zerstörungswut ihr seelisches Ventil.

Gleichzeitig damit wird auch die Frau entweiblicht, sie sucht in Männertätigkeiten ihre Zuflucht (Karrierefrauen) und kann auch für ihre Kinder nicht länger die Mutter sein. Biologisch zwar, aber psychisch und im eigentlichen Sinne ist sie damit völlig überfordert, denn sie lebt ja nach einem anderen "Programm".

Liebe gibt sie ja nur oder überwiegend in ihren Beruf, dem Mann eventuell noch Sex, aber der ist dann wenig mehr als ein Spaß, der keine partnerschaftlichen Funktionen mehr hat. Mann, Kinder und damit Familie bleiben auf der Strecke.

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau, Lohndumping bei dieser wiederum zur Verschuldung und der Abhängigkeit von Geldverleihern (Papiergeldversprechern), weil das Geld beider nun doch nicht für die Familie

reicht.

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den (einstmals) männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich.

Diesen Prinzipien folgend, bräuchten wir weder Kapitalismus noch Sozialismus oder Feminismus, auch ein neuer Maskulinismus, wie er sich beim Extrem-Bodybuilding und bei militärischer Gewalt zeigt, ist überflüssig.

Weiteres Fazit: Die gesamte Zivilisation (Verbürgerlichung der Lebensweise) hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt.

Das schon vor Jahrhunderten zweckentfremdete und auf den Kopf gestellte Christentum war mit der Maxime erfolgreich "Gott erlaubt alles, wenn ich nur um Vergebung bitte", nur ein billiger Trick zur Machterhaltung der institutionalisierten Glaubensmacht "Kirche", für die bei der Missionierung von Naturvölkern und bei der Bestrafung Andersdenkender (Inquisition) Millionen ihr Leben ließen.

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablass kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablasshandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenkü-

chen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Oktober 2012

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?

Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem großen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen.

... respice finem (... bedenke die Folgen)

Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warnschilder nicht zu übersehen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht. Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt.

Die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und der wachsende Unmut in Italien deuten alle in die gleiche Richtung. Im Norden, in Deutschland und in den anderen sog. Geberländern wächst der Widerstand gegen die finanziellen Belastungen, die im Namen der Solidarität und der Rettung des Euro abgefordert werden. So etwas bleibt unvergessen, das hinterläßt bei Geber- und Nehmerländern schwere Ressentiments, die die künftige europapolitische Diskussion vergiften werden.

Haben denn die deutschen und europäischen Politiker vergessen, woran Jugoslawien zerbrochen ist? Der Norden, Slowenien und Kroatien, wollten für den Süden nicht mehr zahlen. Die Folge war ein Bürgerkrieg. In Belgien steht die Existenz des Gesamtstaates auf dem Spiel, weil das "reiche" Flandern nicht mehr für den "armen" Süden, Wallonien, finanziell bluten will.

Die Bestrebungen in Schottland, sich aus dem Vereinigten Königreich zu lösen, haben ihren Grund nicht zuletzt in dem Anspruch, die Erlöse der Erölförderung vor seinen Küsten allein zu nutzen. Und ganz aktuell: In Spanien streben das reichere Katalonien und das Baskenland einen eigenen Staat an, weil sie den armen Süden nicht mehr durchfüttern wollen. In Deutschland kämpft u.a. Bayern für eine Neuordnung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. -...

Im Ruhrgebiet von heute ist Deutschlands Zukunft in einer europäischen Transferunion zu besichtigen. Jahrzehntlang war der Ruhrpott das industrielle Herz Deutschlands, das entscheidend zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. Ohne die gewaltigen Transferleistungen von der Ruhr wäre die deutsche Wirtschaft in den großen Flächenländern, insbesondere Bayern, nicht so schnell aufgeblüht. Heute ist das Ruhrgebiet in weiten Teilen eine Industriebrache, viele Städte sind überschuldet oder pleite, Schulen verfal-

len, Straßen sind marode, die aktive Bevölkerung wandert ab.

Das Ruhrgebiet gehört heute zu den am meisten von Armut bedrohten deutschen Großräumen. Über Jahrzehnte geleistete, enorme solidarische Transferleistungen haben die Ruhr der nötigen Mittel beraubt, um rechtzeitig und effizient den wirtschaftlichen Strukturwandel zu finanzieren, die (blinde) Solidarität hat das Ruhrgebiet buchstäblich ausbluten lassen.

Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom "EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. Wer dieses Warnschild mißachtet, legt die Axt an die Wurzeln des europäischen Einigungswerks.

Da helfen auch große Worte und das Pathos von der Wertegemeinschaft Europas nichts mehr. Weder der Appell an das spanische, britische, belgische oder jugoslawische Nationalgefühl konnten oder können Auflösungserscheinungen verhindern, wenn bedeutende ökonomische und finanzielle Interessen dem entgegenstehen.

Was müssen wir also aus deutscher Sicht im längerfristigen Interesse Europas beachten? Von welchen Überlegungen müssen wir uns leiten lassen?

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen.

Zur deutschen Erinnerung gehört auch, daß die große Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. ebenso wie die Finanzkrise von 2007 ff. von der angelsächsischen Finanzwelt ausgelöst wurden. Das Vertrauen in deren Weitsicht, Verantwortungsbewußtsein und Lösungsvorschläge ist nicht nur in Deutschland minimal. Die Wall-Street und die City von London folgen nur ihren kurzfristigen Interessen, verstehen es aber, ihre Regierungen für ihre Interessen zu mobilisieren und ihre Vorschläge und Forderungen weltweit über die Medien und interessengeleitete "Wissenschaft" zu orchestrieren und als "objektive" Notwendigkeiten darzustellen.

Die Risiken und Vorteile einer Euro-Rettung sind deshalb aus deutscher Sicht abzuwägen. Neben den finanziellen müssen vor allem die politischen Aspekte mit einbezogen werden. Gerade die politischen Aspekte haben - wiederum in Erinnerung an die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - ein besonderes Gewicht. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht nur aus Ökonomie.

Griechenland

Mit Griechenland hat alles begonnen; seither hält es die Deutschen, die Europäer und die Welt in Atem. Was kostet uns ökonomisch ein Austritt/Ausschluß Griechenlands aus der Eurozone, was der Verbleib des Landes in der Währungsunion? Welche politischen Fragen ergeben sich

daraus?

Die deutschen Kosten für einen Austritt/Ausschluß Griechenlands und einen Zusammenbruch der Eurozone sind umstritten. Sie reichen in Gestalt von Verpflichtungen über Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. (Stand: Juni 2012) von rund 310 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) über 426 Milliarden (Bundesrechnungshof) bis zu 643 Milliarden (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Ihnen stehen die Kosten gegenüber, die wir bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu tragen hätten. Die Zahlen lassen sich nur schätzen, ein Anhaltspunkt ergibt sich aus den bisherigen Hilfszahlungen für Griechenland.

Seit dem 1. Hilfspaket vom Mai 2010 hat Griechenland einschließlich des 2. Hilfspakets vom Februar 2012 240 Milliarden Euro erhalten, das sind 120 Milliarden pro Jahr. Der deutsche Anteil (27 %) liegt bei rund 35 Milliarden Euro. Die jährlichen deutschen Kosten für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion dürften in etwa dieser Summe entsprechen. Da eine Wirtschaft wie die griechische nicht binnen weniger Jahre reformiert werden kann, ist ein Ende dieser Transferzahlungen nicht abzusehen; eine Daueralimentierung bleibt wahrscheinlich.

Was ergibt sich daraus politisch? Selbst wenn man die Zahlen jeweils herauf- oder herunterrechnet, zeigt der Vergleich der Verlustzahlen für Deutschland, die einmalig bei einer Griechenlandpleite und möglichen Folgekosten mit den jährlichen Transferzahlungen an Griechenland, die über einen nicht genau zu bestimmenden Zeitraum anfallen würden, warum die deutschen neben den europäischen Politiker einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone bevorzugen.

Die Politik rechnet nicht in langen Zeiträumen: ob die jährlichen Transferzahlungen über 10-20 Jahren die heute sofort fälligen Verluste übersteigen werden - was wahrscheinlich ist - interessiert wenig. Daß es bequem ist, die Probleme in die Zukunft abzuwälzen, wissen wir auch aus deutscher Erfahrung. Es wird interessant zu beobachten, ob unsere Politiker dieses Mal der bequemen Lösung der Verschiebung der Probleme in die Zukunft widerstehen können? Wie kaum anders zu erwarten, konnten sie der Versuchung nicht widerstehen.

Die griechischen Regierungen und Politiker jedenfalls wissen, daß sie den Euro behalten können, wenn es für sie vorteilhaft ist. Sie haben ein unübersehbares Erpressungspotential, das ihnen hilft, Auflagen der Kreditgeber zu mißachten und sich vor schwierigen Reformen zu drücken. Sie wissen, daß sie damit durchkommen, wenn nicht ein ganz gravierendes Mißgeschick passiert. Sie nutzen das aus und haben praktisch kaum eine der hoch und heilig versprochenen Reformen durchgeführt. Daran wird sich voraussichtlich auf absehbare Zeit wenig ändern.

Den Fall Griechenland kann man unschwer als Chiffre für die Schwierigkeiten der gesamten Eurozone lesen: Teuer ist es, Griechenland zu retten, viel teuer aber wäre kurzfristig ein Ende der griechischen Euro-Mitgliedschaft. Extrem teuer wäre die Rettung der Euro-Währungsunion insbesondere für die Deutschen, am Schlimmsten, ja geradezu katastrophal wäre der Euro-Zusammenbruch - für Deutschland, Europa, ja sogar die Welt. So wird jedenfalls gesagt und behauptet.

Wollen wir uns dieser Drohkulisse beugen? Ohne zu prüfen, was das für die deutschen Interessen bedeutet? Verschieben wir damit nicht nur die Probleme in die - immer ungewisse - Zukunft? Weil es bequemer ist?

Die EU-Südschiene

Griechenland wird als Sonderfall dargestellt. Das stimmt aber nicht. Das griechische Beispiel dürfte schnell Schule machen, wenn das Land in der Eurozone bleibt. Portugal, Spanien und Italien (vermutlich auch Irland) werden ähnliche Sonderbehandlungen verlangen. Mit welchen Argumenten sollte ihnen verweigert werden, was Griechenland zugestanden wurde? Man versteht, warum die Südländer oder Peripheriestaaten Griechenland unbedingt in der Eurozone

halten wollen. Sie gehen davon aus, daß die Eurogruppe dann auch bei ihnen einknicken wird (und muß). Das Erpressungspotential Italiens und Spaniens ist schon aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts mindestens so groß wie das der Griechen.

Italien

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten" (der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche), andererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg. Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds ...

Solidarität

Zur Begründung der Eurobonds (unter verschiedener Etikettierung) hört man neben vielfältigen finanzpolitischen Argumenten, die hier nicht erörtert werden können, die aber alle auf eine Haftung der soliden Länder wie Deutschland hinauslaufen, am meisten das Schlagwort Solidarität. Die Geberländer, die Deutschen, Niederländer und Finnen sollen sich endlich solidarisch zeigen und z.B. dafür sorgen, daß die Südländer nicht höhere Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen wie die im Norden.

Solidarität ist in der Tat ein gewichtiges Argument, nur sollte man es vielleicht weniger häufig im Munde führen wie unsere italienischen Freunde. Sie haben es Deutschland gegenüber in der Geschichte bis in die jüngste Zeit fast immer an Solidarität fehlen lassen und sind uns bei passender oder unpassender Gelegenheit stets in die Hacken getreten oder in den Rücken gefallen. Man denke nur an die italienischen Manöver beim deutschen Vorstoß für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat. In Sachen Solidarität hätten die Spanier und wohl auch die Portugiesen weit bessere Karten als Italien.

Pfänder

Leichter wäre die Haftung, wenn Deutschland wie Finnland Pfänder fordern würde. Das Institut der Verpfändung macht den Schuldern klar, um was es geht. Wie wäre es etwa mit Südtirol als Pfand, das dann nach der - als absolut sicher zugesagten - Rückzahlung der Schuld ausgelöst und wieder voll an Italien zurückfallen würde; denn niemand zweifelt an dem Willen und der Fähigkeit Italiens, seine Schuld zu begleichen. Deutschland könnte etwa gemeinsam mit Österreich eine Lösung finden.

Man könnte auch an Triest denken, das sich Italien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Art Raubzug gesichert hat. Das sind natürlich nur Gedankenspiele, aber man muß den Partnern klar machen, um was es geht, wenn mit großer Geste nach unserer Geldbörse gegriffen wird. In der 1970er Jahren war übrigens der damalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) nicht zimperlich, als es darum ging, einen italienischen Kredit durch Pfänder abzusichern. Italien ist danach nie mehr auf die Idee gekommen, Deutschland um solche Kredite anzugehen. Aber vielleicht klappt es ja über die Eurobonds? ...

Solidarität und die viel beschworene europäische "Schicksalsgemeinschaft" sind hehre Prinzipien und Ziele, denen man nicht widersprechen will. Sie müssen aber konkret und fair ausgehandelt und ausgefüllt werden. Daran hapert es.

Die Finanzierung des europäischen Mezzogiorno

In Wahrheit geht es in der gegenwärtigen Krise noch um etwas ganz anderes. Die sich zuspitzende Krise soll nach den Plänen kluger und gewiefter Südeuropäer genutzt werden, um die Lasten der Subventionierung des Südens dauerhaft auf die Länder im Norden, besonders Deutschland "abzudrücken". Italien weiß, wovon die Rede ist.

Seit der Gründung des italienischen Nationalstaats vor rund 150 Jahren füttert Norditalien den

Süden, den sog. Mezzogiorno durch - ohne Erfolg wie man weiß. Periodisch flammen in Italien Diskussionen auf, die Subventionen für den Mezzogiorno endlich als nutzlos zu streichen. In Norditalien gab und gibt es deswegen Sezessionsbestrebungen. Noch besser wäre, wenn künftig andere die Bürde Mezzogiorno übernehmen - in erweiterter Form und für sehr lange Zeit.

Darauf läuft es hinaus, das ist die "Reform", die den Südländern vorschwebt. Solidarität, Wachstum, Schicksalsbeschwörungen oder ähnliches sind nur schmückendes Beiwerk, hinter dem sich langfristige, massive Interessen verbergen, die man nun im Schatten der Schuldenkrise durchzusetzen hofft. Kommissionspräsident Barroso spielt dieses Spiel besonders gekonnt. Es wird versucht, Deutschland, die Niederlande, die Finnen usw. dermaßen unter Druck zu setzen, daß sie letztlich nachgeben und der Transferunion - mit welchen Finanzinstrumenten auch immer - zustimmen. Der Euro wäre damit noch nicht gerettet; denn seine Rettung hängt entscheidend von glaubwürdigen Reformen in den einzelnen Schuldenländern ab.

Die angelsächsische Finanzindustrie

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. Die Einführung des Euro haben sie mit überwiegend ablehnender Skepsis verfolgt, die gegenwärtige Krise wird fast täglich mit apokalyptischen Prophezeiungen des baldigen und unausweichlichen Euro-Zusammenbruchs kommentiert.

Aber Wall Street und City haben ein Interesse an der Verzögerung und Verschleppung der Krise, bis die Risiken auf die Staaten und die Steuerzahler abgewälzt sind. In der Zwischenzeit sollen potentielle Garantiegeber des Euro zur Kasse gebeten werden, bis auch dort nichts mehr zu holen ist. Im Blick haben sie Deutschland, von dem sie hoffen, daß es die Haftung für die Anleihen der europäischen Wackelkandidaten übernimmt und dann auch zahlt - bis auch dieses Faß leer ist oder auch diese Wiese abgegrast.

Natürlich wäre der kurzfristige und unkontrollierte Zusammenbruch des Eurosystems auch für die angelsächsische Finanzwelt ein unkalkulierbares Risiko mit möglicherweise katastrophalen Folgen; deshalb der Aufschub. Was danach kommt, ist bei der kurzfristigen Denkweise der Banker in London oder New York gleichgültig. Hauptsache, sie haben ihren Profit gemacht. Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger.

Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt.

Um Verschwörungstheorien vorzubeugen: Die Wall Street und die City von London handeln rational im Sinne ihrer Interessen. Es bildet sich trotz unterschiedlicher Interessen der einzelnen Marktteilnehmer eine Art Konsens in der angelsächsischen Finanzindustrie heraus, der (bisher) in der Welt Leitfunktion hat. Die Interessen sind allerdings kurzfristig - ein Verantwortungsbewußtsein auf längere Sicht gibt es nicht: jeder schaut auf seinen kurzfristigen Profit.

Wohin das führt, hat die Welt in der Finanzkrise von 2007 ff. erfahren müssen, desgleichen in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. (Was soll man davon halten, wenn die Folgen des Platzens einer Finanzblase mit dem "Aufblasen" einer noch größeren Finanzblase bekämpft werden soll?) Sehr vertrauenswürdig ist das nicht, auch wenn mit großem medialen und "wissenschaftlichem" Aufwand die jeweiligen interessengeleiteten Rezepte oder Problemlösungen

in der Welt orchestriert und (bisher) durchgesetzt werden.

Allmählich gewinnt man den Eindruck, daß den Deutschen für den Fall eines Zusammenbruchs der Eurozone zumindest publizistisch die Schuld, der "Schwarze Peter", zugeschoben werden soll. Sollte Deutschland deshalb nicht vorsorglich die Goldbestände der Bundesbank, die in New York und London gelagert sind, nach Deutschland zurückholen?

Wer weiß, auf was findige Hedgefonds oder andere Interessengruppen alles kommen? Mit "Schadensersatzklagen" sind sie bekanntlich schnell bei der Hand. Sind wir sicher, daß die deutschen Goldbestände bis zur Klärung der Rechtsfragen nicht in den USA oder Großbritannien sequestriert werden? Auch vor angelsächsischen Gerichten gilt der Satz: Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand.

Europäische Zentralbank (EZB)

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout"-Klausel (§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diesem Bruch zuzustimmen? Das ist nicht ganz klar. Einige Begleitumstände sind zumindest auffällig.

Bundesfinanzminister Schäuble wurde auf dem Weg zur entscheidenden Sitzung in Brüssel krank und mußte kurzfristig das Krankenhaus aufsuchen (wofür ihm kein Vorwurf gemacht werden kann). Kanzlerin Merkel flog derweil nach Moskau, um sich bei den Feierlichkeiten des Jahrestags der deutschen Kapitulation (8./9. Mai 1945) für die "Befreiung" zu bedanken. Frankreichs Präsident Sarkozy und Italiens Ministerpräsident Berlusconi sagten dagegen die geplante Reise nach Moskau ab und eilten nach Brüssel, wo sich Sarkozy nach allgemeiner Wahrnehmung den damaligen französischen Präsidenten der EZB, Claude Trichet, kräftig zur Brust nahm.

Die Ergebnisse dieses Wochenendes sind bekannt: sie bestehen u.a. in einer schweren Verletzung deutscher Interessen. Die EZB begann eine neue Politik, u.a. mit dem Ankauf von Staatsanleihen europäischer Krisenstaaten. Die Bundesregierung hat den schleichenden Mandatswechsel als "alternativlos" dargestellt. Axel Weber, der deutsche Vertreter in der EZB, nahm daraufhin sofort seinen Abschied, Jürgen Stark folgte ihm später nach.

Seither muß Deutschland in Form von Krediten, Garantien, Target 2 - Forderungen an die EZB immer höhere Risiken eingehen. Denn bei dem einmaligen Vertragsbruch blieb es natürlich nicht. Rettungspakete, wie der EFSF und nun der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wurden geschnürt, um der Schuldenkrise Herr zu werden. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik - anders als die unabhängige Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt allerdings wenig Gutes ahnen.

Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte - positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und - negativ formuliert - "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel

vollenden.

Nostalgie bringt nichts, die Entscheidung ist Anfang Mai 2010 gefallen. Die Bundesbank hat ihre gute Zeit gehabt und heute stellen sich andere, neue Probleme. In den USA und in Großbritannien sind die Notenbanken auch nicht völlig von der Politik unabhängig. Voraussetzung einer Änderung der Statuten der EZB wäre allerdings die angemessene Wahrung deutscher Interessen. Die wäre bei den heutigen Machtverhältnissen in der EZB und der Fortsetzung ihrer Politik nicht gegeben.

Angesagt ist ein erbitterter Kampf um jeden Millimeter Einfluß. Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.

(Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. Die Beispiele ließen sich vermehren.)

Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.

Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. (Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht.)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Eine Überrumpelung Deutschlands, wie im Mai 2010, darf es nicht mehr geben. Ansonsten dürfte sich ein anschwellender und breiter deutscher Meinungsstrom aus Ressentiments durch die künftige Europadiskussion ziehen. Das gilt vor allem für Entscheidungen, die unmittelbar finanzielle Interessen betreffen.

Ein Beispiel für den kompletten Mangel an Beteiligung der BürgerInnen ist der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, der weitestgehende Befugnisse auf die europäische Ebene verlagert. Die deutsche Öffentlichkeit war auch nicht annähernd aufgeklärt. Selbst dem Bundestag wurde eine angemessene Information vorenthalten. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 19. Juni 2012 einer Klage von Abgeordneten stattgegeben, die gegen die unzureichende Informationspolitik der Bundesregierung geklagt haben.

Die Diskussion um den sogenannten "Fiskalpakt" ist eher ein Nebengleis. Gegenüber den EU-Verträgen enthält der Fiskalpakt nichts wesentlich Neues und viele Fachleute halten ihn für entbehrlich. Die einschneidenden, umstürzenden Entscheidungen stehen im ESM. Daß sich die deutsche Diskussion auf den Fiskalpakt verschoben hat, geht auf den wahrscheinlich bewußt von der Bundesregierung herbeigeführten Mangel an Informationen zum ESM zurück. Die deutsche Öffentlichkeit und auch der Bundestag können nicht diskutieren, was sie nicht kennen - und auch nicht kennen sollen.

Eine Volksabstimmung wäre bei der enormen Tragweite des ESM der geeignete und richtige

Entscheidungsweg gewesen. Das Grundgesetz wird durch den ESM so tief und weitgehend transformiert, daß ein Volksentscheid eigentlich unabweisbar gewesen wäre. Auch Bundesfinanzminister Schäuble hat angesichts der Tragweite der anstehenden Entscheidungen im Sommer 2012 die Idee einer Volksabstimmung ins Spiel gebracht.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum ESM vom 12. September 2012 einige für Deutschland verbindliche Interpretationen und Klarstellungen gemacht. Das ist gut, aber es muß abgewartet werden, ob diese hinreichend sind, um die deutschen Interessen wirksam zu schützen.

Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen den Partnern der Eurozone steht auf der Tagesordnung. Das ganze System muß neu austariert werden. Die Regierungen, die Notenbank, die Wirtschaftseliten und Spitzenpolitiker neigen dazu, die Entscheidungen unter sich auszuhandeln. Die politische Klasse Deutschlands steht hinter den auf diese Weise ausgehandelten Entscheidungen und akzeptiert - bisher - überwiegend das Ergebnis der Euro-Gipfel und anderer Entscheidungsgremien als "alternativlos". Das kann so nicht bleiben, wenn das geeinte Europa ein erfolgreiches Projekt bleiben soll. Die BürgerInnen müssen beteiligt und das demokratische Defizit überwunden werden.

Frankreich

In Frankreich, bei unserem wichtigsten europäischen Partner ist die Lage eine andere. Dort gibt es Volksabstimmungen zu europapolitischen Fragen. Der erste Lissabon-Vertrag oder EU-Verfassungsvertrag wurde 2005 vom Volk abgelehnt. Die Sozialistische Partei Frankreichs, die heute den Präsidenten und die Mehrheit im Parlament stellt, war seinerzeit gespalten. Der heutige Außenminister, Laurent Fabius, war 2005 z.B. ein Befürworter des Nein.

Die Bereitschaft der Franzosen, weitere Souveränitätsrechte an EU abzugeben, scheint seither eher noch gesunken zu sein, wenn man die Ergebnisse der letzten Wahlen analysiert. Das auch in Frankreich so empfundene "Gewürge" um die Euro-Rettung hat die Europabegeisterung sicher nicht beflügelt. Der neue Präsident, Francois Hollande, wird Schwierigkeiten haben, wenn er die Franzosen zur Abgabe von mehr Souveränitätsrechten und eine europäische Fiskalunion bewegen will. Eine Volksabstimmung stünde sofort auf der Tagesordnung.

In Griechenland, Portugal, Spanien und Italien haben sich die französische Wirtschaft und die französischen Banken stark engagiert und sind deshalb heute dort besonders exponiert oder Gefährdungen ausgesetzt. Es ist ein ganzes Bündel von Interessen, das Frankreich mit der europäischen Südschiene verbindet. Hollande glaubt, daß er seinen Einfluß in Europa steigern kann, wenn er sich zum Sprecher der Südländer macht und deren Interessen fördert. In Frankreich kommt außerdem gut an, daß er der gefühlten Dominanz Deutschlands entgegentritt.

Offen bleibt vorerst, wieweit Hollande bereit ist, sich in Konflikt mit Kanzlerin Frau Merkel und deutschen Interessen zu begeben. Da bleibt noch Raum, um die gegenseitigen deutsch-französischen Interessen auszutarieren. Frankreichs Interessen sind nicht in allen Punkten mit denen der Südländer identisch. Frankreich ist selber Geberland und zwar in fast gleicher Höhe wie Deutschland.

Frankreichs Interesse ist zwar, Deutschland so viel wie möglich abzurufen, aber nicht zum eigenen Schaden. Schaden von den eigenen Banken abzuwenden: Ja. Die eigene Kreditwürdigkeit wegen der Haftung für die Südländer zu verringern oder zu verlieren: Nein. Souveränitätsrechte an die EU abzugeben: Nein. Mit Hilfe der Italiener und anderer Südländer in der EU und vor allem in der EZB wichtige Posten zu besetzen, um den deutschen Einfluß zu schmälern: Ja. Präsident Hollande wird Kompromisse machen müssen.

Deutschland

Deutschland hat ein existentielles Interesse an der EU aus vielerlei Gründen. Das wichtigste ist die Einbindung deutscher Macht in einem Verbund des permanenten Interessenausgleichs mit unseren Nachbarn. Die tendenziell hegemoniale Stellung Deutschlands als stärkstes Land

in Europa hat uns in den Konflikt von 1914 geführt, der letztlich mit der Katastrophe von 1945 endete.

Die Einbindung in der EU hat uns die Wiedervereinigung von 1989/1990 ermöglicht, die keineswegs selbstverständlich war - man denke nur an die Widerstände von M. Thatcher und die widerwillige, konditionierte Zustimmung von Mitterrand (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Dafür war und ist Deutschland bereit, einen Preis in Gestalt der Aufgabe von Souveränitätsrechten zu zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht haben wir die Solidarität nie verweigert, sondern (überwiegend) geduldig und langmütig die Last des größten Beitragszahlers getragen. Heute ist Deutschland in der EU wirtschaftlich und demographisch wiederum tendenziell hegemonial bzw. wird von seinen EU-Partnern so empfunden. Das löst Widerstände aus, die aufgefangen und positiv kanalisiert werden müssen. Ein besseres Instrument als die EU kann man für diesen Zweck gar nicht erfinden.

Hinzu kommt, daß Deutschland vom EU-Binnenmarkt profitiert, daß die Deutschen im europäischen Raum fast unbeschränkte Freiheit genießen und im Frieden und (überwiegend) in Freundschaft mit ihren Nachbarn leben. Das war nicht immer so. Die deutsche politische Klasse weiß, daß Deutschland im Zuge der Globalisierung und der Neuordnung der Welt nach dem Aufstieg der Schwellenländer wie China oder Indien allein gestellt nicht effektiv die deutschen Interessen in der Welt vertreten kann, sondern auf enge Kooperation und Bündelung der Kräfte mit den Nachbarn angewiesen ist.

Die deutschen Eliten setzen deshalb auf ein Zusammenwachsen der europäischen Völker, die sich in freier Entscheidung für ein Zusammengehen entschieden haben und gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Dafür zahlen wir - wie gesagt - einen Preis in Gestalt der Abgabe von Hoheitsrechten und mit finanziellen Transferleistungen, die bereits jetzt einen erheblichen Umfang haben. In den Verträgen von Maastricht (1992) und Lissabon (2009) haben wir dazu mit unseren europäischen Partnern einen fair ausgehandelten und überwiegend als fair empfundenen Modus Vivendi gefunden.

Deutschland / Frankreich

Deutschland fordert für weitergehende finanzielle Zugeständnisse ein "Mehr an Europa". Die Partner sollen Hoheitsrechte abgeben und eine effektive Aufsicht, Kontrolle und ggf. Beschneidung ihrer Haushaltssouveränität, also eine Fiskalunion akzeptieren. Erst danach kann nach deutscher Auffassung eine gemeinschaftliche europäische Haftung, sprich die Haftung der soliden Geberländer für die Schuldenstaaten vereinbart werden. Die Geberländer müssen zumindest mitentscheiden können, wofür sie die Haftung übernehmen sollen. Ein Ausgleich auf der Basis: mehr deutsches Geld für mehr Hoheitsrechte an Brüssel dürfte für Frankreich allerdings sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein.

Die Entwicklung geht in Frankreich eher in die entgegengesetzte Richtung. Die extreme Rechte (Marine le Pen) und die extreme Linke (Mélenchon), beide extrem europaskeptisch und gegen den Euro, haben in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen zusammengezählt rund ein Drittel der Stimmen erhalten. Selbst wenn die Sozialisten mit Francois Hollande als Präsident mit großer Machtfülle die Mehrheit im Parlament haben, muß Hollande die Stimmung respektieren. Das gilt um so mehr als es in seiner eigenen Partei gewichtige euroskeptische Stimmen gibt. Präsident Hollande wird bei der Abgabe von Hoheitsrechten an Europa den Deutschen keine oder kaum Zugeständnisse machen können.

Sollte es zwischen Frankreich mit der neuen Regierung und Deutschland zu einer offenen, öffentlich ausgetragenen Machtprobe kommen, wie es im Präsidentschaftswahlkampf manchmal den Anschein hatte, sieht es für die Zukunft des Euro düster aus. Die Nervosität und Irritation sind in Europa bereits so groß, daß der Schaden irreparabel sein könnte.

Was ist zu tun?

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen BürgerInnen müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.

Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

Volksabstimmung

Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die deutschen BürgerInnen von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<

17.11.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welchem dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat.

Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.

Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde,

um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

26.11.2012

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/2012) berichtet am 26. November 2012 über "Wikipedia": >>Wie ich bei Wikipedia zum "neurechten Kettenhund" wurde

Anonyme Humanisten

Ein Wort in eigener Sache von FOCUS-Redakteur *Michael Klonovsky*

"Papa", fragte mein Neunjähriger, "wenn dich jemand öffentlich Hund nennt, warum haust du dem nicht eine auf die Zwölf?" Nein, ich erzählte nichts von Zivilgesellschaft und Duellverbot, sondern erklärte, daß ich diesen Menschen gar nicht kenne und daß er mir das nicht ins Gesicht gesagt habe, das würde der sich gar nicht trauen, sondern er habe es geschrieben, und das stünde nun in diesem Online-Lexikon, das er, Sohn, ja aus der Schule kenne. "Und warum schreibt der so was?" Nun, das sei eben ein Maulheld, der über gewisse Dinge anderer Meinung sei als ich und das nicht eleganter formulieren könne. "Aber wieso steht so was in einem Lexikon?" - Kinder stellen oft die richtigen Fragen.

Der Reihe nach. Nachdem ich in einem Artikel die Umarbeitung des Wikipedia-Eintrages über die libertäre Zeitschrift "eigentümlich frei" und deren fragwürdige Einsortierung bei der "Neuen Rechten" thematisiert hatte (FOCUS 46/2012), nahm sich der anonyme Autorenschwarm prompt jener Wikipedia-Seite an, über welcher mein Name steht. Das Resultat ist nicht nur der erwartbare Versuch, mich ebenfalls erkenntnisdienlich der bösen Rechten zuzuordnen, sondern obendrein einer Spezies als boshaft geltender Vierbeiner.

Die "Rechtsextremismusforscher" Martin Dietzsch und Anton Maegerle "verorten den von ihnen mit Kettenhund betitelten Klonovsky ... in der Neuen Rechten", kann man in Wikipedia lesen (dabei ist mir alles Neue ein Graus!). Der aparte Tiervergleich taucht auf der Seite mal auf, dann verschwindet er wieder, weil diese Gesinnungs-Paparazzi natürlich wissen, über wessen Geisteszustand er tatsächlich Auskunft gibt und ihn lieber weghaben wollen; er ist aber im Anmerkungsteil jederzeit abrufbar.

Die Rubrizierung unter "Neue Rechte" wiederum ist deswegen obligatorisch, weil man dort zum Sympathisanten des "völkischen Nationalismus" wird - und einen Klick weiter der NPD. Der Eintrag wird abgerundet durch falsche Behauptungen über den Inhalt eines Gerichtsurteils, ein Zitat aus der Fachzeitschrift "Emma" sowie die Beurteilung meiner Person durch Sozio- und Politologen, so namenlos wie links, deren wesentliche wissenschaftliche Leistung darin besteht, mich zu zitieren und das Zitierte dann ganz schlimm zu finden.

Gleichwohl bleiben Fragen. Zum Beispiel, wer mich am anderen Kettenende hält. Helmut Markwort? Die Bankenmafia? Der NSU? Und wer sind diese beiden metaphernfreudigen "Forscher" mit offenbar enzyklopädischer Relevanz?

Der eine ist momentan Herausgeber der "Antifaschistischen Nachrichten", die von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden (steht so in Wikipedia! Tut doch was!), der andere fühlt sich dermaßen verfolgt, daß er unter Pseudonym verleumden muß. Beide schreiben für das Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS), ein bedeutender Linksextremistenüppchenkochclub mit mindestens drei festangestellten Köchen.

Die Wikipedia-Schreiber selbst werkeln unter Pseudonymen wie "Fiona", "SanFran Farmer" und "Bürgerlicher Humanist" (Letzterer brachte mich kurzzeitig auf die Idee, mich als "Proletarischer Humorist" einzuloggen). Die Vermutung liegt nahe, daß sie in ihrem analogen Leben nichts Gescheites zu tun haben. Im Grunde ist es fast schade, daß sich andere Autoren parallel um eine ausgewogene Darstellung bemühen und der Artikel so eine partiell seriöse Anmutung bekommt. Sonst würde sich schneller herumsprechen, daß in gewissen politischen Fragen die deutsche Wikipedia nichts anderes ist als ein linker Denunziantenstadl.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet damals über "Wikipedia" (x876/...): >>... **Wie objektiv ist Wikipedia?**

1. Anspruch und Wirklichkeit

"Wikipedia, die freie Enzyklopädie", beruht auf dem Grundgedanken, daß jeder sein Wissen ins Netz stellen und vorhandene Einträge frei ergänzen oder verändern können soll, so daß am

Ende eine ausgewogene Information herauskommt. Dies funktioniert recht gut auf neutralen Gebieten wie Musik, Medizin oder Geographie. Soweit ein Stichwort aber die Sphäre der Politik berührt, ist es oft vorbei mit der Objektivität. Gewisse Ideologen haben Wikipedia offenbar als Spielwiese entdeckt, wo man nahestehende Personen und Institutionen hochheben und Andersdenkende heruntermachen kann.

Der Betroffene kann schiefe Informationen zwar wieder zurechtrücken, aber häufig ist diese Korrektur nach ein, zwei Tagen wieder gelöscht. Wer nämlich mehr Mitstreiter hat, mehr Freizeit und mehr Aggressionspotential, drückt letztlich die Formulierungen durch, die er haben möchte. Im Extremfall können sogenannte Administratoren, d.h. bewährte langjährige Wikipedia-Nutzer schlichtend eingreifen. Doch, was ist, wenn Gesinnungsgenossen selbst zu Administratoren aufgestiegen sind? -

Und so kommt es, daß z.B. international angesehene Wissenschaftler wie der Historiker, Jurist, langjährige Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und Experte für ethnische Säuberungen, Prof. Alfred de Zayas, mit kritischen Anmerkungen bedacht wird, während der linke "Antifaschist" Anton Maegerle alias Gernot Modery untadelig in strahlendem Licht erscheint.

Bei der deutschen Wikipedia fällt die politische Einseitigkeit besonders auf. Vor allem Linke und Linksradikale haben den Vorteil der "freien Enzyklopädie" früh erkannt: Erstens kann man hier anonym agitieren und muß seine ideologische Herkunft, z.B. Medien aus dem Umfeld der Linkspartei nicht aufdecken, zweitens ist man nicht - wie bei Printmedien - juristisch zu fassen (die Wikipedia-Zentrale hat ihren Sitz in San Francisco und ist angesichts skurriler US-Gesetze kaum zu belangen), und drittens schließt die Mehrzahl der Nutzer aus dem Wort Enzyklopädie vorschnell auf Objektivität.

2. In eigener Sache

In meinem eigenem Fall wurde z.B. der Hinweis auf die Millionenaufgabe meiner Bücher gelöscht. Bei Anton Maegerleaber ist sehr wohl erwähnt, er habe ein Privataarchiv mit 550.000 Einträgen. Gelöscht wurde auch der Hinweis auf das umfangreiche positive Medienecho meiner zeitgeschichtlichen Bücher in führenden Tageszeitungen, im Rundfunk und in der Literatur, das z.T. von hochrangigen Osteuropa-Experten wie Prof. Gotthold Rhode stammt (von 14 zustimmenden Rezensionen wurden 13 getilgt). Gebracht wurden dagegen drei abfällige Kommentare mit z.T. rabulistischer Tendenz:

Wikipedia berichtet z.B. von einer Kritik des Historikers Martin Broszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte an meiner Person, verschweigt aber, daß Broszat wegen ebendieser "polemischen und wissenschaftlich zweifelhaften" Kritik von der Rechtsaufsicht des Instituts, der Bayerischen Staatsregierung, getadelt wurde ...

Der Kritiker Ingo Haar weiß nicht einmal, daß blutige ethnische Säuberungen nach nationalem wie internationalem Recht (Völkerstrafgesetzbuch bzw. UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes) als Genozid klassifiziert werden, und daß beim Bundesgerichtshof und beim Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag schon mehrere Urteile in diesem Sinn ergangen sind.

Er bemüht sich auch, die Zahl der Vertreibungsoffer dadurch herabzusetzen, daß er - entgegen allgemeiner Praxis - nur die Fälle direkter Tötung anerkennt, nicht aber die Todesfälle durch Hunger, Seuche, Überarbeitung, Mißhandlung etc.

Die Autoren Eva und Hans Henning Hahn schließlich ersetzen nachprüfbar Beweise durch Beschimpfungen wie "Nahtstelle zum rechtsradikalen Milieu" oder "Rehabilitierung des Nationalsozialismus" (in Wirklichkeit behandeln meine historischen Schriften nicht die Nazi-, sondern die Nachkriegszeit) und unterstellen mir freundlicherweise, eine "weiter reichende Revision des gesamten öffentlichen Lebens in Deutschland, einschließlich der deutschen Außenpolitik" anzustreben. Donnerwetter!

Am meisten scheint diese Kritiker zu wurmen, daß ich ausdrücklich darauf hinweise, daß in der immer wieder genannten Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete (16,5 Millionen) die Rußlanddeutschen und die zugezogenen Westdeutschen (Luftkriegsevakuierete, ausgelagerte Betriebe, Verwaltungspersonal etc.) nicht enthalten sind, vgl. Statistisches Bundesamt: Die deutschen Vertreibungsverluste, S. 5 und 13. Auch das Leben dieser Menschen war durch Flucht, Vertreibung bzw. Verschleppung genauso gefährdet wie das der einheimischen Ostdeutschen; ihre Verluste sind Vertreibungsverluste.

Allerdings sollte man sich stets vor Augen halten, daß Bevölkerungsstatistiken immer nur Annäherungswerte darstellen, die vielleicht einmal korrigiert werden müssen. So haben z.B. die Jugoslawiendeutschen ermittelt, daß die Zahl ihrer Vertreibungstoten nur etwa halb so hoch war wie ursprünglich geschätzt. Und in Auschwitz mußte der Direktor des Staatlichen Museums, Dr. Franciszek Piper, 1990 die weit überhöhten Opferzahlen von den verschiedenen Gedenksteinen in 19 Sprachen entfernen lassen. Auch "meine" Zahlen sind natürlich kein Dogma und jederzeit zu korrigieren ... wenn stichhaltiges Material vorgelegt wird.

3. Noch ein paar Details

Darüber hinaus verbreitet Wikipedia eine Reihe von Falschmeldungen. Hier nur einige exemplarische Fälle:

- Ich hätte in dem (rechtslastigen) Journal of Historical Review veröffentlicht. Unwahr! Das wurde schon einmal behauptet und korrigiert und taucht jetzt nach ca. zwei Jahren wieder auf.
- Ich hätte bei Lesertreffen des rechten Verlegers Munier in Pommersfelden referiert. Wieder eine Wandersage. Gastgeber meines Vortrags in Pommersfelden war der Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen.
- Ich sei Mitglied im (sudetendeutschen) Witiko-Bund. Bin ich nicht.
- Ich hätte einen Vortrag für den "Verein Gedenkstätte" (zur Erinnerung an die zivilen Kriegs- und Nachkriegsopfer in Deutschland) gehalten. Wieder falsch. Die Einladung stammte von der Schlesischen Jugend, die aus mir nicht bekannten Gründen das Vereinsgebäude als Veranstaltungsort gewählt hatte.

Ich habe lange gezögert, meine Homepage mit solchem Klein-Klein zu belasten; nachdem mir aber sogar unter "Wikipedia-Diskussionen" die meisten Korrekturen gelöscht wurden, muß ich es wohl doch tun.

4. Fazit

Alles in allem erinnert meine Wikipedia-Seite nicht an eine seriöse Enzyklopädie, sondern eher an eine Materialsammlung, wie man sie früher über Bürgerrechtler und andere Dissidenten in der DDR anzulegen pflegte.

24 deutsche und schweizerische Publizisten haben 2012 einen kritischen offenen Brief an Wikipedia-Mitgründer Jimmy Wales veröffentlicht. Darin heißt es u.a. "Die deutsche Wikipedia ist eine Quelle für ideologisch verbrämte Fehlinformation." Und der amerikanische Internet-Pionier Jaron Lanier spricht von einer "Wiki-Lynchjustiz", denn "bei Wikipedia bestimmen meist jene die Wahrheit, die am besessensten sind." ...<<

November 2012

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtet im November/Dezember 2012 (x853/...): >>**Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit**

Inge M. Thürkauf

Eine scharfsinnige Analyse von Gabriele Kuby über die globale sexuelle Revolution als Wegbereiter der Neuen Weltordnung

GABRIELE KUBY, "Die globale sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit" mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Robert Spaemann Kißlegg ... 2012 ...

"Die moderne Welt erniedrigt, sie erniedrigt die Stadt, den Mann, die Liebe, sie erniedrigt die Frau, das Kind ... Sie erniedrigt die Familie" (Charles Péguy).

Die Soziologin und Publizistin Gabriele Kuby enthüllt in ihrem neuen Buch "Die globale sexuelle Revolution" die Hintergründe der heute offenkundig gewordenen politisch inszenierten Erniedrigung der Gesellschaft durch die Zerschlagung der geistig-sittlichen Ordnung im Menschen.

Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis dieses sachkundig recherchierten Werkes (mit einem ausführlichen und übersichtlichen Quellenapparat) zeigt die Spannweite der von ihr kritisch vorgelegten Agenda seit der Französischen Revolution:

Die jeden Lebensbereich bestimmende "subversive Gender-Theorie" unter Anwendung der Yogyakarta-Prinzipien in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität,

- die "Globalisierung der sexuellen Revolution durch die Vereinten Nationen",
- die staatlich verordnete Sex-Erziehung in Schule und Kindergarten mit verheerenden Folgen für Kinder und Jugendliche,
- Politische Vergewaltigung der Sprache,
- Pornographie ganz normal?
- gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität und Homo-Ehe,
- der politische "Totalitarismus im neuen Gewand",
- "Intoleranz und Diskriminierung".

Dieser strategische Plan zur Umwandlung der Gesellschaft stellt im Namen einer Ideologie mit dem Begriff Gender Mainstreaming sämtliche Grundwerte von Ehe und Familie, von Kultur und Religion in Frage. Glaubensinhalte, Moral- oder Gesetzesnormen wie die Zehn Gebote oder die Direktiven des Strafgesetzbuches haben ausgedient.

Der neue Mensch emanzipiert sich von allen Bindungen, er nennt gut, was böse ist und proklamiert das Böse als das vom Menschen geschaffene Gute. Wenn aber das Leben und die das Leben tragenden Werte als nicht mehr zu akzeptierende Lasten zur Disposition gestellt werden, wird auch die Zukunft keinem Härte-test mehr gewachsen sein.

Es wird nichts mehr geben, woran sich die Menschen halten können, es wird nichts mehr geben, was wert ist, heilig gehalten zu werden.

Die Rede von einer Neuen Weltordnung ist kein Tabu mehr. Amerikanische Präsidenten lassen diesen Begriff seit dem Jahre 2000 immer wieder in ihre Reden einfließen. Zum 20. Jahrestag der Berliner Mauer hat sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine neue globale Ordnung ausgesprochen. Die Nationalstaaten müßten Kompetenzen an multilaterale Organisationen abgeben, "koste es, was es wolle".

Ein friedliches Zusammenleben in der Welt werde auf Dauer nur in einer globalen Ordnung möglich sein, so die Bundeskanzlerin bei der Wissenschaftskonferenz "Falling Walls" am 9. November 2009. Als Beispiel für eine multilaterale Organisation nannte sie die EU, die durch ihre Mitgliederstaaten gestärkt worden sei.

Unabhängig von diversen Bekenntnissen der Politiker ist es offensichtlich geworden, daß wir uns bereits im Zentrum dieses globalen Monsters befinden: In der Neuen Weltordnung der Sexualität. Sie ist die universalistische Moral des Mitbegründers der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, die er global verbindlich eingeführt sehen wollte.

Mit Hilfe der Gruppendynamik wurde sie weltweit eingeübt. Der Umgang mit Sexualität ist eine ethische Frage. Kinder, die eine das Lustprinzip betonende Sexualerziehung durchlaufen haben, werden nicht mehr aufnahmefähig sein für Tugenden oder für die Heiligkeit der biblischen Wahrheit.

Wenige nur haben den global-revolutionären Angriff auf die christliche Religion unter dem Diktat von UN und EU in der gebotenen Schärfe erkannt. Mit ihrem Aufklärungsbuch füllt Frau Kuby eine längst fällige Lücke im deutschen Sprachraum.

Es braucht Mut, die ganze Bandbreite und den Kernbereich des weltweiten politisch und kulturell vorangetriebenen Zerstörungswerks aufzuzeigen - Mut für die Autorin, aber auch für

den Verlag, der das Werk an zweitausend Politiker in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Europäischen Union versandt hat, außerdem an alle Bischöfe und Vertreter der Juden und Muslime in den deutschsprachigen Ländern.

Wird sich jemand finden, der sich genügend geistige Unabhängigkeit bewahrt hat, der trotz Diffamierung, Ausgrenzung und Verfolgung die nötige Zivilcourage aufbringt, um dem Machtanspruch der *political correctness* zu widerstehen; der dem "Gewissen eine Stimme" gibt und den dringend erforderlichen Diskurs zur Verteidigung von Familie, Religion und Kultur in die Wege leitet?

Europaweit ist "eine wachsende Diskussionsverweigerung im Namen der "politischen Korrektheit" zu beobachten", schreibt Robert Spaemann in seinem Geleitwort, "dem vom Mainstream Abweichenden wird nicht mit Argumenten erklärt, inwiefern er irrt, sondern es wird ihm gesagt: ‚Das hättest du nicht sagen dürfen‘."

Der ehemalige Präsident Tschechiens, Vaclav Havel, warf nicht nur einen politischen Blick auf die aktuelle Lage der Gesellschaft. Er sprach als Staatsmann, als er es für die vordringlichste Aufgabe der Politik erachtete, "das Böse in seiner Frühphase zu erkennen und zu eliminieren".

Die Frühphase der Gewalt des Bösen scheinen in den westlichen Ländern sowohl die Gesellschaft als auch die Politik verpaßt zu haben. Doch unser Glaube lehrt, daß es für Gott nie zu spät ist. Wir müssen, wie der spanische Philosoph Donoso Cortes schreibt, das religiöse Thermometer wieder anheben, dann sinkt von selbst das politische.

Fällt jedoch das religiöse Thermometer, dann steigt sofort und gesetzmäßig auch das politische, und dieses kann so hoch steigen, bis schließlich das Maß der Tyrannei erreicht ist. Das, so bekräftigt Cortes, ist ein Gesetz der Geschichte. Es ist aber auch ein Gesetz der Geschichte, welches Umkehr möglich werden läßt.

Der Streit zwischen Licht und Finsternis bestimmen nicht Regierungen oder Ideologien. Jedem Menschen hat Gott die Freiheit geschenkt, zu entscheiden, auf welche Seite er sich im Ernstfall hier und jetzt stellen will. Gabriele Kubys *opus magnum* (Stefan Meetschen) ist Begegnung mit dem Ernstfall, ein Plädoyer für christlichen Glauben und Kultur, für Freiheit, Wahrheit und Vernunft.<<

01.12.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Dezember 2012 (x887/...): >>Dreiste Folgen

Dank unermüdlichen Einsatzes und scheinbar nie enden wollender Diskussionsbegeisterung haben uns die Klimaschützer mit den Grünen an der Spitze ein schlechtes Gewissen beschert, was letztendlich zum Atomausstieg, dem Boom von unverhältnismäßig teuren Bioprodukten und Energiesparmaßnahmen führte. Ob man sein Geld für Bioprodukte ausgeben will, ist natürlich die private Entscheidung des Einzelnen. Vor der Energiewende hingegen kommt jetzt niemand davon, ob man sich nun dafür oder dagegen ausgesprochen hat.

Die Stromkonzerne haben ihre durch die Privatisierung ohnehin schon gefährlich große Macht walten lassen und kurzerhand den Elan der Bevölkerung für sich genutzt. Und sobald es jetzt ans Praktische geht beim Klimaschutz und wir die teuren Folgen des lang umstrittenen Atomausstiegs bekommen, sind die Überzeugung und das Gutmenschetue plötzlich etwas verflogen. Wer nämlich blechen muß, ist der Bürger. Denn Strom braucht jeder. Auch hartgesottene Klimaschützer. So hinterlistig und dreist solch eine Preiserhöhung sein mag - haben wir wirklich geglaubt, von einer Energiewende profitierten bloß das Klima und die Umwelt?<<

2013

Dadurch, daß man einen anderen ins Irrenhaus sperrt, beweist man noch nicht seinen eigenen Verstand.

Fjodor Michailowitsch Dostojewski (1821-1881, russischer Dichter)

07.01.2013

BRD: Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) berichtet am 7. Januar 2013 (x1.084/...): >>**Die "Sesamstraße": Ein Pionier des Kinderfernsehens**

von *Hans-Ulrich Wagner*

Die beliebten Puppen der Sesamstraße begeistern Kinder seit Jahrzehnten.

Happy Birthday, "Sesamstraße" - eine Erfolgsgeschichte des deutschen Fernsehens feiert 2013 runden Geburtstag. Mit berechtigtem Stolz: 1973 spielten Puppen, Kinder und Erwachsene das erste Mal in der "Sesamstraße", bewältigten kleine Alltagssituationen, lernten mit- und voneinander und hatten eine ganze Menge Spaß.

Vor allem die fantasievollen Puppen hielten seither Einzug in die deutschen Kinderzimmer: Ernie und Bert, Samson und Tiffy, das Krümelmonster und viele andere wurden liebgewonnen und zu treuen Begleitern der eigenen Fernsehkindheit - und das mittlerweile über zwei Generationen hinweg, wenn die Vorschulkinder der ersten Jahre - inzwischen erwachsen - mit ihren eigenen Kindern die "Sesamstraße" verfolgen. Doch wie kam der Klassiker des Vorschulkinderprogramms ins Programm?

Neue soziale Lernziele

Der Start der "Sesamstraße" Anfang der 70er-Jahre fällt in eine Phase gesellschaftlicher Umbrüche. Es war eine "hoch spannende Zeit", urteilt Angelika Paetow, die damals als Praktikantin zum NDR und gleich in die "Arbeitsgruppe Sesamstraße" kam. Paetow, die knapp drei Jahrzehnte später, von 2002 bis 2010, die Redaktion der "Sesamstraße" leiten sollte, war von Anfang an fasziniert von den neuen pädagogischen Ideen, die man in der "Sesamstraße" umsetzen konnte.

Vor allem soziale Lernziele standen an oberster Stelle, berichtete auch der Evangelische Presedienst (epd); und die Kommunikationswissenschaftlerin Ingrid Paus-Hasebrink konstatierte: "Soziales Lernen stand im Mittelpunkt". Vieles erprobten die deutschen "Sesamstraßen-Macher" damals zum ersten Mal, lange bevor pädagogische Überzeugungen in allgemein akzeptierte Lernkonzepte Eingang fanden.

Selbstbewußtsein und Kreativität fördern

Die bundesdeutschen Folgen der "Sesamstraße" basierten auf dem US-amerikanischen Format, das 1968 vom Children's Television Workshop (CTW) in den Vereinigten Staaten entwickelt worden war. Gleichzeitig eröffneten die mit dem CTW geschlossenen Verträge die Möglichkeit, eigene Beiträge für die einzelnen Folgen zu produzieren - Animations- und Spielfilme, später auch Begegnungen zwischen deutschen Stars und den Puppen im Studio, vor Ort-Aufnahmen mit dem Ü-Wagen. Hier, so Paetow, konnten die Deutschen ihre eigenen pädagogischen Akzente setzen: ohne erhobenen Zeigefinger lernen und speziell soziales Verhalten, Selbstbewußtsein und Kreativität üben.

Gleiche Chancen für alle

Die neuen erzieherischen Ziele waren Ausdruck der gesellschaftlichen Umbrüche. Man diskutierte in der Bundesrepublik intensiv über Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Kinder, die aufgrund von Elternhaus und sozialem Umfeld benachteiligt waren, sollten entsprechend gefördert werden. "Unser Glaube war, daß das Fernsehen dazu einen Beitrag leisten kann", resümiert Karl-Heinz Grossmann, der zu dieser Zeit die Hauptabteilung Kursus- und Bildungsprogramme beim NDR leitete. Grossmann war es denn auch entscheidend zu verdanken, daß das amerikanische Vorbild in die Bundesrepublik und speziell zum NDR geholt wer-

den konnte.

Die von dem amerikanischen Puppenspieler Jim Henson liebevoll entworfenen Puppen waren nach ihrem Programmstart 1969 in den USA sehr schnell auch in Europa bekannt geworden. Ihre Dialoge und Szenen, die in einer Durchschnittsstraße, der "Sesame Street" spielten, orientierten sich am kindlichen Alltag. Bereits im Herbst 1970 sorgten Ernie & Co. beim "Prix Jeunesse" in München für Furore.

Ein eigenes Programm für Kinder

Die westdeutschen Sendeanstalten wurden aufmerksam. Vor allem das ZDF, das sich damals im Kinderprogramm bereits mit US-Importen wie "Flipper" profiliert hatte, signalisierte großes Interesse. Aber auch bei der ARD war man bereits seit einiger Zeit auf der Suche nach neuen Kinderprogrammen. 1968 war auf einer Tagung in Tutzing die Forderung nach einem eigenen ARD-Kleinkinderprogramm erhoben worden. Neun Redaktionen in neun Landesrundfunkanstalten sollten dieses als Teil des "ARD-Nachmittags- und Familienprogramms" entwickeln.

Die Bemühungen mündeten in der "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung der ARD", die im März 1971 gegründet wurde. Experten auf den Gebieten der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik sowie Lehrer und Erzieher sollten den Programmverantwortlichen helfen. Erklärtes Ziel war es, wie F. Jasmin Böttger in einer Forschungsarbeit zum "Dritten Fernsehprogramm der Nordkette NDR/SFB/RB 1960-1982" aufzeigte, sich von der bis dahin herrschenden Bewahrpädagogik abzuwenden. Kleinkinder sollten ernst genommen werden, es galt zu erkennen, daß auch sie Probleme zu bewältigen und Konflikte auszutragen haben. Die Zeiten von Märchenstunden, Vorleserinnen und Spiel-Gouvernanten waren vorüber.

Die "Pappnasen aus USA"

Als Vertreter des NDR gehörten dieser "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung" neben Karl-Heinz Grossmann mehrere Kinderfunk-Redakteure an, darunter Jürgen Weitzel, der später Leiter der "Arbeitsgruppe Sesamstraße" wurde. Die Diskussion um die "Pappnasen aus USA", über die das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" im April 1970 das erste Mal berichtet hatte, führte zu einem regelrechten Wettlauf zwischen dem ZDF und der ARD. Grossmann unterrichtete NDR Intendant Gerhard Schröder und bekam von ihm und der Konferenz der dritten Fernsehprogramme der ARD den Auftrag, in New York mit den CTW-Vertretern zu verhandeln.

Zusammen mit der Redakteurin Ursula Klamroth brachte man als einen ersten Erfolg ein Filmpaket aus New York mit. 35 Folgen von je einer Stunde Länge konnten in Deutschland geprüft werden. Das geschah nicht nur intern mit den Fachleuten, sondern auch öffentlich.

Der NDR sendete im Dritten Fernsehprogramm, der "Nordkette", in der Osterwoche vom 5. bis 9. April 1971 fünf Folgen der "Sesame Street", in der amerikanischen Originalfassung, nicht synchronisiert, jedoch kommentiert. Am Ende jeder Folge dieser Testserie baten die Kommentatorinnen Ursula Klamroth und Ann Ladiges darum, dem Sender Meinungen und Ansichten mitzuteilen und abschließend zur Frage nach einer Übernahme eines größeren Filmpakets aus den USA Stellung zu nehmen.

Die amerikanischen Folgen lösten in Deutschland eine "sehr grundsätzliche Debatte" aus, erinnert sich Grossmann. Auch der wissenschaftliche Beirat, der die Programmverantwortlichen beriet, diskutierte die Probefolgen intensiv. Bald war klar, daß man das amerikanische Format grundsätzlich übernehmen wollte. Aber auch, daß man es technisch bearbeiten mußte, etwa von einer Stunde auf eine halbe Stunde reduzieren. Bestimmte Elemente, die zu sehr auf die amerikanische Situation zugeschnitten waren, sollten weggelassen und statt dessen durch in Deutschland neu produzierte Teile ergänzt werden.

Nicht alle machen mit

Von nun an ging alles sehr schnell. Die ARD-Arbeitsgruppe hatte sich für den Ankauf und die

Ausstrahlung entschieden - mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks. Daraufhin wurde ein Ankauf für das ARD-Gemeinschaftsprogramm abgelehnt. Eine Tatsache, die der "Spiegel" in seiner Ausgabe am 3. Mai 1971 als "vergebene Chance" brandmarkte. Der NDR übernahm jedoch noch einmal die Initiative. Sein Verwaltungsrat stimmte dem Erwerb der Fernsehrechte durch die norddeutsche Rundfunkanstalt zu. Vor allem auch, weil inzwischen das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zugesichert hatte, den Ankauf entscheidend mitzufinanzieren.

Grossmann verhandelte erfolgreich in New York. Er schaffte es, das Vertrauen der CTW-Verantwortlichen zu gewinnen und sie für die Weiterentwicklung des pädagogisch wertvollen Formats durch die Deutschen einzunehmen. Das ZDF zog bei diesem Wettlauf den Kürzeren. Im Dezember 1971 war das Vertragspaket zwischen CTW und dem NDR unter Dach und Fach. Für stolze 700.000 Dollar, damals zirka 2,4 Millionen DM, konnten die Rechte für ein großes Filmpaket für die dritten Fernsehprogramme der ARD erworben werden. Der NDR wurde die für die neu zu entwickelnde deutsche Fassung zuständige Landesrundfunkanstalt.

"... wer nicht fragt, bleibt dumm"

Die "Sesamstraße" wurde sorgfältig beworben und intensiv diskutiert. "Neue Serie" titelten am 8. Januar 1973 die Programmzeitschriften, und die "Hör zu" verkündete: "Lernen macht Spaß - heißt das Motto dieser heiteren Vorschule". Doch nur über die Sender von NDR, Radio Bremen, SFB, WDR und HR konnte damals die Vorschulsendung um 9.30 Uhr im ersten Fernsehprogramm empfangen werden. Die dritten Programme dieser Landesrundfunkanstalten sendeten die "Sesamstraße" darüber hinaus um 18.00 Uhr in ihren jeweiligen dritten Programmen.

Die Kinder, die im Süden der Bundesrepublik, im Sendegebiet des Bayerischen, Süddeutschen und Saarländischen Rundfunks wohnten, blieben vorerst außen vor. Sie wuchsen mit dem "feuerroten Spielmobil" auf, einer avancierten Antwort des BR auf den US-amerikanischen Import.

Sesamstraße

Die Kinder im Norden aber wurden täglich ermutigt, neugierig zu sein und zu fragen. Ganz so wie es im "Sesamstraße-Lied" von Volker Ludwig (Text) und Ingfried Hoffmann (Musik) heißt: "Der, die, das / Wer, wie, was / wieso weshalb warum / wer nicht fragt bleibt dumm!". Und der Hamburger Kinderchor Vineta unter Leitung von Dietrich Czirniok sang damals auch: "Tausend tolle Sachen, / die gibt es überall zu sehen / manchmal muß man fragen, / um sie zu verstehen!"

Auch wenn sich das Konzept der "Sesamstraße" ständig weiter entwickelte und viele Veränderungen erfuhr, gehören das charakteristische Intro und die munteren "Sesamstraße-Puppen" zur Medienbiographie vieler Zuschauerinnen und Zuschauer im Norden.<<

Frankreich: Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtet am 7. Januar 2013 über den Schuman-Plan: >>Das eigentliche Fundament der Europäischen Union

Eine Wirtschaftsunion sollte Deutschland und Frankreich zu friedlichem Miteinander zwingen: Der Schuman-Plan gilt als Geburtsurkunde der EU. Es wird Zeit, sich an ihn zu erinnern.

... Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien" hieß der Karnevalshit des Jahres 1948. Die Mehrheit der Deutschen lebte nunmehr in der "Trizone", die durch die Zusammenlegung der drei Besatzungszonen der Westalliierten zu einer Wirtschaftseinheit entstanden war.

"Ein kleines Häuflein Diplomaten / macht heut die große Politik, / sie schaffen Zonen, ändern Staaten", sang der Karnevalist Karl Berbuer - und erregte damit den Ärger der Alliierten. Die "New York Times" kommentierte das Trizonesienlied mit der Schlagzeile: "Die Deutschen werden wieder frech".

Kein Land aber fürchtete die "Frechheit" der besiegten Deutschen mehr als Frankreich. Und

niemand drückte diese Furcht deutlicher aus als General de Gaulle, der 1946 als Chef der Provisorischen Regierung zurückgetreten war, als Führer der Sammlungsbewegung RPF (Rassemblement du Peuple Français) aber weiter großen Einfluß auf die französische Politik ausübte.

Mit allen Mitteln den deutschen Einheitsstaat verhindern

Der ursprüngliche Widerstand des Generals gegen die Errichtung der Bundesrepublik macht seine spätere Politik um so eindrucksvoller, die zur Aussöhnung und Freundschaft mit Deutschland führte und im Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 verankert wurde.

Schon früh hatten die USA und Großbritannien sich dazu entschlossen, Westdeutschland wieder aufzubauen - als vorgeschobenes Glacis im Kalten Krieg mit der Sowjetunion. Erster Schritt zum Wiederaufbau war die Schaffung größerer Verwaltungseinheiten.

Gegen diese Pläne legte de Gaulle als Chef der provisorischen französischen Regierung sein Veto ein - und widersetzte sich der Gründung der Trizone. Er sah darin den ersten Schritt auf dem Weg zu einem neuen deutschen Einheitsstaat, den er mit allen Mitteln verhindern wollte.

Erbitterter Widerstand der Gaullisten

In einer Pressekonferenz am 12. November 1947 beanspruchte Charles de Gaulle, der kein politisches Amt mehr innehatte, für ganz Frankreich zu sprechen: "Damit von Deutschland keine Drohung mehr ausgeht, schlägt Frankreich eine praktische Maßnahme vor, die ... der Natur der Dinge entspricht: Aus Deutschland darf nie mehr ein Reich werden, das heißt ein Einheitsstaat, der seine Macht in einem Zentrum bündelt und notwendigerweise auf eine Expansion mit allen Mitteln abzielt. Nous ne voulons plus de Reich."

Als der Marshallplan bereits wirksam geworden war, sah de Gaulle Frankreich immer noch "am Rande des Abgrunds", wenn das Ruhrgebiet und die Saar wieder einmal ganz zu Deutschland gehören sollten.

Es konnte daher nicht überraschen, daß der Plan zur Errichtung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", den der französische Außenminister Robert Schuman in einer Regierungserklärung am 9. Mai 1950 skizzierte, auf den erbitterten Widerstand der Gaullisten stieß. So wütend war ihre Ablehnung, daß sie zum Teil zusammen mit den Kommunisten gegen den Schuman-Plan demonstrierten.

Geburtsurkunde der Europäischen Union

Der Schuman-Plan ist die Geburtsurkunde der Europäischen Union. Er steht am Anfang einer Entwicklung, die 13 Jahre später zum Élysée-Vertrag führte. Die "Koalition" von Kohle und Stahl sollte, in den Worten Robert Schumans, einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland "nicht nur undenkbar, sondern materiell auch unmöglich machen".

Und letztlich würde, so war die Hoffnung, die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich "auf Grundlage der Gleichberechtigung" der erste Schritt auf dem Weg zur Einigung Europas sein. De Gaulle hielt diese Hoffnung anfangs für eine "Fiktion". Er konnte kein Europa akzeptieren, in dem zwischen dem siegreichen Frankreich und dem besiegten Deutschland Parität herrschte.

Als de Gaulle 1958 wieder an die Macht kam, war er, so kommentierte Raymond Aron, klug genug, um seine frühere Haltung zur Deutschland- und Europapolitik zu vergessen. Er hatte einsehen müssen, daß Deutschland die Rolle des europäischen Störenfrieds längst an die Sowjetunion abgegeben hatte.

Nun konnte sich de Gaulle sogar mit der Idee eines deutschen "Reichs", das heißt der Errichtung eines Einheitsstaates, abfinden. Es war nicht länger das deutsche Machtstreben, es waren die "anomalies allemandes", die Teilung des Landes und ihre Folgen, welche die Stabilität des zusammenwachsenden Europas bedrohten.

Deutschland-Frankreich-Kooperation prägt die EU

Die Idee der deutsch-französischen Freundschaft konnte nur Realität werden, weil der Schu-

man-Plan mit dem Projekt einer Wirtschaftsunion dafür die materiellen Voraussetzungen geschaffen hatte. Nicht erst in der Fünften Republik de Gaulles - in der vom General als Parteienoligarchie gehaßten Vierten Republik wurde die Grundlage des deutsch-französischen Bündnisses gelegt.

Als Repräsentant der Vierten Republik war niemand geeigneter als Robert Schuman, der 1947 französischer Ministerpräsident wurde und in den kurzlebigen Kabinetten der Nachkriegszeit nicht weniger als zehnmal ein Ministeramt bekleidete. Die auf de Gaulle zurückgehende Verachtung der Vierten Republik erklärt die Distanz gegenüber Schuman, die bei den Neogaullisten bis heute zu spüren ist.

Deutsche und französische Politiker aber täten gut daran, sich bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages an den Schuman-Plan zu erinnern. Die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich stand auch für Schuman im Zentrum der künftigen Entwicklung Europas.

Der Bilateralismus aber durfte, so Schuman, kein Selbstzweck sein. Er müsse stets zum Vorteil Europas - und sogar über Europa hinaus - wirksam werden. An zentraler Stelle in der Regierungserklärung vom 9. Mai 1950 heißt es, eine von Deutschland und Frankreich geprägte Europäische Gemeinschaft solle "mit Hilfe der gemeinsam erwirtschafteten Möglichkeiten die Verwirklichung einer ihrer wesentlichen Aufgaben anstreben, die Entwicklung des afrikanischen Kontinents". Damit war mehr gemeint als Entwicklungshilfe. Es ging um eine strategische Partnerschaft.

Projekte der Zukunft entwerfen

Ein Afrika-Projekt, das Deutschland und Frankreich im europäischen Rahmen gemeinsam konzipiert und energisch vorangetrieben hätten - es wäre ein Schutz vor der Routine bilateraler Selbstzufriedenheit gewesen.

Für Europa hätte es unschätzbare Vorteile erbracht. Heute ist aus dem Gebäude der "Françafrique" (französischen Afrikapolitik) eine Ruine geworden. Statt dessen staunen die Europäer über ein "Chinafrique", das ihnen vor Augen führt, welche Chance sie verpaßt haben.

Der 22. Januar 2013 wird ein verlorener Tag sein, wenn Frankreich und Deutschland nur die Erfolge der Vergangenheit feiern und nicht zugleich Projekte für die Zukunft entwerfen, die der europäischen Idee neue Zugkraft verleihen.<<

12.01.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Januar 2013 (x887/...): >>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem

renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielweise einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.

Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<

09.02.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 2013 (x887/...): >>**Halbe Wahrheit ist ganze Lüge**

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwänglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzen. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist

ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ..." Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

10.02.2013

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Februar 2013 über die deutschen Nettozahlungen an die EU: >>**Nettozahler Deutschland, die Melkkuh der EU?**

Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro Nettozahlung geleistet. Das sind rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge aller zehn EU-Nettozahler - weit überproportional zu Deutschlands Wirtschaftsleistung.

Lange haben die Staats- und Regierungschefs gerungen - und nun, nach einem gescheiterten ersten Anlauf, eine Einigung über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 erzielt. Nach dem am Freitag in Brüssel präsentierten Kompromiß soll der Finanzrahmen auf 960 Milliarden Euro begrenzt werden. Rechnet man Schattenhaushalte mit ein, liegt die Obergrenze für die Ausgaben bei einer Billion Euro. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wettete, die Einigung sei ein "unglaubliches Täuschungsmanöver", weil die Obergrenze nicht voll ausgeschöpft wird und tatsächlich weniger Ausgaben vorgesehen sind. Legen die EU-Parlamentarier ein Veto ein, würde der alte Finanzrahmen fortgeschrieben und jährlich um 2 Prozent erhöht.

Auffällig ist, daß in Brüssel zwar wie auf einem Basar über die Ausgabenhöhe gefeilscht wird. Woher das ganze Geld kommen soll, wird aber nur am Rande thematisiert. Das System der Beiträge wurde nicht wesentlich angetastet, es gab nur marginale Änderungen bei den Rabatten für die großen Nettozahler wie Deutschland, Österreich, die Niederlande, Schweden und jetzt neu Dänemark. Den mit Abstand größten Rabatt haben die Briten - seit Margaret Thatcher ("I want my money back") ihre Handtasche auf den Tisch schlug. Er macht 66 Prozent des Nettobeitrags aus, zuletzt 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2011. Die Briten sind damit die EU-Rabattmeister.

Monti: Italien ist der größte Nettozahler

Doch wer darf sich mit dem zweifelhaften Titel "Zahlmeister" schmücken? Die Politik traut sich nicht, einmal eine längerfristige Bilanz aufzustellen, die alle nationalen Zahlungen, Rabatte und Rückflüsse umfaßt. Deutschland ist ohne Zweifel einer der größten Nettozahler, aber ist es wirklich der größte? Jüngst reklamierte Italiens Ministerpräsident Mario Monti diesen Titel, weil sein Land im vorvergangenen Jahr einmal die höchsten Nettozahlungen - 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) - geleistet hat. Die Niederländer und die Belgier haben über Jahre ähnlich hohe BNE-Anteile an Brüssel überwiesen.

Ist Deutschland also gar nicht der Zahlmeister? Nach einer aktuellen Rechnung des emeritierten Heidelberger VWL-Professors Franz-Ulrich Willeke über den Zeitraum 1991 bis 2011 ist Deutschland sowohl absolut als auch relativ mit Abstand der größte Zahler. In diesen 21 Jahren beliefen sich die angepaßten nationalen Beiträge (nach Rabatten) Deutschlands auf 383,6 Milliarden Euro.

Aus Brüssel flossen an operativen Ausgaben über die diversen Subventions- und Fördertöpfe sowie Regional- und Strukturfonds rund 213 Milliarden Euro nach Deutschland zurück. Die größten Empfänger der EU-Gelder waren die Peripherie- und heutigen Krisenländer; inzwi-

schen ist Polen mit seinem großen Agrarsektor der Hauptempfänger von EU-Geldern. Deutschlands Nettoszahungen belaufen sich seit Beginn der neunziger Jahre auf 170,6 Milliarden Euro - rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge der zehn Nettozahler in diesem Zeitraum. Dieser Anteil ist deutlich überproportional zur deutschen Wirtschaftsleistung, die im betrachteten Zeitraum zwischen einem Viertel und einem Fünftel des aggregierten Bruttoinlandsprodukts der EU-Mitglieder lag.

Zählt man weitere Zahlungen hinzu, etwa Zolleinnahmen und andere Abgaben, die an Brüssel abgeführt werden, lag die Nettobelastung Deutschlands seit der Wiedervereinigung noch deutlich höher: bei über 200 Milliarden Euro. Um zu wissen, wie viel diese Summe heute real wert wäre, hat Willeke die Zahlungen mit der Inflation hochgerechnet. In heutigen Preisen belaufen sich die deutschen Nettobelastungen seit 1991 auf fast 250 Milliarden Euro.

Schon seit langem, findet Willeke, ist die EU damit eine ganz erhebliche Transfer- und Umverteilungsunion - nicht erst seit im Zuge der "Euro-Rettung" Hilfspakete in Milliardenhöhe an die Peripherie gereicht werden. In den kommenden Jahren wird der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt steigen, weil die Förderung für viele Regionen in den ostdeutschen Bundesländern gekürzt wird und mehr Geld nach Ost- und Südeuropa fließt.

Sicherlich profitiert Deutschland in hohem Maße davon, daß es den EU-Binnenmarkt gibt. Für die exportorientierte Wirtschaft ist der gemeinsame Markt ein großer Vorteil, auch die Konsumenten profitieren. Daß es Transfers zwischen starken und schwachen Ländern als Ausdruck europäischer Solidarität und als Entwicklungshilfe gibt, dagegen hat Willeke nichts einzuwenden. Nur sollte die Belastung der Nettozahler proportional gleich sein, fordert Willeke. Eine solche Gleichbehandlung der Nettozahler entsprechend ihrer Wirtschaftskraft wäre gerecht und solidarisch (den Nettoempfängern würde nichts genommen).

Hätten alle Nettozahler den gleichen prozentualen Anteil ihres BNE zur Finanzierung der EU-Ausgaben geleistet, nämlich alle 0,2 Prozent jährlich, so hätte Deutschland seit den neunziger Jahren gut 60 Milliarden Euro weniger zahlen müssen. Dies sei die Differenz zwischen den geleisteten und den "angemessenen" Beiträgen, hat Willeke errechnet. Angesichts solcher Summen sieht er Deutschland nicht nur als Zahlmeister, sondern als "Melkkuh" der EU.<<

16.02.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Februar 2013 (x887/...): >>>**Keine Herzensangelegenheit**

Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür - Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären

Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der "Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.

Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, "daß selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können".

In Deutschland soll deshalb 2022 Schluß sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Daß Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem "mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".

Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, daß Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, daß ihr Land "Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garan-

tion der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest, zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechien), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) "bereits ausgestellt".

Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuß für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.

Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloß das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach.

Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so daß die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.

Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als "persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.

Gerne zeigen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften "Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden.

Dabei verschweigt die Opposition bewußt, daß die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.

Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, daß auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, daß keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. "Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).

Widersprüchlich ist, daß die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, daß die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der

Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.

Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraftwerkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und E.ON ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück.<<

09.03.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 2013 (x887/...): >>Deutsche sollen noch mehr bluten

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. Der Nettohaushalt der EU errechnet sich aus dem, was ein Land in die EU-Kasse einzahlt abzüglich dem, was es wieder herausbekommt.

Daß Deutschland Hauptnettozahler ist, war keine Neuigkeit. Indes überrascht das drastische Ausmaß, in welchem deutsche Zahlungen diejenigen anderer EU-Staaten übertreffen. Pro Kopf indes zahlten die Niederländer allerdings noch etwas mehr als ihre deutschen Nachbarn. Doch dies soll sich nach dem neuesten EU-Haushaltsentwurf ändern. Danach werden die Deutschen künftig auch pro Kopf mehr belastet als alle anderen. Holländer und Schweden folgen auf Platz zwei und drei.

Das ist jedoch erst der Anfang: Die Vorschläge des "Hamburger Weltwirtschaftsinstituts" (HWWI), welche die PAZ in der vergangenen Woche vorgestellt hat ("Testballon für Beutezug"), standen nach jüngsten Informationen des "Handelsblattes" bereits auf der Tagesordnung eines Treffens des deutschen Finanzministers mit seinem französischen Kollegen.

Was vergangene Woche noch als kruder Testballon aufgefaßt werden konnte, befindet sich also bereits im Stadium konkreter Verhandlungen: Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens aller Beschäftigten eines Landes sollen nach dem Plan an die EU abgeführt werden, die das Geld dann streng nach Einwohnerzahl wieder umverteilt. Für Deutschland bedeutet dies eine Netto-Mehrbelastung von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kämen weitere zehn Milliarden netto für die vom HWWI vorgeschlagene gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung.

Allein dadurch würde sich der jährliche deutsche EU-Nettobeitrag von bislang rund zehn Milliarden Euro glatt verfünffachen. Und dabei handelt es sich bloß um Schätzungen, die im Bezug auf die deutschen Nettozahlungen in der Vergangenheit von der Wirklichkeit noch einmal übertroffen wurden.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ist aber selbst das noch nicht genug. Der Belgier schlägt vor, eine Art gemeinsamer Konjunktur-Hilfskasse einzuführen. In diese sollen Länder mit guter Wirtschaftslage einzahlen, damit Länder mit schwacher Konjunktur bezuschußt werden können. Dies würde nach gegenwärtigem Stand weitere, unabsehbare Nettobelastungen für die Deutschen mit sich bringen.

Neben der Konjunktur soll in die Berechnung von Bedürftigkeit oder Zahlungspflicht auch der

Stand der Arbeitslosigkeit einbezogen werden, wünscht sich Van Rompuy. Hier würden Länder wie Spanien, die selbst bei sehr guter Konjunktur hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen haben, dauerhaft bevorzugt. Gut abschneiden würden auch Staaten mit einer hohen Quote an Schwarzarbeit, denn unangemeldete Tätigkeiten tauchen in der offiziellen Beschäftigungsbilanz natürlich nicht auf.

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliarden schweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingegen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlich Deutschland zu.<<

11.03.2013

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>Pädophilie: Di-stanzierungstango in der Pädofrage

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pfllegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulperen: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreu-

ung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als

Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rühmlichsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der

Paragrafen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitag sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landes-

verbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivist*innen die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivist*innen, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten

verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerlässlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

März 2013

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 berichtet im März/April 2013 (x853/...): >>**Die Neue Weltordnung - politisch korrekt oder Verschwörungstheorie?**

Inge M. Thürkauf

Für die meisten Zeitgenossen ist es ein nebulöser Begriff, mit dem die wenigsten etwas anzufangen wissen - Neue Weltordnung. Zwar wittern besonders die Medien dahinter irgendeine paranoide Verschwörungstheorie, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten.

Die neue Weltordnung als politisches Programm

Die Neue Weltordnung ist, das kann mit Sicherheit gesagt werden, keine Verschwörungstheorie, sie ist das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UN. Daß man verdächtigt wird, sich gegen Frieden und Menschenrechte zu stellen, wenn "Migration", die "Auflösung der Nationalstaaten" oder "religiöser Synkretismus" kritisiert oder nur hinterfragt wird, zeigt deutlich genug, daß sich dahinter mehr verbirgt, als lediglich eine Verschwörungstheorie.

"Die Gesellschaft soll verändert werden", schreibt der britische Historiker Anthony Sutton, die Welt soll verändert werden, "um eine Neue Weltordnung hervorzubringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede."

Die folgenden Zitate beleuchten den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Weltregierung:

- Präsident George H. W. Bush, ... US Präsident 1989-1993, hat am 11. September 1990, also auf den Tag genau 11 Jahre vor dem magischen Datum von 9/11, vor dem amerikanischen Kongreß erklärt: "Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."

Und bei seiner jährlichen "State of the Union" Ansprache im Februar 1991 entfaltete er offen seine Vision: "Es ist eine grosartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zusammengezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange. Der Gedanke an eine neue Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. Auch Woodrow Wilson (1856-1924) strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Plan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht das gewünschte Resultat.

- In einem Leitartikel der "Financial Times" vom 8.12.2008 berichtet Gideon Rachman von der Agenda für eine diktatorische Weltregierung. Der Bericht räumt ein, daß der Begriff "global governance" ein Euphemismus sei für eine antidemokratische Weltregierung. Der Autor schreibt, daß global governance viel früher eingeführt werden könnte, als die meisten erwarten, und daß Barack Obama bereits seinen Wunsch nach Erreichen dieses Ziels ausgedrückt habe.

- Am 2. April 2009 trafen sich in London die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung. Vor 200 Jahren, so Brown, hat eine neue Welt die alte abgelöst. 1990

war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt.

Man sprach damals von einer politischen neuen Ordnung. Was nicht vorausgesehen werden konnte, war die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun beginnen wir zu verstehen, so Brown weiter, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorgebracht wird, nicht durch die militärische Stärke des Kalten Krieges, sondern durch ihren ökonomischen Einfluß entsteht. Die Länder, die erfolgreich sein werden, sind jene, die Flexibilität, Freie Marktwirtschaft, Freier Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander vereinigen können. Brown abschließend: Eine neue Welt ist im Kommen. Es ist eine Neue Welt Ordnung mit bedeutend unterschiedlichen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Einig waren sich die G20-Gipfelteilnehmer in drei Punkten:

1. neue Finanzmarktregeln.

2. die Bereitstellung gigantischer finanzieller Mittel für die zentralen Finanzinstitute auf globaler Ebene.

3. die Vereinbarung, sogenannte Steueroasen auf eine schwarze Liste zu setzen.

- Auch Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993-2000, spricht Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (21. Jahrhundert) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

- Ebenso David Rockefeller: Er sah die Welt 1994 "am Rande einer globalen Umwälzung. Alles was nötig ist, wäre eine Krise großen Ausmaßes, und die Nationen werden die neue Weltordnung bejahen."

In einer Ansprache vor der Trilateral Commission 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre Versprechen zur Geheimhaltung nicht gebrochen haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn er Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wäre. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer Weltregierung entgegenzugehen."

- Jacques Attali, Berater des ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy (von 2007-2012), sah eine Chance für eine Weltregierung in der im Jahre 2009 erwarteten Schweinegrippe Pandemie. "Die Geschichte lehre, daß die Menschheit sich nur unter Todesangst bedeutsam weiterentwickle: Dann mobilisiere sie Abwehrmechanismen, manchmal unerträgliche (Sündenböcke und totalitäre Systeme); manchmal sinnlose (Ablenkung); manchmal effiziente (therapeutische Maßnahmen, die letztendlich alle die alten Moralvorstellungen über Bord werfen)."

- Ähnlich äußerte sich Henry Kissinger:

"Heute würden die Amerikaner empört reagieren, wenn UNO-Truppen Los Angeles beträten, um die Ordnung wiederherzustellen; morgen waren sie dankbar! Besonders, wenn ihnen erklärt wird, daß es eine äußere Bedrohung gibt, ob real oder Propaganda, die unsere Existenz in Frage stelle. Alle würden dann die Weltführer anflehen, sie von diesem Übel zu erlösen. Jedermann fürchtet sich vor dem Unbekannten. Wenn ihnen dieses Drehbuch vor Augen gestellt wird, werden Individualrechte bereitwillig im Gegenzug für Garantien ihres Wohlergehens abgetreten, das ihnen von der Weltregierung bewilligt wird."

- Die Schweiz hat ebenfalls diesbezüglich einen Vorschlag unterbreitet: Anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York am 14. September 2010 hielt Altbundesrat Joseph Deiss seine Antrittsrede als Präsident der UNO-Generalversammlung und stellte die Forderung nach einer "gouvernance mondiale", nach einer globalen Regierungsführung.

- Völlig unmißverständlich drückte sich die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, auf dem Kirchentag in Dresden 2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."

Und während der Konferenz "Falling Walls" am 9. November 2009 in Berlin, umschrieb sie die NWO elegant mit den Worten: "... eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, *koste es, was es wolle?*"

Da diese Rede 2009 gehalten wurde, fragt man sich, welche Mauern sie hier angesprochen hat, die Berliner Mauer kann es wohl nicht gewesen sein, sie fiel ja 20 Jahre früher. Es können somit eigentlich nur Landergrenzen gemeint sein, die durchbrochen werden müssen, damit z.B. Menschen Grenzenlos einwandern können, und zwar - koste es, was es wolle.

Für die Bundeskanzlerin existiert bereits eine Welt des Friedens, wenn es keine Grenzen mehr gibt. Angela Merkel bekräftigt diesen Aspekt, wenn sie sagt: "Das wollen wir auch dort schaffen, wo ... Mauern die Möglichkeit verhindern, daß die Welt friedlich zusammenlebt." - "Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist." - "Diese Welt wird keine friedliche ... Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden."

Soll das heißen, daß nur eine Welt ohne Grenzen, ohne Mauern, wie sie das nennt, eine Welt des Friedens sein wird? Was geschieht, wenn Nationalstaaten auf ihre Grenzen aber nicht verzichten wollen? Nehmen wir als Beispiel die Schweiz.

Sicher - so das berechtigte Argument - die Schweiz gehört nicht zur EU, zumindest nicht offiziell. Es ist jedoch auch an der Schweizer Bevölkerung nicht unbemerkt vorbeigegangen, daß den Forderungen aus Brüssel immer mehr Gehör geschenkt wird. Der Wirtschaft zu liebe, ist die Regierung fast gezwungen, die einen oder anderen Verträge zu unterschreiben. Denn die Globalisierung ist - wie Politiker sich auszudrücken pflegen - "alternativlos", und in diese "Alternativlosigkeit" möchte die EU das Alpenland doch gerne mit hineinnehmen.

Daß die "globale Ordnung", wie Frau Merkel sich ausdrückt, unter Umständen doch an "Mauern" stoßen könnte, zeigen die Äußerungen des Schweizer Verteidigungsministers Ueli Maurer in der Zeitung "Sonntag" vom 7. Oktober 2012. Die Schweizer Armee erwarte eine dramatische Eskalation der Lage in EU-Krisenstaaten mit Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz, warnt er. Die Euro-Krise verschärfe das Gewaltpotential.

Die Sparmaßnahmen in den südlichen Eurokrisenländern würden dazu führen, daß die Armeen dieser Länder geschwächt werden. Da Bern ein Übergreifen auf das eigene Gebiet und große Flüchtlingsströme aus Südeuropa befürchtet, rüste die Armee ihre Streitkräfte auf, um die vier Landesteile an den Grenzen abzusichern.

Wie wir aber aus den Worten von Angela Merkel deutlich herausgehört haben, würde die Absicherung von Landesgrenzen die Verwirklichung der multilateralen Zusammenarbeit behindern, was den Frieden doch empfindlich gefährden könnte.

Die Errichtung eines Weltstaates hat nach den Vorgaben der Vereinten Nationen als einzige Herrschaftsform die Demokratie im Blickpunkt. Es steht allerdings nirgends geschrieben, daß die "Direkte Demokratie" der Schweiz als Vorbild genommen werden wird, bei dem das Volk nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch häufige Volksabstimmungen direkten Einfluß auf die Politik nehmen kann. Um EU konform zu werden, bleibt der Alpenrepublik jedoch immer noch die Möglichkeit, zu der in vielen anderen Staaten der Welt üblichen "Parlamentarischen Demokratie" zu wechseln.

Multikultur und die Neue Weltordnung

Das Szenario für die Schweiz soll hier nicht weitersponnen werden, wenden wir uns vielmehr der Frage zu, was für weitere Maßnahmen angesetzt werden müssen, um eine neue Weltordnung zu schaffen? Die Äußerungen von Bundesrat Ueli Maurer implizieren, daß die neue Weltordnung vielleicht auch etwas mit dem Begriff "Multikultur" zu tun haben könnte. Dazu ein aufschlußreicher Kommentar zum Multikulturalismus aus einer Netzseite in Bangladesch. Dort heißt es: "Multikulturalismus ist ein unnatürlicher und ungesunder Zustand, der

nur Länder heimsuchen kann, die sich im nationalen Niedergang befinden ..."

Multikulturalismus "wird dazu benutzt, einen nationalen Konsens in der Wählerschaft zu verhindern. Er untergräbt Werte, Kultur, Glaubensinhalte, ethnische Eigenheiten usw. und schafft dadurch einen ständigen Strom der Unzufriedenheit, auf dem sicherzustellen, daß die Regierungen sich niemals als Schicksalsgemeinschaft begreifen und daß es niemals Solidarität zwischen ihnen geben kann."

Wenn Multikulturalismus also die etablierte Ordnung von Nationalstaaten untergräbt, so ist die Migrationswelle, die gegenwärtig Europa durchzieht, zweifellos eine wirksame Maßnahme zur Auflösung der einzelnen Nationalstaaten. Der Bevölkerung wird auf allen Kanälen erklärt, wie bereichernd die kulturelle Vielfalt für die Weiterentwicklung einer Nation sein kann. Was wir zunächst feststellen ist, daß im westlichen Europa immer deutlicher gravierende Veränderungen zu Tage treten.

Viele fühlen sich von den Regierungen getäuscht und überrollt. Das ungeschminkte Geständnis des luxemburgischen Premierministers und bis Anfang 2013 Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, gibt Einblick in die Vorgehensweise der Multikulturalisten: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Auf diese gewieft Weise wurde der Euro eingeführt, und es ist anzunehmen, daß sich diese Methode auch bei anderen Agenden wie Gender Mainstreaming, der Schaffung des Bundesstaates Europa und der Neuen Welt Ordnung bewährt. Die Aussage Junckers zeigt unmißverständlich, daß die Multikulturalisten nicht an das glauben, was sie propagieren.

Es sei daran erinnert, daß es die im Oktober 2012 friedensnobelpreisgekrönte EU ist, welche die Landesgrenzen mit Hilfe der Schengener-Verträge aufgelöst und damit Wanderbewegungen in einem Maß ermöglicht hat, die einmalig sind in der europäischen Geschichte. Der schwedische Außenminister Carl Bildt sagte dazu: "Das Nobelkomitee begründete den Preis u.a. damit, daß die EU-Erweiterungspolitik mit dem Balkan und der Türkei ein Schlüssel ihres Friedensbeitrages ist."

Wir können heute schon mit Sicherheit annehmen, daß Migrationsbewegungen von diesen Ausmaßen zu einer Lockerung des fairen Austauschs unter den Nationalstaaten führen wird, was eine vermehrte Gleichgültigkeit an nationalen Interessen zur Folge haben kann. Verschiebungen von Bevölkerungsgruppen sind ein erfolgreiches Konzept der Diktatoren, da desorientierte, von Familie und Religion entfremdete Menschen leichter zu kontrollieren und zu manipulieren sind.

Im Hinblick auf die demographische Situation in den europäischen Ländern, kann davon ausgegangen werden, daß in einigen Jahren die Völker nicht mehr von den Autochthonen, also den Eingeborenen der einzelnen Länder regiert werden, denn von Migrantinnen ist kaum zu erwarten, daß sie in ihren Wahlländern ihre Identität aufgeben.

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität von Europäern. Sie sollen zu Fremden werden im "eigenen Haus". Jene, die sich sorgen um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat (zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden) und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt "Rassismus", Islamophobie oder prinzipiell "Xenophobie".

Die gegenwärtigen Wanderbewegungen werden jedoch allgemein von den Regierungen als positiv betrachtet und das globale Zeitalter bereichernd für die lokale Kultur gesehen. Die Gründe sind nicht zuletzt die ausgedehnten Wirtschaftsverbindungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt, insbesondere zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Ebenso haben sich die wirtschaftlichen Bande zwischen den USA und Saudi-Arabien in den

letzten Jahren intensiviert. Sozialismus und Kapitalismus sind bekannterweise die jeweils andere Seite derselben Medaille. Von beiden Seiten wird auf eine Weltregierung hingearbeitet. Nicht wenige EU-Befürworter sind optimistisch in der Meinung, "daß wir - wenn es uns gelingt, eine Regierung auf der paneuropäischen Ebene zu schaffen - auch eine Regierung auf globaler Ebene zustande bringen können."

Politisch korrekt in die Neue Weltordnung

Wenn Ideologen zur Macht gelangen, nutzen sie diese Macht, um ihre Ideologie zu etablieren. In den letzten Jahren mußten wir feststellen, daß die Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt wurde. Es wird immer schwieriger, über bestimmte Themen zu sprechen und zu schreiben. Traditionelle Meinungen in Bezug auf die Geschlechter, die im Widerspruch zur vorgegebenen Auffassung von Homosexualität oder zur Multikultur stehen, laufen Gefahr, sich an der neuzeitlichen Staatsideologie zu vergehen. Nach den Ideologien von Marxismus-Leninismus und Nationalsozialismus ist nun eine neue Ideologie im Begriff, die Welt zu beherrschen: die *Political correctness*.

Die Medien jedoch, denen sonst kaum etwas entgeht, schweigen mit wenigen Ausnahmen als sei eine Nachrichtensperre über sie verhängt worden. Und sehr wahrscheinlich ist dies auch so. An Stelle der staatlichen Pressezensur ist die Zensur durch die Presse getreten. In seinem Werk "Untergang des Abendlandes" bemerkt Oswald Spengler:

"Der Leser weiß nichts von dem, was man mit ihm vorhat, und soll es auch nicht, und er soll auch nicht wissen, welche Rolle er damit spielt. Eine fürchterlichere Satire auf die Gedankenfreiheit gibt es nicht. Einst durfte man nicht wagen, frei zu denken; jetzt darf man es, aber man kann es nicht mehr. Man will nur noch denken was man wollen soll, und eben das empfindet man als seine Freiheit."

Über 80 Jahre später hat sich an der Beobachtung Spenglers nichts geändert, nur spricht man im Jahre 2011 in aller Öffentlichkeit darüber: "Was aber nutzt uns die ganze schöne Pressevielfalt, wenn letzten Endes alle von Flensburg bis Garmisch über dasselbe schreiben und auch dieselben Themen auslassen?" fragte der Münchner Verleger Dirk Ippen (Münchner Merkur, tz) am 18. Mai im Kaisersaal des Frankfurter Römer in seiner Festrede bei der Verleihung des Wächterpreises der Tagespresse.

Die Klage eines Verlegers: "Wer gegen den Zeitgeist anschwimmt, findet kein Gehör" und: "Zum Nonkonformismus gehört Mut", enthüllt mehr als alle Analysen und Statistiken, daß "Die Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit" auch im politischmedialen Rahmen Fakt geworden ist.

Ein mysteriöses Monument

Im Bundesstaat Georgia (USA) sind in zwölf Sprachen auf großen Platten aus Granit die "10 Gebote der Neuen Welt Ordnung (NWO)" gemeißelt. Da die "Steine von Georgia" eine große Ähnlichkeit mit der Megalithstruktur in Stonehenge/England haben, werden sie als das "amerikanische Stonehenge" bezeichnet.

Diese zehn Gebote der NWO (auf Englisch, Spanisch, Swahili, Hindi, Hebräisch, Arabisch, Chinesisch und Russisch, sowie in den altertümlichen Sprachen Babylonisch, Altgriechisch, Sanskrit und Ägyptische Hieroglyphen eingraviert) lauten:

1. Halte die Menschheit unter 500.000.000 (in Worten: Fünfhundert Millionen) in ewigem Gleichgewicht mit der Natur.
2. Führe die Vermehrung weise - verbessere die Gesundheit und Verschiedenheit.
3. Vereine die Menschheit mit einer lebendigen neuen Sprache.
4. Beherrsche Leidenschaft - Glaube - Tradition - und alles andere mit gemäßiger Vernunft.
5. Schütze Menschen und Nationen mit fairem Recht und gerechten Gerichten.
6. Laß alle Nationen sich selber regieren, löse externe Querelen in einem Weltgericht.
7. Vermeide kleinliche Gesetze und nutzlose Beamte.

8. Gleiche persönliche Rechte mit sozialen Aufgaben aus.
9. Belohne Wahrheit - Schönheit - Liebe - suche Harmonie mit dem Unendlichen.
10. Sei kein Krebsgeschwür für die Erde - laß Platz für die Natur - laß Platz für die Natur.

Diese 10 Gebote der neuen Religion in der NWO, eine Mischung von Esoterik und freundlicher Aufforderung zur Begrenzung der Weltbevölkerung, wurden 1978 errichtet. Sie sind in einer allgemeingültigen Weise gehalten, daß jedermann sich mit ihr identifizieren kann - unabhängig von seinem eigenen Glauben oder seiner Weltanschauung.

New Age und die Neue Weltreligion

Als spirituelle Vorstufe zur Neuen Welt Ordnung kann die Bewegung von New Age genannt werden. Die führende Gestalt des Wassermann-Zeitalters, Marilyn Ferguson, stellte die Veränderungen, die sich weltweit im Denken der Menschen vollziehen, wie folgt vor: "... weltweite Völkergemeinschaft, Partnerschaft, Miteinander, Ganzheitlichkeit - das sind nicht einfache Ideen, deren Zeit gekommen ist. - Die Vorstellungen, die jetzt aufkommen, tragen die Kraft in sich, die weltweite Kultur zu gestalten."

In dieser weltweiten Kultur nimmt die UNO eine zentrale Stelle ein. Der Generalsekretär der UNO von 1982-1991 Perez de Cuellar sagte in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte: "Es ist unsere Absicht (d.h. die der UNO) eine universale Menschenrechtskultur zu schaffen, die dazu beitragen kann, die bereits in Erscheinung tretende Weltgesellschaft zusammenzuschweißen."

Diese Weltgesellschaft soll aus den Vereinten Nationen erwachsen, die sich von den United Nations (Mehrzahl) zu einer United Nation (Einzahl) wandeln sollen. Fundament dieses Schritt für Schritt formenden Weltstaates sollen die Menschenrechte sein, dann werden wir alle - im Vollsinn des Wortes - Weltbürger, die sich diesem Staat verbunden fühlen sollen.

1990 sprach de Cuellar in Moskau vor ca. 1.000 Delegierten aus 83 Staaten von einem neuen globalen Patriotismus, der erweckt werden müsse. Nach Ausdrucksweise der New Ager machte das Schlagwort vom "globalen Dorf" die Runde, bei dem auch die religiöse Dimension wesentlicher Teil der sich entfaltenden Kultur des globalen Bewußtseins sei.

Zur Neuen Weltordnung gehört also auch die Eine Welt Religion, eine allen Religionen zugrunde gelegte spirituelle Wirklichkeit, die der Entwicklungsstufe der Menschheit angemessen ist, das heißt: eine synkretistische Einheitsreligion. Robert Muller, stellvertretender General-Sekretär für 40 Jahre, man nannte ihn den Philosophen der United Nation, betrachtete die Vereinten Nationen als den "corpus christi mysticum", d.h. als den mystischen Leib Christi. Er schrieb also die zentrale Aussage des Evangeliums den Vereinten Nationen zu. Für den weiblichen Guru der New-Age-Bewegung, Marilyn Ferguson, ist das Wassermannzeitalter eine Organisation, die Dogmen ablehnt und darauf hin arbeitet, daß eine Bewußtseinsveränderung in Geist und Herzen stattfindet."

"Wenn dieser Prozeß abgeschlossen sein wird, werden wir es mit einer neuen Menschheit zu tun haben, die als neu bezeichnet werden kann, weil sie anders ausgerichtet sein wird."

Die Charta der UN und die universale Erklärung der Menschenrechte sowie die UNO selbst mit ihren weitverzweigten Unterorganisationen sind aufs engste mit der Schaffung dieses Welteinheitsreiches, heute offiziell Neue Welt Ordnung genannt, verbunden.

Europa hat Christus verlassen, neue Götter haben seinen Platz eingenommen. Zwar ragen noch die Türme christlicher Kirchen in den Himmel, doch wer richtet sich noch nach diesen Wegweisern. Um den Frieden nicht zu stören, wird der Wahrheit Gewalt angetan. Es hat den Anschein, daß die europäischen "Eliten" in ihrer Mehrheit keine Zukunft für Europa mehr vorgesehen haben.<<

01.04.2013

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 1. April 2013 (x893/...): >>Ich war Freimaurer - Das zerstörerische Wirken der Logenbrüder: Der

Papst ist Feind Nr. 1

(Paris) Der französische Arzt und Buchautor Maurice Caillet, ein ehemaliger Freimaurer und Meister vom Stuhl, der sich zum Christentum bekehrte, gab am 20. Februar dem Internetradio *Culturacattolica.it* ein Interview über die Freimaurerei, deren subversives Wirken und seine Bekehrung.

Caillet, Sohn atheistischer Eltern und von Jugend an erklärter Kirchenfeind, wurde 1969 im Alter von 35 Jahren in Rennes in eine Loge des *Grande Orient de France* aufgenommen. Eine der ältesten und mächtigsten Logen. Er brachte es dort bis zum 18. Grad der Rosenkreuzer. Er hatte damit Zugang zu den höheren Graden des Schottischen Ritus, die den meisten Logenbrüdern der niederen Grade unbekannt sind. Caillet interessierte sich für Okkultismus, Weiße Magie und Radiästhesie.

Er gehörte in den 70er Jahren zu den französischen Pionieren der Familienplanung, und setzte sich für die Verbreitung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder ein. Als Mitglied der Sozialistischen Partei und Freund von Staatspräsident Mitterand konnte er als Stuhlmeister seiner Loge nach dessen Wahl ein explosionsartiges Interesse an Logenmitgliedschaften erleben. Ebenso konnte der aufstrebende Meister den Einfluß der Logenbrüder in Politik, Medien, Wirtschaft und öffentlichem Dienst aus nächster Nähe erleben.

1984 begleitete er seine kranke Frau nach Lourdes, wo sein Leben eine radikale Wendung nahm. Als er dort erstmals in seinem Leben einer Heiligen Messe beiwohnte, hörte er eine "sanfte Stimme, die mich rief, und die weder die Stimme meines Gewissens noch eine äußere Stimme war. Die Stimme rief mich bei meinem Namen und sagte zu mir: Es ist gut, daß du mich um die Heilung deiner Frau bittest. Aber was hast du mir zu bieten?" In diesem Augenblick bot er sich selbst an. "Es war alles, was ich zu bieten hatte. Nicht wenig für einen Atheisten, der 40 Jahre lang ein Kirchen- und Priesterhasser war", so Caillet in einem seiner Bücher über das Ereignis, das am Beginn seiner Bekehrung stand.

Heute ist er Ehrenmitglied der *Alliance Vita*, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Caillet engagiert sich heute auch aktiv gegen Ehescheidung, Homo-Ehe, die Drogenfreigabe und die Euthanasie, da es "die perfekte Ordnung Gottes zu verteidigen, gegen die Pläne der zerstörerischen Freimaurerei".

Caillets Bücher sind in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Polnisch erschienen. In deutscher Übersetzung liegen sie nicht vor. Zum Thema Freimaurerei verfaßte er unter anderem: *Das Geheimnis der Logen im Lichte Christi* (1998), *Hedonismus und Christentum* (2001), *Gott ist nichts unmöglich. Die Gabe der Heilung* (2002), *Die Freimaurerei: Sünde wider den Geist?* (2002), *Okkultismus und Christentum. Unterscheidungshilfen* (2005), *Katholik und Freimaurer: ist das möglich?* (2008)

Was ist die Freimaurerei?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei ist nebulös. Die Leute treten ihr aus den unterschiedlichsten Motiven bei, so wie der Zweck ihres Beitritts vielfältig ist. Was behauptet sie von sich selbst? Offiziell das Gute zu wollen und die Menschheit zu bessern. Die menschliche Vernunft mit ihren Projektionen und ihren Rechtfertigungen ist eine Art von Gottheit für die Freimaurer.

Wie entstand sie?

Maurice Caillet: Der Mythos will, daß die spekulative Freimaurerei im 18. Jahrhundert durch eine Weiterentwicklung aus der sogenannten "operativen" Freimaurerei entsteht. Der Mythos will (aber es gibt verschiedene), daß die moderne Freimaurerei der Erbe der mittelalterlichen Baumeister der Kathedralen ist. Deshalb behaupten die Freimaurer, von der Erbauung von Gebäuden zur "Erbauung der Welt" übergegangen zu sein. Und zwar durch Ideen, nicht praktisch.

Ist es wahr, daß die Freimaurerei mit dem Judentum verbunden ist?

Maurice Caillet: Das hängt davon ab. Es ist nicht leicht, das zu sagen. Es ist wahr, daß im Inneren der Logen eine gewisse "Kompatibilität" besteht zwischen der jüdisch-hebräischen Ideologie, die eine völlig himmlische Hoffnung und der freimaurerischen Ideologie, die eine völlig irdische Hoffnung vertritt. Für die Christen ist das anders.

In Wirklichkeit, das ist zu betonen, kommt der ideologische Impuls der Freimaurerei vom Naturalismus, von der Naturrechtsphilosophie, vom Nominalismus und auch vom Protestantismus. Wahr ist, daß die Freimaurerei auf die Durchsetzung einer Universalreligion abzielt, das Judentum eines universalen Gottes. Auch in dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Kompatibilität.

Wie kann man einen Freimaurer erkennen? Stimmt es, daß es untereinander Erkennungszeichen gibt?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Zeichen. Es ist aber auch wahr, daß es eine Geheimhaltungspflicht gibt. Deshalb ist man sehr vorsichtig, diese Zeichen gegenüber Unbekannten zu gebrauchen. Ich zum Beispiel erfuhr öfter, daß jemand Freimaurer ist, weil er es mir sagte, als durch seltsame Erkennungsgesten.

Wie haben Sie die Freimaurerei verlassen?

Maurice Caillet: 1984. Ich war mit meiner schwerkranken Frau in Lourdes. Da ich nicht mit ihr in die Becken konnte, ging ich zufällig in eine Krypta. Dort wohnte ich zum ersten Mal in meinem Leben einer Heiligen Messe bei. Und ich hörte mich plötzlich persönlich von Christus gerufen. Darauf - noch heute kann ich mir selbst diese Momente kaum erklären - ging ich nach der Messe zum Pfarrer und bat ihn um die Taufe.

Wie reagierte die Loge, der Sie angehörten, auf Ihre Bekehrung?

Maurice Caillet: Als ich es in der Versammlung ankündigte (eine solche findet in jeder Loge alle 15 Tage statt), ... sehr schlecht, wirklich sehr schlecht. Niemand schaute mich mehr an. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Da habe ich die "Toleranz" kennengelernt, die sich die Freimaurerei so groß auf ihre Fahnen geschrieben hat, die sie ständig vor sich herträgt. Für die Katholiken gilt sie nicht. Aber ich hatte mir das schon erwartet: Der Papst ist der Feind Nummer Eins der Freimaurer.

Gibt es in Frankreich Katholiken, die Freimaurer sind?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Katholiken, die Freimaurer werden ...

Auch Priester und Bischöfe?

Maurice Caillet: Ob es freimaurerische Bischöfe gibt, weiß ich nicht mit Sicherheit. Ich weiß aber, daß es Bischöfe gibt, die - man möge mir den Ausdruck nachsehen - mit der Freimaurerei flirten und sich im Gespräch mit ihr befinden. Ich verstehe nicht, was die Absicht, was das Ziel dabei sein soll ...

Welches sind die Dinge, denen die Freimaurerei am meisten Aufmerksamkeit schenkt?

Maurice Caillet: Die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem zu den Themen, die die Freimaurerei auf politischer Ebene voranträgt und die sie für wichtig für ihre Pläne hält. Die Abtreibung: damals, als das Gesetz diskutiert wurde, wurde enormer Druck auf die Medien ausgeübt, um die Meinung der Massen zu lenken, aber noch mehr Druck wurde auf die Politiker der Rechten ausgeübt, die sich 1974 dann tatsächlich nicht mit Entschiedenheit widersetzen, sodaß das Gesetz ohne Probleme durchging.

Heute sind die Themen: Homo-Ehe, Relativismus, Libertinage, Verhütungsmittel, Scheidung, Hedonismus, Genußsucht, die Ablehnung des Leidens.

Der Mensch muß frei sein, sich dem Genuß hinzugeben. Das ist die Besserung der Menschheit, auf die die Freimaurerei abzielt.

Welche Rolle spielen Okkultismus, Esoterik, Magie?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei würde ohne Esoterik nicht existieren, sie ist eine Form

von Esoterik.

Und ihre Rituale haben alle mit Magie zu tun, mit der Beschwörung obskurer Kräfte, von der Initiation angefangen.

Das Motto der Freimaurerei lautet *liberté, égalité, fraternité*, es dürfte Ihnen bekannt vorkommen. Die Interpretation dieses Mottos ist aber nichts anderes, als eine Form der Nachäufung des Christentums.

Damals schon fragte ich mich manchmal, ob der Teufel in der Freimaurerei gegenwärtig ist. Ja, er ist es. Ich selbst habe im Augenblick, als ich aussteigen wollte, diese Gegenwart gespürt.

Kann es zwischen Katholiken und Freimaurern Versöhnung geben?

Maurice Caillet: Es ist schwierig. Noch schwerwiegender aber ist, daß sich die Katholiken nicht genau im Klaren sind, warum für sie die Mitgliedschaft bei den Freimaurern eine schwere Sünde ist. Viele wissen es einfach nicht. Viele sagen, daß sich die Kirche seit 1983 nicht mehr geäußert hat und daß die Exkommunikation aufgehoben worden sei. Es herrscht keine Klarheit.

Akzeptiert die Freimaurerei auch Atheisten?

Maurice Caillet: Das kommt darauf an: Der Großorient von Frankreich in der Theorie ja. Die Nationale Großloge von Frankreich in der Theorie nein. Aber auch dort, wo dieser Große Baumeister aller Welten gilt oder wo irgendeine Form von Glauben an Gott gefordert wird, spielt Gott in Wirklichkeit keine Rolle. Deismus vielleicht.

Man spricht in der Freimaurerei von "Niederer Graden" und "Hochgraden", aber auch von einer ausgeprägten Gleichheit unter den Logenbrüdern. Wie sieht es wirklich aus?

Maurice Caillet: Es ist sehr kompliziert. Der Großteil derer, die in die Freimaurerei eintreten, hat nicht die geringste Vorstellung davon, was sie wirklich ist. Sie wissen einfach nicht, in was sie sich hineinstürzen.

Die Freimaurerei unterteilt die Menschheit in zwei Gruppen: die Initiierten, also die Wissenden und die Unwissenden. In Freimaurer und Nicht-Freimaurer.

Wer aber den Niedergraden, vor allem den drei ersten Graden angehört, hat nicht die geringste Idee von dem, was in den Hochgraden geschieht.

Ein Lehrling weiß nicht, was die Gesellen tun, die Gesellen wissen nicht, was die Meister tun. Deshalb sind jene, die den niederen Graden angehören, nicht viel mehr als Instrumente für die Oberen. Was geschieht in den "Ateliers de perfectionnement"? Ein Lehrling weiß es nicht.

Was geschieht in der "Blauen Loge", in der "Johannesloge", in der "Grundloge". Nur wenige wissen, was geschieht. Der Unterschied aber ist enorm.

Ich hatte es bis zum 18. Grad geschafft. Von den Hochgraden weiß ich, daß vom 30. Grad verlangt wird, die "Tiara der Päpste" mit den Füßen zu treten.

Der Papst ist der Feind Nummer Eins. Das weiß in Wirklichkeit jeder, auch jene, die es nicht sagen. Die katholische Kirche ist universal, hat einen Papst, der die Integrität des Glaubens verteidigt. Eines Glaubens, der sich "der Welt widersetzt". Die Katholische Kirche ist der Feind der Freimaurerei.

Wird für die freimaurerischen Riten der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben?

Maurice Caillet: Ich war Chirurg, ein Arzt, und ich kann sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt die freimaurerischen Riten einfach nur absurd sind.

Wie eng ist die Verbindung Freimaurerei-Politik?

Maurice Caillet: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Frankreich mindestens 50 Minister gehabt, die dem Großorient angehörten. Die derzeitige sozialistische Regierung zum Beispiel ist freimaurerisch, sehr sogar.

Wir leben in einer Gesellschaft, die auf einer freimaurerischen, laizistischen Grundlage beruht, der eine oder andere erleuchtete Intellektuelle schlägt vor, Weihnachten in ein "Fest der

Freiheit" oder ein "Fest der Kinder" umzuwandeln. Die Freimaurerei steckt auch hinter solchen Plänen? Oh ja. So wie sie zu meinen Zeiten hinter den Plänen zur Legalisierung der Abtreibung steckte. Ich selbst habe Abtreibungen in der Bretagne durchgeführt. Ich war sogar der erste dort und trug dazu bei, dieses Modell von "Fortschritt und Toleranz" zu verbreiten. Und heute sind die Themen jene, die wir jeden Tag sehen.

Stimmt es, daß Sie für die Bekehrung der Freimaurer beten?

Maurice Caillet: Jeden Tag. Viele Freimaurer sind Männer, die sich verirrt haben. Sie haben sich auf der Suche nach Antworten über das Leben und ihr Schicksal verirrt. Sie wissen nichts von Jesus. In Frankreich wissen heute nur mehr wenige etwas von Jesus, so wie ich nichts von ihm wußte, und so wie ich landen viele in den Logen. Für sie bete ich.

Übersetzung: Giuseppe Nardi<<

Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, ... www.mysteries-magazin.com ...<<

10.04.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 10. April 2013 (x892/...): >>Deutsche sind die ärmsten Europäer

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.

Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.

So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<

17.05.2013

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>Fassade "Demokratie"

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist über-

gangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.

Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten

Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den

Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemessenen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.

Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

01.06.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juni 2013 (x887/...):

>>Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort

Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen.

Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die EUFV von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, daß sie Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, daß diese unterbleiben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.

Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, daß die Entschädigungsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen.

Den Enteigneten ist immer klar gewesen, daß eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande gebracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.

Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen. Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben.

Der Bundesvorstand der LO hat nunmehr offiziell klargestellt, daß sich alle Entschädigungsansprüche für das konfiszierte Eigentum in den Heimatgebieten gegen die Bundesregierung richten. Dieser Haltung liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß die Heimatvertriebenen nun fast 25 Jahre nach der Wende und ebenso langer intensiver Aufbauarbeit in den Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches, das stabile Vertrauensverhältnis zwischen der heutigen polnischen und litauischen Mehrheitsbevölkerung und der deutschen Minderheit nicht gefährden wollen.

Das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten hat sich normalisiert, das soll aus Sicht der Heimatvertriebenen auch so bleiben. Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichgesetzes wird klargestellt, daß die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind.<<

22.06.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juni 2013 (x887/...): >>Rustikale Rhetorik

Udo Ulfkotte rechnet ab

Der promovierte Politikwissenschaftler Udo Ulfkotte ist ein Viel- beziehungsweise Schnell-schreiber und bedient sich zudem gerne einer rustikalen Rhetorik. So enthält sein neuestes Werk "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast" unter anderem arg primitive Ausdrücke wie "Party-Pupser", "Maul halten!" und "Mediale Sauerei". Manchmal geht es aber auch eleganter: "Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Allerdings übt Ulfkotte sich nicht nur in Politikerschelte, denn genauso sehr geht es ihm darum, den Kritikern der ungeliebten Weichwährung ein Denkmal zu setzen. Und da wiederum verfällt er plötzlich in ein ungewohnt süßliches Pathos: "In der Kathedrale unserer Herzen wird für jene, die uns vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt haben, für immer eine Kerze brennen."

Mit der Spezies der Euro-Befürworter rechnet Ulfkotte zu Beginn seiner Darstellung in durchaus berechtigtem Furor ab und spart dabei nicht mit Ratschlägen, wie wohl nur er sie formulieren kann: "Was wir brauchen, ist Nürnberg 2.0."

Zu inhaftieren und vor ein Volkstribunal zu stellen sind seiner Meinung nach unter anderem folgende Einpeitscher des "Teuro": Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Gerhardt, Joschka Fischer, Johannes Rau, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Jutta Limbach und Horst Köhler. Dazu kämen ihre medialen Helfershelfer - allen voran der janusköpfige Moralist Ulrich Wickert und die Ex-Stewardess Sabine Christiansen.

Und in der Tat weiß man als Bürger nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sich all

die machiavellistischen Versprechen vergegenwärtigt, die diese Personen vor der Euro-Einführung abgegeben haben: "Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der Deutschen Mark", tönte beispielsweise der dauerqualmende Elder Statesman Helmut Schmidt im Juni 1997.

Insofern hat Ulfkotte völlig recht, wenn er feststellt: "Der Euro ist eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lügen und Betrug." Ebenso zutreffend ist seine Feststellung, daß der ökonomische Kamikazeakt der Abschaffung der D-Mark Teil einer Strategie war, die auf die weitere "Amputation der deutschen Identität" abzielte.

Die wohl wichtigsten Passagen von Ulfkottes Buch, welches sich wieder einmal vorrangig auf Internetquellen stützt, sind allerdings die, in denen es um die Behandlung prominenter Euro-Gegner wie Karl Schiller, Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider geht: Hier kann man sehr schön nachlesen, wie eine Allianz von beschränkt-willfähigen Journalisten, Verfassungsschützern und Antifa-Denunzianten Gesinnungsterror ausgeübt und die Rechtsextremismus-Keule geschwungen hat, um sämtliche Skeptiker mundtot zu machen.

So wurde dem renommierten Staatsrechtler Schachtschneider straflos unterstellt, er sei ein Sympathisant der NPD. Oder nehmen wir den Fall des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechttersheimer: Dessen Anti-Euro-Initiative fand wie selbstverständlich Eingang in die Verfassungsschutzberichte sämtlicher Bundesländer. Dabei haben sich die Prognosen der Mahner mittlerweile samt und sonders als richtig erwiesen.

Fazit: Ulfkotte hat ein wichtiges und gut lesbares Kompendium zum Thema Massenmanipulation, Wählerbetrug und politischer Skrupellosigkeit à la Bundesrepublik Deutschland vorgelegt, welches in seiner Diktion allerdings oft eher der "Bild"-Zeitung als einem seriösen Sachbuch ähnelt.

Udo Ulfkotte: "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast. Das üble Spiel von Politik und Medien gegen Kritiker der EU-Einheitswährung", ... Rottenburg 2013 ...<<

Juni 2013

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?

L'EURO: une affaire franco-allemande?

Der EURO-Währungsraum steckt weiter in einer Dauerkrise. Die Risiken und Weiterungen bleiben unübersichtlich. In Deutschland wird die Euro-Politik vornehmlich von Ökonomen diskutiert. Die politischen Fragen sind aber entscheidender. Das heißt nicht, daß die Ökonomie aus der politischen Debatte ausgeblendet werden soll und darf. Sie kann aber die politische Reflexion nicht ersetzen.

Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

Die politische Fragestellung ist schon deshalb zwingend, weil der EURO in erster Linie ein politisches Projekt ist. Erst in zweiter Linie wurde von der gemeinsamen Währung auch ökonomischer Nutzen erwartet. Die Entstehungsgeschichte läßt daran keinen Zweifel.

Die Pläne für eine gemeinsame Europawährung gehen zwar bis in 1970er Jahre zurück. Sie wurden aber von deutscher Seite mehr oder weniger dilatorisch behandelt, da man mit der D-Mark und ihrer starken Stellung ganz zufrieden war. Warum sollte man ohne Not davon abrücken? Deshalb wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung gerade im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Einheitswährung betont. Frankreich hingegen drängte, da es sich von der dominanten Politik der Bundesbank in seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen eingeengt, ja bevormundet sah und an den Entscheidungen zumindest mitwirken wollte.

Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammen-

hang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.

Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt.

Nach der französisch-deutschen Übereinkunft vom Spätherbst 1989 ging alles ganz schnell. Schon im Februar 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß der EURO-Einführung in Gang gesetzt. Allerdings wurde die Einführung der europäischen Einheitswährung von Deutschland nicht blindlings mitgetragen. Es gab zu viele Bedenken.

Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out"-Klausel sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert. Zur Erinnerung: auch bei der deutschen Einheit wurde mit dem 1:1 Währungstausch von DM und Ostmark unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Fehler gemacht, der aber politisch notwendig war. Dafür mußte nach der Wiedervereinigung mit dem Niedergang der ostdeutschen Industrie bezahlt werden, die nicht mehr konkurrenzfähig war.

Wie man auch aus zahlreichen anderen Beispielen weiß, folgt die Wirtschaft nicht immer den politischen Vorgaben. Manchmal geht es gut, manchmal aber auch nicht. Letzteres ist immer dann der Fall, wenn sich die Wirtschaft den politischen Rahmenbedingungen nicht oder nicht schnell genug anpassen kann. Mit anderen Worten: wenn die notwendigen Opfer zu groß werden. Dann erwachsen aus der Ökonomie Probleme, die wiederum die Politik in Frage stellen und eine Politikänderung erzwingen. Aber immer entscheidet letztlich die Politik: welche Opfer sind zu vertreten und durchsetzbar, welche nicht? Die Politik bleibt Herrin des Verfahrens. Das gilt auch für den EURO.

Die Entscheidung für den EURO war eine französisch-deutsche, geboren in den dramatischen Monaten der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990. Mitterrand setzte, wie es Frankreichs voluntaristischer Staatstradition entsprach, ganz auf die Politik. Deutschland vertraute auf wirtschaftliche Interessen, die sich in der EU pragmatisch annähern sollten. Dafür braucht es Regeln und Zeit, damit sich die gemeinsamen Interessen der Staaten im EURO-Raum entwickeln (können). Das ist hart gezeichnet, die konkreten deutsch-französischen Gegensätze waren und sind weniger scharf.

Den Staaten, die dem EURO-Währungsgebiet beitraten, schienen diese Gegensätze überbrückbar, anderen, die dem EURO fern blieben, wie Großbritannien, Tschechien, Schweden aus unterschiedlichen Gründen nicht. In Deutschland erhoben vor allem Ökonomen ihre warnende Stimme.

Interessen der EURO-Staaten

Der deutsch-französische Interessenausgleich ist zwar notwendig aber nicht ausreichend. Deshalb sind die Interessen der anderen Staaten der Eurozone in den Blick zu nehmen - wenn das

auch nur cursorisch möglich ist.

Allen Staaten der EURO-Zone kann man den "sacro egoismo", das Eigeninteresse unterstellen, sei es ökonomischer oder politischer Art. Das Kalkül ist unterschiedlich: alle erhoffen und errechnen sich ökonomische Vorteile, was nicht nur legitim sondern auch erwünscht ist. Politisch mag es zusätzlich für ostmitteleuropäische Länder erstrebenswert sein, nun endgültig als Vollmitglied zu Europa zu gehören und dort einen politischen Stabilitätsanker zu finden. Tschechien scheint ein Sonderfall zu sein, ist aber aufgrund seiner zentralen geographischen Lage ohnehin immer mit dabei.

In der Vergangenheit war die EU für Spanien, Portugal und Griechenland nach der Überwindung der Diktaturen als politischer Stabilitätsanker wichtig. Heute dürfte in den südeuropäischen Peripheriestaaten das ökonomische Interesse überwiegen, jedenfalls solange die Subventionen fließen.

Italien ist ein Sonderfall: Italien sieht sich als Gründungsmitglied und wegen seines wirtschaftlichen Gewichts als Kernland der EU. Seit Bestehen der Vorgängerorganisationen der EU war Italien freilich immer auch Empfängerland von Subventionen - in welcher Form auch immer.

Das wird nicht hinterfragt und ist aus italienischer Sicht konstitutiv für seine Mitgliedschaft. Die Politik dient dem Ziel, daraus den größten Nutzen zu ziehen. Italienische Interessen werden zu gesamteuropäischen erklärt und ihre Ablehnung als Verrat an Europa kritisiert. Widerspruch erfährt Italien selten, weil es wegen seiner Größe über ein beträchtliches Schadenspotential verfügt aber wiederum nicht so mächtig ist, um tatsächlich ganz großen Ärger hervorzurufen.

Unübersehbar ist ein gewisses Anlehnungsbedürfnis Italiens an die Brüsseler EU-Zentrale. Oft wird über Brüssel das in Italien durchgesetzt, was wegen der Schwäche der eigenen Politik und Institutionen nicht möglich ist. Man lehnt sich im Sessel zurück und erwartet von Brüssel Taten, die dann allerdings auch von Brüssel zu bezahlen sind.

Inwieweit für viele Euro-Länder auch gesamteuropäische Interessen wichtig oder gar entscheidend sind, läßt sich schwer beurteilen. Die Überwindung alter Streitigkeiten, die sich in verheerenden Kriegen entluden, verblaßt als einigende Erinnerung immer mehr. Verbal treten die Regierungen natürlich für gesamteuropäische Interessen ein: Handelsinteressen auf globaler Ebene, die politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung Europas, europäischer Mitgestaltungswille in einer multipolaren Welt, weltweite Vertretung und Durchsetzung der Menschenrechte etc.

Wie weit das trägt, wenn konkrete Eigeninteressen entgegen stehen, ist oft fraglich und Gegenstand eines komplizierten Interessenausgleichs. Größere Länder versuchen, sich durchzusetzen, kleinere suchen Verbündete, selbstlose Solidarität ist eher die Seltenheit. Dennoch sind unter dem Strich - bisher - alle der Meinung, daß ihre Interessen im großen Konvoi der Eurozone besser aufgehoben sind als außerhalb. Für EU-Länder, die nicht der EURO-Währungsverbund angehören, wie Großbritannien, Schweden, Polen etc. sieht das partiell anders aus.

Katastrophenszenarien

Wenn bisher alle EURO-Länder an der gemeinsamen Währung festhalten (wollen), so scheint das nicht zuletzt an den Horrorszenarien zu liegen, die für den Fall eines Austritts oder Zerbrechens der Eurozone an die Wand gemalt werden. Das finanzpolitische, wirtschaftliche und politische Chaos wird in apokalyptischen Farben heraufbeschworen, die große Angst vor dem Untergang Europas, ja der Weltwirtschaft wird mit aller Macht geschürt. Wegen der befürchteten Ansteckungsgefahr wurde sogar ein Austritt Zyperns abgelehnt, obwohl es sich bei Zypern um eine wirklich sehr kleine Volkswirtschaft handelt.

Es ist schwer, wenn nicht sogar unmöglich, den Wirklichkeitsgehalt dieser Szenarien zu beur-

teilen. Gerade unter Ökonomen gibt es ganz unterschiedliche und gegensätzliche Ansichten. Natürlich wird es darauf ankommen, wie etwa die Suspendierung, der Austritt eines oder mehrerer Länder, der Umbau oder die Auflösung der EURO-Währungszone gestaltet wird. Ein ungeordnetes Auseinanderbrechen der Eurozone wäre sicherlich mit ganz erheblichen Schäden verbunden. Niemand kann auch fatale Nebenwirkungen ausschließen, wenn der EURO-Währungsraum umgebaut wird oder zusammenbricht.

Hinter den verschiedenen Meinungen stehen immer auch massive Interessen der verschiedenen politischen und ökonomischen Akteure. In Deutschland haben z.B. die Exportindustrie und Teile der Finanzwirtschaft ganz andere Interessen als etwa der Mittelstand. Das gilt auch für die internationalen Akteure, man denke nur an den Finanzinvestor Soros mit seinen angeblich altruistischen Vorschlägen oder an die angelsächsisch geprägte internationale Finanzindustrie. Alle versuchen zu suggerieren, daß allein sie das Allgemeinwohl auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene vertreten.

Auffällig ist, daß sogar die Regierungen Zyperns, Griechenlands, Portugals und Spaniens am EURO festhalten wollen, obwohl das eine Politik bedingt, die die eigenen Mehrheiten gefährdet und das Ende ihrer Regierungen bedeuten könnte - was in der jüngsten Vergangenheit ja bereits geschehen ist.

Ist es Verantwortungsbewußtsein für die übergeordnete Europapolitik oder die Aufrechterhaltung der Weltwirtschaft? Wollen sie die Schuld nicht auf sich laden, wenn das ganze Gebäude zusammenkracht? Werden sie unter Druck gesetzt? Welches Eigeninteresse haben sie an einem Verbleib im EURO-System und wie stark ist dieses Interesse?

Sicher wollen sie einen Staatsbankrott mit seinen Folgen vermeiden, obwohl es in der Geschichte genug Beispiele für einen erfolgreich überstandenen Staatsbankrott gibt. Ein europäischer Bail-out (Rettungsschirm) oder ein Schuldenschnitt schafft Erleichterung. Eine nicht ganz unbegründete Vermutung geht dahin, daß mittelfristig und auf längere Sicht - über die bereits bestehenden Subventionen im EU-Rahmen hinaus - große Finanztransfers erwartet werden, die ein Ausharren in der prekären, gegenwärtigen Situation als sinnvoll erscheinen lassen. Die ganze Diskussion um Eurobonds, eine Haftungsgemeinschaft oder auch die Bankenunion dreht sich letztlich um diesen Punkt.

Deutsch-französischer Motor

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück des europäischen Einigungswerks. Ohne eine deutsch-französische Übereinkunft in zentralen Fragen geht nichts in Europa. Allerdings reicht sie auch nicht aus, wenn bedeutende Entscheidungen anstehen: Verbündete sind notwendig, die die Politik mittragen. Deutschland und Frankreich haben ein enormes politisches Kapital in das europäische Einigungswerk investiert und über Jahrzehnte viele Krisen gemeinsam durchgestanden.

Seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den 1950er Jahren, der Politik des leeren Stuhls de Gaulles, dem Streit um die Nachrüstung Anfang der 80er Jahre, der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 und der EU-Erweiterung ist sehr viel erreicht worden.

Jeder weiß das und doch entsteht in letzter Zeit der Eindruck, daß dieses gewachsene Vertrauenskapital zunehmend aufs Spiel gesetzt wird. Aus Deutschland kommen Mahnungen und Kritik an die Adresse von Staatspräsident Hollande, endlich durchgreifende Reformen einzuleiten und durchzusetzen.

Selbst wenn von deutscher Seite vorausgeschickt wird, daß unter Freunden auch Kritik möglich sein muß, ist das nicht immer hilfreich. Es ist kein Geheimnis, daß Hollandes Mehrheit in Parlament und Senat solche "Reformen" entschieden ablehnt. Gegen einen Coup, wie Kanzler Schröder ihn mit der Agenda 2010 gewagt hat, haben sich die französischen Sozialisten und ihre Verbündeten schon massiv verwahrt und tief eingegraben.

Aus Frankreich kommen Sticheleien, die die deutsche Wesensart wie in alten Zeiten pauschal kritisieren. Im liberalen Mainstream-Blatt "Le Monde" erscheint ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "L' Allemagne paiera!" (Deutschland wird/muß zahlen), der die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag von 1919 referiert und Folgerungen für heute zieht (8.6.2013).

Wäre Europa schon stärker zusammen gewachsen, könnte man das als den üblichen innenpolitischen Streit (Bayern gegen Preußen) abtun. Aber soweit sind wir in Europa eben noch nicht. Es droht eher ein Rückfall in alte Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die das Klima vergiften und Lösungen erschweren.

Die Quelle der gegenseitigen Irritation ist der EURO und das Ringen um seine Zukunft. Die damit gestellten Fragen sind komplex und betreffen Politik- und Wirtschaftsbereiche, die in ihren Auswirkungen vom Normalbürger kaum zu überschauen, geschweige denn zu beurteilen sind. Wer kennt schon die Verästelungen der Geldpolitik oder hat den Durchblick über die komplizierten und langwierigen Entscheidungsprozesse in Brüssel?

Um so größer ist die Versuchung, mit Verallgemeinerungen, Ängsten und dem Rückgriff auf längst überwunden geglaubte Vor- und Fehlurteile zurückzugreifen. Der EURO sollte die Menschen in Europa zusammenführen, er sollte ein solider Stützpfeiler des europäischen Einigungswerkes werden. Nun produziert er Risse, die das gesamte Gebäude mit dem Einsturz bedrohen.

Die Irritation der Bürger in Deutschland und Frankreich speist sich nicht nur aus den EURO-Problemen, sondern richtet sich auch gegen die EU insgesamt. Die rasche und geographisch weit ausholende EU-Erweiterung u.a. hat viele Franzosen und Deutsche verunsichert, die Freizügigkeit und das Schengen-Abkommen werfen immer wieder Fragen auf, wenn Mißbrauch aufgedeckt wird.

Die Brüsseler Bürokratie, die unnötig mit Einzelregelungen in viele Lebensbereiche eingreift, ist ein Ärgernis. Brüssel wird als Wasserkopf empfunden, wo die Mitarbeiter glauben, wegen ihrer Gehälter Streiks leisten zu können, obwohl sie wesentlich mehr verdienen, als die Beamten in den Mitgliedstaaten etc.

Gewarnt sei vor einem deutschen Alleingang in Sachen EURO, wie in einigen angelsächsischen Medien (u.a. The Economist vom 15.06.2013), aber auch von Polen (Außenminister Sikorski) suggestiv empfohlen wird. Das gilt auch für die EURO-Rettung, was immer man darunter versteht. Deutschland ist nicht der "Hegemon" ("Führer"), auch nicht der "widerwillige Hegemon", als der es neuerdings dargestellt wird.

Wir würden schon im Ansatz den Widerspruch Frankreichs provozieren und uns finanziell, vor allem politisch hoffnungslos übernehmen. Deutschland hat nach zwei verlorenen Weltkriegen nicht den politischen Kredit in Europa, eine erfolgreiche Führungsmacht zu sein. Manchmal hat man den Eindruck, daß diejenigen, die uns die Rolle einer europäischen Führungsmacht anpreisen, insgeheim nur auf den deutschen Geldbeutel schielen.

Der EURO ist ein politisches Projekt und das Knäuel muß politisch aufgelöst werden. Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam für Abhilfe sorgen. Ohne die enge deutsch-französische Zusammenarbeit gibt es kein Weiterkommen. Zur Zeit wird allerdings das in Jahrzehnten aufgebaute gegenseitige Vertrauenskapital strapaziert.

Frankreich

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.

Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung.

Der deutsche Widerstand war allerdings erheblich und nicht alle französischen Ziele konnten sofort erreicht werden. Die Ziele blieben jedoch gleich. Der Einfluß auf die Europäische Zentralbank (EZB) konnte nach und nach durch eine geschickte Personalpolitik ausgeweitet werden. Auf den Niederländer Wim Duisenberg folgten der Franzose Jean-Claude Trichet und der Italiener Mario Draghi als Präsidenten der EZB. Auch im EZB-Rat konnten Personen durchgesetzt werden, die den währungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regierungen mehr entsprachen. Der deutsche Einfluß wurde nach dem Rücktritt Axel Webers und Jürgen Starks erheblich reduziert. Die Mehrheiten im EZB-Rat haben sich zuungunsten Deutschlands verschoben.

Ein massiver erster Durchbruch gelang dem französischen Präsidenten Sarkozy im Mai 2010, als die EZB erstmals Staatsanleihen der Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien aufkaufte und das Verbot der Staatsfinanzierung unterwanderte. Seither ist die Entwicklung weiter gegangen und die währungspolitische Orthodoxie immer mehr verlassen worden. Die französische Regierung drängt auf die Fortsetzung dieser Entwicklung.

Das Anleihekaufprogramm OMT, das die EZB im September 2012 angekündigt hat, sieht unter bestimmten Voraussetzungen den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor. Die Frage, ob das noch Geldpolitik oder schon (verbotene) Staatsfinanzierung ist, schert die französische Regierung wenig. Das sind Subtilitäten deutscher Juristen, von denen man sich nicht aufhalten lassen will (Sarkozy).

Hinter diesen personellen und inhaltlichen Verschiebungen werden handfeste Interessen sichtbar. Frankreichs Interessen gehen in Richtung einer weiteren Lockerung und Ausdehnung der Geldpolitik, um die (angeblich von Deutschland verhängte) "Austeritätspolitik" ("Sparpolitik") in der EU zu überwinden. Der auf Frankreich lastende Reformdruck soll durch Wirtschaftswachstum gemildert werden. Der von der Regierung Frankreichs erhobene Ruf nach "mehr Solidarität" ist ein Ruf nach mehr Geld, sehr viel mehr Geld.

Frankreich macht sich zum Wortführer der Regierungen der Krisenstaaten, die auf eine ähnliche Politik hoffen. Präsident Hollande will auf diese Weise sein politisches Gewicht in Europa erhöhen und - wie er es sieht - mit Deutschland wieder auf Augenhöhe verhandeln. Die engen französischen Wirtschaftsbeziehungen zu den südlichen Krisenstaaten legen eine solche Politik ohnehin nahe, Frankreich hat viel zu verlieren, wenn diese aus dem Euroraum herausfallen.

Bisher ist nicht zu erkennen, ob Präsident Hollande bereit ist, eine Gegenleistung zu erbringen. Durchgreifende Reformen in Frankreich nimmt er nicht in Angriff, dafür ist seine Regierung zu schwach und seine Mehrheiten bröckeln. Je länger er wartet, um so schwieriger wird es. Außer vagen Vorstellungen einer europäischen "Wirtschaftsregierung" gibt es nichts, was auf einen französischen Beitrag zu "mehr Europa" hinweisen könnte, wie das von der Regierung Merkel angestrebt wird.

Für "mehr Europa" fehlen Hollande zudem die Mehrheiten im eigenen Lande. Seine eigene Partei, der Parti Socialiste, ist in der Europafrage gespalten, wie sich beim Referendum zum EU-Verfassungsvertrag 2005 gezeigt hat. Sein eigener heutiger Außenminister, Laurent Fabius, war einer der Wortführer der Europaskeptiker, die mit "Nein" stimmten. Präsident Hollande lehnt sich zurück und wartet. Andere sollen aushelfen, mit Geld, sehr viel mehr Geld. Solidarität wird von den Partnern erwartet, für Frankreich gilt - polemisch gesagt - die "exception française" (Frankreich ist die Ausnahme).

Verbündete finden Präsident Hollande und die südeuropäischen Krisenstaaten in der angel-

sächsisch dominierten internationalen Finanzindustrie. Die internationale Finanzindustrie drängt auf eine Politikänderung der EZB, um sicher zu stellen, daß die Kredite, die sie mit Risikoaufschlägen an die Schuldnerstaaten vergeben hat, zurückgezahlt werden, - und daß im Zweifel jemand dafür bürgt. Richtig ist allerdings auch, daß die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans auf dem Weg extrem lockerer Geldpolitik schon sehr viel weiter vorangegangen sind.

Mit großem publizistischen und wissenschaftlichem Aufwand wird versucht, diese Geld- und Währungspolitik als die einzig mögliche Reaktion auf die - von der Wall Street und der Londoner City verursachte - Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 hinzustellen. Möglicherweise wird man am Beispiel Japans und der "Abenomics" bald sehen, wie weit diese Politik trägt.

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrte wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung.

Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung.

Ein endloser und quälender Reformprozeß ist die Folge. Die Interessenkonflikte treten offen zu Tage, insbesondere zwischen europäischen Schuldner- und Geberländern. In seiner Folge werden die alten innereuropäischen Stereotype wieder wach und vergiften zunehmend das Klima. In den Krisenländern, aber nicht nur dort, wird mit dem Finger auf Deutschland gezeigt, das für die Folgen der Schuldenpolitik verantwortlich gemacht wird.

Die Wirtschaftsrezession mit ihren schwerwiegenden Folgen werden der "Austeritätspolitik" angelastet, die von Deutschland ausgehen soll. Arbeitslosigkeit, teilweise Verelendung, Hoffnungslosigkeit der Jugend, alle sozialen Verwerfungen in den Gesellschaften der Krisenstaaten werden der deutschen Politik angelastet, die mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht angeblich ihre egoistischen Interessen in Brüssel und über Brüssel durchsetzt. Die Anklage findet auch in den internationalen Medien ein Echo (z.B. Economist vom 15.06.2013, Sprachrohr der internationalen Finanzmärkte).

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf.

Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht

mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblässende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt.

Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist. Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein.

Deutsches nationales Interesse

Es gibt Gründe, warum Deutschland sich die EU einiges kosten läßt. Die EU hat für die deutsche Außenpolitik entscheidende Bedeutung. Seit der Reichsgründung 1870/1918 war es Deutschlands Problem, tendenziell die hegemoniale Macht in Europa zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie jemals erreichen zu können. Deutschland gelang es nicht, seine Beziehungen im europäischen Kräftespiel so zu ordnen, daß es der politischen Isolation entkam. Die Folge waren zwei Weltkriege und die bedingungslose Kapitulation 1945. Die Pflege der Beziehungen und der Ausgleich der Interessen in der EU ist deshalb in Deutschlands vitalem Interesse.

Ohne die Einbindung in die EU wäre sicherlich auch die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Nach der Wiedervereinigung ist Deutschland in Europa wirtschaftlich wiederum tendenziell hegemonial und hat ein zwingendes Interesse am Erhalt und Ausbau der EU, ohne die es erneut in Europa in die Isolation abgedrängt würde - mit unabsehbaren Folgen. Die europäische Einigung ist und bleibt das deutsche "nationale Interesse" (vgl. Guntram von Schenck, "Europa und das deutsche nationale Interesse", und "Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jh.").

Die Frage kann deshalb nicht sein, ob Deutschland EU-freundlich ist oder nicht, pro-europäisch ist oder nicht. Es ist zu hundert Prozent für den Auf- und Ausbau Europas. Das ist noch vor der grundsätzlich pro-europäischen Gesinnung eine Frage der politischen Klugheit und des politischen Eigeninteresses.

Daraus folgern Pflichten und Verantwortung. Das kostet auch etwas - kein Zweifel. Die Frage ist nur, wie viel wir dafür einsetzen wollen und können. Kann das heißen, daß wir sehenden Auges mit der sog. Eurorettung in die Katastrophe laufen, weil wir überfordert werden? Oder daß wir blindlings den Schalmaientönen derer folgen, die uns dank Eurorettung das Blaue vom Himmel und den ewigen Wohlstand und Frieden in Europa versprechen?

Geht es schief, hat nicht nur Deutschland den Schaden sondern ganz Europa wird in Mitleidenschaft gezogen.

Meinungsbildung und Volksabstimmung

Es bedarf einer eingehenden Debatte, wie es mit dem EURO weitergehen soll. Leider liefert uns die Bundesregierung die Zahlen und Argumente nicht, die dafür notwendig wären. Vielmehr hat man den Eindruck, daß im Verborgenen gehandelt und entschieden wird - und künftig auch entscheiden werden soll. Die Oppositionsparteien im Bundestag sehen ebenfalls keine Notwendigkeit, für die erforderliche Klarheit zu sorgen.

Gibt es tragfähige und nachvollziehbare Schätzungen, wie viel der deutsche Steuerzahler bei einem Austritt aus der Eurozone abschreiben muß? Es gibt seitens der Bundesregierung nur ein allgemeines Katastrophengemälde. Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die

Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. Wir Bürger müssen uns selbst einen Reim darauf machen und die deutschen Interessen formulieren.

Wir müssen klar sagen, was wir wollen oder nicht wollen - und letztlich mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden können. Warum sollte in Deutschland nicht gehen, was bei unseren Nachbarn üblich ist? In Frankreich z.B. hat es bereits zweimal Volksabstimmungen zu Europafragen gegeben, in Großbritannien hat Premier David Cameron eine Volksabstimmung für 2017 versprochen.

Modell Italien?

Was wir nicht wollen können, ist ein Europa, das nach dem Modell Italiens funktioniert. Das "Modell Italien" besagt, daß der Norden endlos für den Süden zahlt, wie das in Italien seit der Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert der Fall ist. Der Norden zahlt für den Süden, den sog. Mezzogiorno bis heute, ohne daß sich der Süden entwickelt und eine selbst tragende Wirtschaft entwickelt hätte. Was sich entwickelt, sind mafiöse Strukturen, die die Subventionen absaugen und den Süden im Griff behalten. Kein Wunder, daß in Norditalien immer wieder Forderungen nach einer Sezession erhoben werden (z.B. Lega Nord).

Folgt man der inneren Logik der Eurorettung, so geht es darum, das "Modell Italien" auf die Eurozone zu übertragen. Der Norden, d.h. vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland etc. sollen dauerhaft für die Defizite des Südens von Griechenland über Italien bis Portugal aufkommen. Da im Süden die notwendigen Reformen und Korrekturen nicht oder unzureichend gemacht werden, ist absehbar, daß sich im Subventionsklima alsbald wie im italienischen Mezzogiorno mafiöse Strukturen bilden. Eigentlich muß man sagen, sie sind schon vorhanden und harren nur der Verstetigung, Erweiterung und Verfeinerung.

Es darf also keinen finanziellen Dauertransfer in die südlichen Peripheriestaaten geben.

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat.

In Jugoslawien wollten die Slowenen und Kroaten nicht länger für den Süden, insbesondere die Serben bezahlen, die Folge war die Abspaltung und ein verheerender Bürgerkrieg.

In Spanien fordern die Katalanen die Unabhängigkeit, weil sie wollen, daß das, was in Katalonien erwirtschaftet wird, in Katalonien bleibt und nicht in Südspanien versickert.

In Schottland gibt es Unabhängigkeitsbestrebungen, weil u.a. die Erlöse des Nordseeöls in Schottland bleiben sollen und nicht mit London geteilt werden müssen.

In Belgien will der florierende flämische Norden nicht für den stagnierenden wallonischen Süden bezahlen und gefährdet damit den Zusammenhalt des Staates.

Man kann unschwer daraus schließen, daß dauerhafte Finanztransfers den Unmut der Geber schüren und Sezessionsbestrebungen bis hin zum Bürgerkrieg fördern. Das gilt besonders, wenn ethnische, historisch bedingte Mentalitätsunterschiede, religiöse oder nationale Identitäten das Unterfutter, die Folie für Sezessionen abgeben, was in Europa in zwanzig oder mehr Jahren voraussichtlich weiterhin der Fall wäre.

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten.

An der Vorbereitung eines europäischen Bürgerkrieges, auch wenn er sich vorerst nur als fernes Wetterleuchten abzeichnet, beteiligen wir uns nicht.

Menetekel Ruhrgebiet

Letztes Beispiel für die Problematik dauerhafter Finanztransfers ist Deutschland selbst. Der Länderfinanzausgleich ist und bleibt umstritten. Ein starkes nationales Verbundenheitsgefühl hat bisher verhindert, daß die Streitigkeiten ausufernten. Im Auge behalten sollte man allerdings das Ruhrgebiet. Einst war es das industrielle und wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands. Im Länderfinanzausgleich hat es solidarisch jahrzehntelang Finanzleistungen für andere finanzschwache Länder, auch Bayern erbracht.

Diese Mittel fehlten, um die eigene Wirtschaftsstruktur rechtzeitig zu modernisieren und umzubauen. Heute ist das Ruhrgebiet ein Schatten seiner selbst, die Kommunen sind hoch verschuldet, die Menschen ziehen weg, die Schulen verfallen und Straßen können nicht mehr repariert werden. Der Ruhrpott gehört in Deutschland zu den am meisten von struktureller Armut bedrohten Regionen. Am Ruhrgebiet kann man die deutsche Zukunft in einer europäischen Transferunion studieren.

Das Ruhrgebiet zeigt, wohin es führt, wenn Deutschland sich mit Transferzahlungen und anderen Verpflichtungen für Europas Krisenländer übernimmt.

Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig und mögen nicht alle Komponenten des "Vermögens" der Deutschen und anderer Europäer richtig einordnen und gewichten. Aber eine Studie der italienischen Notenbank vom Frühjahr 2013, deren erkenntnisleitendes Interesse bestimmt nicht war, die Deutschen arm zu rechnen, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen.

Das paßt nicht ins Bild und wird von interessierten Kreisen, u.a. in den Medien, die die Deutschen auf die Übernahme gewaltiger zusätzlicher Lasten zur EURO-Rettung einstimmen wollen, relativiert und mit vielen Fragezeichen versehen. Aber das Faktum bleibt: die meisten anderen Europäer sind im Schnitt reicher als die Deutschen.

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben?

Dosierte und temporäre Hilfeleistungen

Wer will im Grundsätzlichen die Solidarität der Reichen und Starken mit den Armen und Schwachen in Frage stellen? Deutschland hat insbesondere in der EU aber auch weltweit bewiesen, daß es sich dieser Verantwortung stellt. Aber was zu viel und überdies falsch ist, kann nicht von Deutschland abverlangt werden. Dauerhafte große Finanztransfers und Umverteilungen von Nord nach Süd sind deshalb abzulehnen, gleichgültig ob es sich um Direktzahlungen, Eurobonds, Zinssubventionen oder den "unbegrenzten" Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB handelt.

Der Erfindungsgeist der interessierten Kreise scheint unerschöpflich, wenn es um Instrumente der Umverteilung geht. Deutschland hilft, wenn wir nachgeben, nicht wirklich, sondern schafft den Nährboden für schwerwiegende Verwerfungen in Europa, die bis zu einem neuen

europäischen Bürgerkrieg - siehe Jugoslawien - führen können. Hilfeleistung kann nur dosiert und temporär geleistet werden.

Deutsch-französische Konfrontation?

Dem französischen Ruf nach mehr Solidarität, nach mehr Geld steht der deutsche Einwand entgegen, daß Solidarität Grenzen hat, daß auch Anstrengungen der Empfänger unerlässlich sind. Sonst werden die Geber überfordert und der Boden für europäischen Dauerzwist in der Zukunft bereitet. Kommt es zu einem deutsch-französischen Zusammenstoß, der das gemeinsame Projekt Europa gefährdet? Welche Druckmittel haben beide Seiten in der Hand, um ihre Positionen weitestgehend durchzusetzen?

Frankreichs Drohung ist die Isolierung Deutschlands. 2014 werden die Gedenktage für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Nicht nur Frankreich bereitet sich intensiv darauf vor. Die Jahre vor 1914 sollten uns Deutschen zu denken geben. Die politische Isolierung ist keine leere Drohung, die Franzosen sind darin recht geschickt, schließlich haben sie es schon einmal mit Erfolg praktiziert. Die angebliche Beliebtheit und Akzeptanz der Deutschen und ihrer Politik könnte sich schnell ins Gegenteil verkehren, das nach dem Krieg gewonnene Vertrauen wäre schnell verspielt.

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horrorvision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen.

Wenn beide Seiten ihren Willen durchsetzen wollen, wird es zu einer öffentlich geführten Auseinandersetzung und Konfrontation kommen, die nicht nur den EURO sondern Europa zerreißt. Deutschland und Frankreich müssen tief in diesen Abgrund blicken, damit sie zurückschauern und erkennen, daß sie gemeinsam handeln müssen.

Wir brauchen einen Kompromiß! ...<<

01.07.2013

Belgien: Kroatien tritt am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

05.07.2013

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Juli 2013 (x1.000/...): >>Wie human ist die Freimaurerspitze?

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinweltherrschaft zu gelangen. Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal

gründen, also dieses kommunistisch-atheistische System und dann wollen wir einen Kataklismus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

13.07.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 2013 (x887/...): >>Land minderen Rechts

NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?

Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.

Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren (unheilvollen) Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:

Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbot und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgebar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.

Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?

Für den Status "minderen Rechts" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.

Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinters Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfspüche.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Gedenken an tote "DEF"**

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenerlager

Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommenen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie "Amazing Grace" spielte, dann der Männerchor Eintracht Alpsray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied "Über den Sternen" einsetzte.

Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen. Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und Tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenerlagern erdulden mußten. Zudem möchte er, daß Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.

Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie statt dessen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze. Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch "Der geplante Tod" ("Other Losses") von mindestens 800.000 bis möglicherweise über eine Million verstorbener Kriegsgefangener in den zahlreichen alliierten Lagern.

Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen "weil alles wieder hochkommt", wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkstunde geplant hatte.

Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, daß sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.

Die letzte Rede hielt General a.D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, daß "deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen" und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, "daß in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenerlager gelegt" werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ihnen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.

Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief.

Zuletzt begleitete das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade.

Die Schleife trug die Aufschrift "Unseren Kameraden".<<

04.08.2013

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE

LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

Linksfraktionschef Gregor Gysi über den Wahlkampf in Deutschland

Er vermisse die Leidenschaft im Wahlkampf, sagt Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag. Er spricht zudem darüber, wie regierungsfähig seine Partei ist und wie er einen Politikwechsel durchsetzen will in einem Land, in dem zur Zeit kaum Wechselstimmung zu spüren ist.

Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt.

Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden.

Und außerdem muß ich mal sagen: Das finde ich jetzt spannend, die Lösung. Ich verstehe ja, daß die Regierung Hemmungen hat, Herrn Snowden Asyl zu gewähren, weil das die amerikanische Regierung übel nähme. Aber eines steht ja auf jeden Fall fest:

Wir müssen ihn als Zeugen hören. Und ich finde, man müßte ihn dann nach Deutschland einladen, dann muß man seine Sicherheit gewähren, dann bekommt er a) die Kronzeugenregelung und b) ein Zeugenschutzprogramm. Das machen wir auch für Deutsche, warum nicht für einen US-Amerikaner? Und dann müßten wir ihn schützen. Wenn sie den Mumm nicht haben, dann sollten sie aber nicht gegen Rußland wettern, sondern hinfahren und ihn vernehmen. Wir müssen doch einmal wissen, was hier eigentlich los ist, sagen Sie mal.

Schröder: Wer sollte ihn vernehmen?

Gysi: Na, die Staatsanwaltschaft dann, ganz klar. Also, ich meine, da kann dann natürlich auch noch meinerwegen die Bundeskriminalpolizei dabei sein. Aber zunächst müssen die Ermittlungsorgane ihn vernehmen als Zeugen, anders geht es ja gar nicht.

Schröder: Die Bundesregierung, Sie haben das erwähnt, hat nun ein Abkommen mit Großbritannien und den USA gekündigt, von 1968 ist es. Es regelt den Austausch von Daten, auch mit Geheimdiensten. Ist das nicht ein richtiger Schritt?

Gysi: Ja, aber der reicht nicht, weil das Besatzungsstatut nach wie vor gilt. Und es kommt noch etwas hinzu. Es gibt ja die Genehmigung an über 200 Firmen, die steuerbefreit sind, die andere Privilegien hatten, erteilt von Außenministern, hier zu spionieren. Die machen das ja im Auftrage dieser Geheimdienste; im Auftrage des Militärs. Und wissen Sie, wer der erste Außenminister war, der das genehmigt hat?

Das war Joschka Fischer. Der zweite hat es erweitert, das war Herr Steinmeier. Und der dritte, der es auch noch mal erweitert hat, war Herr Westerwelle. Über 200 Firmen haben im Auftrage des amerikanischen Militärs und der amerikanischen Geheimdienste hier die Spionage privilegiert organisiert, steuerbefreit. Die konnten machen, was sie wollten. Die Regierung hat gesagt, die sind nicht an das Recht gebunden. Das hat mich wirklich entsetzt, damit hatte ich nicht gerechnet.

Schröder: Was kann denn die Bundesregierung konkret tun, damit amerikanische oder britische Geheimdienste Daten von Deutschen nicht abschöpfen?

Gysi: Also das Erste ist mal, daß man keine Abkommen schafft und keine Genehmigungen erteilt, die genau das Gegenteil bewirken. Die Genehmigungen an die Firmen, diese Verwaltungsabkommen, haben eben zum Gegenteil geführt. Dann muß man, ich sage es noch einmal, das Besatzungsstatut aufheben, das können wir auch verlangen, wir sind ja ein souveränes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ...

Schröder: ... welche Folgen hätte das denn?

Gysi: Ja, das hätte die Folgen, daß sie nicht aus dem Besatzungsstatut Rechte herleiten können für ihr Militär, für ihre Geheimdienste. Das ist dann vorbei. Und damit sie rechtmäßig handeln, geht es dann nur noch über Verträge mit Deutschland. Und dann hängt es wieder vom Willen der politischen Mehrheit und der Regierung ab, was sie genehmigt und was sie nicht genehmigt.

Ich glaube übrigens natürlich auch, daß es ihnen sicherlich um die Fragen von Terroristen geht, aber ich glaube, es geht denen auch um Wirtschaftsspionage, es geht den USA um viel mehr. Und wer will denn das kontrollieren, woher sollen wir denn wissen, was sie mit den Daten machen, was sie damit anstellen, wofür sie sie verwenden?

Weiß es die Regierung? Nein. Und wenn ich die Regierung eines Landes bin, dann ist es meine Aufgabe, meine Bevölkerung zu schützen. Und dann muß man Verträge machen, die man sogar transparent machen kann, daß man sagen kann: Das hat man ihnen erlaubt und alles andere ist unterbunden worden.

Schröder: Die NSA sagt: Wir schöpfen gar nicht massenhaft ab, sondern nur gezielt zur Abwehr von Verbrechen und Terror. Nicht glaubwürdig?

"Geheimdienste leiden darunter, daß sie alles wissen wollen"

Gysi: Ich kenne keinen Geheimdienst, der nicht sich geheimnisvoll umgibt hinsichtlich dessen, was er macht. Und warum sollen die denn das zugeben? Natürlich werden die das so sagen. Aber sie erfassen ja Daten millionenfach. Nun behaupten sie bloß - sie gucken ja gar nicht rein, sondern sie gehen da nur nach bestimmten Stichworten. Geheimdienste leiden immer darunter, daß sie eigentlich alles wissen wollen. Und dann brechen sie irgendwann zusammen, weil sie mit dem Wissen gar nichts mehr anfangen können.

Aber ich bin ganz sicher, daß sie auch Wirtschaftsspionage und andere Dinge betreiben. Da sind die USA relativ hemmungslos schon immer in ihrer Geschichte gewesen, auch heute. Und dem Geheimdienst würde ich nicht trauen. Und schon deshalb, wenn wir das aufklären wollen, müssen wir Herrn Snowden als Zeugen hören.

Schröder: Unklar ist, ob die amerikanischen Geheimdienste auch in Deutschland zum Beispiel Server nutzen, um Daten auszuspähen. Welche Bedeutung hätte das, wenn das so wäre?

Gysi: Also das wäre natürlich ein starkes Stück, muß ich mal sagen, weil ja dann das Ganze nicht mehr von den USA organisiert wird, sondern direkt in Deutschland. Und das ist das, was ich vorhin meinte. Jeden Tag kommt jetzt was Neues raus, und dann ist man irgendwie entsetzt und sagt: Was, das kommt auch noch dazu und das kommt auch noch dazu. Und vor allen Dingen finde ich ja auch witzig, daß unsere Geheimdienste erklären, davon nie was gewußt zu haben.

Also ich meine, das ist ja nun grotesk, das glaube ich ihnen nicht. Aber wenn sie es wirklich nicht gewußt haben, sind sie auch komplett unfähig. Also wenn die nicht mal mitkriegen, daß hier millionenfach Daten abgeschöpft werden von den USA, ja - wozu hat man denn dann Geheimdienste? Also, das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen.

Schröder: Fühlen Sie sich von der Bundesregierung ausreichend informiert?

Gysi: Nein. Ich meine, ich kann mir schon vorstellen, die einzelnen Personen haben nicht immer alles selbst gewußt, das ist schon so. Aber die ganze Struktur stimmt doch nicht. Da

passiert doch in den Ministerien vieles, und ich glaube auch die Bevölkerung glaubt weder Frau Merkel noch Herrn Westerwelle, noch dem Bundesinnenminister, daß sie diese Umstände nicht zumindest in den Grundzügen gekannt und gewußt haben, nicht im Detail, aber in den Grundzügen. Und sie eiern da ziemlich rum.

Schröder: Zuständig für die Kontrolle der Geheimdienste ist das sogenannte Parlamentarische Kontrollgremium. Da sitzen einige Abgeordnete drin. Wie können die Abgeordneten hier jetzt für Aufklärung sorgen?

Gysi: Das ist schwer, und zwar, sie haben recht, da sitzt ja auch ein Abgeordneter von uns. Das Erste ist mal, daß sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Sie machen sich sogar strafbar, wenn sie diese Verschwiegenheitsverpflichtung nicht einhalten. Dadurch ist es ja nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten, die etwas erfährt. Aber das Zweite ist: Sie sind ja immer auf die Information der Geheimdienste angewiesen, sie wissen ja auch nicht, ob ihnen die Wahrheit gesagt wird oder ob ihnen die Wahrheit nicht gesagt wird. Deshalb ist die Fähigkeit des Parlaments, diesbezüglich wirklich zu kontrollieren, sehr eingeschränkt.

Schröder: Wäre ein Untersuchungsausschuß hilfreich?

Gysi: Das müßte man sehen, das werden wir prüfen in der nächsten Legislaturperiode. Wichtig ist nur: Es gibt so viele Zeugen, die wir aus den USA brauchten, die kriegen wir dafür nicht. Aber wenn es genügend Stoff gibt, den wir hier in Deutschland aufklären können, dann bin ich dafür. Also, wir werden das prüfen, und es spricht im Augenblick vieles dafür, daß wir einen solchen Untersuchungsausschuß bilden müssen im Deutschen Bundestag. Zum Beispiel auch mit der Frage: Wie können wir die Kontrolle durch das Parlament deutlich verbessern, also viele andere Sachen, die einen in diesem Zusammenhang beschäftigen.

Schröder: Sollte Edward Snowden auch dem Parlament, dem Parlamentarischen Kontrollgremium, Auskunft geben, würden Sie dafür plädieren?

Gysi: Ja, und wenn wir einen Untersuchungsausschuß bilden, erst recht. Ich meine, bisher hat sich alles bestätigt, was er gesagt hat. Also er scheint ja nicht zu lügen, sondern im Gegenteil. Er sorgt in gewisser Hinsicht für Aufklärung. Da müssen wir ihn natürlich auch hören. Aber dafür müssen wir dann auch seine Sicherheit gewährleisten, denn eines darf nicht passieren, daß er dann hier entführt und in den USA vor Gericht gestellt wird. Also das geht nicht, wenn man Aufklärung will, muß man die Person auch schützen.

Schröder: Die Bundesregierung hat gesagt, Asyl können wir Herrn Snowden nicht gewähren.

Gysi: Müssen sie ja nicht, sie können ja ein Zeugenschutzprogramm machen, das reicht ja. Dann müssen wir ihn auch verstecken. ...<<

16.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 16. August 2013 über den Internetspionage der USA: >>... **Verhältnis Deutschland - USA: Das ist nicht Freundschaft**

Die Internetspionage der USA verletzt Grundrechte und Souveränität der Bundesrepublik. Plädoyer für eine kontrollierte Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehung. ...

Der NSA-Skandal hat nicht nur unser Vertrauen ins Internet erschüttert. Er wirft auch einen tiefen Schatten auf das Verhältnis zwischen den USA und ihrem deutschen Bündnispartner. Lange wußten wir nicht, ob der Bundesnachrichtendienst den Amerikanern nur gewaltige Datenmengen überstellt hat, die er selbst im Ausland erhoben hat, oder ob die Amerikaner auf eigene Faust in Deutschland sammeln gehen.

Neuerdings behauptet Kanzleramtschef Roland Pofalla, daß ihm amerikanische Dienststellen versichert hätten, es seien keine Grundrechte deutscher Bürger verletzt worden. Aber allein daß die Bundesregierung für diese Versicherung auf auswärtige Angaben angewiesen ist, beunruhigt. Heribert Prantl hat zu Recht in der Süddeutschen Zeitung darauf hingewiesen, daß ein Staat, der die Daten seiner Bürger nicht aus eigener Kraft schützen kann, in wesentlichen Souveränitätsrechten verletzt ist. Der Eindruck von Demütigung, mindestens Entmündigung

ist so stark, daß manche sich schon gefragt haben, ob hier nicht Reste amerikanischer Besatzungsrechte auch nach der deutschen Einigung noch erhalten geblieben sind.

Gewiß ist jedenfalls, daß die Amerikaner jeden Datenverkehr im Netz abschöpfen können, der sie interessiert, und sich zu diesem Zweck die großen Internetkonzerne zu willfährigen Dienern gemacht haben. Mag sein, daß jenes ominöse Geheimgericht in den USA, das die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) kontrollieren soll, die Rechte amerikanischer Bürger schützt; aber für ausländische Bürger gilt das keinesfalls.

Was von deutschen Computern über amerikanische Server oder Internetanbieter läuft (nämlich nahezu alles), was von deutschen Telefonen und Faxgeräten über die transatlantischen Kabel geht, die durch Amerikas treuen englischen Verbündeten angezapft werden, ist dem wahlfreien Zugriff der US-Geheimdienste ausgesetzt. Wir wissen nicht einmal, ob von den militärischen Stützpunkten, die Amerika in Deutschland unterhält, auch direkt abgegriffen wird, was noch an Daten, beispielsweise im Mobilfunkverkehr, attraktiv erscheint.

Wie wurden deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben?

Nun könnte man sagen - und hat es auch sogleich gesagt -, daß wir uns glücklich schätzen sollten, wenn uns die Amerikaner mit ihrer überlegenen Technologie abnehmen, was im Kampf gegen den Terror und zur Abwehr von Anschlägen notwendig erscheint. Es ist allerdings sehr die Frage, ob der deutsche Bürger, wenn man ihn dazu vernommen hätte, bereit gewesen wäre, wesentliche Aufgaben der Inneren Sicherheit an eine auswärtige Macht zu übergeben, vor allem wenn diese, sagen wir einmal vorsichtig: Arbeitsteilung mit erheblichen Eingriffen in seine Grundrechte verbunden ist.

Daß die Amerikaner selbst wenig Lust haben, sich zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen auf deutsche Grundrechtszimperlichkeiten einzulassen, mag man ihnen gerne zugestehen. Aber die deutsche Regierung ist verpflichtet, die Souveränität des Staates zu wahren, zu der Hoheit über die Innere Sicherheit und Schutz der Grundrechte zwingend gehören.

So sparsam sich die Kanzlerin und ihr Kabinett bisher dazu geäußert haben - die Brisanz der Frage und die dahinter lauernde Verfassungskrise scheinen allen Politikern bewußt. Auch wenn man die Übertreibungen des Wahlkampfes abzieht, bleibt ein erhebliches Gift in den Vorwürfen, mit denen sich die Mitglieder der gegenwärtigen und der früheren Regierung überziehen.

Wer hat wann und warum und in welchem Umfang deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben? Kann es sein, daß die jahrzehntelange Gewöhnung an die gutmütige Vormundschaft der amerikanischen Besatzungsmacht alle Reflexe der Vorsicht und des gesunden Mißtrauens erstickt hat? Oder existieren tatsächlich aus der Zeit von Besatzung und Kaltem Krieg noch immer geheime Rechte, über die nicht gesprochen werden soll?

Mit dem schönen blinden Vertrauen in die Güte der USA (für das man sich nicht schämen müßte) scheint es indes bei den deutschen Politikern nicht weit her zu sein. Ihre Verblüffung hielt sich in Grenzen, als im Zusammenhang mit dem NSA-Skandal bekannt wurde, daß deutsche EU-Vertretungen von amerikanischen Geheimdiensten verwandt wurden - und wahrscheinlich bis heute abgehört werden. Offenbar sind unsere Politiker abgeklärt genug für die Erkenntnis, daß auch enge Verbündete, die sich rituell als Freund bezeichnen, zu Mitteln der Spionage greifen. Man kann nur hoffen und beten, daß der BND ähnlich abgebrüht genug ist, seinerseits den amerikanischen Freund ordentlich zu bespitzeln und abzuhören.

Lächerlich wären Ermahnungen an die Adresse einer Supermacht

Aber wie abgebrüht und ausgekocht auch immer unsere Politiker und Dienste längst sein mögen - die deutsche Bevölkerung jedenfalls ist mit ihrer Desillusionierung über den Charakter der deutsch-amerikanischen Freundschaft noch nicht so weit. Selbst dort, wo kein traditioneller Antiamerikanismus zu Hause und kein antikapitalistisches Ressentiment am Werk ist, breitet sich jetzt Entgeisterung aus über die offenbare Geringschätzung und Verachtung der

deutschen Eigenstaatlichkeit.

Ähnlich könnte sich Kolonialisierung anfühlen - man wird vom Subjekt zum rechtlosen Objekt. Die politischen Folgen würden allerdings fatal sein, wenn sich das Mißtrauen, das schon im letzten Irakkrieg entstand, von den Lügen über den Kriegsgrund bis zu den Verbrechen in Abu Ghraib, nach und nach in Haß wandelte. Was tun? Muß man die Amerikaner dringend ermahnen, etwas vorsichtiger und korrekter mit dem deutschen Verbündeten umzugehen?

Erwachsener Partner, kein Säugling

Nichts könnte törichter - und lächerlicher sein. Amerika ist eine Supermacht, die sich nimmt und tut, was sie in ihrem Interesse für richtig hält. Charmant oder gar besorgt um die Gemütslage ihrer Verbündeten muß sie sich dabei nicht zeigen. Schon für die Mitglieder des Attischen Seebundes war klar, daß Athen bestimmt - zu diesem Zwecke hatte Athen ja den Seebund geschaffen. Nicht anders verhält es sich mit der Nato und mit der ganzen sogenannten westlichen Wertegemeinschaft. Die berühmte deutsch-amerikanische Freundschaft ist ein Bedürfnis der Deutschen, nicht der USA. Diese könnten auf freundschaftliche Gefühle auch gestrost verzichten.

Deutschland braucht tatsächlich eine Desillusionierung. Sie sollte sich allerdings nicht auf das richten, was Amerika tut und immer zu tun versuchen wird, weil es nun einmal viel größer und mächtiger als Deutschland ist. Wir brauchen vielmehr eine Desillusionierung über den Charakter unserer Beziehung. Das Gerede von Freundschaft muß ein Ende haben und der nüchternen Einsicht in gegenseitigen Nutzen und gemeinsame Interessen weichen - und zwar dort, wo sie wirklich bestehen.

Namentlich die heißen Gefühle der Liebe und Bewunderung für den starken Bruder, die unsere transatlantischen Kommentatoren predigen, müssen auf ein bekömmliches Maß heruntergekühlt werden - damit sie nicht stets aufs Neue Enttäuschung produzieren, wenn der Heißgeliebte sich ab und zu und verständlicherweise mal als weniger liebenswert erweist. Respekt für Amerika, Vorsicht im Umgang - und viel Distanz - wären das Gebot der Stunde.

Übrigens wäre es auch aus pädagogischen Gründen hilfreich, wenn sich Deutschland emotional von Amerika etwas abnabeln würde. Das Land, nun schon seit zwei Jahrzehnten in die volle Selbstständigkeit entlassen, muß lernen, auch sicherheitspolitisch, auch in der Terrorabwehr auf eigene Verantwortung zu handeln.

Selbstverständlich im Bündnis mit den USA, selbstverständlich als loyaler Verbündeter und gerne auch etwas großzügiger und weniger ängstlich als in der Vergangenheit. Aber als erwachsener Partner und nicht als alter Säugling, der noch immer nach der Mutterbrust greift und wehklagt, wenn Mama mal was anderes zu tun hat oder sich über das Quengeln des kleinen Schreihalses kalt hinwegsetzt.<<

17.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. August 2013 (x887/...): >>Opfer politisch Korrekter

Kieler Landtag unterwirft Pommern-Ausstellung der Zensur

Sicherlich gehörten sie zu den treuesten Wählern der CDU, die inzwischen in die Jahre gekommenen Pommern und Ostpreußen, die bei Kriegsende ihre Heimat verlassen mußten und in großer Zahl in Schleswig-Holstein landeten. Und daher glaubten sie wohl, daß es unproblematisch sei, wenn sie die vom Heimatpolitischen Arbeitskreis der Pommerschen Landsmannschaft entwickelte Ausstellung "Vertrieben und vergessen?" dem Kieler Landtag anbieten, damit sie einige Tage lang im Landeshaus in Kiel der Öffentlichkeit präsentiert wird, zumal der Landtagspräsident, der CDU-Politiker Klaus Schlie, als konservativ gilt.

So stellten sie bereits im Frühjahr beim damaligen Landtagspräsidenten Torsten Geerds, ebenfalls CDU, einen Antrag, das Landtagsgebäude für die Ausstellung nutzen zu können. Umgehend erhielten sie einen Nutzungsvertrag. Vom 5. bis zum 9. August 2013, also zum

"Tag der Heimat", sollte die Ausstellung, bestehend aus 30 Tafeln, gezeigt werden. Auf ihnen sollte die pommersche Geschichte dargestellt werden, beginnend mit den ersten Besiedlungen durch germanische und slawische Volksstämme, über die deutsche Ostsiedlung, die Schwedenzeit, schließlich bis zur Einbettung Pommerns in den preußischen und deutschen Staatsverband.

Im zweiten Teil wollten sie die Vorgeschichte der Vertreibung dokumentieren und dann im dritten Teil die Nachkriegsgeschichte der geflohenen und vertriebenen Pommern in West- und Mitteldeutschland. Dabei lag der Schwerpunkt auf sechs Zeitzeugenberichten, "welche die Schrecken der Vertreibung veranschaulichen", wie es in dem Konzept der Landsmannschaft hieß.

Anstandslos war die Ausstellung bereits im von Grünen und Sozialdemokraten regierten Baden-Württemberg sowie im ebenfalls von der SPD regierten Nordrhein-Westfalen gezeigt worden.

Zur Verblüffung der Pommern erhielten sie aus Kiel die Aufforderung, sie mögen zunächst das Prospektblatt dem Landtag zur Kontrolle vorlegen, mit dem zur Ausstellung eingeladen werden sollte. Das taten sie und erfuhren, daß der Landtag das Werbemittel nicht genehmigen werde. Was darin zu lesen ist, stehe der deutsch-polnischen Versöhnung entgegen.

Anstoß genommen hatten, das ging aus einem Gespräch hervor, die im Namen des Landtagspräsidenten Schlie (CDU) fungierenden Angehörigen der Landtagsverwaltung, daß in der Ausstellung auch auf die Vorgeschichte der Vertreibung eingegangen werden sollte. Besonders empfindlich reagierte man auf die in der Einladung genannten Ursachen: "Deutsche Ambitionen vom neuen Siedlungsraum im Osten und der Unterdrückung slawischer Völker gehören ebenso in diese Darstellung wie polnische Träume von einem großpolnischen Reich bis zur Elbe."

Gegen den ersten Teil der Aussage - die Geschichte von den deutschen Ambitionen - hatte das Landtagspräsidium keinen Einwand, während die Erwähnung der polnischen Großmachtträume auf heftigen Widerspruch stieß. Offenbar auf den Wink des im Urlaub weilenden Landtagspräsidenten - was sind heute schon Entfernungen? - verlangten seine Mitarbeiter plötzlich, nun müßten die Pommern auch alle Bilder der Ausstellung zur Prüfung vorlegen ebenso wie die Texte, die zu den Bildern gehörten. Ein Haar in der Suppe entdeckten die Landtagsbediensteten, daß in der Ausstellung festgestellt wird, die Polen hätten mit der Vertreibung bereits vor dem sogenannten Potsdamer Abkommen begonnen, eine Tatsache, die jedem, der sich mit der jüngsten osteuropäischen Geschichte befaßt hat, bekannt ist.

Das müßten die Pommern erst einmal beweisen, so die Landtagsverwaltung. Die Pommern verwiesen auf das von ihnen erarbeitete Begleitbuch zur Ausstellung, in dem viele Quellen für diese historische Tatsache benannt werden. Leider sei das Buch noch nicht fertig ... Antwort: Dann könne man die Ausstellung erst recht nicht genehmigen, es sei denn, die Landsmannschaft erkläre sich damit einverstanden, daß der schleswig-holsteinische Landtag in Gestalt des Präsidenten Klaus Schlie jedes Bild der Ausstellung kontrolliere und gegebenenfalls die in seinen Augen nicht korrekten aussortiere.

"Auf bestimmte Themen müsse man dann eben verzichten", erfuhren die Pommern. Sie wurden belehrt, daß der schleswig-holsteinische Landtag Partnerschaften geschlossen habe mit den Parlamenten in Stettin und Danzig, und deren Abgeordnete dürfe man nicht vergrätzen.

Als die Landtagsverwaltung auf der Zensur beharrte, hatten die Pommern Charakter genug zu antworten, daß die Ausstellung nicht zu den Auflagen des Landtages zur Verfügung stehe "Die Ausstellung kann nur komplett mit allen Tafeln gezeigt werden; eine Herausnahme von einzelnen oder mehreren Tafeln würde die Geschichte des Landes Pommern und der Vertreibung der Pommern nur verfälscht wiedergeben," erwiderten sie.

Der Landtag beziehungsweise der Landtagspräsident verwies auf sein Recht, die Ausstellung

auf ihren Inhalt zu prüfen und Teile aus der Ausstellung auszuschließen. Die Preußische Allgemeine Zeitung bat den Landtagspräsidenten Schlie um eine Stellungnahme, erhielt aber keine Antwort.

Nun fällt die Ausstellung "Vertrieben - und vergessen?" in Kiel aus. Der Landtagspräsident braucht nicht mehr zu befürchten, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, der wegen seiner rüden Art gefürchtete Abgeordnete Ralf Stegner, ihn des Revanchismus beschuldigt.<<

20.08.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 20. August 2013 (x892/...): >>Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen.

Ziel dieser ganzen Politik ist, die der FAZ-Wirtschaftskommentator Holger Steltzner schreibt "eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner. Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten."

Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.<<

21.08.2013

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtet am 21. August 2013: >>Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit.

Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren.

Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt

wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Kom-

plexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Welt-

bank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des

Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;

4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.

6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

24.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. August 2013 (x887/...): >>Freiheit des Andersdenkenden

Ist ein Rundfunkjournalist schutzlos, wenn er von einer etablierten überregionalen Tageszeitung in einem halbseitigen Artikel als "Grenzgänger" zum "Rechtsextremismus" ausgemacht wird, weil während seiner Vortragsveranstaltung bei der alten Prager Burschenschaft Thessalia zu Bayreuth unter seinen Zuhörern jemand sein könnte, der unerwünschtes Gedankengut hat? Insbesondere wenn die "Süddeutsche Zeitung" ("SZ") dabei offen die Frage stellt, ob "so jemand", nämlich der beim "Deutschlandfunk" tätige Journalist Bernd K., für diesen Sender noch tragbar sei und nicht vielmehr gekündigt werden müsse?

Beim Vorwurf, eine "rechte Meinungstendenz" zum Ausdruck zu bringen, hört die berühmte "Zivilcourage" auf und es springt keiner für die Freiheit des Andersdenkenden ein. Auch von einer CSU hat der Journalist Bernd K. keinen Schutz zu erwarten, obwohl er sich dieser Partei nahe sieht; denn ihr Verfassungsschutz gab erst die Stichworte für den Kampf gegen Meinungsppluralismus und Meinungsfreiheit.

Die bayerischen Verfassungsschützer sehen nämlich in einer gut zehn Mitglieder umfassenden Activitas der Burschenschaft Danubia eine Bedrohung für die "Verfassungsordnung", weil dort Meinungen vertreten würden, von denen man annimmt, daß sie die CSU selbst vertritt, nämlich "Liebe zum Nationalstaat".

Der von der "SZ" attackierte Bernd K. ist nämlich Mitglied der Danubia, zwar nicht bei der besagten Activitas, aber - wie zahlreiche CSU-Mitglieder - als "alter Herr" tätig. Diese burschenschaftliche Mitgliedschaft begründet dann den Vorwurf der "Grenzgängerschaft".

Immerhin sind wir im Zeitalter des Internets. Dieses verschafft dann doch die Chance, daß ein Beitrag, welcher der antipluralistischen Haltung etwa der "SZ" entgegentritt, Verbreitung findet und den ansonsten der Schweigespirale Unterworfenen damit zu Bewußtsein bringt, daß sie der freiheitsfeindlichen Haltung der Linksjournaille nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Dieses aufgrund des Internets mögliche Gegengewicht trägt dann wesentlich zur Wahrung der Meinungsfreiheit bei. Im konkreten Fall hat sich die vom Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter betriebene Internetseite "www.links-enttarnt.net" des Falles angenommen, genauer des Artikels des "SZ"-Sportjournalisten Sebastian Krass.

Die "SZ" trete, heißt es auf der Internetseite, für Gesinnungskontrolle und gegen den vollen politischen Pluralismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem ein. Sie fände die dabei dargestellten Diskriminierungsmaßnahmen des Deutschlandfunks gegen ihren Redakteur nicht empörend, sondern bedauere, daß mangels rechtzeitiger Gesinnungskontrolle bei der Einstellung nunmehr ein "komplizierter" Fall vorliege; denn schließlich müsse ja doch das "hohe Gut

der Meinungsfreiheit" mit der "Extremismusbekämpfung" abgewogen werden.

Da man unter Letzterem jedoch die Bekämpfung von unerwünschten Auffassungen verstünde, bleibe bei dieser Art von "Bekämpfung" von der Meinungsfreiheit nicht mehr allzu viel übrig, zumindest im Falle von "rechts". Und dies, obwohl das Grundgesetz garantiere, daß man eine rechte politische Auffassung haben könne.

Außerdem wende sich die vom "SZ"-Redakteur begrüßte "Extremismusbekämpfung" nicht "gegen links", was noch deutlicher mache, daß es gegen die Meinungsfreiheit gehe, nämlich um die Ausschaltung einer rechten politischen Richtung.<<

31.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 2013

(x887/...): >>**Zypern gewährt Grundeinkommen**

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

07.09.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 2013

(x887/...): >>**Negativpreis für den Duden**

... Seit 1880 gilt der Duden als "maßgebend in allen Zweifelsfällen". Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat dem Standardwerk zur deutschen Sprache und Rechtschreibung nun seine jährlich vergebene Negativauszeichnung "Sprachpanscher des Jahres 2013" verliehen.

Grund sind die nach Ansicht des VDS zu vielen "lächerlichen Angeber-Anglizismen", die mittlerweile Eingang in das Wörterbuch gefunden hätten. Der Duden trage "wie kaum eine andere Organisation dazu bei, daß sich sprachliches Imponiergehabe im Glanze einer quasi amtlichen Zustimmung sonnen dürfe", so der Vereinsvorsitzende Walter Krämer. Die Sprachschützer vom VDS kämpfen gegen die unnötige Verdrängung der deutschen Sprache durch englische Ausdrücke.<<

28.09.2013

Frankreich: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. September 2013 (x887/...): >>**Che bleibt geehrt**

UNESCO sieht Revolutionsführer als Welterbe

In diesem Sommer wurde Kuba eine überraschende Ehre zuteil. Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hat das "Leben und Werk" des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara in das Weltdokumentenerbe, Memory of the World, aufgenommen.

Die UNESCO und ihre Generaldirektorin Irina Bokova begründeten die Auszeichnung damit, daß Ernesto Guevara de la Serna (1928-1967) eine herausragende Kombination von Praxis und Ideen verkörpere und das politische Denken Lateinamerikas für immer beeinflusst habe. Sein Beitrag zur revolutionären Aktion und Theorie befähigten ihn, dem Marxismus kreative, antidogmatische und humanistische Elemente beizufügen. Seine Werke und seine ethische Symbolik sind nach Bokovas Meinung von dauerhaftem Wert für jeden alternativen Prozeß des Wandels, den die Menschheit unternehme.

Die UNESCO-Entscheidung stieß umgehend auf Kritik, weil Guevara keineswegs verharmlost werden solle. Nach dem Sturz des Diktators Batista 1959 und der Besetzung der Hauptstadt Havanna ordnete Guevara persönlich die Hinrichtung von Hunderten Gefangenen, angeblichen Volksfeinden, an. Als bekennender Stalinist führte er Umerziehungslager ein. Als Industrieminister verstaatlichte der ausgebildete Arzt Industrie und Landwirtschaft und ver-

schrrieb der Insel eine Planwirtschaft, die aus Kuba ein ruiniertes Land machte. Selbst einen Atomkrieg wollte er notfalls führen.

Aus Sicht der Kritiker gibt es auch Monate nach der Entscheidung keine moralische Rechtfertigung der UNESCO, die Werke des Mörders Guevara in das dokumentarische Erbe der Menschheit aufzunehmen. Mit ihrer Entscheidung verneine die Organisation zudem ihren Grundsatz, daß der Friede, wenn er nicht scheitern soll, in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschen verankert sein muß. Doch die UNESCO hat die Kritik bisher nicht zum Anlaß genommen, die eigene Entscheidung zu revidieren.<<

04.11.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. November 2013 (x887/...): >>**Euro-Austritt als letzte Chance?**

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National

Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterrands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.

Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindstüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden.

Wie düster inzwischen die Aussichten für die Sozialisten sind, machen aktuelle Umfragewerte deutlich. Demnach halten 46 Prozent die FN-Chefin für den besten Herausforderer von Präsident Hollande. Weit abgeschlagen sind die Kandidaten der UMP. In den kommenden Kampf um die Macht gehen die Sozialisten freilich unter miserablen Bedingungen: Die linkspopulistische Wirtschaftspolitik Hollandes ist seit seiner Machtübernahme im Rekordtempo entzaubert worden, dazu laufen bisherige Wähler der Parti Socialist in Scharen zur FN über.

Einen Hinweis, wie die Sozialisten dem Abwärtsstrudel entkommen wollen, liefern die Vorgänge um die Abschiebung einer Roma-Familie in den Kosovo, die vom französischen Innenminister Manuel Valls durchgesetzt wurde. Während der Elysée-Palast angesichts von Protesten bereits in Panik verfallen war und die Abschiebung rückgängig machen wollte, blieb der Innenminister hart. "Die Roma-Familie habe in Frankreich nichts zu suchen, auch wenn protestierende Oberschüler das forderten", so Valls.

Die Haltung hat sich ausgezahlt: Laut einer Umfrage stimmen 65 Prozent der Franzosen der

Abschiebung zu. Mit seiner Politik, die teilweise Eins-zu-Eins bei der FN abgeschaut sein könnte, wird Valls zunehmend zur treibenden Kraft im Kabinett Hollandes.

Verliert Hollandes übrige Ministerriege noch weiter an Zustimmung, ist durchaus denkbar, daß die Sozialisten noch eine weitere Anleihe bei der FN nehmen: Frankreichs Ausstieg aus dem Euro. Ein Szenario, für das inzwischen die Wortschöpfung "Frexit" (French exit) steht. Was angesichts aktueller Forderungen nach einem "italienischen" Euro derzeit noch weit hergeholt erscheint, frißt sich als Idee längst in den Kern der politischen Elite Frankreichs. Für erheblichen Wirbel sorgt derzeit etwa das Buch "Das Ende des europäischen Traumes" von François Heisbourg.

Der Grundgedanke des ehemals überzeugten Euro-Anhängers: Der Euro muß beendet werden, bevor das "Projekt EU" Schaden nimmt. Heisbourg vergleicht den Euro mit nichts weniger als einem "Krebsgeschwür", das entfernt werden muß, um die EU vor dem Untergang zu retten.

Dem Buch kommt Signalwirkung zu. Heisbourg ist kein politischer Außenseiter, sondern Teil des politischen Establishments in Paris. Der Professor war hochrangiger Mitarbeiter im Pariser Außenministerium und stand später an der Spitze der renommierten Denkfabrik "International Institute für Strategic Studies" (IISS).

Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemäße Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.

Von Mitterrand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<

05.11.2013

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. November 2013 (x1.000/...): >>"Wichtigste Personen des Jahrhunderts" unterstützen Bevölkerungsreduktion

Der Journalist Oliver Janich zeigt in seinem Buch "Das Kapitalismus-Komplott" auf, daß ab 1910 Gelder der Rockefeller-, Carnegie-, Harriman- und Kellogg-Familien in Organisationen der Eugenik-Bewegung (Eugenik: Bevölkerungsreduktion und -selektion) flossen. Diese ist unter anderem von der Annahme geleitet, "daß diejenigen an der Spitze der sozialen Leiter ihre rassistische Überlegenheit bewiesen hätten, während die am unteren Ende biologisch nicht die Voraussetzungen aufwiesen, Erfolg zu haben".

Auch heute noch, so Janich, unterstützen die Rockefellers und andere einflußreiche Personen wie z.B. die Milliardäre Bill Gates und Warren Buffet Organisationen dieser Bewegung, die sich heute meist als wohltätig ausgeben. Ein Beispiel dafür ist z.B. Planned Parenthood (deutscher Zweig: pro familia), eine Organisation, die für Abtreibung, Verhütung und Sterilisation eintritt und von Margaret Sanger gegründet wurde. Sanger wird als Heldin der Frauenbewegung gefeiert und von dem Magazin Life sogar als eine der "wichtigsten Personen des Jahrhunderts" hervorgehoben.

In Wahrheit, so legt Janich überzeugend anhand von Auszügen aus ihren Werken dar, war Sanger eine Eugenikerin, die z.B. für Zwangssterilisation eintrat. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie bestimmte Bevölkerungsgruppen als "menschliches Unkraut" und Idioten, die es nicht verdienen, Kinder zu haben. Jeder, der "arm" sei, und Menschen mit "nicht normalen" Kindern sollten ihrer Meinung nach sterilisiert werden.

Hier verbirgt sich unter dem Deckmantel von Wohltätigkeit und Fortschritt ein grausamer Angriff auf unsere ungeborenen Kinder - finanziert und gefördert von "wichtigsten Personen"

unserer Zeit.<<

06.11.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. November 2013 (x887/...): >>NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken

Die Schieflage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.

Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der "überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen".

Auf diese "Beziehungen" fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworteten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.

Ebenso "normal" ist es allerdings, daß man Überläufer, die dem Ausgespähten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.

Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu trakieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als "überragenden" Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.

Diese Schieflage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie es zu diesem Herr- und Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.

Den eigentlichen Grund für die schämliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als "rückwärtsgewandten Nationalismus".

Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze "Weltgemeinschaft" loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Haß auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflichtung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.

Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souveränität muß zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muß von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden.<<

07.11.2013

BRD: Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, erklärt am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

12.11.2013

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 12. November 2013 über Karlheinz Deschners Lebenswerk "Kriminalgeschichte des Christentums": >>**Karlheinz Deschner beendet Lebenswerk**

Das Lebenswerk des Karlheinz Deschner: Flutlicht in die Abgründe der Kirchengeschichte

Er ist extrem hart mit den christlichen Kirchen ins Gericht gegangen, bewußt einseitig und nicht immer ganz wissenschaftlich.

Aber es ging Karlheinz Deschner auch nie um Ausgewogenheit, sondern darum, Dinge ans Licht zu holen, die viele Christen lieber im Dunklen gelassen hätten. Nun hat er, soweit es in seiner Macht stand, sein Lebenswerk abgeschlossen.

Karlheinz Deschner - der Name ist unter jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Seine Arbeiten haben in den vergangenen zwanzig Jahren nur noch wenig Aufregung hervorgerufen. Das war einmal anders. Früher einmal hat Deschner Begeisterung, Ablehnung oder sogar Zorn ausgelöst. Und für manche Menschen waren seine Bücher fast schon eine Art Offenbarung.

Davon ist heute nicht mehr viel zu spüren. Und das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn sie hängt indirekt damit zusammen, daß es für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist, daß nichteheliche Kinder und Ehen ohne Trauschein keine Schande sind, daß Homosexualität nicht strafbar ist, Vergewaltigung in der Ehe aber schon; und daß heute ungetaufte und konfessionslose Kinder in Schulen einen Ethikunterricht besuchen können, in denen Kruzifixe abgehängt werden, wenn Eltern das fordern.

Deschners Arbeit hat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung hin zu unserer weitgehend toleranten, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft geleistet. Denn der Germanist und Privatgelehrte hat den größten Teil seines Lebens einem fast einsamen Kampf gegen einen mächtigen Gegner gewidmet. Ein Gegner, der diese Entwicklung zu bremsen versucht hat, wo es geht. Ein Gegner, der darüber hinaus den Anspruch hat, die wichtigste moralische Instanz der Welt zu sein.

Gemeint sind die Kirchen - die katholische Kirche genauso wie die evangelische und alle anderen christlichen Kirchen überhaupt. Und was Deschner getan hat, war, genau diesen moralischen Anspruch nicht nur in Frage zu stellen, sondern weitgehend ad absurdum zu führen. Die Kritik, die die Kirche durch Deschner erfahren hat, hat seit den frühen sechziger Jahren die moralische Autorität, mit der Päpste, Kardinäle, Bischöfe und Priester auftreten konnten, untergraben - und zwar schlimmer, als es jeder Mißbrauchsskandal konnte. Denn die Verbrechen von Priestern gegen Kinder konnte die Kirche immer auf die Schwäche einzelner Vertreter ihres Glaubens schieben. Deschner aber legte die Axt an die Wurzeln der Kirche.

Von den Wurzeln bis zu den Auswüchsen

Anders als die meisten Autoren, die in Deutschland nach dem Krieg Bücher über die Kirche veröffentlichten, konzentrierte sich der Ex-Katholik Deschner auf Fragen wie die, wer das "Buch der Bücher" eigentlich tatsächlich verfaßt und wer bei wem abgeschrieben hat. Wer in der jungen, ursprünglich jüdischen Sekte welche Rolle gespielt und die Weichen gestellt hat - und warum. Welche Aspekte der christlichen Religion aus anderen Glaubensvorstellungen der Antike übernommen wurden.

Und er ging der Frage nach, wie es den Kirchenvätern und -führern gelungen war, über die Jahrhunderte den Eindruck eines über alle Zweifel erhabenen, einheitlichen Gebildes zu vermitteln - trotz aller Konflikte zwischen den Strömungen innerhalb der Kirche, trotz aller Widersprüche im Glauben und bei der Interpretation der Heiligen Schriften bei den Gläubigen und trotz der Spaltungen und Abspaltungen von Konfessionen. Und so stellte er den Anspruch der Kirche in Frage, ihre Legitimation und Lehren direkt auf einen Gott zurückzuführen.

Mit diesem Ziel tat Deschner nicht mehr und nicht weniger, als mit ungeheurem Fleiß Infor-

mationen über die Entstehung der Bibel und die Geschichte der Christenheit zu sammeln und in populärwissenschaftlichen Büchern lesbar zusammenzufassen - Informationen, die von etlichen Theologen und Historikern aus den vergangenen Jahrhunderten stammen.

1962 veröffentlichte Deschner sein erstes kirchenkritisches Werk "Und abermals krähte der Hahn". "25.000 Arbeitsstunden in fünf Jahren" hatte er seinem späteren Lektor bei Rowohlt, Hermann Gieselbusch, zufolge für das 700-Seiten-Buch investiert. Der Verlag Paul List, bei dem Deschner unter Vertrag stand, kündigte denselben aus Angst um den Absatz seiner Schulbücher in Bayern. Das Buch erschien dann in einem anderen Verlag, gefolgt von weiteren kritischen Werken.

Die Kirchen und die meisten großen Medien wie die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* ignorierten das Werk anfänglich. Andere wie *Welt* und *Spiegel* brachten Verrisse. Besonders häufig wurde Deschner einseitiges und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen. So hieß es 1963 im *Spiegel*, Deschner hätte "auch obskure Quellen zitiert, solange sie nur ausreichend antiklerikal klingen".

1971 mußte Deschner wegen Kirchenbeschimpfung in Nürnberg vor Gericht - es kam zum Vergleich, das Verfahren wurde eingestellt. Deschner wurde nicht verurteilt - und auch nicht demotiviert. Vielmehr beschloß er, ein Buch allein über die Verbrechen, die von Kirchenvertretern oder im Namen der Kirche verübt wurden, zu schreiben.

"Ich möchte das Werk zu einer der größten Anklagen machen, die je ein Mensch gegen die Geschichte des Menschen erhoben hat", beschrieb er im Exposé für *Rowohlt* seinen Anspruch. Es wurden anstelle des einen, eher kurzen Buches, das ursprünglich geplant war, insgesamt fast 5.900 Seiten und etwa 100.000 Quellenangaben, verteilt auf zehn Bände, von denen der erste 1986 veröffentlicht wurde: Die "Kriminalgeschichte des Christentums".

Im Frühjahr 2013 ist der zehnte Band erschienen, er gilt offiziell als Abschluß des "längsten Krimis der Welt", wie Hermann Gieselbusch es formulierte. Und schon lange sind Deschners Kritiker nur noch leise zu hören. Denn seine Quellen - auch wenn es sich häufig "nur" um Sekundärquellen handelt und manches durchaus auch angezweifelt werden darf, sind zum großen Teil doch zu solide, die Belege zu zahlreich und meist zu gut, um ihn nicht ernst nehmen zu müssen.

Der Unrat in der Heilsgeschichte

Auch etliche Theologen und Historiker waren und sind beeindruckt von Deschners Akribie. Und warum eigentlich, fragte unlängst der katholische Theologe Bernhard Lang in der *FAZ*, gilt es in akademischen Kreisen als unfein, Deschners Namen zu nennen? Deschner wende sich schließlich nicht "an Historiker, sondern an Leser, denen die Geschichte des Christentums als eine von Unrat freie Heilsgeschichte vermittelt worden ist".

Selbst wenn also der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nicht ganz unberechtigt sein mag: Deschner richtete ein Flutlicht in die finstersten Abgründe der Geschichte der Christenheit - in jene Abgründe, um die die Gläubigen und Religionsführer lieber einen großen Bogen schlagen.

Genau deshalb geht auch der Vorwurf der Einseitigkeit ins Leere. Deschner hat Verbrechen und Lügen, die im Namen der christlichen Religion verübt wurden, zusammengetragen, über die sonst weitgehend geschwiegen wurde. "Wer andere Seiten sehen will, lese andere Bücher", prochristliche Literatur gebe es wie Sand am Meer, schrieb Deschner selbst bereits in der Einleitung zur "Kriminalgeschichte".

Und so sammelt er, was es zu finden gab, nicht nur über Bekanntes wie die Aufrufe zu den Kreuzzügen, die Inquisition und Hexenverbrennungen oder die Rolle der Kirche beim Massenmord an den indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Man erfährt auch vieles, was der Allgemeinheit zuvor kaum bekannt oder bewußt war.

Deschner erinnerte an die Ermordung angeblicher Ketzer, an die Pogrome an den Juden in

Europa und an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei oder sogar drei (Gegen-)Päpsten im 14. und 15. Jahrhundert.

Er erinnerte an die Angriffe der christlichen Deutschordensritter auf die eigentlich schon christianisierten Slawen in Mittel- und Osteuropa und an die Weigerung des Vatikans, den Westfälischen Frieden anzuerkennen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. An die blutige Verfolgungen derjenigen ohne den rechten Glauben, die etwa unter Prinz Eugen von Savoyen - dem "Bewahrer der Christenheit" - stattfanden. Oder an die Seite Martin Luthers, an die Protestanten nicht so gern denken: Seine Aufrufe zum Niederbrennen von jüdischen Synagogen und zum Kampf gegen die aufständischen Bauern.

Doch mit dem zehnten Band der Reihe konnte Deschner die Kriminalgeschichte nicht wirklich abschließen. Das Buch handelt vom 18. Jahrhundert und liefert einen "Ausblick auf die Folgezeit". Mehr Bücher zur Kirche wird es von Deschner nicht geben. Der 89-Jährige kann sich die weitere anstrengende Arbeit nicht mehr zumuten, genau wie sein zeitweilig größter Gegner, Kardinal Josef Ratzinger, der als Papst Benedikt XVI. zurückgetreten ist. Es gibt also eine große Lücke zwischen dem zehnten Band der "Kriminalgeschichte" und der Gegenwart.

Aber: Diese Lücke läßt sich mit einem Buch schließen, das ebenfalls von Deschner stammt: "Die Politik der Päpste".

Ursprünglich war das Werk bereits 1982/83 in zwei Bänden erschienen als: "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege".

Nun steht es in einer aktualisierten Fassung zur Verfügung. Es ist gewissermaßen der inoffizielle elfte Band der "Kriminalgeschichte des Christentums". Hier stellt Deschner ausführlich die Versuche der Päpste Pius XI. und Pius XII. dar, so mit dem Faschismus in Europa umzugehen, daß die katholische Kirche möglichst wenig Schäden davontrug.

So wurden die Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco lange Zeit wo nicht gar hofiert, so doch immer wieder mit Wohlwollen bedacht und kaum kritisiert. Immerhin wurde der Faschismus vom Vatikan als Bollwerk gegen den atheistischen Kommunismus betrachtet und von vielen Kirchenvertretern ganz klar begrüßt - obwohl in Deutschland schließlich etliche Priester Opfer der Nazis wurden.

Bis zu Johannes Paul II. hat Deschner seine Kritik noch zusammengetragen. Dann aber war Schluß. Zum neuen Papst Franziskus immerhin konnte er noch einen Kommentar abgeben: "Gewiß wird jeder Papst seine Rolle etwas anders spielen, aber jeder Papst spielt dieselbe Rolle - und einstweilen spielt die Welt auch noch mit."

Die jüngste Entwicklung beschreibt ein anderer

Beachtenswert ist das Buch nicht nur, weil es Deschners Lebenswerk abschließt. Da Deschner nicht mehr in der Lage war, selbst noch die Politik der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. abschließend darzustellen, hat er Michael Schmidt-Salomon gebeten, dies zu tun. Der Philosoph und ebenfalls bekannte Kirchenkritiker hat dem Vorbild Deschners folgend deren Politik äußerst kritisch unter die Lupe genommen. Im Nachwort des Buches geht Schmidt-Salomon vor allem auf ihre Strategie ein, den jüngeren Entwicklungen in den modernen Gesellschaften in ihrem Sinne zu begegnen.

So hat er etwa die Bemühungen Ratzingers untersucht, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Evolution und Entstehung des Menschen zu reagieren. Solche Analysen, nach denen man in der Literatur und den Medien sonst sehr mühsam suchen muß, führen ihn zu dem Schluß: "Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, hätte der deutsche Papst das Rad der Geschichte so weit zurückgedreht, daß von den Errungenschaften der Moderne nur noch wenig übrig geblieben wäre."

Schmidt-Salomons Nachwort führt Deschners Werk zwar inhaltlich zum endgültigen Abschluß. Aber er hat darauf verzichtet, sich auch an Deschners Sprache zu orientieren. Das ist gut so. Denn die Ausdruckskraft Deschners ist dort, wo er kommentiert, eine ganz eigene Sa-

che.

"Wo sonst gibt es diese atemverschlagende Mischung von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, von Heiligenlegende und Henkersgeschichte! Wo sonst dies allumfassende Liebespalaver und den praktisch alles verschlingenden Haß! Wo sonst eine Religion, die aus Liebe tötet, aus Liebe foltert, aus Liebe raubt, erpreßt, entehrt, verteufelt und verdammt!", faßte er die Kirchengeschichte im zehnten Band der "Kriminalgeschichte" zusammen. "Ja, es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschen zu schwimmen und Halleluja zu rufen! Es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, fast zwei Jahrtausende hindurch zu lügen, zu fälschen und zu täuschen."

Bei aller Kritik, die sich an Deschner üben läßt: Seine Bücher sind für alle, die sich für die Kirche interessieren, für Gläubige genauso wie für Atheisten, ein wichtiges Hilfsmittel, um sich ein Bild zu machen. Man muß Deschner und Schmidt-Salomon nicht in allem folgen, man kann ihnen sogar einmal mehr Einseitigkeit vorwerfen. Aber wo die Fakten für sich sprechen, sollten sie zur Kenntnis genommen werden.

Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste - Vom Niedergang kurialer Macht im 19. Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarben im Zeitalter der Weltkriege. Alibri Verlag. Mit einem Nachwort von Michael Schmidt-Salomon. 1.231 Seiten ...

Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10. Rowohlt. 320 Seiten ... <<

18.11.2013

BRD: Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 18. November 2013: >>US-Geheimdiensttätigkeiten Wie souverän ist Deutschland?

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf.

Moderne Staaten haben sich der Könige entledigt, aber nicht der Souveränität, so sagt der deutsche Europarechtler und Rechtsphilosoph Ulrich Haltern. Aber was bedeuten Souveränität und Selbstbestimmung heute? Ist Souveränität nur noch ein Habitus, eine Art von staatsmännischer Gelassenheit? Ist es also souverän, wenn es die Bundesregierung hinnimmt, daß die USA von deutschem Boden aus Krieg führen? Ist es souverän, wenn die Bundesanwaltschaft dabei zuschaut? Ist es souverän, daß die deutschen Staatsgewalten das geheimkriegerische Schalten und Walten der Amerikaner tolerieren, akzeptieren, respektieren?

Ist Souveränität die Gabe der deutschen Autoritäten, das alles zu ertragen, was derzeit in der *Süddeutschen Zeitung* und dem NDR ('Der geheime Krieg') an Merk- und Denkwürdigkeiten beschrieben wird - weil es nur um den Preis größter Aufregung und eines Zerwürfnisses mit der Weltmacht und dem Nato-Partner USA zu ändern wäre? Wenn dies Souveränität ist, würde das bedeuten: Souverän ist, wer vergißt, was nur schwer zu ändern ist. Das wäre dann eine sehr souveräne Insouveränität.

Wer ist der Souverän? In der Demokratie ist der Souverän nicht ein König, sondern das Volk. So steht als Kernsatz auch im Grundgesetz: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es dort in Artikel 20. Das Volk ist in der Demokratie das Subjekt, in dem Recht und Macht zusammenfallen. Aber jedenfalls das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung wissen nichts oder fast nichts davon, daß von Deutschland aus US-Drohnen gesteuert werden, daß hier eine US-Logistik zur Folterung und Exekution von Menschen sitzt; schon gar nicht haben sie das gebilligt.

Ist es mit der Souveränität womöglich so wie mit der Wirtschaft, hat sie sich globalisiert? Wenn es so wäre, dann könnte das ja nicht nur eine einseitige Angelegenheit sein - dann müß-

te es nicht nur US-Staatsgewalt in Deutschland geben, sondern deutsche Staatsgewalt auch in den USA, so wie es dort (oder in China oder in Rußland) deutsche Autos gibt. Souveränität hat sich nicht globalisiert. Sie sieht allerdings ganz anders aus als früher.

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt.

Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten' und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren?

Der Nationalstaat ist nicht tot, aber entzaubert. Das ist, angesichts der blutigen Geschichte dieser Nationalstaaten, gewiß nicht schlecht. Die Exzesse einer fast mystisch aufgeladenen Staatlichkeit hatten sich im alten, klassischen Konzept von Souveränität niedergeschlagen. Heute sind Deutschland und Co weit entfernt von der absoluten Befehls- und Selbstbestimmungsmacht, von der "summa soluta potestas" - die einst, im 16. Jahrhundert, der Staatstheoretiker Jean Bodin als den Inhalt von Souveränität beschrieben hat. Die modernen Staaten, die in Europa zumal, haben Teile ihrer Herrschaftsgewalt delegiert und dafür die Möglichkeit erhalten, internationale Politik und internationales Recht zu gestalten.

Mit diesem neuen Konzept ist aber das rigorose Schalten und Walten der USA in Deutschland kaum zu erklären. Dieses Schalten und Walten legitimiert sich allenfalls zum Teil durch Verträge, also durch das souveräne Verhandeln zweier Staaten. Die Legitimation der US-Militär- und Geheimdienstlogistik in Deutschland besteht offenbar auch in ihrer schieren Existenz. Muß man das - mit Carl Schmitt, dem umstrittensten Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts - einfach als Faktum respektieren? Carl Schmitt hat in seiner Verfassungslehre geschrieben: "Was als politische Größe existiert, ist, juristisch betrachtet, wert, daß es existiert."

Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lang waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<

22.11.2013

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch.

("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahen Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Rętinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedenstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten

"eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichen zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu

seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ...

Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen

1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".

Weiter wird in dem Video Giuliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?

Sie schwemmen mit Konsum Europas Fluren,

Erstickten seiner Völker Hochkulturen

Und schlagen ihren Geist in feste Banden.

Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,

Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.

Sie haben es in Normen eingeschlossen,

In denen es sich innerlich zerreibt.

So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.

Die äußere Leibes-Sicherheit verdeckt,

Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;

Unendliche Verordnungsflut bedeckt

Europaweit des Menschen eig'ne Wege.

Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.

(hl)<<

23.11.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. November 2013 (x887/...): >>**Wider die Alleinschuldthese**

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt ... Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete.

Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unter-

schrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<

07.12.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 2013 (x887/...): >>**Jetzt kommt es dicke**

Landessozialgericht NRW ermöglicht Einwanderungswelle in deutsches Sozialsystem

EU-Bürger haben nach einem Gerichtsurteil Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben. Städte und Gemeinden fürchten eine Einwanderungswelle vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Erneut hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen rumänischen Staatsangehörigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) zugesprochen. Geklagt hatte eine rumänische Familie mit einem Kind, die seit 2009 in Gelsenkirchen wohnt und zunächst vom Verkauf von Obdachlosenzeitschriften und Kindergeld gelebt hatte.

Das Jobcenter lehnte den im November 2010 gestellten Hartz-IV-Antrag mit der Begründung ab, Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergebe, könnten keine Grundsicherungsleistungen erhalten. Diesen im Sozialgesetzbuch II enthaltenen Leistungsausschluß sieht das Landessozialgericht als europarechtswidrig an und erkannte den Klägern die beantragte Leistung zu.

Erst kürzlich hatte ein anderer Senat desselben Gerichts in einem ähnlich gelagerten Fall einer rumänischen Roma-Familie Sozialhilfe zugesprochen, da EU-Bürger ein Anrecht darauf hätten, wenn sie seit mehr als einem Jahr erfolglos eine Arbeitsstelle suchten. In diesem Fall seien sie nicht mehr als "nicht arbeitssuchend" einzustufen, da das Bemühen um eine Arbeitsstelle "objektiv aussichtslos" sei.

Zugleich schoben die Richter der Einwanderung in den deutschen Wohlfahrtsstaat jedoch einen Riegel vor, indem sie deutlich machten, daß die Antragsteller bei Dauerarbeitslosigkeit "EU-Bürger ohne Aufenthaltsgrund" seien und abgeschoben werden könnten (siehe PAZ 42/2013). Mit seinem jüngsten Urteil ist das Landessozialgericht weit über diese und weitere frühere Entscheidungen hinausgegangen.

Es vertritt nun die Auffassung, der Leistungsausschluß "in dieser ausnahmslosen Automatik" widerspreche dem zwischen den EU-Staaten vereinbarten gesetzlich wirksamen Gleichbehandlungsgebot. Soweit die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie es den Mitgliedstaaten erlaube, einschränkende Regelungen zur Vermeidung von sogenanntem Sozialtourismus vorzusehen, sei dies "nicht in der im Sozialgesetzbuch II enthaltenen unbedingten und umfassenden Form" möglich. Die Unionsbürgerrichtlinie verlange "eine bestimmte Solidarität" des aufnehmenden Staates Deutschland mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Durch dieses Urteil bekommen Befürchtungen, die großzügige Gewährung von Sozialhilfe könnte ein Anreiz für den weiteren Zuzug von Zigeunerfamilien nach Deutschland sein oder Ansprüche der rund 130.000 bereits in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren begründen, neue Nahrung. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bekommt schon heute jeder zehnte Rumäne und Bulgare in Deutschland staatliche Leistungen, die weitere Kosten für Unterkunft und Krankenversorgung nach sich ziehen.

Mit der Anfang kommenden Jahres in Kraft tretenden uneingeschränkten Freizügigkeit von

Rumänen und Bulgaren innerhalb der EU wird diesen der Zuzug nach Deutschland erheblich erleichtert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München warnt daher vor einer Einwanderungswelle in die hiesigen Sozialsysteme. Er lehnt zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit ab, fordert aber, daß derjenige, der in seinem Heimatland steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten könne, in einem anderen Land darauf keinen Anspruch haben dürfe.

Auch die Kommunen, aus deren Kassen die finanziellen Wohltaten kommen, fürchten einen Sozialtourismus nach Deutschland. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, erwartet "wirksame Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger". Schon jetzt seien viele Kommunen "mit der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises" überfordert, so seine Begründung.

Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl, der schon früher von der EU-Kommission Maßnahmen "gegen Sozialmißbrauch und Arbeitsmigration" gefordert hatte, sieht das genauso: "Wer tatsächlich gar keine Chance hat, als Arbeitnehmer oder Selbstständiger erfolgreich tätig zu sein, ist nicht von der Freizügigkeit geschützt. Für diese Gruppe müssen Sozialleistungen ausgeschlossen sein."

Die designierte Bundesregierung hat den Zündstoff, den die Sache birgt, offensichtlich erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD fest: "Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an."

Die "Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU" wollen sie aber unbedingt erhalten und deshalb "der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken" sowie "im nationalen Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen, daß Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden".

Dies tun sie indes weniger aus Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahmen als wohl vielmehr weil sie befürchten, "rechtspopulistische" Kräfte könnten sich das Thema kommenden Jahr im Europawahlkampf zunutze machen.<<

21.12.2013

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Dezember 2013: >>>100 Jahre Notenbank

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden.

Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgetreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankermoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit

tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollarscheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgerichtet und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echaufferten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenpapiere aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

23.12.2013

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. Dezember 2013: >>Die Kreatur von Jekyll Island

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

2013

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>Schöne neue Welt

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Hero-in, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens"

schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zuge-dröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare

zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomanen und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg"

(Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Das Internetportal "Netzwerk Menschenrechte" berichtet im Jahre 2013 (x1.067/...): >>40

Jahre UN-Mitgliedschaft

Nun ist es auf den Tag genau 40 Jahre her, daß Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist. Am 18. September 1973 ist die Aufnahme durch die UN-Generalversammlung beschlossen worden. Die Bundesrepublik Deutschland ist gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik als 133. und 134. Staat den Vereinten Nationen beigetreten.

Dadurch das beide deutsche Staaten während des Kalten Krieges auf entgegenstehenden Seiten standen und dort in die jeweilige Politik auch eingebunden waren, gab es keine Möglichkeit, lediglich einen der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Erst im Jahre 1972 ist zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgesprochen worden, sich gegenseitig über die Schritte zur Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu informieren. Durch den Grundlagenvertrag von 1972 war dann der Weg frei für einen Beitritt beider Staaten. Die Aufnahme in die UN ist am 12./15. Juni 1973 beantragt worden.

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war an eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen schon deshalb nicht zu denken, weil einerseits im zerstörten Deutschland der Wiederaufbau und die Existenzsicherung im Vordergrund standen und andererseits Deutschland als "Kriegsfeind" womöglich überhaupt nicht als Mitglied geduldet werden würde.

Schon während der Konferenz von San Francisco 1945 ist in der Charta der Vereinten Nationen in den Artikeln 53, 77 und 107 (sogenannten "Feindstaatenklauseln") festgelegt worden, daß eventuelle Maßnahmen gegen Feindstaaten nicht den Verpflichtungen der Charta unterliegen. Nach dem Wortlaut der Klausel könnte Deutschland auch heute noch ohne UN-Beschluß angegriffen werden.

Artikel 53:

Abs. 1: Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind;

Abs. 2: Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Artikel 107:

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Erst 1995 hat die 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution (A/RES/50/52) verabschiedet, in der diese Bestimmungen als "obsolet" bezeichnet worden sind. Die eigentliche Streichung der Klausel hätte daher nur noch deklaratorische Wirkung. So war in der Resolution festgelegt, daß die Streichung in einer der nächsten Sitzungen bzw. so früh wie möglich erfolgen sollte. Sie ist aber bisher nicht gestrichen.

Durch die Deutsche Einheit 1990 bzw. den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland existiert nur noch ein deutscher Staat, der Mitglied bei den Vereinten Nationen ist. Durch diese Wiedervereinigung ist Deutschland in den vergangenen Jahren auch immer wichtiger und bedeutender innerhalb der Vereinten Nationen geworden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand von Anfang an die Menschenrechtspolitik - bedingt durch die Geschichte und den Zweiten Weltkrieg. So ist der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auch heute noch ein besonderes Anliegen Deutschlands. Nach der Wiedervereinigung ist es 1992 zum ersten deutschen Blauhelmeinsatz in

Kambodscha gekommen, dem einige nachfolgten. Diese Beteiligungen an den UN-Friedensmissionen sind wohl am bekanntesten.

Seit 1998 stellt Deutschland den Leiter des UN-Umweltprogramms UNEP.

Für viele Konferenzen der Vereinten Nationen ist Deutschland Gastgeber gewesen. Darüber hinaus zählt Deutschland seit vielen Jahren zu den Sitzstaaten der UN. Ein Meilenstein ist dabei der UN-Campus in Bonn gewesen, auf dem der Großteil der in Bonn ansässigen UN-Organisationen vereinigt ist. Aber auch in Berlin befinden sich Kontaktstellen der UN. Nicht zu vergessen ist der Internationale Seegerichtshof (ISGH), der seinen Sitz in Hamburg hat.

Beachtlich ist auch die Rolle Deutschlands als **drittgrößter Beitragszahler** zum Haushalt der Vereinten Nationen. Bei der Finanzierung der internationalen Friedenseinsätze ist die Bundesrepublik **viertgrößter Beitragszahler**.

Leider ist es der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht gelungen, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Als nichtständiges Mitglied war Deutschland bereits einige Male im Sicherheitsrat vertreten. Die Erweiterung und Reform des Sicherheitsrates fand 2005 in der Generalversammlung keine Mehrheit. Ein Grund: die Haltung Deutschlands gegen die USA bei der Diskussion um den Irakkrieg.<<

2014

Das Denken ist der größte Vorzug, und die Weisheit besteht darin, die Wahrheit zu sagen und nach der Natur zu handeln, auf sie hinhörend.

<i>Heraklit (um 540-480 vor Christus, griechischer Philosoph)</i>

04.01.2014

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Januar 2014 (x887/...): >>Verrat an der Freiheit

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.

Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten.

Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hosenscheißer".

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen,

die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber.

So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."

Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdictatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<

05.01.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 5. Januar 2014 über die Alleinschuld des Deutsche Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>Vom Sonderweg abkommen

Thorsten Hinz

Im nun beginnenden Jahr 2014 wird sich zeigen, was außerhalb Deutschlands jeder weiß: Es gibt keinen europäischen Geschichtskonsens, keine große Erzählung von Europa, unter der die Nationen sich gleichberechtigt versammeln und die eine Grundlage für ein europäisches Staatsvolk schaffen könnte. Der Erste Weltkrieg, der vor 100 Jahren ausbrach und vor 96 Jahren endete, wird - jedenfalls in der Breite - nach wie vor aus nationalen Sichtweisen betrachtet und bewertet. Das mag bedauerlich und veränderungswürdig sein, aber es ist die Ausgangslage.

Die Deutschen als geschichtspolitische Musterschüler sind vor 50 Jahren, seit der sogenannten Fischer-Kontroverse ab etwa 1962, in Vorleistung getreten, indem sie für sich die Allein-, wenigstens aber die Hauptschuld am Kriegsausbruch 1914 reklamierten.

Eine Phalanx in Wissenschaft und Medien hält daran fest. Kanzlerin Angela Merkel sprang ihr bei, als sie am 11. November 2009 nach Paris reiste, um mit dem französischen Präsidenten den Jahrestag des Kriegsendes 1918 zu feiern. Sie sagte: "Wir werden nie vergessen, wie sehr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Franzosen durch Deutsche zu leiden hatten." So verschwindet der Erste Weltkrieg im Schwarzen Loch der Mystifikationen, die sich um den Zweiten gebildet haben.

Neben der Beflissenheit und Einäugigkeit, die deutschen Politikern, Historikern und Journalisten eigen ist, spielt der Wunsch eine Rolle, die anderen Länder durch Selbstkasteiung zu beeindruckern, auf daß sie sich zum erheuchelten Ausgleich bereitfinden, der als "Versöhnung"

bezeichnet wird.

Eine hochkomplexe Gemengelage

Nur denken die ehemaligen Kriegsgegner gar nicht daran, ihre nationale Geschichtsmythologie deshalb abzuändern. Zwar ist auch bei ihnen das Zeitalter des Nationalismus vorbei, doch werden sie das Jubiläum zur kollektiven Selbstvergewisserung nutzen und sich und die Welt daran erinnern, wer den Krieg gewonnen und wer ihn verloren hat. Das muß nicht böse gemeint sein.

In Frankreich, Großbritannien und Italien heißt der Weltkrieg nicht umsonst der "Große Krieg". Die Verwüstungen in Nordfrankreich waren enorm, und bis heute gemahnen Denkmäler noch in den kleinsten Dörfern des Südens an den Blutzoll, welche die männliche Jugend des Landes zahlte. Für Großbritannien markiert das Jahr 1914 den Anfang vom Ende seines stolzen Empires.

Zum Umfeld des Krieges gehören die Pariser Vorortverträge, die das besiegte Deutschland knebelten und in Mittel- und Südosteuropa mehrere Klein- und Kunststaaten installierten, die sich wegen der programmierten Nationalitätenkonflikte zu kontinentalen Eiterherden entwickelten. Diese hochkomplexe Gemengelage aber läßt sich weder aus der schuldzentrierten deutschen noch aus der Siegerperspektive zusammenhängend erfassen.

Mächtige Schneisen in das geschichtspolitische Gestrüpp

Im Vorfeld des Jubiläums sind eine Reihe Bücher erschienen, die mächtige Schneisen in das geschichtspolitische Gestrüpp schlagen, in dem bundesdeutsche Historiker und Politiker sich seit 50 Jahren verfangen. Christopher Clarks "Schlafwandler" rollen den Kriegsausbruch vom Balkan her auf. Von deutscher Haupt- oder gar Alleinschuld bleibt da nichts übrig.

Ähnlich der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, einer der wenigen Denker in der Bundesrepublik, die sich mit geopolitischen Problemen beschäftigen. In seinem Opus "Der Große Krieg" legt er dar, daß die Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten eskalierten, weil sie nicht imstande waren, die Konflikte an der Peripherie des Kontinents zu befrieden.

Zu nennen ist das Buch "Der Weg in den Abgrund", mit dem Konrad Canis seine vorzügliche Trilogie zur Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs abschließt. Canis zeigt sehr genau die beschränkte politische Ratio auf, der die europäischen Schlafwandler jeweils folgten und die sich unbeabsichtigt zum großen Chaos summierte. Diese Bücher stellen Fragmente für eine mögliche europäische Großzählung dar. Sie dürfte nicht danach fragen, wer "schuld" am Ersten Weltkrieg war, weil der Begriff eine moralische Anklage oder Verurteilung einschließt, sondern müßte nüchtern den "Beitrag" eines jeden Landes dazu feststellen.

Leider handelt es sich bei der Bundesrepublik, dem Herzland Europas, um einen pathologischen Fall. Fritz Fischers Schuld-Dogma herrscht zwar nicht uneingeschränkt, doch es wirkt lähmend. Fischer hatte mit seinem Buch "Griff nach der Weltmacht" keinen Schlüssel geliefert, um die Geschichte des Weltkriegs zu verstehen.

Er sorgte jedoch für ein reines Gewissen, indem er dessen unmittelbare und ferne Folgen für Deutschland legitimierte: Wenn das Deutsche Reich am Krieg die Alleinschuld trug, dann hatten die Deutschen keinen Grund, sich über den Versailler Vertrag zu beklagen, und die innenpolitische Radikalisierung, die in der nationalsozialistischen Machtergreifung mündete, war einzig und allein ihrer Verstocktheit zuzuschreiben.

Eine Traumwelt aus angehäufter Schuld

Die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dann nichts anderes als ein Konglomerat angehäufter Schuld. Deren Ergebnisse waren weniger ein politisches als ein moralisches Problem, das man löste, indem man die Teilung, den Verlust der Ostgebiete und die Vertreibungen als gerechte Strafe akzeptierte. Das ergab eine Geschichtstheologie, welche die Bundesrepublik in die beste aller möglichen Welten versetzte.

Es war und ist eine Traumwelt. Längst gibt es starke Argumente, um eine gesamteuropäische

Erzählung zu formulieren. Sie hätte davon auszugehen, daß kein einziges Land in Europa den Weltkrieg gewonnen hat, sondern daß alle ihn im globalen Maßstab verloren haben. Andernfalls wird die gemeinsame Niederlage von 1914/18 sich als das Menetekel des finalen Zusammenbruchs erweisen.<<

17.01.2014

BRD: Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtet am 17. Januar 2014 (x1.004):

>>**Schwedens "feministische" Anti-Familien-Politik und die verheerenden Folgen**

Von *Inge M. Thürkauf*

"Wie Kindertagesstätten eine Nation zerstören können" - Unter diesem Titel erschien zu Beginn des Jahres 2007 in der Zeitschrift "Medizin und Ideologie" der Bericht eines schwedischen Vaters über die familiäre Situation in dem - wegen seiner Kinder- und Familienpolitik europaweit so hochgepriesenen - Wohlfahrtsstaates Schweden.

Das Resümee seiner erschütternden Bestandsaufnahme, die er in einem Satz zusammenfaßte, lautet: Kindertagesstätten haben sich nach ca. 30-jähriger Erfahrung als "das größte soziale und wirtschaftliche Desaster des Jahrhunderts" entpuppt.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in Schweden das Konzept "Kindertagesstätten" von den beiden Nobelpreisträgern Alva und Gunnar Myrdal propagiert, die davon sprachen *"eine neue Generation von Menschen zu schaffen, die besser in eine neue Weltordnung passen"* würden.

Ihnen wurde auch der Auftrag erteilt, Pläne für "die moderne Familie" und die Gesellschaft von morgen auszuarbeiten.

Immer aggressiver erschienen daraufhin in den hörigen Presseorganen die für Mütter demütigende Bezeichnungen wie "schwach", "dumm", "faul", "wenig ehrgeizig", die ihren Ruf entwürdigten.

Der damalige Premierminister Palmes verkündete den Tod der Hausfrau, sein Minister meinte, daß sie ins Museum gehöre, so daß immer mehr Frauen ihr Selbstvertrauen verloren und ihre Rechte und ihre Mütterlichkeit diesem System opferten.

Mit der Publikation unter dem Titel *"Die Familie der Zukunft: eine sozialistische Politik für die Familie"* legte die Regierung ihren Plan offen. Darin werden Kinder als *"Hindernisse für die Emanzipation der modernen Frau"* bezeichnet, und es wird empfohlen, die emotionale, intellektuelle und materielle Entwicklung der Kinder in die Verantwortung des Staates zu legen.

Ein gesetzlich verankertes Recht sorgte dafür, daß jedem Kind ab dem sechsten Monat ein Platz in einer öffentlichen Kindertagesstätte zugesichert wurde.

Die düstere Bilanz nach 3 Jahrzehnten

Heute nach 30 Jahren - so der Bericht des schwedischen Vaters - ist die soziale Situation im Land desolat: Gewalt in den Schulen und auf den Straßen, Bedrohung der Lehrer und Eltern, eine bestürzende Zahl an psychisch erkrankten Kindern, und eine erhöhte Selbstmordrate, nicht nur Erwachsener, sondern auch von Kindern, die oft "nicht älter sind als vier, fünf oder sechs Jahre".

Auch in Deutschland und in den übrigen Ländern der EU wird mit Hinweis auf Schweden dieses "Erfolgsrezept" flächendeckend propagiert. Auch hier ist das bisherige Ergebnis alles andere als ein Vorzeigemodell. Trotzdem wird es weitergetrieben, das Resultat aber wird dem schwedischen Fiasko gleichen.

Cui bono? - Wem soll es nützen?

Die allgemeine ideologische Strömung zielt auf die Zerschlagung der Familie, auf den Zusammenbruch des christlichen Wertefundaments unserer abendländischen Kultur. Es gilt, den neuen Menschen zu schaffen, der sich vollkommen einfügen läßt in die von Politikern jeder Farbe immer unverfrorener angepriesene Neue Weltordnung, in der vor allem für die christli-

che Religion kein Platz vorgesehen ist.<<

02.02.2014

BRD: Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtet am 2. Februar 2014 (x1.004):

>>**Stuttgart: Demonstration gegen die Indoktrination unserer Kinder**

Erlebnisbericht von *Inge M. Thürkauf*

Die Initiative "Besorgte Eltern" hat für Samstag, den 1. Februar 2014, zu einer Demonstration gegen den "Bildungsplan 2015" in die Stuttgarter Innenstadt aufgerufen. Nach Polizeiangaben haben sich ca. 600 Gegner des von den Grünen geforderten Plans zur Frühsexualisierung der Schulkinder auf dem Schloßplatz eingefunden.

Den Anhängern der Grünen und der *Interessengemeinschaft Christopher Street Day* (lt. Polizei ca. 500) war der Schillerplatz für ihre Demonstration zugewiesen worden; offenbar wollte man die beiden Gruppen auseinanderhalten.

Doch schon bei der Verlesung der Botschaft von Freifrau Hedwig von Beverfoerde (*Initiatorin der Internet-Kampagne "Familie sind WIR!"*) kam es zu den altbekannten phantasielosen Zwischenrufen "*Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat*" oder "*Eure Kinder werden so wie wir*" - und einige Male gelang es den Rabauken, das Mikrophon auszuschalten.

Trotzdem versuchte die Sprecherin bzw. Organisatorin Natalie Fromm, weiterhin die Botschaft der Baronin rüberzubringen. Darin wurde betont, daß Eltern allen Grund haben, besorgt zu sein, denn sie tragen die Verantwortung gerade für die sittliche Erziehung ihrer Kinder - und dieses natürliche Elternrecht wird von unserem Grundgesetz garantiert.

Doch das körperliche und sittliche Wohl der Kinder sei heute gefährdet durch eine grüne Landesregierung, die sich das staatliche Monopol der Schulpflicht zu Nutze machen will, um die Kinder schon von der ersten Klasse an mit Sexualität zu konfrontieren. Das sei ein gewalttätiger Einbruch in die Seele des Kindes und eine Verletzung des natürlichen Schamgefühls.

Zu einem solchen Vorgehen habe die Schule kein Recht. Die Erziehung in dem so sensiblen Bereich der Sexualität sei an erster Stelle ureigenstes Recht der Eltern. Die Rednerin forderte die Familien auf, diese ideologische Indoktrinierung nicht hinzunehmen. "*Wir müssen unsere christlichen Werte verteidigen*", rief sie. Die Schule dürfe nicht zur Erfüllungsgehilfin einer interessierten Lobby werden.

Als zweiter Redner begrüßte Hans Christian Fromm, ein zweifacher Familienvater, die Mitstreiter aus nah und fern.

Er habe diese Demonstration angemeldet, weil er es skandalös finde, wie über die Petition von Gabriel Stängle in den Medien berichtet wurde, und wie stark die Landesregierung den Willen der Bürger unterdrücken will:

"In Deutschland herrscht inzwischen eine Atmosphäre der Angst. Wir werden verunglimpft, wo es nur geht. Dabei wird in der Berichterstattung der Schwerpunkt auf Homophobie gelegt. Wir sind nicht homophob", betonte Hans Christian Fromm, *"und wir lassen uns auch nicht als fundamentalistisch oder nazistisch abstempeln. Wir demonstrieren heute friedlich für unser elterliches Grundrecht, das die Landesregierung unter Wilfried Kretschmann mit Füßen tritt. Wir demonstrieren heute für eine freie Gesellschaft, in der Eltern nicht verhaftet werden."*

Auch diese Rede wurde durch Geschrei und unflätige Zwischenrufe von gegnerischer Seite unterbrochen. Die Polizei mußte gerufen werden, die beobachtend in einiger Entfernung stand. Es entstanden Rangeleien mit den Beamten und offensichtlich gab es auch einige Festnahmen.

Mathias von Gersdorff, der Leiter der Frankfurter Aktion "*Kinder in Gefahr*", machte darauf aufmerksam, daß der Protest im Bundesland Baden-Württemberg "*in dieser massiven Form ein Beispiel für Deutschland gibt*", weil die Menschen sich trotz der Hetze und trotz des gesamten Widerstandes der Medien und vieler Gruppen nicht einschüchtern lassen.

"Deshalb freue ich mich", sagte M. von Gersdorff, *"daß von Stuttgart ein Signal ausgeht, ein*

Signal für christliche Werte und für die gesunde Erziehung der Kinder."

Der Redner bedankte sich im Namen vieler Menschen aus Hessen, als deren Vertreter er sich sieht, für diesen Einsatz und hob hervor, daß die Freiheit verteidigt werden muß, weil es Menschen gibt, die keinen Sinn haben für das Grundrecht Demonstrationsfreiheit. Aber Christen würden selbst die Freiheit dieser Andersdenkenden verteidigen.

Nach diesen Reden war geplant, am neuen Schloß vorbei in die Stauffenbergstraße bis vor das Staatstheater zu marschieren. *"Wir sind die Eltern, schützt unsere Kinder"* skandierend, setzte der Zug sich auch in Bewegung, doch die Gegendemonstranten versperrten ihnen den Weg.

Es war nicht festzustellen, ob die Polizei nicht einschreiten konnte oder nicht wollte. Sie hielt auf jeden Fall beide Seiten auf Distanz. Während die Verteidiger der Gleichberechtigung aller sexuellen Orientierung, homosexueller Akzeptanz und Toleranz ihre wütenden Parolen schrien, stimmten die Demonstranten der Initiative "Besorgte Eltern" das Lied *"Großer Gott wir loben Dich"* an.

Wie immer die politische Entscheidung in Bezug auf den "Bildungsplan 2015" auch ausfallen wird: Es regt sich Widerstand gegen das Umerziehungsprogramm nicht nur der Kinder, sondern der gesamten Gesellschaft, Widerstand gegen die "Neue Weltordnung der Sexualität".

...<<

01.03.2014

BRD: Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtet am 1. März 2014 über eine Rede von Inge Thürkauf in Stuttgart (x1.004): >>Ansprache von Inge Thürkauf pro Elternrecht am 1. März 2014

Danke, daß Ihr auch heute am 1. März wieder so zahlreich auf den Schloßplatz gekommen seid, um Euren Rechten als Eltern Ausdruck zu verschaffen.

Es ist in keiner Weise glaubwürdig, wenn von Seiten der grün-roten Bildungspolitiker behauptet wird, es ginge nur darum, in den Schulen ein Umfeld für Toleranz, Offenheit und gegenseitigen Respekt für verschiedene Lebens- und Liebesweisen zu verschaffen, es bestünde keine Absicht zur Umerziehung.

Die Leitprinzipien des Bildungsplanes sowie der 2012 ins Leben gerufene landesweite Aktionsplan für die "Akzeptanz sexueller Vielfalt" sprechen eine andere Sprache. Dort geht eindeutig daraus hervor, daß Bildung und Erziehung in den Schulen mit den Farben des Regenbogens durchzogen werden sollen.

Das Emblem auf dem Papier für *"Lesbische und Schwule Lebensweisen"* mit dem Untertitel "Wir bilden die Zukunft" der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zeigt unmißverständlich eine Fahne in den Regenbogenfarben.

Soll dies ein Vorgeschmack auf die eventuelle Neugestaltung der Nationalflagge sein - nicht mehr Schwarz-Rot-Gold, sondern Regenbogen?

Der Einmarsch der deutschen Sportler in Sotschi im Regenbogenkostüm könnte diesen Eindruck noch verstärken und zeigt vor allem, wie weit die Diktatur des Regenbogens schon weltweit in Fahrt gekommen ist.

Ideologischer Zwang der Gender-Lobby

Es gehört zum Christsein, daß jeder Mensch in seiner Individualität und Einzigartigkeit vor Gott angenommen wird.

Doch können wir nicht akzeptieren, daß an allen öffentlichen Schulen alle Schüler schon von der 1. Klasse an oder noch früher vergendert werden, d.h. in verschiedene sexuelle Lebens- und Liebesweisen eingeführt werden sollen, wie z.B. homosexuell, lesbisch, bi-, transsexuell usw.; in der Zwischenzeit soll es ja - vorläufig wenigstens - 58 Geschlechter geben, die wir alle - nach Ansicht der Gender-Lobbyisten - als völlig **gleichwertig zu betrachten haben**.

Das ist ideologischer Zwang. Eine Minderheit von Gender-Gläubigen bzw. ihre Lobby will der Mehrheit der Bevölkerung eine neue Ideologie aufdrängen.

Hinter dem Genderismus steht der Gedanke, den Menschen von allen angeblich natürlichen Auffassungen zu befreien. Um dies zu erreichen, brauche es eine gendergerechte geistige Umerziehung, die so früh wie möglich beginnen soll.

Inzwischen schreckt man nicht davor zurück, die Neuformung der Geschlechtsidentität nicht nur in Kindergärten und Schulen, sondern bereits schon in Kindertagesstätten anzusetzen. Um deutlich zu machen, worum es sich bei den Kitas im Grunde handelt, nennt man sie ganz offen "gendered institutions".

Der Hintergedanke dieser Gender-Institutionen ist, daß ein auf diese Art umerzogenes Kind sehr früh begreifen lernen soll, daß es nicht nur Mann und Frau gibt, sondern daß die Palette viel bunter und reichhaltiger ist. Die Kinder sollen beizeiten lernen, selbst wie Homos, Lesben, Bi- und Transsexuelle usw. zu leben.

Auch werden Kindergarten- und Schulbücher geändert in dem Sinn, daß nicht mehr von einer Ehe zwischen einem Mann und einer Frau die Rede sein darf, weil dies die übrigen 58 Geschlechter diskriminieren würde.

Leitbild der klassischen Ehe entschwindet

Auf diese Weise wird den Kindern immer mehr das Leitbild der monogamen Ehe von einem Mann und einer Frau als Orientierung für ihr Leben genommen. Kinder lernen nicht mehr, daß Ehefähigkeit eine kulturelle Leistung ist, die erst entwickelt werden muß.

"Nach Karl Marx ist die Auflösung der Familie eine der Hauptaufgaben der sozialen Revolution." - Doch gerade in Revolutionen und Kriegen, in den schweren Zeiten der vergangenen Jahrhunderte hat sich eines deutlich gezeigt: *"Die Familie ist der wärmste Ort gegen die Kälte dieser Welt"*.

Seit über einem halben Jahrhundert leben wir hier im Westen ohne Krieg, in vollständiger sozialer Sicherheit. In dieser behaglichen Ruhe des Wohlstands haben wir nun eine Theorie entwickelt, die dem gesunden Menschenverstand völlig zuwiderläuft: der strategische Plan zur Umwandlung der Gesellschaft im Namen von Gender Mainstreaming; eine Ideologie, die sämtliche gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Werte in Frage stellt.

Frühsexualisierung der Kinder

Eines der erfolgreichsten Mittel, Gender in der Gesellschaft durchzusetzen, ist die Frühsexualisierung von Kindern, die diesem totalitären Zugriff hilflos ausgesetzt werden.

Man konfrontiert sie in den Schulen mit Materialien, die nur allzu oft die Schamgrenze überschreiten. Wie eine Unterrichtsstunde gendergerecht ablaufen kann, schildert ein Bericht aus der Schweiz.

12-jährige beschreiben den Besuch der "Sextante", wie sie die Aufklärerin nennen. Sie sei ihnen eher negativ in Erinnerung geblieben, schreiben sie. Über einige ihrer Äußerungen waren die Schüler und Schülerinnen schockiert. Manche hatten Probleme mit vulgären Begriffen und wollten sie aus Scham nicht aussprechen. Sie wurden aber gezwungen, sie doch auszusprechen. Die Sextante meinte, sie sollen doch keine Hemmungen haben und einfach reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei.

Zerstörung des natürlichen Schamgefühls

Warum will man die Scham der Kinder zerstören? Ist dies nicht im Grunde sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich mit sexuellen Fragen auseinandersetzen müssen, die sie noch gar nicht interessieren?

Offensichtlich hat uns der Ausspruch Lenins eingeholt, der sagte: *"Interessiert die Jugend für Sex und ihr habt sie in der Hand."* - Ich kann die Jugendlichen nur dazu ermuntern, über ihre Erfahrungen und Empfindungen zu berichten in Bezug auf die Gender-Umerziehung in den Schulen.

Sigmund Freud wußte, wovon er sprach, wenn er warnte, daß Kinder, die (früh) sexuell stimuliert werden, nicht mehr erziehungsfähig sind, die Zerstörung der Scham bewirke eine Ent-

hemmung auf allen anderen Gebieten.

Gender: Zukunftsprogramm der UNO

Sexualisierung der Kinder ist der Schlüssel zur Destruktion der Familie und der Religion, sie führt zur Bindungslosigkeit und letztlich zum Untergang des Staates. Menschen, die losgelöst sind von allen Bindungen, sind leicht einzubinden in das, was heute offen, auch von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel als *Neue Weltordnung* bezeichnet wird.

Die Neue Weltordnung ist keine Verschwörungstheorie, sondern das Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UNO, und Gender Mainstreaming ist eines ihrer mächtigsten Programme.

Wo bleibt eigentlich in der ganzen Diskussion unser Recht für eine selbstbewußte und selbstbestimmte Entscheidung für Ehe und Familie, bestehend aus einem Mann und einer Frau, wie es im Grundgesetz verankert ist, und wie sie nicht nur in der jüdisch-christlichen Kultur, sondern in den verschiedensten Kulturen seit Jahrtausenden gelebt wird?

Im Übrigen darf die Frage erlaubt sein: Was geht eigentlich in Menschen vor, die sich Lehrmaterialien ausdenken, wie wir sie im Bildungsplan 2015 vorfinden und sie auch anwenden?

Denken wir denn nicht daran, daß nachfolgende Generationen eines Tages auch über uns urteilen werden? Daß Kinder ihre Eltern eines Tages fragen werden, wo wart ihr, als es darum ging, politisch korrekt die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau in Frage zu stellen?

Wo wart ihr, als man versuchte, uns in der Schule verschiedene Liebesweisen schmackhaft zu machen und wir uns dadurch beschmutzt und mißbraucht fühlten?

Wo wart ihr, als die Begriffe Mann und Frau politisch korrekt in staatlichen Dokumenten gestrichen wurden und die Begriffe Vater und Mutter durch Elter I oder Elter II ersetzt wurden, wie es in einigen Ländern schon geschehen ist?

Armutzeugnis für Demokratie und Meinungsfreiheit

Habt ihr euch deshalb nicht zu Wort gemeldet, weil Kritik an der Gender-Ideologie mit Verleumdungen wie reaktionär, faschistisch, rassistisch, homophob, fundamentalistisch usw. bedacht wurde? Wart ihr durch diese primitiven Beschimpfungen so verunsichert, daß ihr nicht erkannt habt, daß sie nichts anderes sind als ein Armutzeugnis für Meinungsfreiheit und Demokratie?

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie selbst sind nicht nur Familienvater, Sie sind auch unser Landesvater und - Sie sind katholischer Christ und in dieser Eigenschaft erlaube ich mir, Sie nun anzusprechen: Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gender-Ideologie zumindest in Ihrem Regierungsbereich Baden-Württemberg zu stoppen, um uns und unsere Kinder zu bewahren - vor der Neuen Weltordnung der Sexualität.

Unsere Autorin Inge M. Thürkauf ist Theaterschauspielerin und katholische Publizistin; sie lebt im Schwarzwald.<<

21.03.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 21. März 2014: >>Eine geheime Elite wollte Krieg

Zwei britische Historiker richten den Fokus auf einen einflußreichen Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte

Hans Fenske

Die weithin für richtig gehaltene Ansicht, das Deutsche Reich trage den überwiegenden Teil der Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914, wird zunehmend in Frage gestellt. In seinem Buch "Die Schlafwandler" sagte Christopher Clark vor kurzem zwar abschließend, daß keine europäische Großmacht damals den Krieg unbedingt wollte, seine Darstellung zeigt aber doch, daß vor allem Rußland die Signale entschlossen auf Krieg stellte und daß der deutsche Anteil an der Auslösung der Katastrophe sehr gering war.

Aufstieg Deutschlands sahen sie mit großem Unbehagen

Noch klarer machen die beiden englischen Autoren Gerry Docherty und Jim MacGregor gegen einen großen Teil der bisherigen Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg Front. Gleich zu Beginn ihrer auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis beruhenden Studie sagen sie, daß zwar die entsetzliche Verschwendung von Menschenleben zwischen 1914 und 1918 sehr richtig dargestellt werde, daß aber die Wahrheit darüber, wie all das begann und wie es unnötigerweise und bewußt über 1915 hinaus verlängert wurde, hundert Jahre verdeckt blieb und die Tatsache verheimlicht wurde, "daß Großbritannien, nicht Deutschland, für den Krieg verantwortlich war".

Zum Erweis dessen holen sie weit aus und führen den Leser vom Beginn der britischen Expansion in Südafrika im späten 19. Jahrhundert bis zum August 1914. Der Julikrise jenes Jahres ist ein knappes Drittel ihrer Studie gewidmet. Sie verweisen darauf, daß 1891 auf Betreiben des imperialistischen Vordenkers Cecil Rhodes eine geheime Vereinigung einflußreicher Persönlichkeiten in Großbritannien und den Vereinigten Staaten entstand, die einen engen Zusammenschluß der beiden Mächte und damit die angelsächsische Dominanz in der Welt anstrebte.

Die Mitglieder dieses Netzwerkes - von den Autoren "die geheime Elite" genannt - hatten entscheidenden Einfluß auf die britische Außenpolitik, zumal seit dem Amtsantritt von Edward Grey, einem führenden Mitglied des Kreises, als Außenminister Ende 1905.

Auch in Paris und Sankt Petersburg wirkten sie tatkräftig für ihre Zielsetzung. Den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches sahen sie mit großem Unbehagen. Sie wollten Deutschland möglichst schwächen, auch durch Anwendung von Gewalt. Dazu brauchten sie einen kontinentalen Partner und fanden ihn 1904 in Frankreich. 1907 kam Rußland hinzu. Schon in der ersten Marokkokrise 1905/1906 dachten die führenden Persönlichkeiten des Netzwerkes an Krieg gegen das Deutsche Reich, während Deutschland zur Verständigung bereit war und dafür die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten fand.

Es kam zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem französischen Generalstab, in die auch Belgien einbezogen wurde. Sie dauerte auch nach der Überwindung der Krise an. Während der zweiten Marokkokrise 1911 wollte die "geheime Elite" wiederum den Krieg. Der Leiter der Operationsabteilung im britischen Kriegsministerium reiste nach Paris und erarbeitete dort mit einem französischen General einen Feldzugsplan, dem zufolge ein britisches Expeditionskorps in Stärke von 150.000 Mann in Frankreich eingesetzt werden sollte. Darüber wurde am 23. August im Committee of Imperial Defence gesprochen.

Doppelspiel vor dem Unterhaus im Juli 1914

Als im November Informationen über diese Sitzung durchsickerten, gab es eine erregte Debatte im britischen Kabinett. Sie endete mit dem Beschluß, daß es keine Absprache des Generalstabs mit fremden Generalstäben geben dürfe. Daran hielt sich das Kriegsministerium in der Folge aber nicht, nur agierten die Männer des Netzwerkes fortan noch mehr im Verborgenen. Die beiden Autoren liefern viele Belege dafür, daß die "geheime Elite" auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeitete.

Die irische Frage bot eine Möglichkeit, die britische Öffentlichkeit für den Krieg zu gewinnen. Mit in Deutschland gekauften und heimlich nach Irland gebrachten Waffen rüstete die "geheime Elite" dort Katholiken und Protestanten gegeneinander auf. Bei Bedarf konnte man sagen, das sei das Werk der Deutschen gewesen.

In der Julikrise 1914 war Grey von Anfang an zur Teilnahme Großbritanniens am großen Krieg entschlossen, konnte das aber selbstverständlich nicht offen sagen. Er tat so, als suche er Lösungsmöglichkeiten. Dem deutschen Botschafter sagte er wahrheitswidrig, Großbritannien sei keinerlei Verpflichtungen für den Fall eines europäischen Krieges eingegangen, in Sankt Petersburg dagegen ließ er sein völliges Einverständnis mit dem russischen Vorgehen

aussprechen und mahnte nicht zur Zurückhaltung. Seinen Kabinettskollegen und den Abgeordneten des Unterhauses verschwieg er seine wahren Absichten.

Am 3. August erklärte er im Unterhaus, er und das Foreign Office hätten alles zur Erhaltung des Friedens getan, und unterstrich die Bedeutung der belgischen Neutralität. Sehr viel ausführlicher äußerte er sich sodann zur irischen Frage. Eine Aussprache über seine Rede ließ er abwürgen, zu einer Abstimmung kam es nicht - er wußte, daß zahlreiche Abgeordnete anders dachten als er. Docherty und MacGregor nennen sein Verhalten in der Krise doppelzünftig und undemokratisch. Reichskanzler Bethmann Hollweg bescheinigen sie, der einzige europäische Spitzenpolitiker gewesen zu sein, der den Krieg zu verhindern versuchte.

Den Einfluß der "geheimen Elite" auf die Politik Rußlands und Frankreichs veranschlagen die beiden Autoren zu hoch. Die von Sankt Petersburg getriebene Balkanpolitik, die den Krieg auslöste, war ein ganz eigenständiges russisches Konzept, und für die Frontstellung vieler französischer Spitzenpolitiker gegenüber Deutschland bedurfte es ebensowenig einer Ermunterung aus London. Der Wert der sehr aufschlußreichen Studie von Docherty und MacGregor liegt in dem Nachweis, daß der Anteil Großbritanniens am Ausbruch des Ersten Weltkriegs sehr viel größer war, als gemeinhin angenommen wird. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein Verlag fände, der das Werk in deutscher Sprache vorlegte.

Prof. Dr. Hans Fenske lehrte Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Im Herbst 2013 erschien im Münchner Olzog Verlag sein Buch "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919".

Gerry Docherty, Jim MacGregor: Hidden History. The Secret Origins of the First World War. Mainstream Publishing Company, Edinburgh 2013 ...<<

22.04.2014

BRD: Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 22. April 2014 (x1.004):

>>Die Auferstehung Christi und die moderne Naturwissenschaft

Von Inge M. Thürkauf

Auf den ersten Blick scheint die Gegenüberstellung von Auferstehung Christi und Naturwissenschaft provokant.

Wie soll ein Ereignis, das im Bereich der Transzendenz seine Erklärung findet, mit einer dem rein Irdischen zugewandten Wissenschaft in Verbindung zu bringen sein?

Und doch hat nichts den Glauben an die Realität der Auferstehung Christi so zerrüttet wie die



zeitgenössische Erforschung der Natur.

Durch die Macht und die Erfolge der Technik in den letzten hundert Jahren erlangte die mo-

derne, sich als wertfrei verstehende Naturwissenschaft eine hohe Autorität.

Für nicht wenige ist sie eine Ersatzreligion geworden. Sie hat es zustande gebracht, daß ein wahrer Kahlschlag an Glaubenswahrheiten stattgefunden hat. Der Glaube an Gott wurde vom Glauben an die Wissenschaft verdrängt.

Dabei wird vergessen, daß nicht an die Wissenschaft, sondern in der Wissenschaft geglaubt werden soll, und zwar an den, der die Wissenschaft durch seine Geschöpfe überhaupt ermöglicht - an Gott.

Der Glaube der Kirche an Jesu Auferstehung

Zentraler Inhalt der christlichen Lehre ist der Glaube an die wirkliche und leibhaftige Auferstehung des gekreuzigten Jesus. Aber gerade dieses "Heiligtum unseres Glaubens" wird nicht nur entweiht, sondern in der modernen Exegese sogar geleugnet, ungeachtet des Bekenntnisses ungezählter Heiligen, die sich ausnahmslos zum Ostergeheimnis bekannt haben.

Der hl. Augustinus nennt die Ostervigil die "Mutter aller Vigilien" und spricht von der zweifachen Auferstehung, die wir in der Osternacht feiern: die Auferstehung Christi, des Hauptes der Kirche, und die geistige Auferstehung der Glieder seines Leibes, der Gläubigen, in der Taufe oder in der Erneuerung der Taufe in der Osternacht. In der ganzen Liturgie der Osterfeier offenbart die Kirche die überschwengliche Liebe Gottes, der nicht gezögert hat, seinen eigenen Sohn zum Tod am Kreuze hinzugeben, um sein ungetreues Geschöpf zu erlösen.

Der hl. Paulus hat vor den Angriffen auf den Glauben gewarnt. In seinem ersten Brief an die Korinther weist er auf die Konsequenzen der Leugnung der Auferstehung hin, wenn er sagt: *"Wenn aber Christus nicht auferstanden ist, so ist euer Glaube eitel; denn ihr seid dann noch in euren Sünden"* (15, 17), mit anderen Worten: das ganze Evangelium wäre somit unwahr.



Nun hat aber Jesus selbst seine Auferstehung als Zeichen und Siegel seiner messianischen und göttlichen Würde verstanden (*Johannes 2, 18 ff., Matthäus 12, 38*). Wäre also seine Auferstehung eine reine Legende, so würde er schon längst als falscher Prophet entlarvt worden sein. Auch der hl. Chrysostomus mahnt:

"Ist Christus nicht auferstanden, so ist er nicht der wahre Messias, da dieser nach der heiligen Schrift auferstehen mußte. Ist er nicht der wahre Messias, so ist er nicht derjenige, welcher der heiligen Schrift gemäß für unsere Sünden genugtuend mußte, also sind uns die Sünden noch nicht nachgelassen."

Das würde bedeuten, daß alle, welche glauben in Christus erlöst zu sein, sich irren. Sie sterben in Sünden und sind daher verloren (*1. Korinther 15, 18*). *"Das Verdienst des Christen besteht eben nicht darin, zu glauben, daß Christus gestorben ist, sondern zu glauben, daß er von den Toten auferstanden ist."*

Der Unglaube der Mündigen

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNC Emnid für das Nachrichtenmaga-

zin FOCUS im April 2011 glauben 62 % der Deutschen nicht mehr an die Ostergeschichte, in Frankreich (nach einer Umfrage von PELERIN) einer von zehn, dafür haben sich 7 % für die Reinkarnation entschieden. Dieses Ergebnis würde letztlich bedeuten, daß sich ein großer Teil - was Europa betrifft - von Jesus abgewandt hat.

Ein Blick auf "Das Jahrhundert ohne Gott" (Alfred Müller-Armack), das mit dekadent oder verraten nur oberflächlich beschrieben werden kann, zeigt sich hier eine gefährliche Richtung in die selbst gewählte Verlorenheit, vor der Paulus gewarnt hat.

Geschichtliche Bestätigung des Todes Christi ...

Jesu Tod am Kreuz unter Pontius Pilatus in Judäa ist durch nichtchristliche historische Aufzeichnungen schon früh beglaubigt worden. Zunächst von Flavius Josephus (37-00), Cornelius Tacitus (58-120), Lukian von Samosata (120-180), Maimonides (1135-1204), aber auch vom jüdischen Sanhedrin (der Hohe Rat in Jerusalem, die oberste jüdische, religiöse und politische Instanz und gleichzeitig das oberste Gericht).

...und seine Auferstehung - Hypothese?

Hingegen wird der "freudvollste Tag der Weltgeschichte", die Auferstehung des Herrn, sein einmaliger Sieg über Sünde und Tod von Anfang an in Zweifel gezogen. Aber, wie P. Gabriel in seinem Betrachtungsbuch "Geheimnis der Gottesfreundschaft" schreibt, erfahren "nur die ehrlichen und geraden Seelen, die mit Liebe die Wahrheit suchen und, mehr noch, die Wahrheit tun", die Freude der Auferstehung in ihrer ganzen Fülle. Allein der Unglaube jener, die von der Wahrheit abgeirrt sind, kann sich mit absurden Hypothesen gegen das Wunder der Auferstehung auflehnen.

Angefangen bei der sogenannten Betrugshypothese. Sie steht schon im Evangelium, und gibt vor, die Jünger hätten den Leichnam Jesu gestohlen, während die Wachen schliefen, um dann behaupten zu können, Christus sei auferstanden. "O unglückselige Arglist", ruft Augustinus empört, "schlafende Zeugen rufst du an? Wahrlich, du selbst bist in Schlaf versunken."

Dann die Verwechslungshypothese, die Scheintodhypothese, die Beseitigungshypothese, wo nicht die Apostel den Leichnam Jesu fortgeschafft haben sollen, sondern irgend jemand anders.

Einen anerkannten Rang nimmt der Erklärungsversuch einer Evolutionshypothese ein, die annimmt, "der Auferstehungsglaube sei eine 'Verdichtung' von damals gängigen religiösen Ideen und Erwartungen."

Nicht die Auferstehung Jesu sei ein geschichtliches Ereignis, geschichtlich sei nur der Glaube an die Auferstehung, also die Überzeugung ohne jegliche Ursache sei geschichtlich. Es wird auf die alttestamentlichen Verheißungen und Erwartungen verwiesen, "*auf die hellenistischen Mythen und Mysterien von den sterbenden und wiederauferstehenden Göttern sowie auf die spätjüdische Apokalyptik mit ihren Auferstehungs- und Entrückungsvorstellungen.*"

Am hartnäckigsten hält sich die subjektive Visions- oder Halluzinationshypothese, eine moderne, psychologisch aufbereitete Version, die aus der liberal-protestantischen Theologie hervorgegangen ist und seit Mitte des 20. Jahrhunderts immer stärker auch die katholische Theologie durchdrungen hat, wonach die durch Christi Tod tief betrüben Jünger so verwirrt wurden, daß sie durch die Sinnestäuschungen ihrer überreizten Phantasie glaubten, Christus tatsächlich gesehen zu haben.

Diese Annahme ist allein schon deshalb völlig irrig, weil die Jünger der Auferstehung Christi den größten Widerstand entgegengebracht haben. Die beiden Emmausjünger hatten ihre Zukunft auf ein anderes Ziel gesetzt. Sie hofften, daß "*Christus Israel erlösen werde*" (Lukas 24, 21).

Doch als sie dies auf ihrem Weg zurück nach Emmaus erwogen, hatte die Erlösung bereits stattgefunden. Im Grunde hatten sie die Erlösung gar nicht realisiert, weil sie das Ereignis um Jesus nur auf das Irdische bezogen. So wanderten sie wieder nach Hause, und die andern Jün-

ger kehrten zu ihrem Beruf zurück. Auch die frommen Frauen dachten nicht an die Auferstehung, als sie hingingen, den Leichnam Jesu zu salben, um ihn vor der Verwesung zu schützen. Das Faktum der Auferstehung ihres HERRN zeigte sich später im Verhalten der Jünger, nachdem ihnen Jesus erschienen war.

Denn dieselben Männer, die flohen und am Glauben an den mächtigen Wundertäter Jesus zu zweifeln begannen, als sie erfuhren, wie qualvoll ihr Meister unter dem Gelächter der Menge am Kreuz verstarb, sie gründeten später die Kirche, wirkten die gleichen Wunderheilungen wie Jesus und waren stolz darauf, für ihn leiden und sterben zu dürfen, und zwar einzig aus der Gewißheit, daß auch sie wie ER einst auferstehen werden.

Diese Zuversicht hat sie geistig unbesiegbar gemacht. Grundlage für das Zeugnis von der Auferstehung Jesu ist daher nicht der Glaube daran, sondern die Tatsache seiner Auferstehung.

Thomas - der Naturwissenschaftler

Sowohl die Evangelien als auch die Apostelgeschichte berichten von der Begegnung Jesu mit seinen Jüngern, von seinen Unterweisungen an sie - und zwar nach seinem Tod am Kreuz. Besonders eindrücklich schildert das Johannesevangelium am Beispiel des Apostels Thomas die Bekehrung zum Glauben an die Auferstehung des Herrn. Bei der Erscheinung Jesu im Jüngerkreis am Abend des Auferstehungstages fehlte er. Gegenüber den begeisterten Berichten über das Wiedersehen mit ihrem Meister verhielt er sich ablehnend.

Er wolle zuerst mit seinen Händen forschen und das Mal der Nägel sehen und die Hand in Jesu Seite legen, bevor er sich auf "das Wagnis des Glaubens einlassen" könne.

So gesehen, war der hl. Thomas der Naturwissenschaftler unter den Aposteln, der nur glaubte, was er "sehen" und "begreifen" konnte. Doch Thomas, nachdem er den Herrn gesehen hatte, sank auf die Knie mit den Worten: "*Mein Herr und mein Gott*" (Johannes 20, 28) und bekannte damit, daß Jesus Christus wahrer Mensch und wahrer Gott ist.

Thomas hat den Namen Gottes geheiligt, als Vorbild für die Wissenschaftler, die mit ihrer Forschung den Namen des Vaters nicht vergessen, sondern heiligen sollen. Statt dessen fordern sie Erklärungen, die es jedoch für den Glauben nicht geben kann.

Erkenntnistheoretisch ist die Auferstehung des Herrn mit den Wahrnehmungen jener verbunden, denen der Herr erschienen ist. Daher gibt es nur eines: entweder ist der Herr mir selber erschienen, oder ich glaube jenen, denen er erschienen ist. Tertium non datur - ein Drittes gibt es nicht. Dasselbe gilt für die Wundertaten Christi: entweder war ich selber dabei als Jesus die Wunder wirkte, oder ich glaube jenen, die dabeigewesen sind.

Die Widerfahrungen der modernen Theologen

Trotz der von den Evangelien und der 2.000jährigen Lehre der Kirche verkündeten Auferstehung Christi behauptet nach wie vor eine liberal-rationalistische Theologie, diese habe sich lediglich im Glaubenserlebnis der Jünger manifestiert, sie könne nicht als ein historisches Ereignis betrachtet werden. "*Historisch läßt sich nur feststellen, ... daß Menschen nach dem Tode Jesu ein ihnen geschehenes Widerfahrnis behaupteten, das sie als Sehen Jesu bezeichnen.*"

Und dieses "Sehen" führte dann zur Schlußfolgerung, Jesus sei auferstanden. Die Jünger hätten in ihrem Innern die Gewißheit erfahren, daß die "Sache Jesu" weitergehe, d.h. daß der Meister ihnen nahe sei und in einer geistigen Weise unter ihnen weiterlebe.

Ostern ist daher für die zeitgenössische Theologie nicht mehr das Zentraldatum des christlichen Glaubens, schon gar kein grundsätzlicher Neuanfang, sondern nur die Voraussetzung, daß die "Sache Jesu" weitergeht.

Vordenker dieser Ideologie ist der evangelische Theologe Rudolf Bultmann, bekannt durch seine historisch-kritische Methode als Programm für die Entmythologisierung der Evangelien. Seine zentrale These lautet: "*Man kann "nicht elektrisches Licht und Radioapparate benutzen,*

in Krankheitsfällen modern medizinische und klinische Mittel in Anspruch nehmen und gleichzeitig an die Geister- und Wunderwelt des Neuen Testaments glauben", weil "mit dem modernen Denken (d.h. mit der Denkweise der zeitgenössischen Naturwissenschaft) die Kritik am neutestamentlichen Weltbild gegeben" sei.

Ebenso würde sich *"durch die Kenntnis der Kräfte und Gesetze der Natur der Geister- und Dämonenglaube"* erledigen. Der Auferstehungsglaube ist daher für Bultmann "nichts anderes" als der Glaube an das Kreuz als Heilsereignis, d.h. an das schatologische Geschehen des Kreuzes.

In der Formulierung von der "Auferstehung" hätte das "Sehen" der Jünger seinen Niederschlag gefunden und schließlich auch seine Dogmatisierung durch das kirchliche Lehramt. Das Dogma entspreche somit nicht einer historischen Tatsache, es sei lediglich ein Bild, ein Symbol für einen geistigen Vorgang, ein "Interpretament des Sehens", das sich in der Seele der Jünger abgespielt haben soll. Ein solches Interpretament könne man aber nicht verobjektivieren oder historisieren, es sei eine bloße Reflexionsaussage.

Was soll man als suchender oder im Glauben wankender Mensch mit solchen "Interpretamenten" anfangen, die im Vergleich zu den Texten der Liturgie, jener der Evangelien und der Schriften der Heiligen von einer erschütternden Dürftigkeit sind. Da wirft man doch am besten den ganzen Glauben über Bord. Ungezählte haben dies in den letzten Jahrzehnten getan. Wie schon erwähnt, weiß ein Großteil der Westeuropäer mit Ostern nichts mehr anzufangen.

Sind Wunder lediglich literarische Fiktionen?

Nicht nur die Auferstehung Christi, auch seine Wundertaten werden angezweifelt, wenn nicht gar geleugnet. Wissenschaftsgläubige Theologen lehnen die Wunder ab, da sie meinen, eine Durchbrechung der Naturgesetze sei nicht möglich.

So gerieten sie unter das Seziermesser einer aufgeklärten Theologie, die vor allem die Naturwunder zu bloßen literarischen Fiktionen reduziert hat.

In all diesen Fällen beruft man sich auf die Geisteshaltung der modernen Naturwissenschaft, weil der *"neuzeitliche Wandel in der Erfahrung von Welt und Geschichte bezüglich der Wunder Jesu zu einer doppelten Problematik führt: zu einer historischen und zu einer naturwissenschaftlichen. Die historische Skepsis gegenüber den Wunderberichten verlangt deren sorgfältige Prüfung, das naturwissenschaftliche Denken fordert eine grundlegende Neubesinnung auf den Wunderbegriff überhaupt."*

Zweifellos ist dem modernen Menschen das mythische Weltbild abhandengekommen. Mit Hilfe der historisch-kritischen Methode wird versucht, der Theologie eine Sicherheit aufzuzwingen, die nur die exakten Naturwissenschaften erbringen können.

Die Antwort des Naturwissenschaftlers Bruno Vollmert auf die Wissenschaftsgläubigkeit modernistischer Theologen ist eindeutig: *"Offenbarte Wahrheit und Wunder sind dem Experiment nicht zugänglich, und experimentell prüfbar Zustandsänderungen sind nicht Gegenstand des Glaubens."*

Die Wahrheit kann nicht veralten, so Max Thürkauf, und die Kirche ist der Wahrheit verpflichtet und darf sich nicht von einer Wissenschaft bedrängen lassen, *"die ihren schnellen Fortschritt in der schnellen Veralterung ihrer Richtigkeiten sieht. Wissenschaftliche Theorien können mitsamt ihren Richtigkeiten veralten. ... Die Wahrheit der Botschaft Christi ist zeitlos. Die Aufgabe der Theologen kann es nicht sein, das Christentum dem Zeitgeist anzupassen ... Vielmehr besteht (ihre Aufgabe) darin, die Evangelien in der Sprache von heute zu verkünden, ... (d.h.) die Evangelien sollen in der Sprache, aber nicht im Geist von heute interpretiert werden."*

Deutliche Worte kommen auch von Seiten des bekannten Philosophen Dietrich von Hildebrand. Er spricht von einer "Fetischisierung" der Wissenschaft im Hinblick auf das Bestreben, aus der Wissenschaft eine Religion zu machen.

Sämtliche Bereiche des menschlichen Lebens sollen vom Standpunkt der Wissenschaft aus betrachtet werden. Es geht nicht mehr um die Wahrheit, sondern nur um das naturwissenschaftlich Beweisbare. Die Wissenschaft würde eine Art Götze, dem ohne Zögern alles übrige geopfert werde. *"Es geht um eine Vergötterung der Naturwissenschaft und ihre Methoden ... Nicht Wahrheit, sondern Wissenschaft ist das Idol."*

Die vergangenen Jahrhunderte haben uns gelehrt, daß sich die Wissenschaft ständig weiter entwickelt, sie kann uns daher von Natur aus niemals absolut sichere Erkenntnisse verbürgen, sondern nur wahrscheinliche, weil einmal gewonnene Ergebnisse durch neue ersetzt werden. Für Kant hat die Physik Newtons noch als das Beispiel für Gewißheit bedeutet. Jedoch haben Newtons Theorien anderen Platz gemacht. *"Die Frage, ob Wunder geschehen, ist eine Sache des gesunden Verstandes und der ganz normalen historischen Phantasie, nicht aber des abschließenden physikalischen Experiments. Die alberne Pedanterie, bei Berichten von übersinnlichen Erscheinungen auf 'wissenschaftliche Rahmenbedingungen' zu dringen, können wir uns getrost sparen."*

Das Hauptkenntniswerkzeug der modernen Naturwissenschaft

Etwas muß den Argumenten Bultmanns und seinen Epigonen zugestanden werden: sie scheinen die Diskrepanz zwischen der naturwissenschaftlichen Wirklichkeit und jener der Evangelien erahnt zu haben.

Doch setzten sie das Messer an der falschen Stelle an. Sie wollten die Evangelien beschneiden, sie hätten sich die Methoden der modernen Naturwissenschaft näher betrachten sollen. Diese können lediglich über die Meß- oder Machbarkeit der Dinge eine Aussage machen. Die Transzendenz, der metaphysische Gehalt oder gar die Heilsbotschaft der Evangelien ist einer solchen Wissenschaft verschlossen.

1) Die mechanistisch-deterministische Betrachtungsweise:

Die Ausführung lautet: Naturforscher, denke dir die Welt als einen Mechanismus. ... Diese Denkungsart ist für manche Bereiche der Welt mit mehr oder weniger Erfolg anwendbar. Ihre Anwendbarkeit wird jedoch dort problematisch, wo das Leben auftritt.

Und zwar ist die mechanistische Denkweise um so weniger anwendbar, je höher das Leben entwickelt ist. Wohl sind sogar beim Menschen Phänomene mechanistischer Art feststellbar, jedoch machen sie im Vergleich zur ganzen Wesenheit des Menschen einen verschwindend kleinen Teil aus.

2) Das systematisch-reproduzierbare Experiment:

Mit anderen Worten: Naturforscher, nimm deine von deinem Geist gelenkten Hände und bringe den gedachten Mechanismus im Laboratorium hervor ... Nur was auf solche Weise hervorgebracht werden kann, hat den Rang des in der modernen Naturwissenschaft Bewiesenen. Alles andere ist Hypothese oder bloße Spekulation. Das Experiment ist also ein zweiseitiges Schwert; es ist sowohl Erkenntniswerkzeug als auch Erkenntnisgrenze.

Systematisch-reproduzierbar bedeutet, daß das Experiment unabhängig von der Person des Experimentators in jedem entsprechend ausgerüsteten Laboratorium beliebig viele Male durchführbar sein muß. Das Hauptkenntniswerkzeug der modernen Naturwissenschaft verlangt einerseits den Ausschluß jeder menschlichen Individualität und steht andererseits unter dem Sachzwang des reproduzierbaren Hervorbringenskönnens.

3) Das differentiell-kausale Prinzip:

Die Ausführung lautet: Naturforscher, wende die Mathematik als Werkzeug an (speziell die Differential- und Integralrechnung) und berechne sowohl den gedachten als auch den im Laboratorium hervorgebrachten, den gemachten Mechanismus. Bei dieser dritten Methode erweist es sich, daß ihre Wirksamkeit dort endet, wo das Leben beginnt. Je höher ein Lebewesen entwickelt ist, um so geringer ist der Anteil des Berechenbaren. Das Unberechenbarste, das es gibt, ist der Mensch.

Dies ist die Methodentrilogie der modernen Naturwissenschaft, und wie die Erfolge der Technik zeigen, ist es möglich, mit diesen Methoden wirksame, und vor allem zweckmäßige Naturforschung zu betreiben.

Doch diese Naturforschung beschränkt sich nur auf Kopf und Hand, auf Denken und Experimentieren, was jedoch keinesfalls der Daseinstatsächlichkeit des Menschen entspricht, der eine Ganzheit von Kopf, Herz und Hand, von Denken, Fühlen und Handeln, von Geist, Seele und Körper ist.

Die Götter der Wissenschaft

Wie sehr die Welt den Machern der Technik huldigt und weniger den Denkern in der Wissenschaft, ist am Beispiel des Amerikaners Thomas Alva Edison zu erkennen.

"Edison ist als Erfindergenie wie ein Gott verehrt worden, weil die staunenden Massen sich nicht vorstellen konnten, daß ein Mensch solche Maschinen machen kann: die Wunder der Technik. Die Verehrung galt der Person, die Unbegreifliches hervorbringen konnte; man nannte ihn den 'Zauberer von Menlo Park'.

Der Schöpfer der Welt, der als Mensch gewordener Gott sich das Leben, das die Menschen ihm genommen hatten, wieder gegeben hat - wie müßten wir ihn verehren, wenn wir ihn als das erkennen würden, was er ist: Gott, der Schöpfer der Welt, die auch für den intelligentesten Wissenschaftler - falls er ein Realist ist - unermesslich unbegreiflicher ist als alle Technik. Er ist die Person, die alle Personen erschaffen hat, schafft und schaffen wird, auch Edison und alle Wissenschaftler und Techniker. Wie müßten wir diese Person verehren! Tun wir das? Würden wir ihm wenigstens die Ehre geben, die wir einem berühmten Menschen geben."

"Wunder sind Tatsachen"

Am Beispiel der spontanen Heilung des Benediktinerbruders Leo Schwager aus dem Benediktiner Kloster Uznach in der Schweiz, der am 30. April 1952 in Lourdes in Gegenwart einer großen Menschenmenge von einer Sekunde zur andern von "Multipler Sklerose im Endstadium" geheilt wurde, soll gezeigt werden, daß es zweifellos spektakuläre Wunder gibt.

Nach Augenzeugenberichten wurde der schwer Gelähmte, der kaum einer Bewegung fähig war, beim eucharistischen Segen durch den Erzbischof von Lyon, Kardinal Gerlier, sozusagen aus dem Krankenwagen geschleudert. Der Kardinal war so erschrocken, daß er beinahe die Monstranz fallen ließ. Denn da lag der junge Benediktiner wie vom Blitz getroffen vor ihm und war vollkommen gesund.

Wie die Heilung genau zustande kam, hat niemand gesehen, es konnte nur die Tatsache konstatiert werden: Bruder Leo ist gesund und geht an der Seite des Schweizer Pilgerarztes, Dr. med. Jeger von Chur, frei und ohne Beschwerden zurück in seine Unterkunft.

Um einen naturwissenschaftlichen Beweis dieser Heilung von Bruder Leo erbringen zu können, hätte der ganze Vorgang wiederholt werden müssen, und zwar als systematisch reproduzierbares Experiment (siehe oben). Bruder Leo, ein zweites Mal todkrank auf seinem Pritschenwagen, wäre nach dem Segen des Erzbischofs mit dem Allerheiligsten in der Monstranz gesund vor ihm gelegen. Um als wissenschaftlicher Beweis zu gelten, müßte dieser Vorgang beliebig mal wiederholt werden.

Und dennoch bliebe den Wissenschaftsgläubigen die Frage nach dem Wie der Heilung ungeklärt, denn daß es nicht der Herr im Heiligsten Sakrament gewesen sein kann, steht für sie fest. So bleibt auch hier nur - wie so oft - als letzte Erklärung nicht der Einbruch einer andern Welt in unsere Vergänglichkeit, sondern der "Gott" Zufall.

Trotz offensichtlicher wunderbarer Ereignisse finden nicht einmal die Veröffentlichungen über Wunderberichte, die im Laufe der Kirchengeschichte bekannt wurden, Gnade bei den sich auf die historisch-kritische Methode berufenden Theologen.

"Man ist offensichtlich nicht einmal in der Lage, Wunder, die heute geschehen, zur Kenntnis zu nehmen, selbst wenn sie glaubhaft bezeugt und medizinisch nachgewiesen sind", klagt die

evangelische Theologin Eta Linnemann.

Die Aussagen Bultmanns und seiner Epigonen sind nicht neu. Seitdem die neuzeitliche Naturwissenschaft ihren Siegeszug angetreten hat, finden natürliche Erklärungsgründe Zugang in die Theologie.

Pfarrer Richard Kocher geht in seiner Dissertationsschrift "Herausgeforderter Vorsehungsglaube" diesen Fragen nach.

Er zitiert aus Darwins Autobiographie, wo dieser berichtet, wie er dazu kam, nicht mehr an das Christentum als eine göttliche Offenbarung zu glauben; dabei äußerte er sich auch zu den Wundern, die ihm umso unglaublicher wurden, *"je mehr wir von den feststehenden Naturgesetzen kennenlernen."*

Viele Ereignisse, die in früheren Zeiten als Wunder betrachtet wurden, würden sich heute ganz natürlich erklären lassen. Eines Tages, so Darwin, werde es möglich sein, alle Wunder auf naturwissenschaftlicher Basis zu erklären; alles wäre somit nur eine Frage der Zeit."

Pfarrer Kocher kommentiert: *"Was der Mensch früher von der Huld einer Gottheit erwartete oder von einem Wunder, ist im heutigen wissenschaftlich-technischen Zeitalter 'machbar' geworden."*

Als weiteres Beispiel nennt er den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Für ihn sind die technischen Errungenschaften ebenfalls Maßstab in der Beurteilung der Evangelien. Im ersten Band seines Werkes "Tragweite der Wissenschaft" meint von Weizsäcker:

"Die äußerlich sichtbarsten Wunder, von denen religiöser Glaube berichtet hat, waren die Speisung der Hungrigen, die Heilung der Kranken und die Zerstörung menschlichen Lebens durch unbegreifliche Macht; die technisierte Landwirtschaft und das Transportwesen, die moderne Medizin und Kriegstechnik tun genau solche Wunder."

Das ist reine Wissenschaftsgläubigkeit oder wie mein Mann an einer Stelle sagte: Wissenschaftsaberglauben.

Vom gesunden Menschenverstand aus gesehen ist es natürlich unhaltbar anzunehmen, daß Wunder irgend etwas mit elektrischem Licht oder mit Naturwissenschaft zu tun haben könnten.

Die Naturwissenschaft kann (siehe oben) mit ihren Methoden Wunder weder beweisen noch widerlegen, da ihr Erfahrungsbegriff ein anderer ist als jener der Theologie, die offen ist für die Wundertaten Gottes. Die Theologie rechnet sogar mit dieser Möglichkeit - oft gegen alle Hoffnung.

Worauf also beruhen dann die Wunder?

Die Antwort ist so schlicht, daß sie den wissenschaftsgläubigen Theologen kaum zugemutet werden kann: denn die Wunder beruhen darauf, daß Gott die Welt aus dem Nichts erschaffen hat, und daher muß er die Welt - wie Walter Hoeres dies mit der ihm eigenen Anschaulichkeit in einem Vortrag geschildert hat - so lange über dem Nichts halten, wie sie existiert.

Er muß also im Innersten mit den Geschöpfen mitwirken. Darauf beruht nun die Möglichkeit, daß er jederzeit, wenn er es für angemessen hält, irdische Erscheinungen aufhalten kann. Damit ein Wunder geschehen kann, muß Gott mitwirken. Auch hier gilt: *"Ohne mich könnt ihr nichts tun"* (Johannes 15, 5).

Auf der Logik des Schöpfungsgedankens also beruht die Möglichkeit der Wunder. *"Diese Weisheit ist in der modernen Theologie verloren gegangen, der 2.000jährigen Tradition der Kirche ist dies aber bekannt."*

Begriffliche Zweideutigkeiten in der Theologie

Dieser Kirche ist auch bekannt, daß begriffliche Zweideutigkeiten notgedrungen zu Verunsicherung im Glauben führen. Nun aber wird in der neuen Theologie mit Vorliebe nicht von der Auferstehung Christi, sondern von der Auferweckung gesprochen.

Das ist in sich nicht falsch. Von Auferweckung kann man sprechen, wenn dieser Begriff in

Zusammenhang mit Gott-Vater genannt wird: *"Gott hat ihn von den Toten auferweckt ..."*, wie der heilige Paulus in seinem Römerbrief schreibt (10, 9).

Jesus ist wahrer Mensch und wahrer Gott. Als wahrer Mensch wurde er von Gott-Vater von den Toten auferweckt. Als wahrer Gott hingegen ist Jesus als Sieger über den Tod von den Toten - und zwar "aus eigener Kraft" - auferstanden. In diesem Sinne hat er auch seine Jünger über das, was an ihm geschehen wird, unterrichtet, daß er, nachdem er getötet worden sei, am dritten Tag wieder auferstehen werde (Markus 9, 30). Und dies *secundum carnem*, nach dem Fleische, also in seiner Leibhaftigkeit.

Trotzdem werden Stellen, die in der Vulgata eindeutig von Auferstehung sprechen (*Si autem Christus non resurrexit - Wenn aber Christus nicht auferstanden ist*, 1 Korinther 15, 14) beim katholischen Theologen und heutigen Kardinal Walter Kasper mit Auferweckung übersetzt (*"Ist aber Christus nicht auferweckt worden ..."*).

Der folgende Vers 15 zeigt klar, daß die Vulgata ein eigenes Wort für Erweckung gebraucht: "... weil wir wider Gott bezeugt haben, daß er (nämlich Gott-Vater) Christus auferweckt habe ...").

Auch die bekannte und wohl älteste Osterakklamation *"surrexit Dominus vere - Der HERR ist wahrhaft auferstanden"* (Lukas 24, 34) erfährt eine irreführende Übersetzung, wenn wir lesen: *"Wahrhaft ist auferweckt der Herr"*.

Warum diese Vermischung der Begriffe? Soll vielleicht damit impliziert werden, daß Jesus doch nicht wahrer Gott ist, die zweite Person der Allerheiligsten Dreifaltigkeit, sondern nur "der Mann von Nazareth", der Revolutionär, der Prophet, dem man demnach auch keine Anbetung schuldet?

Das faktische Erliegen der eucharistischen Anbetung könnte diesen Schluß zulassen. Tatsache ist jedenfalls, daß diese Vermischung der Begriffe zu einer Verunsicherung im Glauben geführt hat und immer noch führt, wenn nicht gar zum Glaubensverlust.

Was der Begriff des Glaubens anbelangt, so hat er auch bei Walter Kasper eine Neuinterpretation erfahren.

Für ihn bedeutet der Glaube *"nicht ein Fürwahrhalten von wunderbaren Tatsachen und von autoritativ vorgelegten Glaubenssätzen; er steht und fällt vielmehr damit, daß einer bereit ist, sich auf Gott als dem Grund und Ziel seiner Existenz einzulassen."*

In seinem Buch "Einführung in den Glauben" spricht er davon, daß Dogmen *"durchaus einseitig, oberflächlich, rechthaberisch, dumm und voreilig sein"* können. Es gehe bei den Dogmen *"nicht um unfehlbare Sätze, sondern um eine unfehlbare 'Sache'."*

Die Botschaft Jesu ist keine "Sache", sie ist ein unfaßbares Heilsgeschehen - ein Mysterium. Und die Dogmen führen uns in dieses Mysterium ein. Sie sind von bleibender Gültigkeit, weil der entscheidende Inhalt nicht von zeitgeistigen Theologen erfunden, sondern vom Heiligen Geist verbürgte Wahrheit ist, unabhängig von jeder historischen Situation.

Aber weil der Glaube, die Dogmen, naturwissenschaftlich nie bewiesen werden können, sind sie für die modernistischen Theologen auch nicht verbindlich.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Zeugnis des heiligen Paulus. Bei ihm lesen wir im Hebräerbrief, daß der Glaube nicht eine vage Meinung ist aufgrund einer persönlichen Erfahrung, sondern *"eine Zuversicht dessen, was man hofft, eine feste Überzeugung von dem, was man nicht sieht"* (11, 1).

Er ist die Unterordnung von Verstand und Wille, und zwar wegen der Autorität des offenbarenden Gottes selbst, der weder sich täuschen noch täuschen kann. Daher kann man nicht von einer Evolution des Glaubens sprechen. Jesus selbst hat uns über diesen Punkt genau unterrichtet. Bei Johannes lesen wir (16, 13): *"Wenn jener aber kommt der Geist der Wahrheit, wird er euch in die ganze Wahrheit einführen."*

Der Kirchenvater Irenäus von Lyon (130-200), Schüler von Polykarp, und vom hl. Johannes

zum Bischof von Smyrna bestellt, bestätigt dies, wenn er schreibt:

"Denn nachdem unser Herr von den Toten auferstanden war und sie (die Apostel) durch das Kommen des Heiligen Geistes mit Kraft von oben ausgerüstet wurden, da wurden sie mit Gewißheit über alles erfüllt und erhielten vollkommene Erkenntnis."

Es ist Doktrin der Kirche, daß der Heilige Geist die Apostel in die ganze Heilswahrheit eingewiesen hat. Ein dynamisch-evolutionistisches Verständnis der Hinführung zur Wahrheit, das sich über Jahrtausende hingezogen hätte und bis heute noch weitergeführt würde, ist undenkbar, auch wenn diese These von wissenschaftsgläubigen Theologen noch so vehement vertreten wird.

Eine klare Stellungnahme darüber erhalten wir vom 1. Vatikanischen Konzil, das erklärt: *"Wer sagt, es könne geschehen, daß den von der Kirche vorgelegten Lehrsätzen einmal entsprechend dem Fortschritt der Wissenschaft ein anderer Sinn zuzuschreiben sei als der, den die Kirche gemeint hat und meint: der sei mit dem Anathema belegt."*

Das bedeutet, daß die Kontinuität in der Entwicklung der Glaubenssätze gewahrt werden muß, damit zwischen früheren und späteren Lehren kein Bruch entsteht. Vor einigen Jahren zum Kurienkardinal ernannt, schreibt Walter Kasper hingegen in seinem schon erwähnten Buch "Einführung in den Glauben":

"Dogmen unterliegen der Geschichtlichkeit alles menschlichen Sprechens und sind konkret wahr nur in Bezug auf den ihnen entsprechenden Kontext. Sie müssen deshalb immer wieder neu ausgelegt und in neue Situationen hinein übersetzt werden."

Es ist nicht bekannt, daß diese Früchte der Wissenschaftsgläubigkeit zurückgenommen worden wären.

Vielsagende Zeugnisse

Hören wir dagegen einen anderen Kardinal, der seinen Äußerungen zufolge, eine tiefe Ahnung von den Zusammenhängen von Wissenschaft und Glaube gehabt haben muß. Es ist dies der Münchner Kardinal Faulhaber. In einem Gespräch mit Albert Einstein sagte dieser zu ihm: *"Eminenz, ich achte die Religion, aber glauben tu' ich an die Mathematik. Bei Ihnen wird es wohl genau umgekehrt sein, wie?"*



Foto: Dr. Bernd Pelz

Nein, soll Kardinal Faulhaber geantwortet haben, Religion einerseits und Mathematik andererseits sind mir nur verschiedene Ausdrucksformen derselben göttlichen Exaktheit.

Einstein soll über diese Aussage sehr verblüfft gewesen sein und gefragt haben: Gesetzt den Fall, die mathematische Forschung würde eines Tages ans Licht bringen, daß gewisse Er-

kenntnisse der Wissenschaft nicht mit dem Glauben der Religion in Einklang zu bringen sind. Was dann?

Die Antwort des Kardinals: *"Ich schätze die Mathematik so hoch ein, daß ich dies nicht als endgültig hinnehmen könnte. Und ich würde dann auf solche Leute wie Sie hoffen, die nicht ruhen werden, ehe sie den Rechenfehler gefunden haben."*

Eine höchst zutreffende und auch weise Antwort. Sie zeigt die richtige Haltung der Kirche zum Spannungsfeld Wissenschaft/Glaube und beweist, daß der Glaube keinen Grund hat, sich vor der Wissenschaft zu fürchten.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen eines vom Buddhismus zur katholischen Religion konvertierten englischen Professors für indische und tibetische Philosophie an der Universität Bristol.

Auf die Frage, warum er ausgerechnet zum christlichen Gottesglauben gefunden habe - es hätte ja genauso gut der jüdische, islamische oder sonst eine Form des Monotheismus sein können - bekannte er, daß wie für den hl. Paulus so auch für ihn die Auferstehung Jesu das Fundament des christlichen Glaubens ist und die Leugner der Auferstehung bisher keine überzeugende Erklärung der neutestamentlichen Darstellungen vorgebracht hätten, im Gegenteil: die besseren Argumente sprechen nach wie vor dafür, die Auferstehung Jesu als historisch zu betrachten, und zwar im buchstäblichen Sinn.

Dieser ehemalige Buddhist war sogar der Meinung, daß man Jesus nach der Auferstehung hätte photographieren können. Daher führen all jene theologischen Positionen in die Irre, die meinen, "entmythologisieren" zu müssen und in den Berichten vom leeren Grab nur eine bildliche Redeweise dafür sehen wollen, daß die "Sache Jesu" weitergehen soll.

Den Leugnern hält der ehemalige Buddhist einen Ausspruch des schon erwähnten hl. Polykarp von Smyrna entgegen, demzufolge der Leugner der Auferstehung als der "Erstgeborene des Satans" zu gelten habe.

Das ist sicher eine harte Sprache. Aber fragen wir uns doch einmal, welche Haltung Jesus selbst dem Unglauben gegenüber eingenommen hat? - Wie hat er sich darüber geäußert, als er sah, daß die Jünger nur mit Mühe an seine Auferstehung glauben konnten. Beim hl. Markus (16, 14) im Evangelium zu Christ Himmelfahrt können wir es nachlesen:

"In jener Zeit, als die elf Jünger zu Tisch saßen, erschien ihnen Jesus. Er rügte ihren Unglauben und ihre Herzenshärte, da sie denen nicht geglaubt, die Ihn nach Seiner Auferstehung gesehen hatten."

Hier haben wir eine klare Stellungnahme Jesu zum Unglauben der Jünger. Er rügt ihre Herzenshärte, und es ist erschütternd festzustellen, daß nach 2.000 Jahren diese Herzenshärte immer noch bei seinen Jüngern zu finden ist.

Eine eher originelle Beweisführung ist vom verstorbenen juristischen Experten und internationalen Politiker Sir Lionel Luckhoo bekannt. Im "Guinness-Buch der Rekorde" erscheint er für beispiellose 245 aufeinanderfolgende Freisprüche in Mordprozessen. Dieser Experte für Mordfälle bekräftigt sein Vertrauen in die prozessuale Beweiskraft der Auferstehung, als er schrieb:

"Ich habe mehr als 42 Jahre als Strafverteidiger in unterschiedlichen Weltteilen verbracht und praktiziere den Beruf immer noch. Ich habe Glück gehabt, eine Reihe von Erfolgen in Gerichtsverfahren zu sichern, und ich sage ausdrücklich, daß der Beweis für die Auferstehung Jesu Christi so überwältigend ist, daß er zur Anerkennung anhand des Beweismaterials zwingt, das nicht den geringsten Platz für Zweifel läßt."

Diese Zweifel, so sagt er, überläßt er den modernistischen Theologen.

Die Wahrheit des Wunders der Auferstehung Christi war bis zur Aufklärung eine selbstverständliche Tatsache. Durch die Ersatzreligion Naturwissenschaft begann man die Wunder zu bezweifeln.

Wenn man ein Wunder als ein Ereignis definiert, das physikalisch-chemisch nicht erklärbar ist, so besteht zwischen der Geburt des Lazarus und seiner Auferweckung (durch Christus) oder zwischen der alljährlichen Brotvermehrung auf den Kornfeldern und der Brotvermehrung des Herrn in der Wüste kein Unterschied.

Beide Wunder, das eine als Schöpfungstat Gottes, das andere als Eingriff Gottes in die Schöpfung, sind wissenschaftlich nicht erklärbar. Das Wunder der Brotvermehrung auf den Kornfeldern wird uns bewußt werden, wenn der Hunger in unseren verbetonierten Ländern einkehrt und keine Wissenschaft uns Brot zu geben vermag.

Die Behauptung, der Zeitabstand von 30-40 Jahren zwischen dem Tod Christi und der Abfassung der Evangelien sei so groß, daß im Nachhinein nichts Sicheres über den genauen Hergang gesagt werden könne, ist ein gängiges Argument. Doch dies kann auch auf andere historische Personen angewendet werden, z.B. auf Alexander den Großen.

Als seine Berichterstatter ihre Erinnerungen aufschrieben, lag Alexanders Tod weiter zurück als der Tod Jesu für die Evangelisten Matthäus und Markus. Überdies ist die Quellengeschichte zu Alexander problematischer als die zu Christus.

Erstens waren seine Berichterstatter Politiker, und die haben bekanntlich einen eigenen Stil, Geschichte zu schreiben.

Zweitens sind ihre Schriften gar nicht erhalten geblieben. Wir wissen nur durch den Schriftsteller Arrian von ihnen, und der lebte nochmals vier Jahrhunderte später. Es ist wohl nicht bekannt, daß jemals an der Echtheit der Existenz von Alexander d. Gr. gezweifelt worden wäre.

Weil die Evangelien mehr sind als eine gute Botschaft, "scheitern die Erklärungen der Al-leserklärer" immer wieder von neuem. Das hindert sie allerdings nicht, für sich jene Unfehlbarkeit zu beanspruchen, die sie dem Papst absprechen. Bernhard Shaw blökte als theologischer Laie, als er sagte, er halte die Evangelisten für glaubwürdiger als alle ihre theologischen Rezensenten.

"Wenn es sich so verhalten hätte wie die Entmythologisierungstheologen meinen, würde es diese Theologen gar nicht geben. Denn für diese dialektische Relativierung der Auferstehung des Herrn wäre niemand gestorben, und das heißt: es hätte keine Märtyrer und somit kein Christentum gegeben."

Der englische Kulturphilosoph C. S. Lewis hat sich zu diesen 'Relativitätstheologien' in folgendem Sinn geäußert: *"Jetzt mußten wir armen Christen nahezu zweitausend Jahre glauben, Christus sei von den Toten wahrhaft auferstanden, bis uns endlich ein Herr Professor belehrt, daß das bloß als eine Metapher für das immer wiederkehrende Leben zu verstehen sei."*

Die Leugner der Auferstehung Christi beklagen ja ständig die mangelnden wissenschaftlichen Beweise. Für jene, die sich keiner Wahrheit verschließen, gibt es tatsächlich wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf die Historizität Jesu Christi, seines Leidens, seines Todes und seiner Auferstehung. Diese Beweise sind im Grabtuch von Turin zu finden, das man mit guten Gründen als das 5. Evangelium bezeichnen kann.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse zeitigen eine überwältigende Fülle unbestreitbarer Tatsachen. Diese Erkenntnisse lassen die Unbelehrbarkeit der Grabtuchgegner immer grotesker erscheinen, die nach wie vor behaupten, es handle sich um eine "Fälschung", schreibt der Rechtswissenschaftler Wolfgang Waldstein in seinem wertvollen Buch *"Neueste Erkenntnisse über das Turiner Grabtuch"*.

Unzählige inzwischen völlig zweifelsfrei festgestellte Tatsachen haben immer klarer gemacht, daß eine Fälschung vollkommen ausgeschlossen ist. Kein Fälscher der Welt hätte die auf dem Grabtuch feststellbaren "Informationen" auf das Tuch bringen können.

Man kann sagen, daß Experten sämtlicher Wissenschaftszweige sich mit dem Grabtuch aus Turin beschäftigt haben, Ärzte, Hämatologen, Physiker, Ingenieure aus verschiedenen Spar-

ten, Archäologen, Historiker, Kriminologen und Atomforscher. Aber da die Ergebnisse die heute verbreiteten Theorien der sogenannten Bibelwissenschaft klar widerlegen, dürfen sie nicht existieren. Frei nach Christian Morgenstern, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Wer nach wie vor die Unechtheit des Grabtuches behaupten will, müßte eigentlich den Beweis erbringen, daß all die festgestellten Tatsachen in Wahrheit nicht existieren. So z.B. die 204 Pollen, die der Schweizer Spezialist für Mikro-Organismen, Dr. Max Frei identifizieren konnte. Ein Großteil dieser Pollen stammt aus dem Heiligen Land.

Die Herkunft des Tuches aus dem Hl. Land ist nicht nur durch Pollen bezeugt, sondern auch durch Blüten und Pflanzen, von denen die Pollen stammen. Dazu kommt, daß viele der Blüten auch gerade nur zu der Jahreszeit blühen, in der die Bestattung Christi stattgefunden hat. Sie konnten also nur zu dieser Zeit blühen da die bei Johannes 19, 40 genannten wohlriechenden Kräuter dem Leichnam Jesu im Grabtuch beigegeben werden, so wie es bei den Juden beim Bestatten Brauch ist.

Die wissenschaftliche Arbeit dieser Experten ersetzt nicht den Glauben, aber wenn man vor diesem Grabtuch steht, erkennt man jenseits des Glaubens, was hier vorgefallen sein muß. Werner Bulst sagt mit Recht: *"Der Glaube ist mehr als bloße Erkenntnis. Aber Erkenntnisse, wie sie über das Grabtuch gewonnen wurden, ermöglichen den Glauben."*

Und der weltbekannte englische Exeget, John A.T. Robinson, der durch seine sehr liberalen Bücher Aufsehen erregt hatte, sagte zum Abschluß seines Referates auf dem Turiner Kongreß 1976, wer von der Echtheit des Turiner Grabtuchs überzeugt sei, befinde sich in einer Situation, die jener der Jünger am Ostermorgen vergleichbar sei.

Das dürfte einer der Gründe für die oft fanatische Opposition gegen das Turiner Grabtuch sein.

Wer Gelegenheit hatte, die Original-Sindone in Turin zu betrachten, war trotz der Schattenhaftigkeit des Abbildes des Gekreuzigten überzeugt, IHN gesehen zu haben.

Viele Forscher in den USA und Europa, auch der russische Forscher Dimitrij Kusnetzow sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Vorgang stattgefunden haben muß, bei dem sich die Struktur der Atome verändert hat. Er schreibt:

"Die Wissenschaftler konnten im Test durch Computer-Simulation nachweisen, daß der Körper im Grabtuch einen Vorgang durchgemacht hat, der ihn in einen neuen Raum versetzt hat. Die Struktur seiner Atome hat sich neu geordnet. Dieser Körper trat in eine "Super-Ordnung" über. Dabei wurde viel Energie abgestrahlt, die das Bild auf dem Tuch erzeugt hat."

Obwohl diese Ergebnisse bereits mehrfach publiziert wurden, haben sich die Medien bisher nicht dafür interessiert. Sie ergötzen sich an ihren immer wieder neuen Meldungen von der "Fälschung des Turiner Grabtuchs".

Es ist im Grunde eine Ironie, daß nun die modernsten Wissenschaften, auf die sich die zeitgenössischen Theologen immer beziehen, uns die Echtheit des Turiner Grabtuchs bestätigen, die wissenschaftsgläubigen Theologen hingegen das Ergebnis dieser von ihnen bewunderten Wissenschaft ablehnen. Wer nicht sehen und hören will, für den sind erwiesene Tatsachen unerträglich.

"Ein Naturwissenschaftler, der es mit seiner Wissenschaft ernst nimmt, der also nicht wissenschaftsgläubig ist, hat keine Mühe, an Wunder zu glauben. Wer aber bloß physikalisch-chemisch denkt, wird die Existenz von Wundern bestreiten, weil er mit diesem verengten Denken bloß weiß wie, aber nicht weiß, was Chemie und Physik sind. Das Was würde ihn zum Weg führen, zu Gott, der die Materie erschaffen hat - und den Menschen, der sie mit seinem Geist zu erforschen vermag." <<

25.05.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**

Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.

Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksextrremen "Antifa-Szene" mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden Juste milieu ("richtige Mitte").

Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächtlichmachung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.

Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt

"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.

Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch deutsch".

So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.

Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.

Gravierende politische Konsequenzen

Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fahren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlernamen und gesellschaftlichem Engagement.

Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübeleien und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine

nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.

Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.

Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.

Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet

Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet und darf obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.

Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuldkult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.

Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das 21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<

26.05.2014

USA: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>Wer oder was ist eigentlich der "WELT-KLIMARAT" (IPCC) und was tut er?

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO2 Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen.

Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet. Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondsgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ...

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO₂ das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflusst, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO₂ beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO₂ einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von

Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion - Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"

So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfällt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeuende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

13.06.2014

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 13. Juni 2014 (x893/...): >>**Freimaurerei treibende Kraft bei Neuer Weltordnung - Kirche unterwandern**

Der Gründer von *Noticias Globales*, Monsignore Juan Claudio Sanahujo, enthüllte in einem Interview für *Infovaticana* den "Schlüssel zum Verständnis der neuen Weltordnung", so Sanahujo, die man gerade dabei ist zu errichten. Das Hauptinstrument dazu seien die Vereinten Nationen. Das eigentliche Ziel ist es jedoch, so Sanahujo, "die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren". Dazu bediene man sich zahlreicher Instrumente und versuche andere zu instrumentalisieren, darunter auch die Religion.

Monsignore Sanahujo ist Argentinier und damit ein Landsmann von Papst Franziskus, er gehört der *Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz der Personalprälatur des Opus Dei* an.

Noticias Globales ist ein wichtiger Bezugspunkt, um zu verstehen, was auf internationaler Ebene geschieht. Wie entstand diese Initiative?

Noticias Globales entstand 1998. Wir sahen die Notwendigkeit, zu informieren. Man kennt nicht die inneren Mechanismen der UNO und verwechselt zum Beispiel die Vollversammlung und die internationalen Konferenzen mit den Kommissionssitzungen. Wir verfügten über viele Informationen und begannen diese Informationen weiterzugeben.

Neben dem Nachrichtenbulletin haben wir eine Reihe von Büchern veröffentlicht. "*El Gran Desafío. La Cultura de la Vida contra la Cultura de la Muerte*" (*Die große Herausforderung. Die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes*) erschien bereits vor dem Bulletin. "*El Desarrollo Sustentable. La Nueva Ética Internacional*" (*Nachhaltige Entwicklung. Die neue internationale Ethik*) und "*Poder Global y religión universal*" (*Globale Macht und Welteinheitsreligion*). Demnächst erscheint eine verbesserte und erweiterte Ausgabe von "*Die große Herausforderung*".

Ethik ohne Gott?

Einer der großen Schwerpunkte der modernen Welt ist eine große säkulare Ethik. Ist eine Ethik ohne Gott möglich?

Es ist unmöglich, ohne Gott eine starke und damit tragende Ethik aufzubauen. Ethik bezieht sich auf transzendente Grundsätze und diese Grundsätze können nur von Gott kommen. Es gibt Versuche, eine sogenannte säkulare Ethik aufzubauen, aber alle diese Versuche stehen ausnahmslos im Dienst neuheidnischer Ideologien und sind leicht widerlegbar. Mit der Unterstützung durch die Massenmedien scheinen sie jedoch vorherrschend zu sein, was dazu führt, daß viele hilflose Menschen, die auf der Suche nach etwas sind, an das sie glauben können, auf sie hineinfallen.

Ist es vorstellbar, daß man die nicht verhandelbaren Werte achtet, ohne eine christliche Welt-sicht zu haben?

Es ist nicht unmöglich, aber sehr schwierig. Letztlich muß dahinter immer eine transzendente Welt-sicht stehen. Die nicht verhandelbaren Werte sind ja das Ergebnis einer jüdisch-christlichen Welt-sicht.

Neo-Malthusianer und "Selektive Kinderlosigkeit"

Was wollen die Neo-Malthusianer wirklich? Könnte man sagen, daß die Zielsetzungen der UNO am besten im Wort "Kinderlosigkeit" zusammengefaßt sind?

Die Weltgesundheitsorganisation WHO präsentierte in den frühen 90er Jahren das neue Gesundheitsparadigma, das lautet: der Bürger der neuen Weltordnung ist der gesunde und produktive Erwachsene. Nur diejenigen, die gesund und produktiv sind, haben wirklichen Anspruch auf die Menschenrechte. Alle anderen, die diesen Standards nicht entsprechen, müssen am Rande der Geschichte bleiben, sollen erst gar nicht geboren werden, und wenn sie doch geboren werden, soll für sie kein Cent investiert werden. So gesehen ist es zutreffender, die

Zielsetzungen der UNO mit dem Wort "selektive Kinderlosigkeit" zusammenzufassen.

In wieweit ist die Einbindung der Frauen in die Berufswelt Teil dieser globalen Strategie der Unfruchtbarkeit?

Man wird mir heftig widersprechen, weil jede Kritik an diesem Punkt als Angriff auf die "Selbstbestimmung" der Frau ausgelegt wird, weil man es Frauen und Männern seit Jahrzehnten so einredet. Dennoch: Der Zusammenhang ist offensichtlich. Die Forderung findet sich in den Dokumenten der *Konferenz von Dhaka* von 1969 der *International Planned Parenthood Federation* (IPPF) auf Vorschlag des Vorsitzenden des 1952 von John Rockefeller III. gegründeten *Population Council* Dr. Bernard Berelson, das seine Wurzeln in der rassistisch-eugenetischen Bewegung hat.

Konkret lauteten die Schlußforderungen dieser Konferenz: "das Bild der Familie verändern durch Umlenkung der Frauen auf den Arbeitsmarkt" und durch "Förderung der Homosexualität". An der Umsetzung dieser Ziele wird also seit fast 50 Jahren gearbeitet.

Umweltschutz als Religionsersatz instrumentalisiert

Es wird viel über Umweltschutz gesprochen. Welche Rolle spielt der Umweltschutz in der modernen Anthropologie?

Für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ist der Umweltschutz ein praktischer Ersatz. Zum Beispiel kann man den Leuten nicht einfach sagen, daß es die Zehn Gebote nicht gibt, ohne einen Ersatz dafür zu bieten. Mit dem Druck der Medien können sie den Menschen einreden, daß jemand, der Müll trennt oder sich in einer bestimmten Weise ernährt, Solidarität mit der Welt und künftigen Generationen übt. Das ist gut und recht, aber bestenfalls eine Konsequenz aus einer Haltung.

Für die "neuen Ethiker" liegt darin jedoch ein entscheidendes Element, denn durch den Schutz der Erde sehen sie sich in ihrem Handeln gerechtfertigt: Die Erde nimmt den Platz Gottes ein. Es geht dabei nicht um die Frage, daß es nicht wichtig wäre, die Erde auf der wir leben zu schützen. Das ist wichtig, da sie uns von Gott anvertraut wurde und Christen aus ihrer Glaubenshaltung heraus verantwortungsbewußt mit der Natur umgehen. Hier geht es jedoch um die richtigen Prioritäten. An erster Stelle kommt das Gesetz Gottes, kommen die Zehn Gebote.

Auf dem Weg zur Weltregierung

Gibt es einen Plan zur Errichtung einer Weltregierung? Ist die Freimaurerei in diesem Bereich aktiv?

Die Pläne für eine Weltregierung spielen in der Freimaurerei eine wichtige Rolle und gehen bereits auf den Ersten Weltkrieg zurück oder sogar schon etwas früher.

Welche Rolle hat der internationale Zionismus in diesem Plan?

In diesen Plänen sind durch sogenannte Konsensstische eine enorme Reihe von Einrichtungen, Organisationen und Gruppen eingebunden. Der Zionismus kann einige von ihnen beeinflussen. Um konkret zu werden und hinter die Kulissen zu blicken, gilt es die Aufmerksamkeit auf das dichte Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen zu lenken, die die Agenda der UNO bilden.

Zum Beispiel den *Club of Madrid*, den *Club of Budapest*, den *Club of Rome*, die *The Elders*, die *Erd-Charta* und die darum kreisenden Organisationen, die *Bilderberger*, die multireligiöse Organisation *World Conference of Religions for Peace* und die darum kreisenden Organisationen, ebenso die *United Religions Initiative*, *State of the World Forum* und *Commission on Global Governance*, dann natürlich das *Council of Foreign Relations*, die *Interparlamentarische Union* und so könnte man die Liste lange fortsetzen.

In allen übt die Freimaurerei einen wichtigen Einfluß aus. Einige dieser Organisationen sind zwar mehr auf den Dialog ausgerichtet, aber alle haben dasselbe Ziel: Die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren durch Abschaffung der nationalen Souveränität und die Instrumenta-

lisierung der Religionen, das heißt, sie für die eigenen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Die Naivität der Katholiken

Denken Sie, daß unter den Katholiken Naivität vorherrscht, was die Zielsetzungen der UNO anbelangt?

Ich will damit antworten, was Erzbischof Luigi Negri von Ferrara dazu sagte: Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem "übereifrigen Irenismus" untergraben, "der seit Jahrzehnten seine Wühlarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis, mit dem Ziel auch die entfernteste Position irgendwie vereinbar erscheinen zu lassen. Die Verschiedenheit der kulturellen und religiösen Standpunkte zum höchsten Gut erhoben, die von der Überzeugung einer substantiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen, auch religiösen Positionen ausgeht, läßt die Katholizität ihre absolute Sonderstellung verlieren.

Dieser Irenismus, Offenheitswahn, Wille zum Dialog um jeden Preis wird aber auf die einzige Weise belohnt, mit der die menschliche Macht seit jeher ein solch ungeordnetes Kompromißverhalten belohnt: mit Verachtung und Gewalt."

Die Gefahr für die Kirche besteht daher in erster Linie innerhalb und nicht außerhalb. Vor langer Zeit hörte ich den Heiligen Josemaria Escriva sagen: "Wenn die Welt im Dunkeln ist, dann weil die Kirche aufgehört hat, Licht zu sein".

Es geht um eine übertriebene Suche nach den "Zeichen der Zeit", die in der Regel im Widerspruch zur katholischen Lehre stehen. Statt immer neu zu versuchen, den Menschen umzuwandeln, einen nach dem anderen für Christus zu gewinnen, wollen sie einen schnellen, bequemen Weg gehen, indem sie die Lehre der Situation anpassen wollen, die oft bedauerlich ist, wie im Fall der wiederverheirateten Geschiedenen. Aus demselben Grund sagen sie auch nichts zu den Homosexuellen, denn die scheinen inzwischen unantastbar zu sein.

Auf unkritische Weise akzeptiert man jede Behauptung als wahr, Hauptsache sie kommt über bestimmte, vermeintlich "neutrale" Kanäle: das gilt ebenso für die Katastrophenmacherei der Grünen, die Unwahrheiten über die Anzahl der Todesfälle durch Abtreibung, die Ausbreitung von AIDS. Dazu gehört auch die unkritische Akzeptanz der angeblich harmlosen Millenniums-Entwicklungsziele und die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Eingeschleuste und nützliche Idioten in der Kirche

Hat diese globale Strategie Verbündete innerhalb der katholischen Kirche?

Ja, auf die eine und auf die andere Weise: Es gibt in die Kirche Eingeschleuste und es gibt "nützliche Idioten".

Unter einigen Kardinälen herrscht eine gewisse Sorge wegen der Ausführungen von Walter Kasper beim Konsistorium im vergangenen Februar. Denken Sie, daß die Kirche am Ende die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion zulassen wird?

Ich denke nicht, daß es dazu kommt, daß die Kirche die wiederverheirateten Geschiedenen ermächtigt, die Kommunion zu empfangen. Würde sie es tun, würde sie aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein.

Der Katechismus der Katholischen Kirche ist eindeutig: "Darum dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion empfangen. Aus dem gleichen Grund können sie gewisse kirchliche Aufgaben nicht ausüben. Die Aussöhnung durch das Bußsakrament kann nur solchen gewährt werden, die es bereuen, das Zeichen des Bundes und der Treue zu Christus verletzt zu haben, und sich verpflichten, in vollständiger Enthaltensamkeit zu leben" (KKK, Nr. 1650).

Homo-Lobby

Sie haben gesagt, daß die Homo-Lobby in Spanien versucht, ihre Zielsetzungen in den Religionsunterricht einzuschleusen. Denken Sie, daß es eine bedeutende Präsenz der Homo-Lobby in der Kirche Spaniens gibt? Und im Vatikan?

Die Homo-Lobby haben wir zum großen Teil leider selbst erst groß werden lassen. Ich verweise auf das, was ich bereits zur Naivität der Katholiken gesagt habe.

Es ist unglaublich, aber in vielen Kreisen kann man heute nicht mehr sagen, daß Homosexualität eine "objektiv ungeordnete" Neigung ist (in der deutschen Übersetzung des Katechismus fehlt diese Wertung, weshalb sie stark defizitär ist, Anmerkung der Redaktion), wie der *Katechismus der Katholischen Kirche* in der Nr. 2.358 sagt. Praktisch alle lehramtlichen Erklärungen der Kirche ab einschließlich der Erklärung *Persona Humana* von 1975 von Papst Paul VI. werden versteckt.

Gleichzeitig wird die Kirchenzucht gelockert. Bestimmte Teile der kirchlichen Hierarchie lassen es zu, daß Männer mit solchen Neigungen zu Priestern geweiht werden oder Zugang zu verantwortungsvollen Ämtern in den kirchlichen Strukturen erhalten, zum Beispiel im Religionsunterricht oder an katholischen Schulen und Internaten usw. Auf diese Weise hat man die Ausbreitung einer Art von schlechter Toleranz und falscher Barmherzigkeit gefördert, die nicht wenig zur heutigen Situation beigetragen hat.

Dazu kommt der externe Druck auf die Kirche, diese Verhaltensweisen zu akzeptieren. Kardinal Ratzinger warnte 1995 davor, indem er sagte, daß es *Pressure Groups* gibt, die darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung zu ändern, damit Homosexualität als normale Form der Sexualität angesehen wird, und im nächsten Schritt fordern sie, daß die Kirche ihr Urteil über sie revidiert. Diese Gruppen, sagte der Kardinal, beschuldigen jeden der Diskriminierung, der nicht so denkt wie sie.

In Spanien fordern sie Gefängnis für Kardinal Sebastián, weil er daran erinnerte, daß Homosexualität eine Krankheit ist. Gibt es Hoffnung? Was bringt die Zukunft den Katholiken?

Persönlich empfehle ich, die Nummer 675 des *Katechismus der Katholischen Kirche* zu lesen, über die ich oft nachgedacht habe. Sie spricht vom zweiten Kommen Jesu Christi: "Vor dem Kommen Christi muß die Kirche eine letzte Prüfung durchmachen, die den Glauben vieler erschüttern wird (vgl. Lukas 21,12; Johannes 15,19-20). Die Verfolgung, die ihre Pilgerschaft auf Erden begleitet, wird das ‚Mysterium der Bosheit‘ enthüllen: Ein religiöser Lügenwahn bringt den Menschen um den Preis ihres Abfalls von der Wahrheit eine Scheinlösung ihrer Probleme."

Ich sage nicht, daß wir am Vorabend der Wiederkunft des Herrn stehen, aber dieser Text hilft, sich zu orientieren. Er hilft, sich zu vergegenwärtigen, daß wir nicht dafür bestimmt sind, was die Menschen Erfolg nennen oder um von den Massen bejubelt zu werden. Unser Triumph ist ein anderer. Unser Triumph ist es, uns mit dem Kreuz Christi zu vereinen, uns Ihm anzugleichen, um nach dem Tod in den Himmel zu kommen. Unsere Hoffnung ist im Kreuz und in der Auferstehung.

Juan Claudio Sanahuja wurde 1947 in Buenos Aires geboren. Nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften an der Universität von Navarra, studierte er Theologie in Rom und erwarb 1973 das Doktorat in Theologie an der Universität von Navarra. 1972 wurde er zum Priester geweiht, seither gehört er dem Klerus der Personalprälatur des *Opus Dei* an. Er ist Professor des Studium Generale der Prälatur des *Opus Dei* in Argentinien.

Im Januar 2011 verlieh ihm Papst Benedikt XVI. für seinen Einsatz für das Lebensrecht und die Familie den Titel eines *Kaplans Seiner Heiligkeit*.

Er ist Autor mehrerer Bücher, von denen einige am Beginn des Interviews genannt werden. 1998 gründete er die Internet-Nachrichtenagentur *Noticias Globales*, die neben internationalen Entwicklungen seit 2001 gesondert auch über die Entwicklungen in Argentinien berichtet.

Er war korrespondierendes Mitglied der *Päpstlichen Akademie für das Leben* (1998-2011), arbeitete an verschiedenen Projekten des *Päpstlichen Rats für die Familie* mit und ist Vorstandsmitglied der *Stiftung Nueva Cristianidad*.<<

17.06.2014

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juni 2014 (x887/...): >>>**Ohne Sinn und Verstand**

Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt, das leider nur als E-Book bei amazon und nicht gedruckt erhältlich ist. Mit Blackout spielt er jedoch nicht auf einen Stromausfall an, sondern auf den Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit. Genau diesen hat er nämlich in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf fast allen Ebenen der deutschen Gesellschaft festgestellt.

Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxidstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.

"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.

Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. Und er stellt die Vordenker des EEG und ihre Weltsicht vor, denen es nur um die Umsetzung ihrer Ziele ging, egal zu welchem Preis. Diesen zahlen nun die deutschen Stromkunden. So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.

Diesen Unsinn kritisiert Wendt scharf, zumal er überzeugt ist, daß wenn der Gesetzgeber dieses unsinnige Privileg nicht geschaffen hätte, die Ökostromerzeuger längst die dringend benötigten Speicher geschaffen hätten.

Fehlanreize, wohin das Auge blickt, lautet das Urteil des Autors zum EEG. Zwar wird dieses derzeit reformiert, aber noch ist nicht absehbar, ob wirkliche Verbesserungen umgesetzt werden, so groß ist der Einfluß der Lobbygruppen. Hier wundert sich Wendt, daß Lobbyismus von der Ökostrombranche von deutschen Journalisten gutgeheißen und sogar häufig unterstützt wird, während beispielsweise ein ähnliches Verhalten bei der Autoindustrie scharf verurteilt wird. Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.

Zudem wird mit der Behauptung aufgeräumt, daß die Streichung der Verschönerung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage den Strompreis senken würde. Bestenfalls gebe es zwei Jahre keine Erhöhung, doch dann wäre auch diese Änderung aufgeessen, zugleich wären aber vermutlich tausende Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ins Ausland abgewandert. Und übrigens nicht nur dort: Auch die noch verbliebenen deutschen Solarmodulhersteller gehören zu den vier Prozent der Industriebetriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind.

Die Rechercheleistung des Autors ist zu loben, da er viele Details zum EEG vorträgt, die nicht jedermann bekannt sind. ... Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.

Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Sub-

ventionen immer öfter Verluste machen? ...<<

16.07.2014

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 16. Juli 2014 (x1.000/...): >>>Wie gemeinnützig ist die 2.8 Milliarden Spende des Warren Buffet?

Der US-amerikanische Milliardär Investor Warren Buffet gilt als der drittreichste Mensch der Welt. Sein Vermögen wird auf 66 Milliarden US-Dollar geschätzt. Nun spendet Warren Buffet 2,8 Milliarden US-Dollar an gemeinnützige Stiftungen. Diese Nachricht wurde heute weltweit über die Hauptmedien verkündet.

Wir von Klagemauer TV wollten wissen, wie diese Nachricht beim Volk angekommen ist und vor allem, was man sich so unter einer 2.8 Milliarden Spende für gemeinnützige Zwecke vorstellt. Am besten führen Sie, geschätzte Zuschauer, heute Abend einmal selber diese kleine Umfrage in Ihrem persönlichen Familien- oder Freundeskreis durch. Befragen Sie dazu gerne auch Kinder. Und in etwa so werden die Antworten dann überall ausfallen: Kla.TV hat dazu Kinder im Alter von 10-17 Jahren befragt:

Frage 1: Was sagt Ihr dazu, daß der drittreichste Mann der Welt \$ 2.8 Milliarden für gemeinnützige Zwecke gespendet hat?

Antwort: "Was ist gemeinnützig?" Nachdem wir diese Frage geklärt hatten: "Ja, ganz super... das muß ja ein extrem guter Mensch sein."

Frage 2: Wie viele Nullen hat 1 Milliarde?

Antwort: Neun? Richtig. 1 Milliarde \$ sind also $1.000 \times 1.000.000$ \$.

Frage 3: Nun hat der drittreichste Mensch der Welt \$ 66 Milliarden Privatvermögen. Wie kann ein einzelner Mensch zu so viel Geld kommen?

Antwort: "Keine Ahnung, mit ehrlicher Arbeit jedenfalls ganz sicher nicht, denn eine so große Leistung kann doch kein Mensch auf der Welt jemals erbringen." (So die Antwort einer 17 jährigen Lehrtochter.)

Frage 4: Was stellst du dir genau darunter vor, wenn du hörst, daß ein Mensch 2.8 Milliarden Dollar an gemeinnützige Stiftungen spendet. Was muß da ganz praktisch geschehen?

Antwort: "Ich hörte gerade kürzlich, daß fast 3 Milliarden Menschen mit nur gerade zwei Dollar pro Tag auskommen müssen, und daß jede Woche über 200.000 Kinder qualvoll verhungern. Ich würde darum sagen, daß jetzt sehr viele Kinder endlich einmal genug zu essen bekommen, oder daß man mit dem Geld z.B. große Wasseranlagen baut und Maschinen einkauft und so; einfach daß es ihnen halt irgendwie besser geht."

Frage 5: Nun geht aber der größte Teil dieser \$ 2.8 Milliarden Spende an die Stiftung von Microsoft Gründer Bill Gates, und zwar nicht in Form von Bargeld, sondern in Form von Aktien von Baphets Investment-Holding Gesellschaft. Was sagst du dazu?

Antwort: "Da komm ich nicht mehr mit. Was ist eine Holding Gesellschaft?" Das ist eine Gesellschaft, die selber keine Waren produziert, die aber Aktien anderer Gesellschaften besitzt und diese dadurch beeinflußt oder beherrscht.

Antwort: "Jetzt komm ich noch weniger mit: Was sind Aktien? Kann man das essen oder so?"

Ja, verehrte Zuschauer, in etwa so wird dann wohl auch Ihre Befragung enden. Aber auch für all diejenigen unter uns, die wissen, was eine Holdinggesellschaft oder was Aktien sind, dürfte eines klar sein: Diese 2,8 Milliarden US-Dollar Spende wird nicht in Form von Nahrungsmitteln oder Wasser an sterbende Menschen, sondern in Form von Aktien an andere superreiche Milliardäre übergehen - dies natürlich steuerfrei, wie immer. Da das meiste dieser 2,8 Milliarden Dollar dem Milliardär Bill Gates gespendet wird, erinnern wir daran, was dieser Mann genau unterstützt. In den Medien wird uns erzählt, daß er sich für Erziehung und Gesundheit einsetze, sowie gegen Armut.

Auch hier könnte man wieder denken, dies entspreche doch genau dem Anliegen der befrag-

ten Kinder, doch gemäß Markus Lanz weit gefehlt: Bill Gates sprach nämlich am 14. Juli 2011 in einer Sendung mit Markus Lanz über die Art und Weise der Bevölkerungsreduktion. Mit dieser Sendung ist ein Sturm der Entrüstung gegen Bill Gates ausgebrochen. Denn in den Augen zahlloser Zuschauer ist der jüdische Worttäter zum superreichen Eugeniker abgesunken. Eugeniker sind Menschen, die Programme zur Reduktion der Menschheit gutheißen und sogar finanzieren.

Hier ein Zitat von Bill Gates in jener Sendung mit Markus Lanz über die Art und Weise der Bevölkerungsreduktion: "Es ist an sich gegen den gesunden Menschenverstand, daß sich, wenn man impft, die Bevölkerungsstärke ganz erheblich verringert. Das war 2001, da habe ich diese Erfahrung gemacht, und dann haben wir im großen Stil im Gesundheitswesen vor allem Impfstoffe gefördert." Zitatende.

Bill Gates unterstützt also Organisationen, die die Bevölkerungsreduktion vorantreiben. Aber auch 4 kleinere Stiftungen sollen Anteil an dem 2,8 Milliarden Dollar-Aktiengeschenk von Warren Buffet erhalten. Da diese vier weiteren kleinen Stiftungen nicht mit Namen genannt wurden, gibt es natürlich einigen Raum für Spekulationen. Eins dürfte allerdings ziemlich sicher sein: Der drittreichste Mann der Welt, Warren Buffett, verkehrt allem voran mit Milliardärs-Freunden wie Rockefeller, Rothschilds, WHO-Unternehmern und dergleichen; kurzum alles Menschen und Organisationen, die die Bevölkerungsreduktion, bis hin zur heimlichen Sterilisation und Zwangsimpfung vorantreiben.

Ein Beispiel dafür ist Planned Parenthood, der deutsche Zweig davon heißt Pro Familia, eine Organisation, die für Abtreibung, Verhütung und Sterilisation eintritt. Margaret Sanger, die Gründerin von Planned Parenthood, so legte es Oliver Janich überzeugend aus ihren Werken dar, war eine Eugenikerin, die sogar für Zwangssterilisation eintrat. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie bestimmte Völkergruppen als "menschliches Unkraut", Idioten, die es nicht verdienen, Kinder zu haben.

Die Erfahrung lehrt zunehmend, verehrte Zuschauer, daß man allem voran wohltätige Berichte aus den Mainstream Medien prüfend hinterfragen muß. Wie im vorliegenden Beispiel muß nicht alles auch wirklich wohltätig sein, nur weil es mit Spenden für sogenannte gemeinnützige Stiftungen finanziert wurde. ...<<

25.07.2014

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 25. Juli 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg (x967/...): >>Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg

Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).

Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.

Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads

Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öf-

fentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon'" empfing.

Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahresschrift Borderland heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.) *Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 ... durch die Veröffentlichung von Mitteilungen, die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.*

Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notizbuch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.

Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."

1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).

Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz andere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."

Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.

"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen."

Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazinli-

teratur einzuführen."

"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).

Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtekonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch wesentlichen Anteil hatte.

Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxfordener Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."

Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."

Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde" (a.a.O. S. 841f.).

Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmasonry in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der britischen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.

"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:

Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. ... Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...

Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angelsächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...

Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Aus-

dehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).

Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."

Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einfluß der USA anzustreben.

Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprachigen Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, angliert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)

Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.

Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." (A.a.O. S. 854)

Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.

Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "... die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.

Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan) Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiierten. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)

Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb

aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

Der wachsende Einfluß Alfred Milners

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland. Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise'(worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden.'" (S. 867-869)

"Milners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verlässlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)

"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)

Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)

Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.

"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londo-

ner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<

Juli 2014

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 berichtet im Juli/August 2014 (x853/...): >>Irrwege des Genderismus

Uwe C. Lay

A. Camus eröffnet sein Kapitel: "Die metaphysische Revolte" mit dem Satz: "Die metaphysische Revolte ist die Bewegung, mit der ein Mensch sich gegen seine Lebensbedingung und die ganze Schöpfung auflehnt. Sie ist metaphysisch, weil sie die Ziele des Menschen und der Schöpfung bestreitet". Um das Besondere der metaphysischen Revolte im Kontrast zur sozialen Revolte zu unterstreichen fügt er hinzu: "Der Sklave protestiert gegen das Leben, das ihm innerhalb seines Standes bereitet ist, der metaphysisch Revoltierende gegen das Leben, das ihm als Mensch bereitet ist".

Wir verstünden den Genderismus völlig falsch, sähen wir in ihm nur eine frauenspezifische soziale Revolte mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Frauen. Dann wäre die Eröffnung eines Gendercenters durch den EKD-Vorsitzenden Schneider eben nur eine weitere Bereicherung des sozialen Engagements des Protestantismus, das die Katholische Kirche ruhig nachahmen könnte.

Nur, wer sich an das unsägliche Antifamilienpapier der EKD erinnert, der wird wohl argwöhnisch fragen: ist das wirklich so eine unschuldige Sache mit den *gender studies*? Wird hier ein Geist in das Christentum hineingelassen, den, hat man ihn erst mal gerufen, nicht mehr zu beherrschen weiß, der Geist einer metaphysischen Revolte, die das Christentum so völlig zerstört? Der Verdacht ist erlaubt. Sichern wir Spuren und Indizien!

Mit den Grundsätzen des Genderismus soll nun die Erörterung dieses Themas eröffnet werden. Die zwei Grundsätze stammen von *Simone de Beauvoir*, der Philosophin des französischen Existentialismus, der Lebensgefährtin Sartres, einer außergewöhnlich talentierten Schriftstellerin. Die Grundsätze lauten: Man wird nicht als Frau geboren, sondern dazu gemacht.

Mutterschaft ist heute eine wahre Sklaverei. (Es wäre eine eigene Untersuchung wert, den Niedergang des Adels als der einstigen Elite der Völker in einem Zusammenhang mit der in Adelskreisen üblich gewordenen Übergabe der eigenen Kinder von der leiblichen Mutter an Ammen und Gouvernanten zu erörtern). Auf diesen beiden Grundaxiomen erbaut sich dann die Weltanschauung des Genderismus auf. Darum sollen diese Grundsätze nun diskutiert werden.

Der erste Grundsatz

Der erste Grundsatz wird im Genderismus entfaltet durch die Unterscheidung von Gender und Sex als Geschlecht. Das natürliche Geschlecht der Frau (bzw. des Mannes) wird von dem sozialen Konstrukt des weiblichen (männlichen) Geschlechtes unterschieden.

Diese Unterscheidung soll dabei schon der erste Akt der Aufklärung sein, denn es wäre ein Anliegen patriarchalen Denkens, das gesellschaftliche Konstrukt der Natur der Frau als die Natur der Frau auszugeben. Etwas geschichtlich Gewordenes würde so zu einer außergeschichtlichen Natur hypostasiert, zum Wesen der Frau. Die Dekonstruktion dieser Natur der Frau, ihres Wesens ist so das erste Anliegen des Genderismus.

Die Frau soll ihrer geschichtlichen Entfaltung entkleidet werden, um so ganz neu eingekleidet zu werden. Das Anliegen des Dekonstruktivismus ist somit kein rousseausches "Zurück zur Natur" als dem wahren und unverdorbenem Frausein, sondern es ist nur die Entkleidung der Frau, damit sie sich nun einkleiden kann. Sie soll sich so neu, frei, selbstbestimmt kultivieren.

Kultur ist so nicht per se ein Negativum.

Nur die Kultur des Patriarchalismus wäre rein negativ. Die sich aus dem Patriarchalismus emanzipiert habende Frau soll sich nun erst frei neu erwählen als freies Projekt ihrer Selbstbestimmung. Jedes Rollenbild, jede Vorstellung vom wahren Frausein behindere dabei nur die freie Wahl. Existentialistisch ausgedrückt:

Der Wahl der Frau, einer Frau, so will ich sein, dieser ihrer gewählten Existenz geht keine Essenz des Frauseins voraus. Denn jede Essenz limitierte die Freiheit des freien Selbstentwurfes. Darum sollen alle gesellschaftlich bedingten Bilder des Frauseins dekonstruiert werden als Hervorbringungen männlichen Willens der Macht über die Frau. Erst wenn jedes normative Frauenbild aufgelöst ist, entsteht das wahre Reich der Frauenfreiheit: frei sich bestimmen zu können!

Sartre legte diese Grundkonzeption in seinem Essay: "Ist der Existentialismus ein Humanismus" prägnant dar. "Wenn der Mensch, so wie ihn der Existentialist begreift, nicht definierbar ist, so darum, weil er anfangs überhaupt nichts ist. Er wird erst in der weiteren Folge sein, und er wird so sein, wie er sich geschaffen hat. Also gibt es keine menschliche Natur, da es keinen Gott gibt, um sie zu entwerfen. Der Mensch ist lediglich so, wie er sich selbst konzipiert". *Ab ovo*: Der Mensch ist nichts, das und nur das ist seine Freiheit, denn das meint die reine Unbestimmtheit.

Nur aus ihr heraus kann sich der Mensch frei, nämlich willkürlich als Projekt entwerfen. Jede Vorstellung von einer Natur des Menschen ist so ein Angriff auf die menschliche Freiheit. Gäbe es einen Gott, dann bestimmte er das Menschsein, das Wesen des Menschen, und somit wäre dieser unfrei, weil er nun nicht mehr der Kreator seiner selbst wäre. Der Genderismus transformiert diesen sartreschen Gedanken nun um:

Die Frau kann nur frei sein, wenn die patriarchalistische Gesellschaft ihr nicht mehr vorschreibt, wie sie als Frau zu sein hat. Der Begriff der Natur der Frau wird so rekonstruiert als Akt des Beherrschungswillens des Mannes: er will ihr diktieren, wie sie zu sein hat. Der gesellschaftliche Begriff der Frau, ihre Natur ist so das Produkt einer gesellschaftlichen Konstruktion.

Es gäbe zwar eine biologische Grundausstattung der Frau, aber dies biologisch-natürliche Geschlecht dürfe nicht verwechselt werden mit dem sozialen Geschlecht der Frau.

Die Frau ist nichts, bevor sie sich selbst zu etwas entwirft, so würde das Sartre formulieren. Dieser Satz ist so gesehen noch radikaler, weil er sogar noch die biologische Naturbestimmtheit des Menschseins unterlaufen will. Nebenbei: offenkundig bildet die occamista Goteslehre, Gott als vollkommene Willkürfreiheit zu denken als *potentia absoluta*, den ideengeschichtlichen Hintergrund des Sartreschen Freiheitsverständnisses.

Begrenzt so die biologische Natur der Frau ihre Freiheit? Genau das bejaht Beauvoir in ihrem zweiten Grundsatz: Mutterschaft ist Sklaverei. Solange die Frau noch Mutter sein will, ist sie noch eingebunden in die Natur und durch diese Einbindung unfrei. Erst wenn sie nicht mehr Mutter sein will, ist sie frei.

Und das lebte die kinderlose Beauvoir auch vor! Erst wenn die Frau ihre innere Natur, ihr Berufen sein zur Mutterschaft überwindet, ist sie wahrhaft frei. Darum gehört zur feministischen Frauenemanzipation der unbedingte Wille zum Recht des Tötens der ungeborenen Kinder. Es ist bezeichnend, "daß der erste Staat der Welt, der Abtreibungen legalisierte, Lenins bolschewistisches Rußland gewesen war". Der Kampf gegen den einstigen § 218 gehört so konstitutiv zum Genderismus dazu.

Und in diesem Punkte siegte der Feminismus. Noch nie sind im Namen einer Weltanschauung so viele Menschen getötet worden wie im Namen des Feminismus. Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen töteten weniger Menschen als Feministinnen Kinder abtreiben und töten ließen und lassen!

Es gibt einen abgründigen Zusammenhang zwischen Sartres Rechtfertigungsversuch des stalinistischen Terrors und dem Ja der feministischen Beauvoir zum Kindermord, zur Abtreibung ...

Somit ist der Feminismus gerade in seiner genderistischen Ausgestaltung eine metaphysische Revolte gegen die Natur der Frau. Aber es ist auch ein Aufstand gegen das Leben: werden Frauen nicht mehr Mütter, stirbt das menschliche Leben aus.

Das natürliche und das gesellschaftliche Geschlecht der Frau

Der als Frau geborene Mensch verfüge über eine natürliche geschlechtliche Grundausstattung. Das wäre sein natürliches Geschlecht. Dann gäbe es, darauf aufbauend, noch das soziale Geschlecht der Frau, zu dem die Frauen durch die Gesellschaft in Gestalt ihrer Eltern, des Kindergartens und der Schule gemacht werden. Wer auch immer sie mitprägt, - man denke an die Massenmedien, aber auch an das soziale Umfeld, - eines fällt *ad hoc* ins Auge: Die Frauwerden der Frau wird in diesen sozialkritischen Ansätzen sehr einseitig gesehen: die Frau wird gemacht durch die Gesellschaft.

Das Spezifische, daß die Frau auch das Subjekt ihres Werdens ist, wird dabei weitestgehend ausgeklammert. Dies evoziert die kritische Anfrage: könnte es denn nicht sein, daß dem Zur-Frau-Machen der Gesellschaft ein Zur-Frau-Werden-Wollen der Frau entspricht? Implizit wird hier ein Widerspruch hineingelesen zwischen dem, was die natürliche Natur der Frau ausmacht und dem, was die Gesellschaft aus der Frau macht.

So müßte ein im Geiste des Genderismus Urteilender sagen:

wenn Mädchen lieber mit Puppen und Buben lieber mit Autos spielen, habe dies nichts mit der Natur der Mädchen und Buben zu tun, sondern sei ausschließlich ein Produkt der geschlechtsspezifischen Erziehung. Gäbe es die nicht, spielten Jungen auch gerne mit Puppen und Mädchen mit Werkzeugkästen.

Sieht man kleine Mädchen mit lackierten Fingernägeln und Schmuck, dann sind die Eltern oder die Gesellschaft daran schuld und nicht etwa die ewige Natur der Frau, die den Blick in den Spiegel sucht: "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die schönste im ganzen Land?" Der einstige Mao-Einheitslook für Frauen und Männer wäre so das Paradies auf Erden für Genderisten:

Frauen, die nicht mehr als Frauen erkennbar sind! Aber wie begründet der Genderismus, daß die soziale Natur der Frau, daß das ihr gesellschaftlich zugeschriebene Frauenbild der biologischen Natur der Frau widerspräche? Solange wir noch so fragen, denken wir die Natur, die biologische Natur als die Norm für das Soziale. Es läge dem ein romantischer Rousseauismus zugrunde: die gute Natur und ihre Korruption durch das Soziale. Sartre weist uns da aber in eine andere Richtung.

Seit Humes Kritik am naturalistischen Fehlschluß, daß das, was ist, uns sagt, was sein soll, wissen wir, daß das, was ist, nur das Material unseres Gestaltungswillens ist. Die Natur ist nur noch der Rohstoff unseres Gestaltungswillens. Unser Wille sagt, was sein soll, und er verfügt dann so über die Natur, daß sie demgemäß gestaltet wird. Sartre mißt so der Natur keinerlei normative Größe zu. Das übernimmt der Genderismus. Das ist auch nur verständlich. Es ist ein leichtes, darzulegen, daß gerade das traditionelle Frauenbild, das sie primär als Mutter und somit als Ehefrau sieht, der biologischen Natur der Frau entspricht.

Wir wissen: Die Natur kennt nur einen Willen, den der Arterhaltung. Dem ordnet sie das Individuum unter: es ist nur um der Arterhaltung willen. Die Natur ist so gesehen sehr konservativ ausgerichtet: Lebenserhaltung ist ihr oberstes Ziel. Das Leben ist dabei beständig bedroht im natürlichen Kampf aller gegen alle.

Nur, von all dem will diese Weltanschauung nichts mehr wissen. Die Naturvergessenheit des Genderismus zeichnet sie als typisches Phänomen der Großstadtkultur aus. Es sei hier *en passant* an die immer noch lesenswerte Darstellung *Oswald Spenglers*: "Die Seele der Stadt" er-

innert. "Der letzte Mensch der Weltstädte will nicht mehr leben, wohl als einzelner, aber nicht als Typus, als Menge; in seinem Gesamtwesen erlischt die Furcht vor dem Tod. Das, was den echten Bauern mit einer tiefen und unerklärlichen Angst befällt, der Gedanke an das Aussterben der Familie und des Namens, hat seinen Sinn verloren.

Die Fortdauer des verwandten Blutes innerhalb der sichtbaren Welt wird nicht mehr als Pflicht dieses Blutes, das Los, der Letzte zu sein, nicht mehr als Verhängnis empfunden. Nicht nur weil Kinder unmöglich geworden sind, sondern vor allem weil die bis zum äußersten gesteigerte Intelligenz keine Gründe für ihr Vorhandensein mehr findet, bleiben sie aus". Das ist nach Spengler das Besondere der Stadtkultur. Offenkundig ist der Genderismus ein Gewächs, ein recht unansehnliches zumal, dieser Asphalt- und Betonkultur.

Nicht die biologische Natur der Frau bildet also den normativen Gegenpol zum sozialen Konstrukt der Frau. Nein, diese frauliche Natur soll geradezu entwertet werden zum Rohmaterial der freien Selbstbestimmung der Frau. Sie will nur noch ein Projekt sein, ein Selbstentwurf. Für einen solchen Selbstentwurf wäre eine normative Natur nur eine unzumutbare Einschränkung.

Ja, jedes normative Frauenbild verkleinerte die Freiheit der Frau, sich frei zu entwerfen. Sartre: "Der Mensch ist zuerst ein Entwurf, der sich subjektiv lebt". Nur drängt sich nun ein gravierendes Problem auf: wenn es keine normativen Kriterien zur Prüfung eines Entwurfes der Selbstbestimmung von Frauen gibt, wie und mit welchem Recht wird dann das jetzige sozial konstruierte Frauenbild kritisiert?

Es bliebe nur die reine Formalität, daß das gesellschaftlich konstruierte Frauenbild nicht eine Hervorbringung ungebundener Subjektivität von Frauen sei! Nur weil das Frauenbild ein soziales sei, widerspräche es dem Ideal der Selbstbestimmung. Nimmt man dies Argument ernst, wird die Frau und überhaupt der Mensch nur ein freies Wesen werden können, wenn er asozial, außerhalb jeder Gesellschaft lebte.

Denn jede Gesellschaft bringt Rollenbilder hervor, geschlechtliche von Mann und Frau, soziale von Lehrer und Schüler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, beliebig ergänzbar, die so die jeweilige Freiheit der Menschen auflösen, weil sie keine freie Selbstbestimmung mehr zuließen. Wußte Aristoteles noch, daß der Mensch von Natur aus ein soziales Wesen ist, so wird im Genderismus das Soziale zum Feind der individuellen Freiheit.

Jede Frau habe das Recht, sich so zu bestimmen, wie sie es möchte, ohne jede Rücksicht auf das Sozialwesen, in dem sie lebt. Zugleich fordert diese asoziale Selbstbestimmung aber, daß sie unbedingt von der Gesellschaft bejaht bzw. akzeptiert werden muß. So reduziert sich die Kritik an der sozialen Konstruktion des Frauenbildes auf die These, daß, weil es sozial ist, nicht individuell ist, und nur individuelle Entwürfe entsprächen dem Ideal selbstbestimmten Lebens.

3. Die Revolte wider Gott

Sartre erfaßt das widergöttliche Anliegen des Genderismus treffend: Wenn es einen Gott gäbe, dann hätte dieser Gott als Schöpfer dem Menschen eine Natur gegeben, die dann normativ für den Menschen wäre. Meiner Wahl, also meiner Existenz ging die Essenz meines Menschseins voraus und diese normierte meine Selbstbestimmung.

Soll dagegen meine Selbstbestimmung ein reiner Freiheitsakt sein im Sinne von Willkür, dann darf meiner Wahl keine normative Vorgabe vorangehen. Eine von Gott geschaffene Natur, die mir sagte, so soll ich sein, verhindert eine freie Selbstbestimmung unter der Prämisse, daß ich Freiheit als Willkür verstehe. So revoltiert der Genderismus gegen den Schöpfergott, indem er die von Gott gewollte Unterscheidung von Mann und Frau beseitigen will!

Der Genderismus kämpft so gegen die Natur der Frau wie gegen die Natur des Mannes. Denn die natürlichen Unterschiede von Frau und Mann und die darauf aufbauende soziale Differenz von Frau und Mann sind ja die Schöpfungsordnungen Gottes, die Gott gab, damit menschli-

ches Leben ermöglicht wird und gelingen kann. Der Archetyp aller menschlichen Revolutionen gegen Gott bildet ja der Aufstand der Rotte Korach wider die gottgewollte Hierarchie mit den Parolen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. (politisch korrekter) Geschwisterlichkeit.

Die ihm nachfolgenden Revolten, von Luther über die Französische Revolution bis zum Genderismus sind so gesehen nur Mutationen dieses Urbildes der Revolte wider Gott und seine Ordnung.

4. Die sexuelle Revolution

Oberflächlich betrachtet, ist die sogenannte sexuelle Revolution ein Produkt des Scheiterns des orthodox-marxistischen Klassenkampfkonzeptes. Als das Subjekt der erlösenden Revolution, die Arbeiterklasse unter Führung von kommunistischen Avantgardeparteien die Hoffnung Linksintellektueller nicht erfüllte, begann u.a. *Max Reich* mit der These: das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft sei die Unterdrückung der Sexualität, und darauf aufbauend formiere sich erst der Widerstreit von Kapital und Arbeit.

Deshalb müsse, wer die bürgerliche Gesellschaft revoltieren wolle, die Sexualität aus dem Gefängnis der bürgerlichen Gesellschaft befreien. Das war sozusagen der revisionistisch-marxistische Grundsatz der Kampagne der sexuellen Revolution.

F. Engels sagte: "In der Familie ist der Mann der Bourgeois und die Frau repräsentiert das Proletariat". Der Kampf um die Befreiung der Sexualität verband sich mit dieser marxistischen Familienkritik und wurde so zum Kampf wider die Familie. So urteilt Popov: "Das traditionelle Familienleben und die Religion waren die hauptsächlichen Träger der alten Kultur. Deswegen war die Politik der Befürwortung von Abtreibung eines der Instrumente der gewünschten vorrevolutionären Zerstörung der russischen Familie und der russischen Kultur".

5. Die Technik als unser Schicksal?

Nur wird so die Tiefgründigkeit dieser Bewegung übersehen. Konzentrieren wir uns auf das Hauptproblem. Es ist die Abtrennung der Sexualität von der Fortpflanzung. Die Technik ermöglichte dies, so daß es zum Regelfall wird, daß Sexualität gelebt wird unter dem Ausschluß der Möglichkeit, daß durch die gelebte Sexualität Nachwuchs entsteht. Die Pille und die vielen anderen Verhütungsmittel erlauben es, Sexualität zu leben, ohne daß Nachwuchs entstehen kann. Ja, es bedarf jetzt des besonderen Willensentschlusses der Partner, auf die Verhütung zu verzichten, damit ein Kind entstehen kann.

Die Technik, wenn man will, der technische Fortschritt ermöglichte erst diese Trennung von Sexualität und Fortpflanzung. Die Natur des Menschen wird somit durch diese Technik überlistet. Erfand die Natur den Lustgewinn beim Fortpflanzungsakt, damit die Menschen sich fortpflanzten, - würde der Mensch sich nur motiviert durch die Einsicht in die Pflicht zur Fortpflanzung zur Arterhaltung fortpflanzen, er wäre wohl längst mangels Nachkommen ausgestorben-, so trennt nun die Technik den Akt der Fortpflanzung mit seinem Lustgewinn von der Frucht der Fortpflanzung, dem Nachwuchs.

Jetzt, wo der Gebrauch von technischen Verhütungsmitteln zur Regel geworden ist, erscheint auch die Sexualität als etwas Selbstzweckliches, das nur um des Genusses willen praktiziert wird. Das wiederum legitimiert alle Arten praktizierbarer Sexualität, wenn sie den Praktizierenden nur Lust bereiten. Das ist der Kern der Forderung der gesellschaftlichen Anerkennung aller sexuellen Praktiken, sofern sie nur alle Beteiligte befriedigt. Daß die Sexualität wesenhaft auf die Fortpflanzung und die Nachkommenschaft ausgerichtet ist, wird in den Zeiten der Verhütungsmittel nur noch zum moralischen Appell.

Faktisch ist diese Ausrichtung beseitigt. Faktisch gab es vor den technisch-künstlichen Mitteln der Verhütung von Schwangerschaften Methoden der Verhütung, so etwa die Propagierung des Analverkehrs durch den Radikalaufklärer Marquise de Sade, aber erst durch die Allgegenwart der künstlich-technischen Verhütungsmethoden kommt es faktisch zur Abtrennung

von der gelebten Sexualität und der Fortpflanzung.

Des Menschen Natur ist es, sein Leben zu verkünstlichen. Diese These soll nun an den Anfang einer tiefgründigeren Erfassung des Wesens des Genderismus vorangestellt und kurz erläutert werden. Der Genderismus ist so gesehen ein Nebenprodukt der technischen Revolution.

Ein kurzer Blick auf den zeitgenössischen Menschen reicht, um uns den Grad der Verkünstlichung vor Augen zu führen: von der Brille als künstlicher Sehhilfe, über die Heizung, die uns vor der Kälte nicht nur des Winters schützt, über die Kleidung, die wir statt der Wärme spendenden Behaarung tragen, bis zu künstlichen Ersatzorganen: seitdem der Mensch technische Geräte zur Naturbeherrschung entwickelte, wendete er die Technik auch auf sich selbst an. Wir leben nicht natürlich, sondern technisch-künstlich.

Der Mensch versteht die Natur als Aufgabe zur Umgestaltung. Nur in Mußestunden meditiert er in der Natur, betrachtet sie genießend. In der Regel ist sie dem Menschen nur ein Rohstoff. Der Schreinermeister sieht ein Stück Holz, und schon betrachtet er es unter der Fragestellung: wozu kann ich dies Stück verarbeiten?

Da wir Menschen selbst ein Teil der Natur sind, machen wir uns selbst zum Rohstoff für eine technische Weiterverarbeitung. So gesehen entspricht es dieser Neigung des Menschen, die Natur und somit auch die eigene durch Technik zu beherrschen, daß der Mensch durch künstliche Verhütungsmittel die gelebte Sexualität von der Fortpflanzung abtrennt. Er entnaturalisiert damit die Sexualität. Sie wird jetzt nur noch um des reinen Lustgewinnes willen praktiziert unter Ausschluß der Hervorbringung von Nachwuchs.

Der Mensch überlistet somit mittels der Technik die Vernunft der Natur. Am Endpunkt dieser Entwicklung werden wir auf eine künstlich unfruchtbar gemachte Sexualität stoßen, die Sexualität wird gelebt unter dem Ausschluß von der Möglichkeit der Entstehung von Kindern und einer künstlichen Fortpflanzung.

Das meint, daß die Nachkommen *in vitro* erzeugt, vom Brutkasten zur Kita kommen ohne natürliche Eltern und ganz und gar mutterlos. Das wäre der Endpunkt der Verkünstlichung des menschlichen Lebens. Wem dies nur als grausige Zukunftsromanphantasie vorkommt, der mag genau hinschauen, wie weit wir schon auf diesem Weg vorangeschritten sind.

Es bleibt die bedrückende Frage: lassen wir den technischen Fortschritt über uns herrschen oder gelingt es dem Menschen, den Fortschritt selbst im humanen Geiste zu beherrschen? Der Genderismus will die totale Verkünstlichung des Menschen bis dahin, daß Frauen und Männer gleichermaßen durch Kunstoperationen ihr Geschlecht beliebig ändern können. Ich brauche nicht mehr zu sein, wozu mich die Natur bestimmt, also Frau oder Mann zu sein, weil ich mein Geschlecht dank der Technik künstlich beliebig verändern kann.

Die Sexualität wird dabei zu einer Quelle reinen Lustgewinnes, weil sie von dem Ziel der Sexualität, dem der Fortpflanzung völlig emanzipiert ist. Dieser durch die Technik ermöglichten Sexualität ohne Fortpflanzung korrespondiert dann die durch den technischen Fortschritt ermöglichte Fortpflanzung ohne Sexualität, die rein künstliche Fortpflanzung. Die Erziehung der künstlich erzeugten Kinder wird dann zur reinen Staatsaufgabe. Das macht dann die Mutterschaft und die Elternschaft völlig überflüssig.

6. Das soziale Umfeld des Genderismus

Die Weltanschauung des Genderismus hat sich natürlich nicht in einem luftleeren Raum entwickelt. Die Katholische Sozialethik definierte einst als gerechten Lohn, daß der Ernährer der Familie so viel verdiene, damit er davon die Familie, die Frau und die Kinder unterhalten könne. Marxisten meinten, daß der Mindestlohn ausreichen müsse zur Reproduktion der Arbeitskraft als Ware für den Arbeitsmarkt.

Das meinte auch die Perpetuierung der Arbeitskraft in der Institution der Familie durch den eigenen Nachwuchs. Denn die Wirtschaft funktioniert nicht ohne genügend Arbeitskräfte, die

die arbeitende Klasse hervorbringt als zukünftige Werk tätige. Um es ökonomisch auszudrücken: es muß viel investiert werden, bis daß aus der befruchteten Eizelle eine den Ansprüchen des Marktes genügende Arbeitskraft hervorgebracht worden ist. Das sind rein ökonomisch betrachtet nur Unkosten. Die Internationalisierung des Arbeitsmarktes bringt hierfür die Lösung. In sogenannten Dritte-Welt-Staaten läßt man die Arbeitskräfte von der Geburt an ausbilden, um sie dann in die hoch entwickelten Industriestaaten zu importieren.

Die Entwicklungskosten der Arbeitskraft werden so eingespart, sie tragen allein die Entwicklungsländer, unterstützt durch die Entwicklungshilfe. In den entwickelten Industriestaaten dagegen animiert man die Frau, keine Kinder zu bekommen, damit sie einerseits uneingeschränkt dem freien Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und damit andererseits die hohen Kosten der "Kinderaufzucht" im eigenen Lande vermieden werden.

Der Genderismus ist so gesehen die Wohlstandsideologie von Frauen, die die Notwendigkeit des Nachwuchses den Frauen der "unterentwickelten" Länder aufbürdet, um selbst kinderlos die Früchte der Mutterschaft anderer Frauen zu genießen in Form des Importes von ausgebildetem Nachwuchs aus den sogenannten Dritte-Welt-Staaten. Denn gerade auch die jetzt kinderlos lebenden Frauen können weiterhin nur leben, wenn irgendwelche Kinder später für sie sorgen, wenn auch nur als Finanzierer ihrer Renten durch Steuerzahlungen!

Die Ausbeutung der Bodenschätze der Dritten Welt wird so ergänzt durch die Ausbeutung des Kinderreichtums der Dritten Welt. Dort sollen die noch intakten Familien Kinder hervorbringen, damit die hiesigen Frauen sich der Mühe und der Unkosten des Kindernachwuchses entziehen können.

Darin manifestiert sich die asoziale Einstellung des Genderismus. Sie will die Willkürfreiheit von einigen Frauen zulasten der vielen anderen in den "Entwicklungsländern".

Diese asoziale Einstellung paßt aufs Beste in einen von allen sozialen Verpflichtungen sich emanzipierenden Turbokapitalismus, dem Motor der Globalisierung. Damit zeigt sich mal wieder, wie sehr der hl. Vater Franziskus im Recht ist, wenn er immer wieder den Kapitalismus als unsoziale Gestaltung des Wirtschaftslebens kritisiert.

7. Der radikale Aufstand gegen Gott, der zweite Grundsatz

In loser Anlehnung an Ernst Noltes Diktum von den Widerstandsformen gegen die Globalisierung sei von den verschiedenen Widerstandsformen wider die Herrschaft Gottes gesprochen. Der Mensch revoltiert wider Gott. Die radikalste Widerstandsform gegen Gott ist das menschliche Nein zur Fortpflanzung, zum Leben. Gott schuf den Menschen. Der Gott des Lebens will Leben und darum schuf er den weiblichen und männlichen Menschen.

Nur so kann dieser sich fortpflanzen und somit den Tod natürlich überwinden. Mancher Bibelleser wird vielleicht den göttlichen Imperativ an den Menschen, das erste Gebot, das Gott Frau und Mann gab: "seid fruchtbar und mehret euch!" als peinlich empfinden.

Hätte Gott den Menschen nicht etwas Geistiges, Höheres anbefehlen können, etwa: strebet nach der Gotteserkenntnis, lebt heilig? Nein: der Grundauftrag lautet: pflanzt euch fort. Könnten wir nicht einwenden: das tun die Menschen schon von Natur aus ob ihres sexuellen Fortpflanzungstriebes.

Dieser göttliche Imperativ sei so gesehen überflüssig. Eigentlich hätte Gott statt dessen anordnen müssen: pflanzt euch gemäß der Ordnung der Ehe fort, denn die bloße Fortpflanzung würde sich auch instinkthaft natürlich ohne einen göttlichen Imperativ ereignen! Nur, Gott selbst ordnet dies als seinen ersten Befehl an Mann und Frau an! Können wir dafür einen Grund eruieren? Ja, der göttliche Imperativ sagt, daß es der ausdrückliche Wille Gottes ist, daß der Mensch sich fortpflanze.

Simone de Beauvoirs Nein! zur Mutterschaft, weil die Mutterschaft die Sklaverei der Frau sei, ist so die radikalste Auflehnung gegen Gott, gegen sein erstes Gebot, daß er als der Schöpfergott das menschliche Leben will und daß es sich darum fortzupflanzen hat. Der göttliche Im-

perativ impliziert aber noch etwas anderes: daß der Mensch wirklich die Möglichkeit hat, Nein zum Leben zu sagen in der Form des Freitodes und des Neins zur Fortpflanzung.

Der Mensch wird nicht so durch seinen Lebenswillen und seinen Willen zur Fortpflanzung determiniert, daß er sich nicht frei gegen sein Leben und das menschliche Leben stellen könnte. Weil der Mensch nein zum Leben, zur eigenen Arterhaltung sagen kann, verpflichtet Gott den Menschen durch dies erste Gebot zum Leben und somit zur Arterhaltung durch die Fortpflanzung.

Im Ersten Timotheusbrief (2, 15) wird dieser göttliche Imperativ in der Darlegung des *Ordo salutis* der Frau noch einmal bestätigt: Die Frau werde dadurch gerettet, daß sie Kinder zur Welt bringt und fromm lebt.

Die göttlichen Ordnungen der Ehe und des Staates sind so Gottes Ordnungen zum Erhalt und das heißt immer auch zur Fortpflanzung des Menschen angesichts der Bedrohung des Lebens durch den Tod. Der metaphysische Gehalt dieser genderistischen Revolte ist sein Nein zum Leben in der Verweigerung der Fortpflanzung.

8. Die große Täuschung: das Ideal der Selbstbestimmung

Man könnte nun das Anliegen der Genderstudien reduzieren auf dem Imperativ: da, wo bisher die gesellschaftliche Fremdbestimmung der Frau durch das Konstrukt der Natur der Frau war als normative Vorgabe für die Frau, soll nun die Realität völliger Freiheit der Selbstbestimmung der Frau treten. Jede Normativität, jedes normierende Frauenbild wäre so ein Angriff auf die vollkommene Freiheit der Frau. Nur, zu unserer Enttäuschung: immer dann, wenn sich nun eine Frau frei dazu entscheidet, gemäß dem traditionellen Frauenbild zu leben und ihr Glück in Liebe und Familie zu finden und nicht im werktätigen Berufsleben, sind unsere Genderisten empört!

Eine Frau entscheide sich nur frei, wenn sie sich gegen das traditionelle Frauenbild entscheide. Sonst triebe sie einen Mißbrauch mit ihrer Freiheit! Die Frau ist so gesehen dazu verpflichtet, sich ihre Freiheit zu bewahren, indem sie, wozu auch immer sie sich positiv entscheidet, sich negativ gegen das traditionelle Frauenbild zu entscheiden hat. Sie darf alles sein wollen, nur nicht Frau im klassischen Sinne! Das ist die große Intoleranz des Genderismus.

Im Hintergrund steht dabei die Vergötzung der Erwerbsarbeit durch Karl Marx in seiner These, daß der Mensch sich durch seine Arbeit selbst hervorbringe, moderner formuliert: selbstverwirkliche.

Dies gälte aber nur für die Erwerbsarbeit, nicht für die Arbeit in der Familie, für die Frau, deren Beruf die Mutterschaft ist. Sie arbeitet nicht und soll deshalb möglichst schnell um ihrer Menschwerdung willen in die kapitalistische Wirtschaft integriert werden. Die Frau soll so von der Familie und der Mutterschaft vollkommen emanzipiert werden, damit sie, wie der Mann, uneingeschränkt der Wirtschaft zur Verfügung steht! Die Frau wird so der Ökonomie geopfert!

Einfach gesagt: wenn unser kleines Mädchen im Kindergarten, wo nach Meinung nicht nur der katholischen Caritas die Erziehung im Ungeiste des Genderismus anzufangen hat, wenn also unser kleines Mädchen mit Puppen spielen will, dann ist dort die Hölle los: So nicht! Du mußt jetzt mit Schraubenziehern spielen, damit so früh wie möglich die Umerziehung erfolgversprechend beginnt! Die Kitas und Kindergärten sollen so zu Umerziehungslagern im Geiste des Genderismus werden. Wehe, wenn die Kleinen natürlich bleiben wollen!

Das ist der totalitäre Charakter dieser Revolte wider Gott. Es ist bezeichnend, daß die Homosexlobby heute die führende Kraft im Kampf wider die Meinungsfreiheit ist in ihrem Anliegen, jede Meinungsäußerung, die nicht mit ihrer Homo-Sexideologie übereinstimmt, verbieten zu wollen und strafrechtlich zu verfolgen.<<

22.08.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. August 2014: >>**Mega-wattgroßer Forschungsbedarf**

"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik

Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.

Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftssträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?

Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen

Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.

Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt sich um die am besten entwickelte Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stundengenau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.

Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) während einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas-Technologie" müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.

Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden. Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.

Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwendendes Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.

Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H₂) und Kohlenstoffdioxid (CO₂) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH₄) erzeugt. Genial: Das CO₂ aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO₂-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO₂ liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden.

Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Indu-

strie eingesetzt wird, ist laut dena für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unterschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<

18.09.2014

BRD: Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtet am 18. September 2014 über die Pressefreiheit (x1.030/...): >>Pressefreiheit wird nur noch simuliert

von *Udo Ulfkotte*

Unsere Leitmedien im deutschsprachigen Raum sind jetzt wie gleichgeschaltet. Sie berichten nur noch nach den Regeln der Politischen Korrektheit, betreiben im Interesse der USA Kriegshetze gegen Rußland und unterdrücken den freien Informationsfluß. Mein väterlicher Freund Peter Scholl-Latour, den ich vor rund 25 Jahren im Krieg im Nahen Osten kennenlernte, hat mich stets darin bestärkt, vor allem jene Kriegstreiberei der Amerikaner nicht mitzumachen, bei denen deutsche Journalisten nur noch US-Marionetten sind.

Nicht nur mir fällt auf, daß es inzwischen immer mehr dieser Marionetten in deutschen Redaktionsstuben gibt. Die Bürger da draußen werden belogen, betrogen und für dumm verkauft! Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.

Tag der Wahrheit

Als vor wenigen Tagen mein neues Sachbuch "Gekaufte Journalisten - Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Medien lenken" erschien, da brach in vielen Redaktionen ein Sturm der Entrüstung los. Denn zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik beschreibt ein Insider, wie Journalisten im Hintergrund gekauft und im Interesse von Politik, Geheimdiensten und Hochfinanz gelenkt werden. Vor allem:

Zum ersten Mal nennt jemand Massen konkreter Namen korrupter Journalisten und beschreibt die Vorgänge so detailliert, wie es eben nur jemand kann, der selbst in diesen Netzwerken eingebettet war. Ich habe mir damit viele Feinde gemacht. Aber es gibt auch Unterstützung von prominenter Seite.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) gilt als eine der renommiertesten deutschen Zeitungen. Dieses Bild hat nach mir jetzt auch der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer erschüttert. Wimmer, der verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Staatssekretär im Verteidigungsministerium war, sagt: "Ich kann mich sehr gut an ein langes Gespräch mit einem mir seit Jahrzehnten bekannten führenden FAZ-Mitarbeiter erinnern.

Der machte deutlich, wenn das State Department noch rechtzeitig vor Drucklegung nachts anruft, dann kommt der gewünschte Artikel am nächsten Morgen in die Zeitung." Wie bitte? Das amerikanische Außenministerium kann darüber bestimmen, ob und welche Artikel in der renommierten und angeblich so unabhängigen FAZ erscheinen?

Es sind solche Aussagen, welche derzeit nicht nur unter Journalisten für erhebliche Unruhe sorgen. Denn in dem neuen Sachbuchbestseller *Gekaufte Journalisten* wird detailliert beschrieben, wie die großen Journalisten der Leitmedien uns Bürger im Interesse der Mächtigen manipulieren.

Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als "Verschwörungstheorie", daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren. Und nun ent-

hülle ich, was wirklich hinter den Kulissen passiert. Ich schäme mich heute dafür, daß ich 17 Jahre für die Frankfurter Allgemeine Zeitung gearbeitet habe.

Bevor ich die geheimen Netzwerke der Macht enthülle, übe ich konsequent Selbstkritik. Ich dokumentiere zum ersten Mal, wie ich für meine Berichterstattung in der FAZ geschmiert und die Korruption gefördert wurde. Und ich enthülle, warum Meinungsführer tendenziös berichten und wie der verlängerte Arm der NATO-Pressestelle Kriege medial vorbereitet. Wie selbstverständlich wurde ich als FAZ-Autor in die Netzwerke amerikanischer Eliteorganisationen aufgenommen, erhielt im Gegenzug für positive Berichterstattung in den USA sogar eine Ehrenbürgerurkunde.

Ich beschreibe, in welchen Lobbyorganisationen welche Journalisten vertreten sind, nenne Hunderte Namen und blickt auch hinter die Kulissen jener Organisationen, welche unsere Medien propagandistisch einseitig beeinflussen, etwa: Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, German Marshall Fund, American Council on Germany, American Academy, Aspen Institute und Institut für Europäische Politik.

Enthüllt werden zudem die geheimdienstlichen Hintergründe zu Lobbygruppen, die Propagandatechniken und die Formulare, mit denen man etwa bei der US-Botschaft Fördergelder für Projekte zur gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland abrufen kann. Können Sie sich vorstellen, daß Geheimdienstmitarbeiter in Redaktionen Texte verfassen, welche dann im redaktionellen Teil unter den Namen bekannter Journalisten veröffentlicht werden? Wissen Sie, welche Journalisten welcher Medien für ihre Berichterstattung geschmiert wurden?

Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, wie renommierte "Journalistenpreise" vergeben werden? Da geht es im Hintergrund zu wie bei den einstigen Ehrungen der "Helden der Arbeit" in der früheren DDR, da wird Propagandaarbeit ausgezeichnet. Vom Journalisten zum Propagandisten ist es nicht weit. Am Ende wird klar: Meinungsvielfalt wird jetzt nur noch simuliert. Denn unsere "Nachrichten" sind häufig reine Gehirnwäsche. Und deshalb unterstütze ich Aktionen wie den Tag der Wahrheit.<<

10.10.2014

Australien: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 10. Oktober 2014 über die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>Clark zum Quadrat

Der australische Historiker Douglas Newton und die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Werner Lehfeldt

Der in Australien lehrende Historiker Douglas Newton will mit seinem Buch "The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914" für Unruhe sorgen, vor allem in Großbritannien. Diese Absicht verwirklicht er, indem er die "Standardgeschichte" von Großbritanniens Eintritt in den Krieg im August vehement in Frage stellt und attackiert.

Gemäß diesem Mythos hat Großbritannien in der Julikrise alles unternommen, um den Krieg abzuwenden. Die vorgeblich erst am 4. August getroffene Entscheidung, sich schließlich dennoch an ihm zu beteiligen, sei die unvermeidliche Antwort auf die an diesem Tag erfolgende deutsche Invasion Belgiens gewesen. Dieser Entschluß sei im Lande nahezu einmütig gebilligt worden, und es habe nur eine ganz kleine Gruppe pazifistischer Abweichler gegeben.

Das Buch von Newton ist der Widerlegung dieses "tröstlichen Konsenses" gewidmet. "Britanniens Irrtümer leisteten einen signifikanten Beitrag zum Ausbruch der gemeinsamen europäischen Tragödie des Großen Krieges." Die rote Linie, die das Buch durchzieht, ist die Darstellung des Kampfes zwischen den zur Beteiligung am Krieg entschlossenen Interventionisten im liberalen Kabinett, der konservativen Opposition und der Northcliffe-Presse einerseits sowie der den Krieg ablehnenden, auf Neutralität pochenden Kabinettsmehrheit und der Friedensbewegung in der britischen Bevölkerung andererseits.

Der Autor zeigt auf, daß und wie eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern im Kabinett - Premier Herbert Asquith, Außenminister Edward Grey, Winston Churchill als Erster Lord der Admiralität und Lordkanzler Richard Haldane -, die vom Beginn der Krise an zur Durchsetzung von Großbritanniens militärischer Intervention an der Seite Frankreichs und Rußlands entschlossen waren, Entscheidungen trafen, die den Kriegsbeginn beschleunigten. Er belegt auch, daß sie andererseits Schritte unterließen, die geeignet gewesen wären, den Krieg zu vermeiden.

Ferner macht er deutlich, daß der endgültige Beschluß zum Eintritt in den Krieg bereits am 2. August 1914 gefällt wurde. An diesem Tag gab das Kabinett mit hauchdünner Mehrheit Frankreich gegenüber die Versicherung ab, Großbritannien werde dessen Nordküste im Kriegsfall schützen, zu einem Zeitpunkt also, als die deutsche Invasion Belgiens noch gar nicht erfolgt war und der deutsche Botschafter in London das Angebot unterbreitet hatte, Deutschland sei bereit, Belgiens Neutralität und Frankreichs Integrität - einschließlich des Kolonialbesitzes - zu respektieren, sollte Großbritannien in dem heraufziehenden Konflikt neutral bleiben.

Über dieses Angebot wurde das Kabinett von Grey nicht einmal informiert. Hinter dem Beschluß zur Kriegsteilnahme stand vor allem das Streben, "Solidarität" mit Frankreich und Rußland zu bezeugen.

Entschieden wendet sich der Autor auch gegen die weitverbreitete und eifrig gehegte Ansicht, gegen den Kriegskurs habe es kaum Widerstand gegeben. Das Gegenteil war der Fall. Die große Mehrheit des liberalen Kabinetts wollte strikt an einem Neutralitätskurs festhalten, und schließlich reichten vier Angehörige dieser Mehrheitsgruppe ihren Rücktritt ein, zum Zeichen des prinzipiellen Protests gegen Greys Politik, die zum Krieg führen mußte.

Der Autor beschreibt die politischen Entscheidungsprozesse, wie sie sich vom 23. Juli bis zum 4. August abspielten, in einer Art Tageschronik, wobei es ihm ganz wesentlich darauf ankommt, die Zeitpunkte entscheidender Weichenstellungen präzise zu bestimmen. Hierbei zeigt er auf, wie planvoll die Kabinettsminderheit der Interventionisten vorging, um ihr Ziel zu erreichen.

Greys Kriegspolitik umging britisches Gesamtkabinett

Die wichtigsten Schritte auf diesem Weg wurden unter bewußter und konsequenter Umgehung und Ausschaltung des Gesamtkabinetts und des Parlaments unternommen, durch Schaffung von faits accomplis, für die dann nachträglich die deutsche Invasion Belgiens die propagandistisch höchst willkommene, ja herbeigesehnte Begründung lieferte, obwohl sie in Wirklichkeit dazu beigetragen hatten, Rußlands und Frankreichs Kriegswilligkeit noch anzufeuern. Bereits am Wochenende des 25./26. Juli wurde die Flotte auf Initiative Churchills und mit Billigung Greys ohne Konsultation und Beschlußfassung des Kabinetts in den Kriegsbereitschaftszustand versetzt, zu einem Zeitpunkt also, da es in der Julikrise noch keine einzige Kriegserklärung gegeben hatte.

In Frankreich und Rußland wurde diese ihren Londoner Botschaftern von Grey sogleich mitgeteilte Maßnahme natürlich freudig begrüßt und "richtig" verstanden. Am 28. Juli wurde die 1. Flotte nach Norden auf ihre Kriegspositionen beordert. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal entschieden, ob es selbst nur auf dem Balkan tatsächlich zum Krieg kommen würde. Die dramatische Reaktion Rußlands war am nächsten Tag die Verkündung der Generalmobilmachung, nachdem die gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtete Mobilmachung unter möglicher Geheimhaltung bereits am 24./25. Juli angelaufen war.

Parallel zu diesen eindeutig auf den Kriegseintritt zielenden Maßnahmen wurden deutsche Angebote, über Großbritanniens Neutralität im Kriegsfall zu verhandeln, von Grey zurückgewiesen. Der Außenminister war zu keinem Zeitpunkt und zu keinerlei Bedingungen bereit, Großbritanniens Neutralität auch nur in Aussicht zu stellen, selbst dann nicht, als Deutschland

anbot, Belgiens Neutralität zu respektieren.

Er ließ sich bei dieser an Kabinett und Parlament vorbei verfolgten Linie von seiner unverrückbaren Überzeugung leiten, Großbritannien sei unter allen Umständen zur Intervention als Alliiertes Frankreichs und Rußlands verpflichtet, einer Überzeugung, die er bereits 1907 geäußert und seitdem zur Grundlage seiner Außenpolitik gemacht hatte.

Bei der Verfolgung und Durchsetzung dieser Linie wurde er im Außenministerium von seinen konsequent deutschfeindlichen und russophilen Beratern, allen voran den Unterstaatssekretären Arthur Nicolson und Eyre Crowe, unterstützt, um nicht zu sagen gesteuert. Breiteste Unterstützung fand der Interventionskurs "einer Handvoll von Männern" bei der konservativen Opposition und in der Northcliffe-Presse - besonders in der Times -, die nichts ungetan ließen, um die Regierung zum frühest möglichen Zeitpunkt zum Eintritt in den Krieg zu bewegen, damit eine günstige Gelegenheit zur Niederringung des deutschen Wirtschaftsivalen nicht ungenutzt vorübergehe.

Douglas Newton: The Darkest Days. The Truth behind Britain's Rush to War, 1914. Verso Publishers, London/New York 2014 ...<<

17.10.2014

USA: Die "New York Times" berichtet am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

18.10.2014

BRD: Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtet am 18. Oktober 2014 über die Presse und die öffentliche Meinung der Welt (x1.031/...): >>Die Presse als Instrument der Gehirnwäsche

Die veröffentlichte Meinung ist ein Produkt wie jedes andere und wird auch ähnlich produziert. Die wichtigen Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden uns oft vorenthalten, verharmlost, verfälscht oder entstellt vermittelt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn der Politik zu überlassen. Wir alle müssen ihn gemeinsam bewahren.

Tag der Wahrheit

Der folgende Aufsatz fast die wesentlichen Aussagen des Vortrags zusammen, den Wolfgang Berger am 3. Oktober 2014 beim "Tag der Wahrheit" auf dem Marktplatz in Mainz - am Dom - vor hunderten von Zuhörern gehalten hat.

von Wolfgang Berger und Mathias Funk

Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) zeigte einmal in einer Ausstellung ("Making Things Public"), wie die öffentliche Meinung produziert wird: Ganz ähnlich wie andere Produkte auch. Viele Zahnräder drehten sich miteinander und offenbarten Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Letztlich führten sie zu den in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Produzenten: Wenige Familien produzieren die öffentliche Meinung der Welt.

Kaum jemand kann sich ihr entziehen - am wenigsten die Politiker, die darauf angewiesen sind, sie zu berücksichtigen und sie deshalb nach allen Regeln der Kunst ermitteln und erforschen lassen. Die Meinungsforschung gibt deshalb in einer Demokratie die Richtung der Politik vor. Wer sich dieser Wegweisung widersetzt, wird schon von den Medien abgesetzt, denn er hätte keine Chance gewählt oder wiedergewählt zu werden.

Die Presse gestaltet die Meinung der Bevölkerung mit verschiedenen Instrumenten: Verschweigen, Verunglimpfen, Verfälschen und Verharmlosen. Zu jedem dieser Instrumente ei-

nige Beispiele:

Passagierflugzeuge als Anschlagssziele

Seit 20 Jahren ist die Technik der Fernsteuerung von Flugzeugen ausgereift und einsatzbereit. Das Flugzeug wird den Piloten praktisch entwendet; sie können seinen Kurs und seine Flugmanöver nicht mehr beeinflussen; wie ein Modellflugzeug wird es von ganz woanders gesteuert.

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 ist die Möglichkeit einer Fernsteuerung der Passagierflugzeuge, die in das World Trade Centre geflogen sein sollen und es zum Einsturz gebracht haben sollen, nicht untersucht worden. Der Finanzjournalist Lars Schall hat eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen ausgewertet, die zeigen, daß eine dreistellige Zahl von US-Amerikanern ihr Vermögen durch diesen Anschlag innerhalb weniger Tage ver Hundertfachen konnte. Der frühere Leiter der Deutschen Bundesbank Ernst Welteke hat gesagt, daß solche erfolgreichen Spekulationen ohne ein bestimmtes Wissen und ohne Vorinformationen weder geplant noch ausgeführt werden können.

Wenige Tage vor dem Terroranschlag ist bekannt geworden, daß im Pentagon - dem Verteidigungsministerium der USA - 2.300 Milliarden Dollar verschwunden sind. Einige Medien waren dabei, dieses Geheimnis aufzudecken und den möglicherweise größten Finanzskandal aller Zeiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Verteidigungsminister Donald Henry Rumsfeld hat am Tag vor den Anschlägen öffentlich zugegeben, daß dieser Betrag "verschwunden" ist.

Nun ist bei dem Anschlag aber zufällig und ausgerechnet die Buchhaltung des Pentagon zerstört worden. Dort - dicht über dem Boden - soll ein Flugzeug hineingeflogen sein und sämtliche Unterlagen zerstört haben. Eine Aufklärung ist jetzt nicht mehr möglich. Abgesehen davon hatten die Medien danach anderes zu berichten.

In der offiziellen Version zum Terroranschlag 9/11 wird erklärt, warum mehrere Flugzeuge innerhalb weniger Stunden unbemerkt in den am besten bewachten Flugraum der Welt eindringen konnten: Es haben Manöver stattgefunden. Alle Bewacher seien abgelenkt gewesen und die Sicherheitssysteme abgestellt, um die Manöver nicht zu stören.

Im Jahre 1962 haben die Stabchefs der US-Streitkräfte die so genannte Operation Northwoods geplant und Präsident John F. Kennedy vorgeschlagen, den Plan auszuführen: Eine mit Amerikanern voll besetzte Linienmaschine sollte vom US-Militär abgeschossen werden. Gefälschte Beweise sollten darauf hinweisen, daß Kuba dieses Verbrechen mit Hilfe der Sowjetunion durchgeführt habe. Die Operation hatte das Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für einen vernichtenden atomaren Schlag gegen die Sowjetunion zu produzieren. Kennedy genehmigte die Operation nicht.

Im Jahre 2006 hat die US-Außenpolitik das Prinzip der "Nuclear Primacy" wieder belebt - der Fähigkeit einen atomaren Erstschlag so auszuführen, daß der Gegner zu einer Gegenreaktion nicht mehr in der Lage ist. In der Zeitschrift "Foreign Affairs" - dem Sprachrohr der amerikanischen Außenpolitik - stand am 30. Mai 2014 ein Beitrag, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auch in der Ukraine fordert, weil so die "Nuclear Primacy" gesichert werden könne.

Malaysias Justiz im Fokus

Im Jahre 2014 sind zwei Passiermaschinen von Typ Boing der staatlichen Fluglinie Malaysias vom Kurs abgewichen. In beiden Fällen fanden alle Passagiere den Tod. Malaysia erleidet dadurch hohe Verluste, weil kaum noch Flüge mit dieser Gesellschaft gebucht werden. Wäre es eine private Gesellschaft, hätte sie Konkurs anmelden müssen. Warum gerade Malaysia? Malaysia ist der wirtschaftliche erfolgreichste islamische Staat mit dem höchsten Lebensstandard der breiten Bevölkerung.

Der oberste Gerichtshof Malaysias hat George W. Bush und Tony Blair als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen beide beim internationalen Gericht für

Menschenrechte in Den Haag vor. Die internationale Kommission zur Verfolgung von Menschenrechten (War Crimes Commission) hat ihren Sitz in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Diese Kommission hat Israel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen angeklagt.

An Bord von Flug MH 370 der Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte und dort nie angekommen ist, saßen 20 Mitarbeiter der US-Firma Freescale Semiconductor Ltd. Sie alle waren chinesische Softwareentwickler. Vier von ihnen hatten ein Patent entwickelt: Eine 1,9 x 2,0 mm große Drohne - kleiner als eine Fliege, die ferngesteuert wird, aufgrund ihrer Winzigkeit fast überall unbemerkt eindringen und Spionage betreiben kann. Sie kann auch Geräte und Fahrzeuge fernsteuern und Seuchen verbreiten.

Drei Tage nach dem Verschwinden des Flugzeugs ist das Patent eingetragen worden. Patentinhaber sind zu je 20 % die vier Erfinder und die Firma Freescale Semiconductor Ltd. Die firmeninternen Verträge sehen vor, daß beim Tod eines dieser Inhaber seine Rechte an dem Patent zu gleichen Teilen auf die übrigen vier übergehen. Da alle vier Erfinder umgekommen sind, gehört das Patent jetzt der Firma allein.

Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft der Blackstone Group L. P., einer New Yorker Investmentgesellschaft, die Beteiligungen von ca. 160 Milliarden Dollar verwaltet. Ihr größter Anteilseigner ist der britische Investmentbanker Baron Nathaniel Charles Jacob Rothschild. Die Gefahr, daß diese hochbegabten Chinesen vielleicht gegenüber ihrem Heimatland noch loyal sind und in Peking die Geheimnisse der Mikrodrohne verraten, ist gebannt. Vielleicht ist damit sogar Chinas Griff nach der Weltmachtrolle aufgeschoben.

Vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis

Manöver während eines Anschlags scheinen eine Konstante zu sein. Im Juli 2014 führt die NATO gemeinsam mit den ukrainischen Streitkräften ein Manöver mit dem schönen Namen "Sea Breeze" durch. Mit der "leichten Brise vom Meer" sollten NATO-Soldaten ukrainischen Kräften Kenntnisse in elektronischer Kriegsführung vermitteln.

Am 17. Juli 2014 haben bewaffnete ukrainische Kräfte den Kontrollturm des Flughafens Kiew gestürmt. Danach ist die Route des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines, die das Land auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur überfliegen wollte, 200 km nach Norden - über das umkämpfte Gebiet in der Ostukraine - umgeleitet worden. Zugleich ist ein Ukrainischer Kampffjet vom Typ SU-25 mit 30 mm Kanonen an Bord im Steigflug aufgestiegen. In dem Augenblick, wo er die Boeing MH 17 erreicht, verschwindet diese vom Radar.

Ein Fluglotse hat das alles über Facebook mitgeteilt. Der Account ist inzwischen gelöscht und der Fluglotse vom Erdboden verschwunden. Ob er mit dieser Bekanntmachung sein Todesurteil gesprochen hat oder ob er untergetaucht ist, um weiter zu leben, wissen wir nicht. Rußland hat die Ukraine aufgefordert, die Flugbewegungen dieses Tages zu veröffentlichen. Die Ukraine kommt dieser Aufforderung nicht nach.

Die fliegende Radarüberwachung der Ukraine durch die NATO aus großer Höhe ist lückenlos. Zudem ist zeitgleich mit der MH 17 der US-Spionagesatellit MASINT über die Ukraine geflogen, der Raketenabschüsse registriert und Flugbahnen zurückverfolgen kann. Noch am Tag des Abschusses des Flugzeugs hat der Westen Rußland beschuldigt, hinter dem Abschluß zu stecken. Rußland hat unmittelbar danach sämtliche verfügbaren Satellitenaufnahmen veröffentlicht. Die USA und die NATO haben für ihre Schuldzuweisungen keinerlei Beweis vorgelegt.

Doch - zwei Beweise gab es:

Satellitenbilder, die eine Raketen-Abschußrampe der Separatisten in der Ostukraine zeigen. Nachdem die genaue Analyse der Aufnahmen Kiewer Militärgerät gezeigt hat, wurden die Aufnahmen als geheim eingestuft und unter Verschuß gehalten.

Ein vom ukrainischen Geheimdienst abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch von Separati-

sten mit einem russischen Oberst vom 17. Juli 2014. Darin rühmen sich die Separatisten, ein großes westliches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Westliche IT-Freaks haben nun aber entdeckt, daß dieses Gespräch bereits einen Tag vor dem Flugzeugabsturz online gestellt war.

Trotzdem erfüllt die Tragödie ihren Zweck: Die USA sind an einer Aggression gegen Rußland interessiert - auch militärisch - und haben die NATO für ihre Ziele instrumentalisiert. Sie haben Sanktionen beschlossen, denen sich die Europäer zunächst nicht anschließen wollten, weil die europäische Industrie wegen der engen Verflechtung mit Rußland darunter leidet. Nach dem Flugzeugabsturz, den unsere Presse mit "Es war Putins Rakete" und der Spiegel mit "Stoppt Putin jetzt" quittiert, trägt Europa die US-Sanktionen solidarisch mit.

Der Flugschreiber ist längst ausgewertet. Die Ergebnisse werden totgeschwiegen und vielleicht erst dann veröffentlicht, wenn sich nur noch Historiker dafür interessieren. Unserer Presse ist das keine Meldung wert. Malaysia beschuldigt die Ukraine des Flugzeugabsturzes und begründet es mit Fakten. Unserer Presse ist das keine Meldung wert.

Ein moralischer und politischer Greuel

Am 3. September 2014 erklärte US-Präsident Barak Obama, "russische Kampftruppen mit russischen Waffen in russischen Panzern" seien in der Ostukraine eingesetzt. Unsere Medien berichteten gar von einer Invasion russischer Truppen. Aber alle Bilder, die gezeigt worden sind, um diese Invasion zu belegen, waren falsch.

Der Westdeutsche Rundfunk hat am 29. August 2014 ein Bild veröffentlicht und die zentrale Botschaft mit der Überschrift "Rußland auf dem Vormarsch?" bekräftigt. Das Bild zeigte russische Kampfpanzer und der Text zum Bild erläuterte: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.8. ... in die Ukraine." Eine brutale Fälschung. Das Bild stammt aus dem Jahre 2008 und zeigt den Rückzug russischer Kampfpanzer aus Georgien.

Nach vielen Protesten hat sich der Westdeutsche Rundfunk kurz entschuldigt, es sei ein Versehen gewesen, und das Bild ausgetauscht. Auf dem neuen Bild sieht man einen russischen Soldaten aus einem Panzer schauen und dieser sollte sich in der Ostukraine befinden. Aber es ist wieder Kriegspropaganda. Das Bild entstand im März 2014 auf der Krim. Es gab erneut Proteste, so daß das Bild nochmals ausgetauscht werden mußte, diesmal durch das Bild eines Fernsehsprechers im Studio.

Harald Kujat, ehemaliger NATO-General und als Generalinspekteur der Bundeswehr deren ranghöchster Soldat, hat im Detail erläutert, daß sämtliche Beweise, die der Westen gegen Rußland vorbringt - auch die von russischen Truppen auf ukrainischem Gebiet - gefälscht sind. Es gibt keinen Beweis für eine russische Militärpräsenz in der Ukraine. Unserer Presse ist auch das keine Meldung wert. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt.

Jetzt wird uns berichtet, daß der Sieben-Punkte-Plan, den Putin zur Lösung des Ukraine-Konfliktes vorgeschlagen hat, vom Westen abgelehnt worden ist. Warum? Weil er den Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine nicht vorsieht. Wie aber sollen Truppen zurückgezogen werden, die gar nicht da sind? Dieser eine Satz dient der Programmierung unseres Unterbewußtseins, dem immer eingetrichtert wird: In der Ukraine sind russische Truppen.

Weiter wird berichtet, die USA haben Rußland aufgefordert, die Aggressionen zu beenden. Der tatsächliche Aggressor, der eine Regierung unterstützt, welche die eigene Bevölkerung bombardiert, massakriert und in eine humanitäre Katastrophe stürzt, beschuldigt das Land, das mit hunderten von LKW Hilfe schickt und eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, deren Häuser, Strom- und Wasserversorgung von ihrer eigenen, ukrainischen Regierung zerschossen worden sind, der Aggression. Was ist das für eine Heuchelei?

Die Schotten haben sich gegen die Unabhängigkeit von Großbritannien entschieden. Wie hätten sie wohl reagiert, wenn England Schottland wegen seines Unabhängigkeitsstrebens in

Schutt und Asche gebombt hätte? Die westliche Unterstützung für die ukrainische Regierung hat eines bewirkt: Daß aus dem Land nie mehr eine Einheit werden kann.

Die globale Staatsstreichmaschine

Seit 1953 haben die USA "für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" insgesamt 40 Staatsstrieche inszeniert: Iran (1953), Guatemala (1954), Thailand (1957), Laos (1958-60), Kongo (1960), Türkei (1960, 1971 und 1980), Ecuador (1961 und 1963), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Dominikanische Republik (1963), Argentinien (1963), Honduras (1963 und 2009), Irak (1963 und 2003), Bolivien (1964, 1971 und 1980), Indonesien (1965), Ghana (1966), Griechenland (1967), Panama (1968 und 1989); Kambodscha (1970), Chile (1973), Bangladesh (1975), Pakistan (1977), Grenada (1983) Mauretanien (1984), Guinea (1984), Burkina Faso (1987), Paraguay (1989), Haiti (1991 und 2004), Rußland (1993), Uganda (1996), Libyen (2011), Ukraine (2014).

Ende 2013 haben 500.000 bis eine Million Menschen auf dem Maidan Nesaleschnosti in Kiew gegen die gewählte Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch demonstriert. Am 18. Februar 2014 wurden ca. 80 Demonstranten aus großer Entfernung durch gezielte, präzise Kopfschüsse hingerichtet. Die Schützen sollen Uniformen der Präsidentengarde getragen haben. Der Präsident mußte deshalb fliehen, er wäre sonst gelyncht worden. Augenzeugen berichten, daß die Schützen nicht die passenden Schuhe zu den Uniformen trugen.

Janukowitsch selbst kann kein Interesse an einem Umsturz gehabt haben. Es fällt aber auf, daß die neue ukrainische Regierung dieses Massaker nicht untersuchen läßt. Es wird einfach totgeschwiegen und vom Absturz von MH 17 quasi übertüncht. Der Westen läßt diese Vertuschung stillschweigend zu. Unsere Presse regt sich nicht darüber auf.

In Odessa sind über 30 russischsprachige Demonstranten von einem Mob gejagt worden und haben sich in ein Gewerkschaftsgebäude geflüchtet. 25 Minuten Videoaufnahmen zeigen, wie junge Mädchen lustig die Molotowcocktails abfüllen, die in das Gebäude geworfen werden. Die Demonstranten versuchten vergeblich, aus dem angezündeten Gebäude zu entkommen und verbrennen bei lebendigem Leibe. Auch dieses Verbrechen wird einfach totgeschwiegen. Der Westen läßt auch hier die Vertuschung stillschweigend zu und unsere Presse legt keinen Finger in die Wunde.

Neben der Einstimmung Europas auf die aggressive Gangart gegenüber Rußland hat der Abschluß der MH 17 offenbar noch einen weiteren Zweck erfüllt: Über diese grauenvollen Verbrechen wird nicht mehr geredet. Eine neue Tragödie beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Offenbar war es als "False Flag Action" (eine Aktion, die anderen untergeschoben werden soll) geplant, ist aber schief gegangen. Die getürkten Beweise ließen sich doch nicht bewerten.

Bei der berühmten Brutkasten-Lüge in Kuwait war das noch anders: Tränenüberströmte berichtete eine Augenzeugin davon, wie irakische Soldaten nach dem Überfall auf Kuwait Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben. Viele haben diesen schrecklichen Bericht in den Abendnachrichten gesehen und natürlich gutgeheißen, den grauenvollen Diktator zu stürzen, der das befiehlt oder zuläßt.

Als später herauskam, daß die "Augenzeugin" die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in Washington D. C. war, daß sie von einer PR-Agentur ein halbes Jahr lang auf diesen Auftritt vorbereitet und von einer Schauspielschule dafür trainiert worden ist, hat es kaum noch jemanden interessiert. Der Irak war bereits in die Steinzeit zurückgebombt. Es ist vorbei und nur noch für Historiker von Interesse.

Obama stellt Rußland auf eine Stufe mit dem IS und Ebola

2011 begann der Aufstand gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi in Bengasi. Das ZDF zeigte uns Aufnahmen der demonstrierenden Massen, die mit Fahnen wedelten und mit wutverzerrten Gesichtern ihren Haß auf den Diktator herausschrien. Wer das sah, hatte

Verständnis für die von der NATO erzwungene Flugverbotszone. Wer die üppigen sozialen Verhältnisse in Libyen kannte, hat sich gewundert. Aber wenige schauen hinter die Kulissen - weder in Libyen noch beim ZDF.

Die geschwenkten Fahnen waren nämlich nicht von Libyen und auch nicht von dessen östlicher Provinz Bengasi, sondern von einem erbitterten Aufstand der schiitischen Bevölkerung von Bahrain gegen ihren Herrscher. Diese Aufständischen wurden von saudischen Leopard-Panzern mit brutalster Gewalt beschossen. Deutschland hatte die Panzer geliefert. Es gab sehr viele Todesopfer, worüber in der Presse kaum berichtet wurde. Die Fehlinformation ist vom ZDF nie korrigiert worden, was darauf hindeutet, daß die Zuschauer bewußt getäuscht werden sollten.

Vor drei Jahren begann mit den ersten Großdemonstrationen auch der Aufstand der Syrer gegen Machthaber Baschar al-Assad. Im letzten Jahr zeigte uns die ARD, wie Assad Demonstranten von Reitern mit zwei Meter langen Holzknüppeln zusammenschlagen ließ, bis sie ohnmächtig und heftig blutend am Boden lagen. Eine genaue Analyse offenbart, daß die Aufnahmen fünf Jahre alt sind und die Niederschlagung von Demonstrationen gegen die von der amerikanischen Besatzung eingesetzte Regierung im Irak zeigen.

Die Gehirnwäsche, die unsere mit steuergleichen Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten betreiben, deutet auch auf das Motiv: Es geht nicht um das Volk von Irak, Libyen oder Syrien. Es geht um die Destabilisierung des gesamten nahen Ostens. So soll dem durch den zweiten Irakkrieg nicht geplanten gewachsenen Einfluß des Iran begegnet werden.

Der sich so bezeichnende "Islamische Staat", dessen siegreicher Feldzug gerade Angst und Schrecken verbreitet, ist genauso ein Kind westlicher Geheimdienste, wie seinerzeit die islamischen Milizen der Taliban in Afghanistan. Ohne eine gewaltige finanzielle Unterstützung kann ein derart wirksamer und effizienter Feldzug nicht geführt werden, ist die Logistik der Versorgung und Wartung modernster Waffen, die das erfordert, nicht zu bewältigen.

Am 24. September erklärte Präsident Obama vor der UN-Vollversammlung in New York, daß Rußland neben dem Islamischen Staat (ISIS), sowie dem Ebola-Virus zu einer der drei größten Bedrohungen gehöre, denen sich die Welt ausgesetzt sähe.

Das ist eine Kriegerklärung von Barack Obama an Rußland - nicht besser als die "Achse des Bösen" von George W. Bush - und sie deutet darauf hin, daß mit Rußland ähnlich verfahren werden soll wie mit dem Irak und mit Libyen. England plant, 6.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge nach Deutschland zu verlegen, weil auf der Insel kein Platz sein soll. Ist Deutschland als Ausgangspunkt eines Angriffs auf Rußland ausersehen? Der angelsächsische Finanzimperialismus braucht jetzt einen Krieg für sein Überleben. Deutschland und Rußland brauchen ihn nicht.

Anne Williamson, eine renommierte Journalistin, die u.a. für das Wall Street Journal geschrieben hat, hat in einer Befragung vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ausgesagt: "Was die US-Politik nach dem Kalten Krieg geschmiedet hat, ist ein moralischer, politischer und finanzieller Greuel auf der Basis von Betrug, Diebstahl und Schwindel."

Vom mittellosen Mafiosi zum Milliardär

Deutschland hat Michail Sergejewitsch Gorbatschow seine Wiedervereinigung zu verdanken und sogar die Erlaubnis, auch das Gebiet der ehemaligen DDR in die NATO zu integrieren. Die NATO wollte sich im Gegenzug nicht über die Oder-Neiße-Linie hinaus ausdehnen.

Nachdem die Vereinigung vollzogen war, haben angelsächsische Stiftungen die Familien von Michail Chodorkowski und dem Alkoholiker Boris Jelzin finanziert, um neben Gorbatschow gleich die ganze Sowjetunion zu entsorgen. Westlichem Kapital sollte der Zugriff auf die weltweit größten Rohstoffvorkommen in Rußland eröffnet werden. Die entsprechenden finanziellen Transaktionen wurden über die New Yorker Riggs Bank abgewickelt, die für die mei-

sten amerikanischen Präsidenten die Bankgeschäfte erledigt hat und dessen Direktor Jonathan Bush ist - eine Onkel von George W. Bush.

Die russischen Oligarchen, die im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung ihrer Bodenschätze und werthaltigen Industriekombinate plötzlich Milliardäre geworden sind, waren zuvor entweder kleine Bürokraten in einem großen Staatsapparat oder mittellose Mafiosi. Wladimir Putin hat dieses Spiel beendet, dem Finanzkrieg gegen russische Bodenschätze einen Riegel vorgeschoben und dadurch die angelsächsischen Kapitalmärkte gegen sich aufgebracht.

Viele der Oligarchen haben sich jetzt dem Zugriff Putins entzogen, sich mit ihren Milliarden nach London abgesetzt, welches deshalb auch Londongrad genannt wird. Ihren gestohlenen Reichtum legen sie auf westlichen Kapitalmärkten an. Der größte russische Ölkonzern war Yukos, den sich Michail Chodorkowski nach der Wende genommen hat.

Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat am 28.07.2014 über die Klage der in der Steueroase Gibraltar ansässigen Holding Group Menatep Limited (GML) gegen die Russische Föderation entschieden: Rußland ist verurteilt worden, wegen der faktischen Enteignung von Yukos 50 Milliarden Dollar an Leonid Newslin zu zahlen.

Chodorkowski hatte ihm seine Geschäftsanteile übertragen, nachdem er sich im Zuge seiner Freilassung aus der Haft verpflichtet hatte, nicht gegen Rußland zu klagen. Newslin hat sich nach Israel abgesetzt. Das Urteil ist vollstreckbar und russisches Eigentum kann daraufhin jetzt überall auf der Welt gepfändet werden.

Voraussetzung für einen Blitzkrieg

Im Mai 2014 ist mit dem Gesetzentwurf S. 2277 der Russian Aggression Prevention Act of 2014 in den US-Senat eingebracht worden. Es geht um Milliardeninvestitionen zur Destabilisierung Rußlands nach dem erfolgreichen Vorbild der Ukraine. So soll es möglich sein, das Land in einem Blitzkrieg zu erobern und zu "befreien". Unsere Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie unsere Zeitungen und Zeitschriften - offenbar fast alle Außenstellen der NATO-Pressestelle - klären uns darüber nicht auf.

Zbigniew Brzezinski - neben Henry Kissinger die einflußreichste "graue Eminenz" der USA - hat in seinem Buch "Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft" dargelegt, daß die Ukraine geopolitischer Dreh- und Angelpunkt Eurasiens ist. Solange Rußland hier Einfluß hat, über die Krim den Zugang zum Schwarzen Meer behält und seine reichen Bodenschätze nicht privatisiert, bestehe die Gefahr, daß hier eine beutende eurasische Großmacht heranwachse.

Mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Ministerpräsidenten, der sich an die Macht geputscht hat und durch einen Hitlergruß aufgefallen ist, wird das Land nun von einem "Einflußagenten" der NATO regiert. Nachdem Jelzin in Rußland nicht mehr zur Verfügung steht, ist nun wenigstens im Nachbarland das Spitzenpersonal linientreu.

Ein Schüler Brzezinskis, Guido Goldman, leitet jetzt den German Marshall Fund und ein Schüler Goldmans, Jochen Bittner, hat an der Rede mitgearbeitet, die der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt hat er angemahnt - auch militärisch. Darüber haben die Mainstream-Medien uns ausführlich informiert.

Auch Robert Kagan, der Ehemann von Victoria Nuland, arbeitet für den German Marshall Fund. Frau Nuland, Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Dick Cheney, ist durch ihren Spruch "fuck the EU" berühmt geworden ist. Cheney hat Präsident George W. Bush während der 9/11-Anschläge im Präsidenten-Airbus auf einen Spazierflug geschickt und sich in den Kommando-Bunker unter dem Weißen Haus zurückgezogen. Was er da getrieben hat, ist nicht bekannt geworden. Noch nicht, denn wir leben in einer Zeit, in der es keine Geheimnisse mehr geben wird, in der nach und nach alles herauskommt.

Ebenfalls im Januar 2014 haben sämtliche Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas sich in Kubas Hauptstadt Havanna zu einem Gipfel der CETAC getroffen - der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Staaten. Sie haben ihre Region zu einer atomwaffenfreien Friedenszone erklärt. Hierüber haben unsere Mainstream-Medien mit keiner Zeile berichtet.

Voraussetzung für Frieden

Im Juli 2014 ist offensichtlich der Versuch gescheitert, mit einem Flugzeugabschuß einen Kriegsgrund gegen Rußland zu schaffen. Den größten Frevel hat Rußland nämlich am 15. Juli im brasilianischen Fortaleza begangen. Vielleicht mußte der Abschluß deshalb schnell gehen und ist in der Hektik nicht sorgfältig vorbereitet worden:

In Brasilien war ein Treffen der BRICS-Gruppe - der Staats- und Regierungschefs von Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Argentinien und die Islamische Republik Iran waren als Beobachter eingeladen. Die hohen Damen und Herren haben eine Strategie beschlossen, den Dollar von seinem Thron als Weltleitwährung zu stürzen. Dieser ermöglicht es nämlich, die ganze Welt in eine Schuldknechtschaft zu stürzen und damit die Dominanz der USA zu erhalten und ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Zwei Mal haben Machthaber die Weltleitwährung Dollar bereits bedroht: Der erste war Saddam Hussein, der für das irakische Öl Euro statt Dollar haben wollte. Unmittelbar nach dieser Forderung ist in Washington D. C. die Entscheidung zum erneuten Krieg gegen den Irak gefallen, der zum Sturz Husseins geführt hat. Als Hussein in einem sieben Jahre langen Zermürbungskrieg das Nachbarland Iran geschwächt und die Kurden im Norden seines Landes vergiftet hat, war er noch der gute Diktator - Kunde des Westens von Waffen und Giftgas. Aber die Dominanz des Dollar in Frage stellen: Da mußte ein Exempel statuiert werden.

Der zweite war Muammar al-Gaddafi. Mit russischen Ingenieuren hat er den größten unterirdischen Süßwassersee der Erde im Südosten Libyens erschlossen, mit dessen Wasser er den ganzen Norden Afrikas für tausend Jahre in einen blühenden Garten Eden verwandeln wollte - und das ohne einen einzigen Dollar Kredit von den internationalen Banken, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Eine solche finanzielle Unabhängigkeit war gefährlich. Nach dem Sturz Gaddafis ist das weit fortgeschrittene Projekt eingestellt worden.

Nach der alten Logik müßten die USA mit ihren Verbündeten nun die BRICS-Staaten in die Steinzeit zurückbomben. So wäre die Dominanz der Dollars als Weltleitwährung erhalten - und damit die Weltherrschaft der Finanzzentren in der City of London und der Wallstreet. So einfach wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien geht das aber nicht. BRICS umfaßt die Hälfte der Weltbevölkerung. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Adam Smith, der große Klassiker der Nationalökonomie, hat im 18. Jahrhundert gesagt: "Es gibt zwei Wege zur Versklavung einer Nation; der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung". Die Montags-Mahnwachen für den Frieden in vielen Städten sind ein wunderbares Zeichen: Kein Volk der Welt will Krieg. Wenn wir korrekt informiert werden, wird die Strategie, uns mit falschen Informationen kriegsgeneigt zu machen, nicht aufgehen.

Eine Finanzordnung, die keinen Krieg mehr braucht, um sich selbst zu erhalten (wie unser gegenwärtiges System) ist einfach. Auf "www.business-reframing.de" können Sie eine faszinierende vierstündige DVD bestellen, die umfassend erklärt, wie das funktioniert und wie ein Systemwechsel zu erreichen ist.

"Der Krieg ist eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen", hat der französische Staatsmann Georges Clemenceau vor hundert Jahren gesagt. Es sieht fast so aus, als hätten viele Meinungsmacher heute die Lektionen aus der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht gelernt. Wir sollten aber jetzt noch ergänzen: Das Finanzsystem ist eine zu ernste Sache, um es Banken und Hedgefonds zu überlassen.

Und der Frieden ist eine zu wichtige Sache, um ihn der Politik zu überlassen. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Demonstrieren Sie mit - ab nächsten Montag in Ihrer Stadt. Die Leipzi-

ger haben so den Eisernen Vorhang eingerissen. Wir alle gemeinsam werden so ein mörderisches und ausbeuterisches System zu Fall bringen. ...

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten bei der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht. Er leitet das Business Reframing Institut in Karlsruhe, mit dem er "Flow" in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de) und ist wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur. ...<<

31.10.2014

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteien-

system, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bössartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellerers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöcher (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt

haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nach-

fragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im

Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

22.11.2014

BRD: Die "Badische Zeitung" berichtet am 22. November 2014: >>Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde

Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...

Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat. Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.

Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken.

Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß - und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.

In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pures Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.

Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.

In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.

Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.

Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.

Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.

Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen. Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzündern eingesetzt.

Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Feder zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff - die Bombe explodierte.

Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzünder lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.

Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit Zeitzünder ohne Vorwarnung - zum Beispiel an einem Radweg in München (2011) und auf einer Wiese in Buseck bei Gießen (2013). Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

Sprengstoff rostet nicht - die Bomben können jederzeit explodieren

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend.

Für - selten gefundene - deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern - nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer - etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.

In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden. Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an. "Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra.

Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrücke und eine Bombe entschärfe, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."

In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstücken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.

Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen.

Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luftbildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden

schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.

Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Freiburg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Betzenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.

"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht.

Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.

Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert. Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.

Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.

Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.

Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe.

Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.

Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbildauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<

27.11.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 27. November 2014: >>**Ausländer belasten deutschen Staatshaushalt übermäßig**

Ausländer in Deutschland zahlen deutlich weniger Steuern und Sozialabgaben als Deutsche. Dies geht aus einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Unter Berücksichtigung aller Staatsausgaben betrage das "Finanzierungsdefizit 79.100 Euro je Ausländer".

Bei Deutschen liegt dieser Wert bei minus 3.300 Euro. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländern liege mit 16,7 Prozent deutlich über der von Deutschen (5,9 Prozent). Zudem kam das ZEW zu dem Ergebnis, daß 2012 in Deutschland geborene Ausländer ohne weitere Integrationsanstrengungen bis an ihr Lebensende 44.100 Euro mehr an Sozialleistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben zahlen würden.

Nur wenn die allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Infrastruktur und Militär, sowie die künftige demographische Entwicklung nicht berücksichtigt werden, entsteht ein leichter Überschuß im Verhältnis von gezahlten Steuern und erhaltenen Sozialausgaben. Er lag 2012 bei Ausländern bei 3.300 Euro und bei Deutschen bei knapp 4.000 Euro. Die Studie kommt zu dem Schluß: "Deutschland profitiert finanziell also beachtlich von seiner ausländischen Wohnbevölkerung."

Wie rechnet die Studie?

Auf der Einnahmenseite führt die Studie folgende Zahlungen von Deutschen und Ausländern an Staat und Sozialversicherungen auf: die Lohn- und Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen (einschließlich Solidaritätszuschlag), die Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Steuern auf Kapital sowie die Steuern auf den Konsum (Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Kfz-Steuer und sonstige Verbrauchsteuern).

Bei der Ausgabenseite werden folgende Leistungen berücksichtigt: die Leistungen der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Transferzahlungen der sozialen Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld), Kindergeld und Elterngeld sowie die Aufwendungen im Bereich der Bildung (Jugendhilfe, Schulen, Universitäten).

Was die Studie allerdings unterschlägt, ist, daß von den allgemeinen Steuern (etwa Lohnsteuer) vom Staat nicht nur Sozialleistungen aufgebracht werden müssen, sondern auch die Ausgaben für Militär, Infrastruktur, Forschung, Integration, Subventionen, Entwicklungshilfe, Zinsen etc.

- Berechnet man alle Ausgaben mit ein, kommt man auf ein Defizit von 79.100 Euro je Ausländer. Läßt man bestimmte Staatsausgaben unberücksichtigt, wird die Zahlungsbilanz je Ausländer leicht positiv.<<

30.11.2014

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/4741" berichtet am 30. November 2014 (x1.049/...): >>**Existiert die Kanzlerakte?**

Man mag das Papier nennen wie man will, ob man es Kanzlerakte, Unterwerfungsbrief oder auch geheimer Staatsvertrag nennt, spielt keine Rolle.

Existiert eigentlich die Kanzlerakte?

Wer die Existenz eines solchen Papiers leugnet, muß gleichzeitig Persönlichkeiten wie Egon Bahr und Gerd-Helmut Komossa als Lügner bezeichnen. Der ehemalige Chef des militärischen Abschirmdienstes "MAD*", Gerd-Helmut Komossa, berichtete in seinem Buch "Die deutsche Karte" sowohl über die Medienhoheit der Alliierten bis zum Jahr 2009 als auch über die Kanzlerakte, die jeder Bundeskanzler vor Ablegung des Amtseides zu unterschreiben hatte, dies um die Vorbehaltsrechte der Alliierten zu bestätigen.

Gleiches berichtet der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, über Willy Brandt, der sich zunächst weigerte, den Unterwerfungsbrief zu unterschreiben, um es letztendlich doch zu tun, genau wie seine Vorgänger Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Wie bekannt sein dürfte, existieren die Alliierten Vorbehaltsrechte bis heute. Warum also sollte dieser, wie Egon Bahr sich ausdrückt, Unterwerfungsbrief nicht mehr existieren?

Das Verhalten der politischen Akteure beweist eher die Existenz eines solchen Briefes. Der Chef der Linken, Gregor Gysi, spricht hier folgerichtig von "Duckmäusertum" der Merkel-Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Recht hat er.

Der Journalist, politischer Aktivist und Autor zahlreicher Bücher über die Außenpolitik Jürgen Elsässer konstatierte über die Souveränität Deutschlands:

"Selbst etwa 70 Jahre nach Kriegsende befinden sich immer noch über 50.000 US-Soldaten, hunderte Panzer und zahlreiche US-Stützpunkte, einschließlich Atomwaffen auf deutschem Boden! Und die Bevölkerung trägt weiter fleißig die Besatzungskosten in Milliardenhöhe! Damit finanzieren deutsche Bürger auch die menschenfeindlichen Drohnenkriege der US-Regierung!

Welche faktisch gesehen Hinrichtungen ohne gerichtliche Urteile von Richtern darstellen!

Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren und das von deutschem Boden aus!" ...

Auszug aus Phönix 17. Jg. Nr. 4/2014 - Phoenix.com@A1.net<<

30.12.2014

BRD: Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 30. Dezember 2014: >>Deutschland ohne Strom - Der große Blackout

Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?

Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen.

Ist die Gefahr eines Stromausfalls am Jahresende besonders hoch?

Das Jahresende galt lange als kritische Zeit für die Stromversorgung. Vor allem, weil früher an Weihnachten Millionen Backöfen gleichzeitig hochgefahren wurden. "Gänsebratenspitze" nannten das die Stromversorger. Doch die ist längst Geschichte, denn die Gewohnheiten der Deutschen haben sich verändert. Und die Stromversorgung auch. Sie ist heute sogar anfälliger für Störungen.

Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt.

Er sieht noch ein weiteres Problem: Viele Netze gehörten heute australischen oder kanadischen Rentenfonds, denen es vor allem um die eigene Rendite gehe. "Die reagieren erst, wenn es Störungen gibt." Und Störungen gab es in den vergangenen Jahren viele. 2005 etwa waren im Münsterland 250.000 Menschen über Tage von der Stromversorgung abgeschnitten, weil viele Strommasten nach einem Schneesturm zusammenbrachen.

"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. Das könnten auch Terroristen leicht ausnutzen. "Mit einer gezielten Sabotageaktion an nur drei Punkten rund um Berlin kann man die gesamte Hauptstadt von der Versorgung abschneiden." Denn wenn das System

nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion, in deren Folge sich immer mehr Kraftwerke abschalteten. Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?

Thomas Leitert geht es nicht darum, Panik zu schüren. Jedenfalls sagt er das. Doch was der Unternehmer in seinem Büro in der Schönhauser Allee mit Blick auf den Fernsehturm erzählt, ist alles andere als beruhigend. Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen. Doch was heißt geschlachtet werden?

Schlachthäuser arbeiten schließlich auch mit Strom. "Sie müßten dann erschossen werden", erklärt Leitert, der sich selbst als Missionar in Sachen Blackout sieht. Er ist aber auch Unternehmer. Mit Partnern wie der Berliner Feuerwehr, der Charité und verschiedenen Hochschulen und gefördert vom Bundesforschungsministerium hat er ein Notstromkonzept für Einsatzkräfte entwickelt, das er nun vermarktet. Denn hier gibt es offenbar akuten Handlungsbedarf. So haben in Berlin beispielsweise nur drei Tankstellen ein Notstromaggregat, in ganz Deutschland nur ein kleine zweistellige Zahl. Und auch nur drei der insgesamt 38 Berliner Feuerwachen.

Leitert sagt, ein lang andauernder Stromausfall würde uns ins Mittelalter zurückwerfen. Das ist vielleicht übertrieben, doch auch ein Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) kam 2010 zu dem Schluß, daß ein zweiwöchiger Stromausfall in mehreren Bundesländern "einer Katastrophe nahe" käme. Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr, erklärt der stellvertretende Leiter des TAB, Christoph Revermann.

Denn Banken, Supermärkte, Ampeln und auch Stellwerke hingen vollständig von der Stromversorgung ab. Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen."

Ist ein großer Blackout denn realistisch?

"Das Szenario ist unwahrscheinlich, aber möglich", sagt Wissenschaftler Revermann, der sich von Berufs wegen mit den Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die Gesellschaft befaßt. Das TAB erhält dazu konkrete Untersuchungsaufträge vom Forschungsausschuß des Bundestages. Die Arbeit an einem Blackoutszenario war für ihn und seine Kollegen ein "Aha-Erlebnis", sagt er. "Es ist erstaunlich, daß sich noch nie jemand die simple Frage nach den Folgen eines großflächigen Stromausfalls gestellt hatte."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Feist war einer der Berichterstatter im Forschungsausschuß, als der TAB-Bericht in Auftrag gegeben wurde. Er sagt heute: "Es gibt mehr kritische Infrastruktur als gedacht, aber das Problem ist nicht sichtbar, deshalb hat man sich bisher zu wenig mit dem Thema befaßt." Ihm sei klar geworden, wie wichtig der Katastrophenschutz in Deutschland sei. "Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr in Sicherheit gewogen und vieles zurückgefahren." Allein daß Warnsirenen auf öffentlichen Gebäuden beinahe komplett verschwunden seien, könne sich rächen.

Im TAB-Bericht heißt es: "Die Wahrscheinlichkeit eines lang andauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, wären die dadurch ausgelösten Folgen selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht beherrschbar, allenfalls zu mildern."

Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?

Blackout-Experte Thomas Leitert hat in den vergangenen Jahren mit vielen Verantwortlichen über das Thema Blackout gesprochen. Auch in einer Anhörung im Bundestag kam er zu Wort. Sein Eindruck: Behörden und Politik, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, verdrängen die Gefahr eines Blackouts. "Der allgemeine Tenor lautet: Wir sehen das Problem, es ist aber so komplex, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll mit den Vorbereitungen."

Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. Allerdings geht man dabei meist von einem räumlich begrenzten und kurz andauernden Stromausfall aus. Ein solches Szenario ist durchaus beherrschbar, denn die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet, sagt Leitert. Er habe dort nicht einmal einen Ansprechpartner gefunden. "Die wußten selbst nicht, welche Stellen genau zuständig sind."

Die föderalen Strukturen wären im Krisenfall ein weiteres großes Hindernis. Katastrophenschutz ist Ländersache, einheitliche Regelungen gibt es daher nicht. Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt."

Welche großen Stromausfälle hat es in Deutschland schon gegeben?

Der größte Stromausfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignete sich vor acht Jahren im Münsterland. Nach einem Schneesturm waren dort Ende November 2005 etwa 50 Strommasten unter Eis- und Schneemassen zusammengebrochen. Mehr als 250.000 Menschen hatten keinen Strom - teilweise auch keine Heizung und kein warmes Wasser.

Nach drei Tagen saßen noch immer 65.000 im Dunkeln. Besonders schlimm betroffen war Ochtrup, das nur über eine einzige Hochspannungsleitung versorgt wurde. Viele Bewohner der Kleinstadt mußten in der Stadthalle übernachten. Dort bekamen sie auch warme Mahlzeiten und Getränke. Viele Münsterländer dürften an die stromlose Zeit aber durchaus auch positive Erinnerungen haben: Jedenfalls meldeten viele Krankenhäuser der Region im folgenden Sommer einen Geburtenanstieg. Als eine Art "Wiedergutmachung" zahlte der Stromversorger RWE allen Familien in der Region, die neun Monate nach der Katastrophe Nachwuchs bekamen, 300 Euro.

Im März 2014 fielen beim Wolfsburger Autobauer VW vier Generatoren im werkseigenen Kraftwerk aus. Mit gravierenden Folgen: Die Autoproduktion wurde komplett lahmgelegt und auch 50.000 Haushalte in der Umgebung blieben ohne Strom. Ampeln fielen aus, Geschäfte mußten schließen, weil weder Kassen noch elektrische Türen funktionierten. Sogar bis nach Indien und Australien wirkte sich die Panne aus, denn auch der Onlineauftritt des Unternehmens stürzte ab. Auslöser für das Chaos war offenbar ein Trennschalter, der das öffentliche Netz vom VW-Netz trennt.

Hier hatte es eine Schutzauslösung an der Längskupplung gegeben. Die Produktion im VW-Werk lief auch nach dem Stromausfall nicht gleich wieder rund, denn es dauerte lange, bis alle Maschinen wieder mit voller Leistung liefen und aufeinander abgestimmt waren. Für den Konzern ein Millionenschaden.

Auch in Berlin kommt es immer wieder zu Stromausfällen. Mal werden einzelne Stadtteile lahmgelegt, mal der gesamte S-Bahn-Verkehr. Die Ursachen sind vielfältig, schon kleine Störungen können eine Kettenreaktion auslösen.<<

2014

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>1815, 1914 und heute

_ von Willy Wimmer

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche Nutznießer der Destabilisierung.

Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.

In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist.

Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet. Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kabelte: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."

Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anlässlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.

Friedensarchitekt Metternich

Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen.

Diese Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.

Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.

Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden, um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

Divide et impera

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz" beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampfbegriffe der damaligen Zeit kommen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharen, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute im digitalen Idiom wiederholt:

Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

Euroshima

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet.

Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

Krieg auf dem Balkan

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.

Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegend an.

R2P ist das neomodische Kürzel für NATO-Intervention.

Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.

Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?

Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.

Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.

_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag ...).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>Der Krieg der Werte

_ von *Ulrich Schacht*

Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.

Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus

falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.

Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?

Gegenläufige Entwicklungen

Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen System.

Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.

Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximilien de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?

Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionselementen in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.

Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.

Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumanipulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

Totalitäres Menschenexperiment

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist ge-

nau der Unterschied.

Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.

Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte, dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.

Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus, die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist sozusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.

Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider ... Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

Eurokraten im Niemandsland

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

Eine Bitte an Rußland

Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.

Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwartspolitik.

Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem

Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"

Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vordner Valentin Falin wäre, der geäußert hat:

"Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.

Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Souveränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.

Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.

_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwillk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.

Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag ...). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 über die Außenpolitik Rußlands (x350/32-34): >>**Schlachtfeld Deutschland**

_ von *Valentin Falin*

Die Einkreisung Rußlands war nicht erst ein Projekt des 20. Jahrhunderts, sondern begann schon vor über 250 Jahren. Großbritannien war oft der Motor dieser Aggressionspolitik, ihre Frontlinie lief vielfach durch Mitteleuropa.

Napoleon 1812 - das war eine europäische, nicht nur eine französische Invasion.

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zwischen Rußland und Preußen fand nicht nur zwischen den genannten Staaten statt, sondern war ein Weltkrieg. An Preußens Seite waren Großbritannien und einige italienische Fürsten, an Rußlands Seite war Frankreich. Und dieser Krieg war nicht entstanden, weil die Zarin Elisabeth Friedrich II. nicht mochte, sondern sie hatte Österreich gebeten, Rußland gegen Preußen zu verteidigen, weil Preußen Schlesien von Österreich erobert hatte.

Der erste Eiserne Vorhang

Frankreich hat diesen Krieg und alle seine Besitzungen in Indien verloren, und was schrieb Ludwig XV. danach? Ich zitiere aus einem vertraulichen Papier: "Einziges Ziel meiner Politik

gegenüber Rußland sei es, Rußland soweit wie möglich von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten.

Alles, was Rußland im Haus und im Dunkeln treibt, ist mir nützlich." So organisierte er eine Abmachung mit Schweden, Polen und dem Osmanischen Imperium; und dieses Projekt hieß: "Errichtung einer Ostbarriere", also eines "Cordon sanitaire" oder eines "Eisernen Vorhanges", und das war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Man sieht den Eisernen Vorhang im Westen immer als "Initiative Sowjet-Moskaus". Dabei hat der französische Premier Georges Clemenceau 1919 vorgeschlagen, "einen Eisernen Vorhang rund um den Bolschewismus aufzuziehen, damit die Bolschewisten das zivilisierte Europa nicht stören".

Zu dieser Zeit hat auch ein bekannter Demokrat, Winston Churchill, gefordert: "Sowjet-Rußland muß von einem Ring wütender stürmischer Nachbarn umzingelt werden". Ich könnte eine dicke Mappe solcher Äußerungen bringen, aber das spare ich mir.

Als Dank für unsere russische Hilfe im Siebenjährigen Krieg haben neben Österreich auch andere, vor allem die Türkei, versucht, die Interessen Rußlands nicht nur zu beeinträchtigen, sondern gegen uns aggressiv vorzugehen. Aber alle Rekorde hat Großbritannien gebrochen. Die Jakobiner waren noch nicht an der Macht, da versuchten die Briten schon, Polen, Schweden, die Türkei und Österreich zu bewegen, gegen Rußland eine aggressive Position einzunehmen.

Und in eben jener Zeit, 1787, waren in den gerade gegründeten Vereinigten Staaten auch schon die Federalist Papers (Föderalistenartikel, eine Art Verfassungserläuterung) in Kraft. Was hatten sie zum Inhalt? Ihre Autoren haben Folgendes geschrieben: "Irgendwann werden die Vereinigten Staaten ökonomisch und militärisch so mächtig sein, daß sie die Alte und die Neue Welt beherrschen und regieren werden." Interessant, nicht wahr?

Zum Thema Napoleon und zu seinem Rußland-Feldzug 1812 gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen: In den napoleonischen Armeen bildeten Franzosen nur die Hälfte aller Streitkräfte, die andere bestand aus Österreichern, Preußen und Soldaten aus verschiedenen deutschen Teilstaaten.

Das war also nicht nur eine französische, sondern eine europäische Invasion. Ich möchte nicht die Geschehnisse im Einzelnen erwähnen. Entscheidend ist der Beitrag Rußlands für die Niederlage Napoleons, dieser wird heute kaum erwähnt, obwohl er von den Historikern mit Recht nicht in Frage gestellt wird. Und wie war die weitere Entwicklung?

Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".

Die russischen Revolutionen

Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, diese Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen dieses Krieges hat England versucht, Tibet unter seine Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal, diese zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. Im Kontext dieses Krieges haben die USA und Japan einige ihrer Angelegenheiten geregelt.

So bekam Japan Korea unter Verletzung amerikanischer Garantien für Korea, und die USA bekamen die Philippinen. Die "Demokratisierung" dieser Inselgruppe brachte den Tod für ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Deshalb ist die antiamerikanische Stimmung der Philippinos bis heute so stark.

"Einziges Ziel sei es, Rußland von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten." Ludwig XV.

Einige Bemerkungen (zu Fakten), die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolu-

tion. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekommt der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren sei.

Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so erstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!

Kampf um Rußland

1756-1763 Siebenjähriger Krieg.

1812 Einfall Napoleons in Rußland.

1813/1815 Niederlagen Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und in Waterloo.

1815 Wiener Kongreß.

1853-1856 Krimkrieg. Osmanisch-britisch-französisch-sardinische Allianz gegen Rußland.

1904-1905 Russisch-japanischer Krieg.

1905-1907 Erste Revolution gegen den Zaren.

1914-1918 Erster Weltkrieg.

1917 Februarrevolution (Sturz des Zaren), Oktoberrevolution (Machtergreifung der Bolschewiki und Austritt Rußlands aus der Kriegsallianz).

1922 Nach Lenins Tod wird Stalin Generalsekretär der KPdSU.

1939 Hitler-Stalin-Pakt. Beginn des Zweiten Weltkrieges.

1941 Deutsche Truppen fallen in Rußland ein.

1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Aufteilung Deutschlands in provisorische Besatzungszonen.

1949 Gründung von BRD und DDR.

Stalin und Deutschland

Wir registrieren meist, dies oder das hat Rußland oder die Sowjetunion nicht getan. Man versteht kaum Josef Stalins Politik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu eine Tatsache, die Ihnen unbekannt ist: Vor dem Verlassen der Münchner Konferenz (zur Sudetenfrage) hat der britische Premier Neville Chamberlain am 30. September 1938 noch ein Treffen mit Adolf Hitler gehabt und zu ihm gesagt: "Sie haben genug Bomber, um Rußland anzugreifen, besonders jetzt nach dem Münchner Abkommen, weil sowjetische Flugzeuge nicht auf tschechoslowakischen Flugplätzen plaziert werden können."

Unsere Aufklärung hat all diese Dokumente an Stalin weitergeleitet. ...

Stalin hat nach unserem unglücklichen Krieg mit Finnland 1939/40 angefangen, die sowjetische Armee durchgreifend zu reformieren, und seine Pläne sollten in groben Zügen bis Herbst 1942 vollendet werden. Die Reaktion Hitlers war dieselbe wie die Reaktion von Wilhelm II. vor dem Ersten Weltkrieg. Zar Nikolaus II. plante 1913 eine Reform seiner Armee, die 1914 beginnen und 1917 beendet werden sollte. Die Reaktion von Wilhelm II. war: "Warum sollen wir warten, bis Rußland stark wird, wir sollten sofort handeln."

Genauso war es mit dem Angriff Hitlers auf Rußland. All die Legenden des Buchautors Viktor Suworow lassen Sie beiseite, aber Folgendes ist wichtig: Als die Wehrmacht vor den Toren Moskaus steht, sagt Stalin in seiner Rede am 6. November 1941: "Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen." Das war in einer für die Sowjetunion schlimmen Situation, denn wenn Moskau gefallen wäre, hätte ihr sofort Japan den Krieg erklärt, die Türkei hätte sie mit ihren 27 Divisionen attackiert und Schweden hätte sich der Hitler-Allianz angegliedert. ...

Valentin Michailowitsch Falin (*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungs-

chefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**

_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmals wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienen Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven,

vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welcher bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emisäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.

Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerung und Erwartung deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können.

Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteinitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung

der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden.

Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. ...

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). ... Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

2015

Das Kennzeichen der modernen Zeit ist die metaphysische Verdummung des Menschen.
Franz Werfel (1890-1945, österreichischer Schriftsteller)

07.01.2015

USA: Herbert Ludwig berichtet am 7. Januar 2015 in seinem Internet-Blog "[Fassadenkratzer.wordpress.com](http://fassadenkratzer.wordpress.com)" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>**Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations**

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

Gemeinsamer Ursprung

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politi-

schen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom *Round Table* faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und *Round Table* - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte. ...*

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerikanern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebensraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im *Round Table* weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

Royal Institute of International Affairs

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem *Round-Table-Kreis* nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der

Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

Council on Foreign Relations in den USA

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowmen und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift Foreign Affairs, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war."

An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutschstämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen,

zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt, verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.

Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch

drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014 ...<<

10.01.2015

Rußland: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtet am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Pro-

zeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat." << **24.01.2015**

BRD: Die Wochenzeitung "Gala" berichtet am 24. Januar 2015: >>>**Joachim Gauck.**

Der Bundespräsident und die Frauen in seinem Leben

Joachim Gauck wird 75. Mit der First Lady wird er wohl nicht feiern - eher mit der "First Freundin", wie Daniela Schadt schon genannt wurde.

Wenn Bundespräsident Joachim Gauck heute seinen 75. Geburtstag feiert, wird die First Lady nicht an seiner Seite sein. Eher die Second Lady.

Die First Lady heißt Gerhild Gauck, genannt Hansi, und sie ist seit 56 Jahren mit Joachim Gauck verheiratet. Hansi ist 74 Jahre alt, sie hat vom amtierenden Bundespräsidenten vier Kinder, die mittlerweile erwachsen sind.

Trennung 1991

Seit 1991 ist die First Lady von ihrem Mann getrennt. Eine Scheidung hat sie bislang abgelehnt. Der Frankfurter Rundschau sagte sie: "Mein Mann und ich kennen uns, seitdem wir 14 Jahre alt waren. Wir waren 19, als wir geheiratet haben. Ich denke, das wird auch so bleiben."

Auch Joachim Gauck hat eine Scheidung nicht in Erwägung gezogen. Wie auch? Der Bundespräsident ist im Hauptberuf evangelischer Geistlicher, das Gelöbnis eines lebenslangen Bundes ist für ihn als Kirchenmann "eine selbstverständliche Verpflichtung".

Die "First Freundin"

Die Second Lady heißt Daniela Schadt. Die politische Journalistin ist 55 Jahre alt und lebt mit Gauck in der Dienstvilla des Bundespräsidenten im Berliner Nobelvorort Dahlem. Kinder hat das Paar nicht.

Eigentlich ist Daniela Schadt auch keine Second Lady, sondern eine "First Freundin", wie die "Welt" sie bezeichnet hat. Denn wie gesagt: Gauck ist ja immer noch mit Hansi verheiratet.

So hat "Deutschland einen Präsidenten, in dessen bewegender privater Lebensgeschichte die Tragik, Euphorie, Hoffnung und die Versäumnisse eines ganzen Landes komprimiert scheinen", schreibt die "Rheinische Post".

"Große romantische Liebe"

Joachim und Hansi Gauck stammen aus Rostock. Beide haben einen tragischen Familienhintergrund. Sein Vater, ein Kapitän und Werft-Inspektor, wird von der kommunistischen Führung der Spionage und "antisowjetischen Hetze" bezichtigt und nach Sibirien verbannt. Er kommt als völlig gebrochener Mann zurück. Und Hansis Mutter begeht Selbstmord, als das Kind zehn Jahre alt ist.

Die beiden klammern sich aneinander. Er sei "berufen", erzählt Gauck später, "sie vor kommandem Unheil zu schützen". Die Liebe zur Literatur habe sie zum Paar werden lassen. "Du bist für mich, ich bin für dich erwählt", lautet das Dichterwort, mit dem er ihr seine Liebe versichert. "Wir waren arm und reich, denn wir beschenkten uns beständig mit Zutrauen, Zärtlichkeit und schließlich einer großen romantischen Liebe."

Sparen für die Ringe

Hansis Rückblick ist etwas prosaischer: "Als mein Mann und ich mit 18 Jahren beschlossen, daß wir heiraten wollen, hatten wir kein Geld. Wir waren ja noch Oberschüler", sagte sie der Zeitschrift "Bunte". "Also haben wir angefangen, jeden Monat fünf Mark für die Eheringe zu sparen. Das haben wir auch lange gemacht. Dennoch reichte unser Geld nicht. Eine Freundin hat uns dann noch etwas dazugegeben. Als wir 19 waren, konnten wir uns die Ringe endlich leisten. Deshalb hänge ich so an diesem Schmuckstück. Wir haben uns den Ring sprichwörtlich vom Mund abgespart."

Doch dann, 1991, die Trennung. Die DDR existiert nicht mehr, das Land ist wiedervereint

und Gauck aufgestiegen. Erst Volkskammer-Abgeordneter, dann, ab 1990, Beauftragter für die Stasi-Unterlagen, Chef der nach ihm benannten Gauck-Behörde, einer der populärsten Männer in Ostdeutschland. Die Trennung fällt ihr offenbar schwerer als ihm. "Ich mußte erst lernen, daß er weg ist."

Der Grund für die Trennung

Warum hat er sich nach über drei Jahrzehnten von Hansi getrennt? "Mit relativ gutem Gewissen habe ich die Familie dem Beruf nachgeordnet", sagt Gauck später. Er sei in seinem Rostocker Pastorenamt vollends aufgegangen, der "Vorrat an Gemeinsamkeiten" habe gefehlt, "das notwendige Maß an Auseinandersetzung".

Etwas konkreter wird Mario Frank. Der ehemalige Geschäftsführer des "Spiegel"-Verlags hat die erste umfassende Gauck-Biographie geschrieben, die 2013 bei Suhrkamp erschienen ist. Etwa zehn Mal traf sich Frank zu Gesprächen mit Gauck, der auch an das Manuskript selbst mit Hand anlegte.

Gauck und die Frauen

Das Buch beschreibt ausführlich Gaucks besondere Beziehung zu Frauen. "Er kann unheimlich flirten. Und dabei ist es ihm ganz egal, in welchem Alter die Frau ist", so zitiert Mario Frank eine Jugendfreundin.

Gauck selbst hat unumwunden zugegeben, daß er sich bei seinen Touren in das vor dem Mauerbau noch offene West-Berlin von einer jungen Studentin angezogen fühlte - von der Schwägerin des Schriftstellers Uwe Johnson. "Verführerisch", sei sie gewesen, doch erlegen sei er ihr nicht.

Neu verliebt

1990 verliebte sich Joachim Gauck in die Journalistin Helga Hirsch, 66. Die Warschauer Korrespondentin der Wochenzeitung "Die Zeit" war wohl der wahre Grund für die Trennung von Hansi. Nach acht Jahren trennte sich Hirsch von Gauck. Franks Biographie zitiert sie so: "Es war mir zu viel Nähe, das hat mich in Panik versetzt." Der Autor glaubt allerdings, Helga Hirsch habe es nicht ertragen, daß Gauck sich nicht von seiner Ehefrau scheiden ließ.

Aus dem Leben des Joachim Gauck ist die Journalistin allerdings nicht verschwunden. Laut Mario Frank arbeite sie stundenweise "als Beraterin" des Bundespräsidenten, offensichtlich eine Vertraute, die er nicht missen mag. Da lassen sich Kontakte zu Daniela Schadt kaum vermeiden, muß ja auch nicht sein.

Daniela Schadt

Schadt entstammt einer Familie von Hanauer Lackfabrikanten. Nach dem Studium in Frankfurt/Main wurde sie Journalistin bei der "Nürnberger Zeitung", wo sie als Chefin das Ressort Innenpolitik betreute. Gauck lernte die unprätentiöse Redakteurin, der ein trockener Humor nachgesagt wird, 2000 bei einem Vortrag in Nürnberg kennen. Sie wurden ziemlich rasch ein Paar.

Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gab Daniela Schadt ihren Zeitungsjob in Nürnberg auf und zog zu "meinem Mann" nach Berlin. Der "Spiegel" schilderte eine Episode, wie bestimmt, aber unaufgeregt die Lebensgefährtin des Bundespräsidenten im Hintergrund agiert.

Schiller oder Goethe?

Bei einem Staatsbesuch in den Niederlanden habe man mit Journalisten im Gästehaus der Deutschen Botschaft in Den Haag beisammen gesessen: "Gauck wurde gefragt, ob er, der als Bürger der DDR eng mit den Freiheitsbewegungen Osteuropas vertraut sei, überhaupt einen Bezug zu den Niederlanden habe. Na und ob die Niederlande ihm nahe gewesen sei, antwortete Gauck, gerade wegen ihres mutigen Freiheitskampfes.

"Sie müssen sich den 13-jährigen Gauck vorstellen, wie er abends im Bett seinen Egmont las." Er meinte das große Trauerspiel über den niederländischen Freiheitskämpfer Lamoraal Graf von Egmont. "Ja, ja, ich habe überhaupt viel Schiller gelesen, damals", schob Gauck noch hin-

terher.

Schadt sah ihren Mann irritiert an. "Ähm, Jochen, der Egmont ist aber von Goethe." - "Was?" - "Der ist von Goethe, der Egmont. Nicht von Schiller."

Ein kurzer Moment der Stille. "Ja, ja, klar", sagte der Präsident schließlich. "Ich meinte die anderen Sachen von Schiller."

Hansi Gauck in Rostock

Während Daniel Schadt und Joachim Gauck nun in Berlin wohnen, lebt Hansi Gauck, die wahre First Lady, allein in Rostock. Seit 24 Jahren. "Das mußte ich mir hart erkämpfen", sagte sie "Bunte".

Manchmal sieht sie im Fernsehen ihren Mann und seine "First Freundin", beispielsweise bei der Eröffnung des Bundespresseballs. Es scheint ihr nicht viel auszumachen. "Er muß halt tanzen, das gehört zum Amt einfach dazu."<<

24.04.2015

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 24. April 2015 (x1.000/...): >>>Vermischung der Rassen ist gezielte Strategie der Neuen Weltordnung

... Guten Abend, sehr verehrte Zuschauer Auch heute prägte die Flüchtlingsproblematik die Nachrichtensendungen des Tages. Dreimal so viel Geld wie bisher, um Flüchtlinge aus ihrer Seenot zu retten - mit diesem Beschluß reagiert die EU auf die Situation im Mittelmeer. Doch keiner spricht davon, das Problem an der Wurzel anzugehen und der Frage nachzugehen, wie es denn kommt, daß überhaupt so viele Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen.

Unser Medienkommentar von gestern zeigte Hintergründe dazu auf. In der heutigen Sendung nun ergänzen und bestätigen wir diese, indem wir Roß und Reiter der tatsächlichen Ursachen der Flüchtlingsproblematik beim Namen nennen. So gehört z.B. Thomas P. M. Barnett zu den gefährlichsten Befürwortern einer offensiven Völkervermischung.

Er war früher Strategieberater des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und ist heute Chef von Wikistrat. Wikistrat ist eine geostrategische Denkfabrik, die im Dienste des US-African Command tätig ist. Das US-African Command wiederum ist ein Oberkommando für US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent - mit Ausnahme von Ägypten. In seinen Büchern "The Pentagon's New Map" - zu deutsch "Die neue Weltkarte des Pentagon", meint also "Die neue Weltkarte des US-Verteidigungsministeriums" und in "Blueprint for Action" - zu deutsch "Bauplan für den Krieg" erweist sich Barnett als zynischer Befürworter der Globalisierung.

Deren Endziel sei - ich zitiere - "die Gleichschaltung aller Länder der Erde". Erreicht werden soll dies - ich zitiere wieder - "durch eine Vermischung der Rassen". In Europa würde - laut Barnett - auf diese Weise eine hellbraune Rasse mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90 entstehen - die idealen Arbeitsklaven.

Zur Information: Derzeit beträgt der durchschnittliche IQ 100. Barnett warnt in seinen Büchern vor "irrationalen Leuten, die diese "Vermischung der Rassen" bekämpfen werden." Im Weiteren droht er: "Jawohl, ich nehme die vernunftwidrigen Argumente unserer Gegner zur Kenntnis. Doch sollten sie Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: Tötet sie!" ...<<

30.04.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von

New York und den "Mandarinern des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, *"von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel."*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"Was an dem System nicht stimmte, war nur,

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue

Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht."

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte.

Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab." 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35. Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böartiger Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb."* ... <<

Herbert Ludwig berichtet am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut,

"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten*

abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank." ... <<

Herbert Ludwig berichtet am 30. April 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Befreiung der Deutschen durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg (x943/...): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

"Während die Halbwahrheit, daß der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, daß derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe britisch-amerikanischer Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung."

Am 8. Mai 2015, dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, klang uns wieder vielfach die politische Geschichtsversion von der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Diktatur in den Ohren. Als reiner Vorgang auf der äußeren Tatsachenebene ist sie eine Banalität; sie war die automatische Folge des Sieges der Alliierten.

Als Kriegsziel der Alliierten, das ja damit suggeriert wird, ist sie nicht wahr. Man will kein Volk befreien, wenn man es z.B. noch zum Schluß, wo der Krieg längst entschieden war, flächendeckend in Grund und Boden bombt und die Städte in Flammenhöllen verwandelt, in denen Hunderttausende von Frauen und Kindern verdampfen. Das Ziel der Alliierten war nicht die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, sondern seine Zerstörung.

In der amerikanischen Regierungsanweisung JCS 1067 vom April 1945 heißt es: *"Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen."*

Und der britische Kriegspremier Winston Churchill hatte einen Vertreter des deutschen Widerstandes während des Krieges mit der Bemerkung abgespeist: *"Sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des Deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen eines Adolf Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt."*

Die angloamerikanischen Ziele

Vor kurzem erregte das Video einer Vortragsveranstaltung von George Friedman, Chef des einflußreichen US-Think-Tanks *Stratfor*, im Chicago Council on Global Affairs vom 4.2.2015 Aufsehen, in der er das seit langem verfolgte zentrale geopolitische Ziel der USA unverhüllt formulierte:

"Das Hauptinteresse der USA-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ... Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern."

In diesem Hauptinteresse arbeiten die britischen und amerikanischen Elitenzirkel seit über hundert Jahren eng zusammen. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido Giacomo Preparata beschrieb es 2005 in einer Forschungsarbeit folgendermaßen:

"Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, ist die des britischen Empires, das um 1900 aus Furcht vor der aufstrebenden Macht des jungen Deutschen Reiches im Geheimen einen Plan für eine gigantische Einkreisung der eurasischen Landmasse schmiedete. Das Hauptziel dieser titanischen Belagerung war die Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland:

Wenn diese beiden Mächte sich zu einer "Umarmung" verbinden würden, argumentierten die britischen Wächter, würden sie in der Lage sein, sich mit so einer gewaltigen Festung von

Ressourcen, Menschen, Wissen und militärischer Macht zu umgeben, daß damit der Fortbestand des britischen Empires im neuen Jahrhundert gefährdet wäre.

Mit dieser frühen Einschätzung leitete Britannien eine außerordentliche Kampagne zur Auseinanderreißung Eurasiens ein, bei der Frankreich und Rußland, und zuletzt auch die Vereinigten Staaten, eingesetzt wurden, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die wechselnden Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren der Stoff für das Epos von der großen Belagerung Europas."

Es entstand der ungeheuerliche Plan, ein Bündnis Deutschlands mit Rußland dadurch dauerhaft zu verhindern, daß man Konstellationen herbeiführte, durch die sie, beiderseits mit westlicher Hilfe aufgerüstet, gegeneinander in einen Krieg getrieben wurden, in dem sie sich gegenseitig zerfleischten und zerstörten - eine Methode, die auch Friedman in der Veranstaltung vom 4.2.2015 empfiehlt und als vielfach angewendet beschrieb. Der erste Akt einer dazu erforderlichen Einkreisung Deutschlands kam mit dem Ersten Weltkrieg zum Abschluß, der vom Eintritt der USA in das große imperiale Schachspiel gekrönt wurde.

Mit der Niederlage Deutschlands waren die westlichen Ziele aber nur zum Teil erreicht. Das Diktat von Versailles, das Deutschland Reparationszahlungen in untragbarer Höhe auferlegte, gegen die sich selbst der Vertreter des britischen Schatzamtes, der Ökonom John Maynard Keynes, empörte, schuf daher keine Friedensgrundlagen, sondern legte bewußt die Keime, aus denen notwendig ein zweiter, noch vernichtenderer Krieg hervorgehen sollte.

Deutschland war im Ersten Weltkrieg auf dem eigenen Territorium nicht besiegt worden; die deutschen Eliten und die politischen und wirtschaftlichen Strukturen waren intakt geblieben. Daher begannen im nächsten Akt die verdeckten Bemühungen, unter dem Druck von Reparationen, Not und Empörung, ein radikal-reaktionäres, revanchistisches Regime entstehen zu lassen, das sich zu einem erneuten Feldzug gegen Rußland verleiten ließe, welches inzwischen ebenfalls mit westlicher Hilfe zu einer radikal-sozialistischen Diktatur aufgebaut wurde.

"Der vorausberechnete Zweck bestand darin, das neue reaktionäre deutsche Regime in einen Zweifrontenkrieg hineinzuziehen (den Zweiten Weltkrieg) und dann von der Gelegenheit zu profitieren, um Deutschland ein für alle Mal zu vernichten." ... <<

05.05.2015

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harlfinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele

Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

15.05.2015

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 15. Mai 2015: >>"Die Wut wächst"

Der Rechtsintellektuelle Éric Zemmour schockte mit seinem Bestseller "Der französische Selbstmord" Ende 2014 die Grande Nation. Der Philosoph Alain de Benoist gilt als Vordenker der Nouvelle Droite. Ein Zwiegespräch

Silke Lührmann / Moritz Schwarz

Benoist: Éric, ist Ihnen bewußt, daß Sie in Gefängnissen regelrecht ein Star sind?

Zemmour: Inwiefern?

Benoist: Ein Freund von mir sitzt in Fleury-Mérogis. Er hat Ihr Buch gelesen. Nun hat er Heldenstatus, weil seine Mithäftlinge glauben, er kenne Sie persönlich. Ihr Buch wandert von Zelle zu Zelle. Es gibt dort eine ganze arabische Fraktion, die auf Sie schwört!

Zemmour: Lieber Alain, mein Vater hat fünfzig Jahre in Algerien gelebt und immer betont, wie sehr die Araber Ehre und Mut respektieren. Ihnen geht es nicht um Ideen, ihnen geht es um den Menschen. Was Sie erzählen, berührt und freut mich ungemein.

Benoist: Sie zeichnen detailliert nach, wie "Frankreich sich seit vierzig Jahren selbst kaputt macht". Dabei nehmen Sie als Ausgangspunkt den "Geist von 1968", der die Schablone für den Individualismus und gesellschaftlichen Liberalismus bildete. Eine kühne Behauptung. Glauben Sie nicht, daß die Ursprünge der von Ihnen beklagten Phänomene weiter in die Geschichte zurückreichen?

Zemmour: Ich habe den Mai '68 nicht als Bezugspunkt gewählt, sondern als Paradox. Denn gerade die Niederlage dieser Bewegung war es, die ihren Siegeszug auslöste. Natürlich hat der französische Niedergang eine größere historische Tiefe. Man könnte hier auf die Aufklärung, auf den Individualismus, auf 1789 verweisen. Es gibt jedoch ein Aber.

Überall, wo noch Überbleibsel der Welt von früher vorhanden waren - also Ehrgefühl, Stolz auf gute Arbeit, Familiensinn, Respekt vor den Älteren, eine eindeutige Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie, all diese Traditionen, die auf die vorindustrielle Welt verweisen -, waren dem emanzipatorischen Individualismus Schranken gesetzt. Er war emanzipatorisch, weil er ein Gegengewicht hatte.

Ab 1968 kippte das um: Von nun an gab es kein Gegengewicht mehr. Die alte Welt ist ein für allemal vorbei. Von Gilbert K. Chesterton stammt das Diktum über die heutige Welt, in der die alten christlichen Tugenden "durchgedreht" seien: "Sie sind durchgedreht, da sie auseinandergerissen wurden und allein umherstreifen."

"Die Kluft zwischen Rechts und Links hat sich aufgelöst"

Benoist: Sie blicken auf Ihre Jugend zurück und sagen: "Früher war alles besser!" Doch: Was folgt daraus? Eine simple Rückkehr zu früher ist unmöglich.

Zemmour: In seinem Pamphlet "L'erreur de calcul" zitiert Régis Debray einen Wortwechsel zwischen den Künstlern Daumier und Ingres. Daumier legt seinem Freund nahe, sich seiner Zeit anzupassen. Dieser erwidert: "Und wenn die Zeit unrecht hat?" Ich stimme tendenziell eher Ingres zu, auch wenn dies die Frage nicht klärt. Ich kann keine neuen Wege aufzeigen. Ich meine, daß es unerbittliche Logiken gibt, die sich uns aufzwingen, die zu dem führen, was ich beschreibe: zu Anomie, Konfrontationen, Kriegen.

Benoist: Aus Sicht Ihrer Gegner ist die "Zemmourisierung" der öffentlichen Meinung gleichbedeutend mit einem "Rechtsruck". Trifft das zu?

"Ein kultureller Krieg, der frontal geführt wird"

Zemmour: Nachdem sich die Kluft zwischen Rechts und Links in Luft aufgelöst hat, als sie mit der Globalisierung in Kontakt kamen, ist wieder die Kluft zwischen der Menge auf dem Platz und der Elite auf dem Balkon wirksam geworden, wie sie vor der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Kluft zwischen Rechts und Links herrschte. Neu ist daran nur, daß die Bürger auf dem Platz sich keine Hoffnung mehr machen können, jemals auf den Balkon zu gelangen. Denn dieser befindet sich heute in New York, Singapur oder Schanghai. Wie US-Milliardär Warren Buffett glaube auch ich, daß wir einen neuen Klassenkampf erleben und daß die Reichen ihn gewinnen.

Die Lage ist um so bedrohlicher, als in Frankreich ein ökonomischer Klassenkampf mit einem ethnischen Kampf zusammenfällt. Die Teilung zwischen Zugewanderten, Einwanderern, die schon länger im Land sind, und autochthonen Franzosen ist Folge einer kulturellen, wenn nicht zivilisatorischen Trennung in unseren Grenzen. Das Ineinandergreifen beider Konflikte macht sie explosiv.

Benoist: Sie erklären den französischen Niedergang als Ergebnis einer "dekonstruktiven" Ideologie, die Sie Ihrerseits dekonstruieren wollen. Sie sagen: "Ich führe einen Kampf der Ideen im Rahmen eines Kampfes um die intellektuelle Hegemonie." Glauben Sie aber, daß Ihre Leser fähig sind, aus dieser reaktiven Haltung zu einem ideologisch strukturierten Denken vorzustoßen? Immerhin gelingt es vielen "Konservativen" und "Reaktionären" nicht, sich aus den geistigen Kategorien zu befreien, in denen die liberale Ideologie sie gefangenhält.

Zemmour: Seit dem Erscheinen von "Suicide français" reise ich viel durchs Land. Ich treffe Menschen, zwischen denen starke soziologische, gesellschaftliche, intellektuelle Unterschiede bestehen. Mich erstaunt der Grad der Bewußtseinsbildung bei allen. Ich glaube, daß mein Buch eine wesentliche Tugend hat: Es macht jedem Leser verständlich, was auf dem Spiel steht und mit welcher Intensität der ideologische Krieg geführt wird.

Das Publikum in der Provinz begreift, daß es tatsächlich einen kulturellen Krieg gibt, der frontal geführt wird. Die Franzosen haben sich jahrelang schweigend gefallen lassen, daß er ihre Lebensweise zerstört und sie unglücklich gemacht hat. Nun erkennen sie, daß sie von den Menschen, denen sie ihre Loyalität geschenkt haben, verraten worden sind. Darauf reagieren sie mit Schmerz und Wut - tiefer Wut.

Benoist: Sie haben die deutsche Wiedervereinigung als "Katastrophe" für Frankreich bezeichnet. Lag sie aber nicht unvermeidlich in der Natur der Dinge?

Zemmour: Der Historiker der Action française Jacques Bainville hatte recht: Der Frieden war nur durch die Teilung Deutschlands möglich. USA und UdSSR hatten getan, was Frankreich 1918 hätte tun sollen, wenn die Engländer zugelassen hätten, daß wir das Rheinland zurückerobert und Deutschland in zwei oder drei Teile geteilt hätten. Wie Napoleon bin ich für ein karolingisches Reich, wenn Frankreich dabei das Sagen hat, und dagegen, wenn Deutschland den Ton angibt. Mir ist bewußt, daß ich in dieser Frage ein bißchen primitiv denke.

Benoist: Deutschland ist nicht Monaco. Man kann ihm nicht einfach Landesteile wegnehmen.

Zemmour: Die Wiedervereinigung war nicht vorherbestimmt; sie war nicht unabwendbar. Ich habe immer bedauert, daß Frankreich auf die Remilitarisierung des Rheinlands 1936 nicht sofort mit der Besetzung reagiert hat. Aus französischer Sicht ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der verpaßten Gelegenheiten.

General de Gaulle wollte ein Deutschland, dessen industrieller Aufschwung Frankreich nützte. In einem Europa der Sechs unter französischer Führung sah er eine Chance, sich - um in der Diktion der damaligen Zeit zu sprechen - "wieder auf das Niveau der beiden Supermächte" hochzuarbeiten. Der "Mann der Amerikaner" hat die deutschen Vertreter übrigens stark ma-

nipuliert, damit das Europa Adenauers und de Gaulles, das Europa der "beiden Alten", scheiterte.

"Frankreich künftig eine Art Bayern innerhalb der EU?"

Benoist: In Ihrer Kritik an regionalen Identitäten und lokalen Partikularismen greifen Sie Paul Morands Worte über de Gaulle auf - diesen "Linken, der zur Messe geht" -, um den General wegen seiner Volksabstimmung von 1969 zur Dezentralisierung, Regionalisierung und gesellschaftlichen Teilhabe zu kritisieren.

Zemmour: Ich habe geahnt, daß man mir auf die Finger klopfen würde, wenn es um die Regionen geht. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Dezentralisierung eine Katastrophe war. Ich gestehe zu, daß sich diese Katastrophe hätte vermeiden lassen, wenn man dabei anders vorgegangen wäre, andere Optionen verfolgt hätte. Leider aber hat die Dezentralisierung lauter kleine Zaunkönige hervorgebracht, die die Verschwendung zur politischen Linie erhoben haben und die öffentlichen Ausgaben explodieren lassen, in einem Ausmaß, das die Defizite des Zentralstaats noch überschreitet.

Die Verwaltungseinheiten haben sich stets den jeweiligen technologischen Gegebenheiten angepaßt: Die Kommunen waren die richtige Organisationsform für Bauern, die zu Fuß gingen, die Departements für Reiter, die Regionen für die unter Georges Pompidou gebauten Autobahnen.

Heute haben wir Schnellzüge und Internet und brauchen keine Regionen mehr, zumal sie sich nicht mit Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern messen können, bei denen es sich zumeist um ehemalige Königreiche oder Herzogtümer handelt. Die Regionalisierung ist ein Mythos, den die französische Technokratie erfunden hat. Bei dem Tempo, mit dem wir versinken, habe ich Angst, daß Frankreich selber zu einer Art Bayern innerhalb eines großen europäischen Ganzen wird.

"Assimilierungspolitik führt automatisch zu Integration"

Benoist: Sie zitieren gerne das Sprichwort, in Rom solle man es halten wie die Römer, um Ihre Positionen als Befürworter eines republikanischen Modells der Assimilierung zu untermauern. Wenn jedoch die Assimilierung nicht mehr funktioniert - beweist dies nicht, daß die "republikanischen" Grundsätze ihre Bedeutung weitgehend verloren haben?

Zemmour: Das erste Problem ist die Demographie. Man kann Menschen assimilieren, aber keine Völker. Und die Völker existieren, noch vor den Menschen. Sie sind unübersehbar. Sie lassen sich nicht einfach wegzaubern. Anders als etwa in Italien hinderte die französische Staatsmacht das Volk daran, sich gegen ein Zuviel an Einwanderung zu wehren.

Beim Thema Einwanderung kommen zwei Phänomene zusammen: zunächst die Masse und die Absage unserer Eliten an die Assimilierungspolitik im Namen einer sogenannten Integration. Als Frankreich noch Assimilierung verlangte, fand automatisch eine Auswahl statt. Einwanderer, die sich nicht assimilierten, gingen entweder von selber wieder oder wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt.

Die strikte Durchsetzung der Assimilierungspolitik löste teilweise das Problem der migratorischen Bevölkerungsströme. Der Historiker Pierre Milza nennt sehr aufschlußreiche Zahlen zur Einwanderung von Italienern nach Frankreich: Zwischen 1870 und 1940 kamen drei Millionen Italiener nach Frankreich und nur 1,1 Million von ihnen blieben. Frankreich verlangte damals ein sehr hohes Maß an Assimilierung. Wäre man dieser Linie treu geblieben, wäre das Einwanderungsdrama heute sehr viel weniger akut.

Benoist: Wenn ich durch Europa reise, scheinen mir die Italiener unglaublich italienisch zu sein, die Deutschen unglaublich deutsch, die Spanier unglaublich spanisch. Die Franzosen hingegen haben ihre spezifischen Charaktermerkmale in erschreckendem Maße verloren.

Zemmour: Die Franzosen sind nicht mehr französisch, da gebe ich Ihnen recht. Die Nachteile, die sich aus dem Fehlen eines starken Staates ergeben, gereichen den Italienern in diesem Fall

zum Vorteil, ihre Gesellschaft kann sich besser wehren, während hierzulande der Staat noch ziemlich stark ist und wir uns daher nicht wehren können. Die Vorzüge unseres zentralisierten Systems werden uns zum Verhängnis - nicht zum ersten Mal. Als Napoleon Moskau nahm, ging der Krieg weiter. Zwei Jahre später nahmen Russen und Österreicher Paris, und der Krieg war vorbei.

Benoist: Jean-Christophe Cambadélis, kommissarischer Vorsitzender der französischen Sozialisten, machte kürzlich das bemerkenswerte Eingeständnis: "Die Linke hat den Kampf um die Ideen seit zehn Jahren verloren." Wenn man bedenkt, daß die "Rechte" in den vergangenen zehn Jahren in der geistigen Debatte auch nicht gerade brilliert hat - wer ist dann der eigentliche Sieger?

"Die Rechte und die Linke sind tot"

Zemmour: Niemand. Die Rechte und die Linke sind tot. Alles deutet darauf hin, daß die Zukunft einer großen Einheitspartei gehört, die das politische Spektrum von Manuel Valls über François Bayrou bis hin zu Alain Juppé abdeckt und sich dem Front National entgegenstellt, der seinerseits ebenfalls keine geistige Arbeit geleistet hat. Als Sie in den siebziger Jahren das Land aus dem Dornröschenschlaf gerüttelt haben, war deutlich zu erkennen, daß bestimmte politische Maßnahmen an die von Ihnen geleistete geistige Arbeit anknüpfen.

Ganz ehrlich, dieses Interesse an Ideen gibt es nirgends mehr in der politischen Welt. Das Niveau der Politiker hat erschreckend abgenommen. Die Minister sind ehemalige parlamentarische Assistenten, die Ministerpräsidenten ehemalige Pressesprecher. Das politische System bewegt sich, aber ihm fehlt der Nährboden. Wir befinden uns mitten in einer Phase der ideologischen Rekonstruktion. Die Präsidentschaftswahlen 2017 werden schlimm. Alle werden sich gegenseitig bekämpfen, um gegen Marine Le Pen antreten zu dürfen. So weit ist es mit uns gekommen.

Éric Zemmour, gilt als einer der bekanntesten rechtsintellektuellen Journalisten Frankreichs. Sein im Herbst 2014 erschienenes - nicht ins Deutsche übersetzte - Buch "Le Suicide français" entwickelte sich rasch zum Verkaufsschlager. Führende Politiker warnten davor, es zu lesen, oder nannten Zemmour eine "Gefahr". Der Autor mußte Boykottaufrufe, Geldstrafen und Entlassungsversuche überstehen.

"Der französische Selbstmord" ist die Bilanz des Verfalls Frankreichs, für den Zemmour vor allem den Geist von 1968, die Zerstörung der französischen Souveränität durch die EU und die Masseneinwanderung verantwortlich macht. Er ist Kolumnist des Figaro, kommentiert in einer Radiosendung und in TV-Talkshows. Er ist algerisch-jüdischer Abkunft und wurde 1958 bei Paris geboren.

Alain de Benoist, gilt als Begründer und führender Theoretiker der "Nouvelle Droite". Der Philosoph hat bereits über fünfzig Bücher veröffentlicht und ist Herausgeber der Zeitschriften Nouvelle École und Krisis sowie ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift Éléments, aus der dieses Gespräch mit freundlicher Genehmigung der beiden Autoren in gekürzter Fassung übernommen wurde. Geboren wurde Alain de Benoist 1943 im zentralfranzösischen Tours.<<

Herbert Ludwig berichtet am 15. Mai 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten

(x962/...): >>Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: "Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde." ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzu-

setzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, *"Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."* Preparata fügt lapidar an: *"Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen sollte. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der britischen Politik:

1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natür-

lich auch Deutschland);

2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und

3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er *"alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust, The Times aus London, The Observer*, das einflußreiche und völ-

lig anonyme Magazin, das als The Round Table bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.

"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden." Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März *"verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim*

agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George "lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, "den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte." Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 "erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz.

Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freige-macht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: "England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt." Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig." Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er "die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre

wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten.

"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.

Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht." Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

24.05.2015

BRD: Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärt in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

26.05.2015

BRD: Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 26. Mai 2015: >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. ...

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch

mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. ...

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. ...

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien ...<<

01.06.2015

BRD: Der CSU-Politiker Carl-Dieter Spranger (von 1991 bis 1998 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) schreibt am 1. Juni 2015 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x358/5): >>... Doch nicht nur die deutschen Soldaten, sondern alle Opfer des Zweiten Weltkriegs haben diese deutschen Repräsentanten vergessen und beschwiegen: Die vielen Millionen toter deutscher Männer, Frauen und Kinder, getötet, ermordet, verhungert, verbrannt, vergewaltigt, erfroren, verstorben - im Krieg, bei Flucht und Vertreibung, im Bombenterror, in den Straf- und Konzentrationslagern der Sowjetunion und des früheren Ostblocks oder in amerikanischen Gefangenenlagern wie in den Rheinwiesen."<<

29.06.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. *"So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaublichen Parole."*

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruchs zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten

in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.

Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entriche. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."

"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."

"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben" und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.

In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7.-8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).

Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."

Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."

"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39

und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: "Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.

Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."

Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und

hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden." Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran." (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann.

Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<

04.07.2015

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 4. Juli 2015 (x1.000/...): >>>Der Einfluß der Neuen Weltordnung (NWO) auf die Filmwelt

... Mit unserer heutigen Sendung gehen wir der Frage nach, wie die Ideologie der sogenannten "Neuen Weltordnung", kurz NWO, die Medien- und Filmwelt beeinflusst beziehungsweise

kontrolliert. Der US-Filmmacher und Schauspieler Mike Nichols betonte bereits im Jahr 1999, daß es nur, ich zitiere: "eine Hand voll Menschen seien, die die Medien der Welt kontrollieren.

Weiter sagte er: "Sie erfassen alles: alle Zeitungen, alle Magazine, alle Filme, alles Fernsehen. Es gab einmal eine Zeit, da gab es verschiedene Meinungen, Haltungen in den Medien. Heute gibt es nur eine Meinung, die zu formen vier, fünf Tage dauert, dann ist sie jedermanns Meinung."

Die Medien prägen unser Denken, unsere Gespräche, unsere Emotionen, unser Handeln, unser Streben. Sie schaffen unser Weltbild, sie setzen Werte und Ideale. Sie entscheiden auch darüber, was "gut" und "böse", was "in" oder "out" ist. Dies vermitteln sie nicht nur durch aktuelle Nachrichtensendungen. Emotionen und Ideale werden einem Millionenpublikum insbesondere auch durch Kinofilme vermittelt und vertieft.

Dabei ist deutlich zu beobachten, daß die Verbreitung von Filmen, die den Werten der NWO-Globalisten entgegenstehen, behindert, bekämpft und auf alle Weise zurückgehalten werden. Gleichzeitig werden jedoch solche Filme, die der NWO-Ideologie entsprechen, massiv gefördert, beworben und mit glanzvollen Prämierungen gezielt zu Kultfilmen erhoben.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Kinofilm "Fifty Shades of Grey", der bereits alle Besucherzahlen der letzten Jahre getoppt hat. "Fifty Shades", inszeniert mit schönen, jungen Darstellern, sanften Stimmen und romantischer Musik, präsentiert der jungen Generation abartige und zerstörerische Sexualpraktiken wie Sadomaso als attraktiv und zeitgemäß. Nur wenige Wochen nach der Kinopremiere lag auch schon die Neuauflage des entsprechenden Buches millionenfach für die Konsumenten bereit.

Und kein halbes Jahr später, also ungewöhnlich früh, lief bereits der flächendeckende DVD-Verkauf an. "Fifty Shades" erfreut sich also einer allgegenwärtiger Präsenz und gelangt nun über die Supermärkte in viele Haushalte, freigegeben durch die FSK ab 16 Jahren. Für 2017 ist bereits "Fifty Shades" Teil 2 angekündigt, der mit dem Titel "Fifty shades darker" beworben wird - zu Deutsch: "um 50 Schattierungen dunkler". Auf die planmäßige Steigerung der Sado-Maso-Gewalt wird das Publikum also heute schon vorbereitet.

Generell fällt auf, daß ein Film offensichtlich dann zur Weltklasse prämiert wird und eine weltweite Werbepräsenz erhält, wenn er ethische und traditionelle Werte ausklammert, beziehungsweise umpolt. Sei es dadurch, daß er Treue, Ehe und Familie als überholt erscheinen läßt oder Gewaltexzesse, Brutalität und Mord als etwas Unterhaltsames, ja sogar Witziges vermittelt. Solches geschieht beispielsweise auch in der ebenfalls prämierten Fernsehsendung "Fargo", in der ein Psychokiller, der brutalste Morde begeht, als humorvoller Held der Serie dargestellt wird.

Doch wie sieht es nun mit Filmen aus, die den Zielen der NWO-Globalisten entgegenstehen, weil sie Gefahren aufzeigen und das wahre Gesicht der NWO deutlich machen? Klagemauser-TV berichtete im April diesen Jahres über das Filmprojekt "Grey State", der im Gegensatz zu "Fifty Shades of Grey" kein Spielfilm ist sondern reale und alarmierende Mißstände dokumentiert. Thema der Dokumentation ist der brutale Polizeistaat USA und die dortigen Massenproteste gegen die eigene Regierung.

Der Film berichtet zudem detailliert über FEMA-Camps. Dabei handelt es sich um mindestens 800 neu errichtete, derzeit noch leerstehende, hochgesicherte Internierungslager in den USA. Es liegt auf der Hand, daß solche Vorkehrungen für die Inhaftierung von Millionen von US-Bürgern dazu dienen, um in Zeiten der Krise einen zunehmenden Widerstand der Bevölkerung mit Gewalt eliminieren zu können.

Die Dreharbeiten zu "Grey State" standen kurz vor der Vollendung, als am 17.01.2015 der leitende Drehbuchautor David Crowley zusammen mit seiner Frau und seiner 5-jährigen Tochter tot in ihrem Haus aufgefunden wurden. Laut Polizeibericht soll es sich um Mord mit

anschließendem Selbstmord gehandelt haben. Eine Familientragödie also kurz vor dem Abschluß der Filmarbeiten? Oder wurde hier ein gewichtiger Aufklärungsfilm auf brutale Weise ausgebremst? Tatsache ist: "Grey State" wird nun dem Publikum erfolgreich vorenthalten.

Ein weiteres Film-Beispiel, das den Absichten der NWO entgegensteht, ist der Spielfilm "Kosima - perfekt naiv" von Panorama-Film. Dieser Spielfilm zeigt die Problematik der modernen Schulsexualisierung auf und führt pädophile Triebtäter am Ende noch ihrer gerechten Strafe zu.

Zudem vermittelt die junge Hauptdarstellerin Kosima, wie man Gefahren der Verführung und verderblichen Lehrmeinungen radikal und mutig widerstehen kann, wenn man sich eben nicht manipulieren läßt, sondern allein auf die innere Stimme der Intuition achtet.

Auch dieser Film, der eindeutig moralische Werte vermittelt, scheint den NWO-Globalisten eine Bedrohung zu sein, denn durch die sogenannte "freiwillige Selbstkontrolle der Filmindustrie", kurz FSK, bekam "Kosima" zunächst keinerlei Altersfreigabe, sprich: Totalverbot in der Kinowelt.

Erst nach Einspruch des Regisseurs und der Herausnahme einer speziellen Szene kam es dann doch noch zu der FSK-Freigabe "ab 16 Jahren". Inhalt jener bedeutsamen Szene war eine wahre Begebenheit, die verfilmt wurde. Es ging um die Zeugenaussage eines Polizisten, der mit seinen Großstadt-Kollegen bis zu 30 Mal die Woche ausrücken mußte, um gewalttätige Exzesse von Homosexuellen, Pädophilen oder Transvestiten zu unterbinden.

Zu sehen war eine gerade noch rechtzeitig vereitelte Massenvergewaltigung durch Transvestiten an einer Schülergruppe. Dazu die ernüchternde Aussage einer Polizistin, daß dies mittlerweile zum Alltag gehöre, während die Medien darüber weitgehend schweigen. Die Argumentation der FSK, der Film sei "jugendgefährdend", obwohl er doch gerade die drohenden Gefahren aufzeigt, scheint vor diesem Zusammenhang eher fadenscheinig. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß derlei kritische Filme von einem größeren Kino-Publikum und dem damit verbundenen hohen Bekanntheitsgrad möglichst ferngehalten werden sollen. ...<<

13.07.2015

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2015: >>Ein Staat im Wachkoma

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

Die Linken im Bundestag hatten sich Anfang Juli erhofft, daß ihre Rechtsauffassung endlich bestätigt und der aus ihrer Sicht gefährliche Geschichtsrevisionismus vermeintlich rechter Kreise eine Abfuhr bekommen würde. Dann kam alles anders. In einer kleinen Anfrage baten unter anderem die linken Abgeordneten Andrej Hunko, Niema Movassat, Alexander S. Neu, Azize Tank und Sarah Wagenknecht am 27. Mai 2015 um Aufklärung bezüglich der weiterhin gültigen Rechtsetzung des Bundesverfassungsgerichtes.

Die Frage war: "Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der sogenannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?"

Das höchste deutsche Gericht hatte in einem Grundsatzurteil 1973 festgestellt, daß "das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist". Es besäße nach Ansicht der damaligen Richter "nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig".

Die Bundesrepublik Deutschland sei dementsprechend nicht "Rechtsnachfolger" des Deut-

schen Reiches, "sondern als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch."

Es sind diese kryptischen Formulierungen, die nach wie vor bei vielen Linken und Otto-Normal-Abgeordneten für Unmut und Stirnrunzeln sorgen. Kaum jemand begreift aber, was hier wirklich gemeint ist und welche Auswirkungen dieses Urteil, das seither mehrfach bestätigt und auch schon in einer kleinen Anfrage von Februar 2015 unterstrichen worden ist, wirklich hat.

Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.

Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besatzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.

Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".

Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat (dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist) vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen (BRD und DDR) zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte.

Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des

Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden (siehe sog. Bereinigungsgesetze).

Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde.

Tatsächlich geht es auch überhaupt nicht um einen sogenannten Gebietsrevisionismus, wie die Linke in ihrer Anfrage befürchtet. Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher gab in seinen Memoiren ("Erinnerungen" 1995) zu, daß die damalige Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-vier-Vertrag 1990/91 ausdrücklich darauf verzichtet hatte, die Frage der endgültigen Grenzziehung zu regeln. Die sollte nach vorherigen Absprachen einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten bleiben, die aber nie zustande kam.

Der Grund: Genscher erklärte in eklatanter Übertretung seiner parlamentarischen Befugnisse am Verhandlungstisch mit den polnischen Vertretern: "Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."

Der sogenannte Gebietsrevisionismus ist aus diesem Blickwinkel heraus nicht eine gefährliche, kriegerische Aggression, die den ehemaligen Kriegsgegnern etwas wegnehmen will - Im Gegenteil: Zuallererst geht es um einen Friedensvertrag, der die Grenze Deutschlands im Osten, die de facto längst gezogen und für die Millionen Deutsche von ihrem Land vertrieben worden sind, auch rechtlich endlich feststellt.

Das wäre der erste Schritt zu einem echten Friedensvertrag für Deutschland! Käme dieser zustande, wären das US-Militär und sein Geheimdienstapparat nicht länger befugt, uns als Feindstaat und Kriegsbeute zu behandeln. Auch wäre damit der Existenz der Vereinigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges - den Vereinten Nationen - die Existenzgrundlage entzogen. So ließe sich die Neue US-dominierte Weltordnung noch abwenden.<<

21.07.2015

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 21. Juli 2015 (x892/...): >>"Linkssprechung" setzt sich weiter durch

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes.

Der einige Grund, daß der Bund in diesem Bereich eingreift, so das Gericht, sei die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dies werde aber durch ein Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern nicht erreicht.

Gleichheit gibt es offenbar nur, wenn der Staat die Erziehung selbst übernimmt. So heißt es zur Begründung weiter, daß das Betreuungsgeld keine Mißstände bei Kita-Angeboten ausgleiche, weil die Zahlung nicht davon abhängt, ob ein Betreuungsplatz vorhanden ist, sondern nur davon, daß Eltern ihn nicht in Anspruch nehmen.

Wie weit sich das Bundesverfassungsgericht in der Familienpolitik bereits vom Grundgesetz entfernt hat (so auch in Fragen der Abtreibung, der Gender Mainstreaming Ideologie etc.), zeigt sich unter anderem daran, daß das Urteil einstimmig verkündet wurde.

Natürlich wird man argumentieren, daß das Elternrecht auf Erziehung der Kinder nicht eingeschränkt wird, wenn Eltern, die dieses Recht wahrnehmen, dadurch finanziell benachteiligt werden. Das gleiche Argument wurde bereits in Bezug auf die "Homo-Ehe" angewendet: Die Ehe wird nicht dadurch herabgesetzt, daß Jede(r) Jede(n) heiraten kann ...

Der Freistaat Bayern hat angekündigt, daß Betreuungsgeld durch ein eigenes Gesetz weiter auszuzahlen.<<

02.09.2015

Schweiz: Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtet am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.

1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte weg-schrumpft.

2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlastenausgleichs wesentlich mitverantwortlich.

3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.

4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.

5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bil-

dungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.

6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.

7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.

Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.

- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarkt-beteiligung.

- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.

- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.

- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.

- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung

der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.

- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.

- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.

- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen wohl stärkste Partei werden.

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund

haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unrealistisch: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreicher ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel. "Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber unrealistisch, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt. Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar.

Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch Problemlöschung will man

verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

03.09.2015

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. September 2015:

>>Von Hiroshima zu Euroshima

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. ...

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnaher Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

06.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015:

>>Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen - bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen - etwa am Hauptbahnhof in München - empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze.

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland - das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000

Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen.

Aus Serbien kamen indes deutlich weniger Flüchtlinge nach Ungarn. Laut ungarischen Medien dürfte das Regenwetter ein Grund dafür sein. Am Sonntag zeichnete sich allerdings wieder ein Anstieg ab.

Gestern berieten die Spitzen der großen Koalition in Berlin über Konsequenzen aus der Flüchtlingskrise.

So viele Flüchtlinge wie noch nie nach NRW

Mit Applaus und Willkommen-Plakaten sind mehr als 1.000 Flüchtlinge in Dortmund begrüßt worden. Die Kinder, Frauen und Männer, die über Ungarn nach Deutschland auf dem Weg waren, kamen mit zwei Zügen im Hauptbahnhof der Stadt an. Hunderte Menschen bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang.

Innenminister Ralf Jäger ging davon aus, daß am Sonntag so viele Flüchtlinge nach NRW gekommen sind wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge wurden anschließend auf Kommunen verteilt. Die Bezirksregierungen richteten Krisenstäbe ein.<<

11.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. September 2015: >>**Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin**

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben - das sollte uns Mut machen -, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen - das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

Applaus von allen Seiten

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam - Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen - besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot

von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinmärsche ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltsbewilligung einfach überrollt, sagen CSU-Politiker - ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas, die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeranrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

Ruhe in die Aufregung bringen

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusage Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

Noch ist die Finanzierung gesichert

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war

grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen - das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

12.09.2015

Dänemark: Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schreibt wegen der Masseneinwanderung von Migrant^{en} am 12. September 2015 einen "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!

Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.

Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg verfolgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen - ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. ...Verzeihung!

In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannt^e und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung.

Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein. Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.

Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.

Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf.

Deutschland will sich als Nation abschaffen: Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.

Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und

so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht - selbst wenn Deutschland das Gute wollte.

Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbstzerstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationalen internationalen Sozialismus macht.

Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. ... Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebensstüchtig und unausrottbare Realität im Leben der Menschen und Nationen nicht aufheben. ...

Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat - als Fortsetzung des Sowjetkommunismus - das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der Politik rechtfertigen soll.

Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. ... Das Nationale ist die Voraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. ...

Liebe Frau Merkel.

Ich habe Ihre Neujahrsansprache 2015 gelesen. Ich las Ihre heftige Verurteilung der Pegida-Demonstrationen, an denen Tausende ganz normale friedliche Deutsche teilnahmen. Sie sagten:

"Heute rufen wieder viele am Montag: Wir sind das Volk. Aber eigentlich meinen sie: Ihr gehört nicht dazu - aufgrund eurer Hautfarbe oder eurer Religion. Darum sage ich allen, die an solchen Demonstrationen teilnehmen: Folgt denen, die dazu auffordern, nicht. Denn so oft sind da Vorurteile, Kälte, ja, Haß in deren Herzen!"

Frau Merkel: Eigentlich meinen Sie, daß das deutsche Volk nichts ist. Denn nach dem Nationalsozialismus dürfen Deutsche kein Volk sein. Ihrer Meinung nach darf niemand - in einem begrenzenden Sinn - sagen: Wir sind das Volk. Und kein Mensch hat Ihrer Meinung nach das Recht, sich selbst und sein Volk gegen Hunderttausende von fremden Einwanderern, die die Kultur und Nationalität eines Landes auszulöschen drohen, zu verteidigen.

Ein Volk darf sich nicht lieben. Für Sie ist es offensichtlich böse, wenn jemand sich gegen die Auflösung der nationalen Grenzen verteidigt. Das verteidigt, was im hohen Maße die Existenz- und Identitätsgrundlage des Menschen ist.

Man sollte Sie wirklich fragen: Ist es nicht eine größere Bosheit, daß sie zu ihren Landsleuten sagen: "Ihr dürft nicht Deutsche sein; ihr dürft euch nicht als Deutsche abgrenzen und meinen, ihr hättet etwas Wichtiges gegenüber anderen und fremden Kulturen zu verteidigen. Ihr dürft keine Grenzen setzen, wer oder wie viele herkommen dürfen."

Ich frage noch einmal: Ist das nicht weitaus böswilliger?

Warum lassen Sie Ihre Sicht auf das Recht des deutschen Volkes, seine Nationalität verteidigen zu dürfen, von einer pervertierten Sicht des Nationalsozialismus dirigieren? Es gibt ja eine andere und wirklichkeitstreue Sicht auf das Nationale. Aber Nationalität kann nicht ausgelöscht werden. Und hier reden wir nicht platt und undurchdacht über Hautfarbe oder Religi-

onszugehörigkeit in einer freien Gesellschaft.

Hier reden wir darüber, daß die Volkszugehörigkeit nicht Nichts ist. Im Gegenteil, sie ist etwas Besonderes, das man nicht ohne schwerwiegende Folgen politisch, sozial und persönlich löschen und ohne Verteidigung hergeben kann.

Sie haben hart und deutlich über eine gesamteuropäische Verteilung von Flüchtlingen und Einwanderern gesprochen. Und Sie sagen, das sei nur der Anfang. Sie haben die Regeln über die Registrierung im ersten Land der Dublin-Absprache aufgehoben. Sie haben eine Masseneinwanderung nach Österreich zugelassen. Eine Masseneinwanderung, die nicht ohne Auswirkungen auf Deutschlands Nachbarn bleibt.

Das ist gegenüber den Nachbarn unanständig. Nun dürfen also auch Deutschlands Nachbarn nicht mehr nein sagen, um ihre Nationalstaaten zu verteidigen. In dieser Situation ist Deutschland unsolidarisch und ohne politischen Instinkt für den Faktor, der in Europa von größter Bedeutung ist: die Nationalität.

Finden Sie es nicht merkwürdig, daß gerade die osteuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn die Länder sind, die Stopp gesagt haben? Sie sind offenbar die größten Gegner der europäischen Quotenverteilung.

Die Länder, die sowohl den Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus kennen, das heißt die Unterdrückung der Volksnationalitäten durch den internationalen Sozialismus. ... Genau diese Länder haben Stopp gesagt, weil sie wissen, was sie verteidigen müssen - als Volk. Ich empfehle Ihnen, intensiv auf diese Länder zu hören.

Als Dänemark vor einigen Jahren (2011) die Grenzkontrollen wieder einführte, hat das zu einer scharfen Kritik der deutschen Regierung und vielen deutschen Politikern geführt. Mit Freude konnte ich lesen, daß sie dafür von deutschen Lesern kritisiert wurden; es gibt also deutsche Bürger, die verstehen, was nationale Verteidigung (hier gegenüber krimineller Grenzüberschreitung) bedeutet. Das ist positiv. Ich fühle mich in einer deutsch-dänischen Verständnis-Allianz mit diesen deutschen Bürgern. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns gemeinsam und friedlich mit Respekt begegnen können. ...

Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsamen europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. ...

Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?

Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU - mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.

Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. ...

Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsolidarisch.

Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.

Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?

Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<

14.09.2015

BRD: Die monatlich erscheinende deutsche Zeitschrift "Cicero " berichtet am 14. September 2015: >>Flüchtlingspolitik - Merkels verhängnisvollster Fehler

Man muß nicht Viktor Orbán heißen und ungarischer Hardliner sein, um zu sagen: Angela Merkel hat einen Fehler gemacht. Und zwar den größten in ihrer bisherigen Kanzlerschaft. Damit schadet sie dem Land - und sich selbst

Etwas über 25.000 Quadratmeter Nutzfläche bei 620 Mitarbeitern bietet das Berliner Kanzleramt, zahllose sanitäre Einrichtungen, eine funktionierende Heizung und einige für gewisse Zeit verzichtbare Abteilungen obendrein. Mit Hubschrauberlandeplatz umfaßt das Terrain knapp 75.000 Quadratmeter. Viel Platz also für Zelte und Container.

Ideal. Man sollte ohne weitere Umschweife daran gehen, das Kanzleramt vorläufig und teilweise als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Schließlich hat die Amtsinhaberin selbst in ihrer denkwürdigen Sommerpressekonferenz dargetan, daß jetzt nicht Vorschriften und beamtenhaftes Bedenkenträgertum Richtschnur sein dürfen, wenn es gilt, die Abertausenden Flüchtlinge schnell und unbürokratisch unterzubringen.

Merkels Marschbefehl

In dieser Pressekonferenz hat Angela Merkel den katastrophalsten Fehler ihrer Amtszeit begangen, indem sie sagte, "wir schaffen das" und damit all jene Flüchtlinge in Marsch setzte, die Deutschland und Europa jetzt an die und über jede Grenze der Hilfsbereitschaft führt.

Vor einigen Tagen habe ich an dieser Stelle noch darüber sinniert, was Merkel zu diesem unbedachten Wording (Äußerung) gebracht haben mag, nachdem sie sechs Wochen vorher einem palästinensischen Mädchen genau das Gegenteil gesagt hatte: "Wir können nicht alle nehmen."

Es ist aber eigentlich auch egal, warum sie es getan hat. Fakt ist: Es war ein katastrophaler Fehler, der alle Schleusen geöffnet hat. Am Wochenende hat in einer Not-Pressekonferenz ihr Innenminister einen hilflos anmutenden Versuch unternommen, in Merkels Auftrag die Schleusen wieder zu schließen, in dem Schengen befristet außer Kraft gesetzt wurde. Sie hatte nicht den Schneid, vor ihr Volk zu treten und selbst einzuräumen, daß sie - aus welchem Motiv auch immer - einen fatalen Fehler gemacht hat.

Dieser Fehler stellt nun Deutschland und Europa auf eine ungeheure Belastungsprobe. Im Prinzip, es tut mir leid das zu sagen, bewahrheitet sich nun, was Ungarns Regierungschef Viktor Orbán immer gesagt hat: Das sind Merkels Flüchtlingsströme.

Was da kommt, kann weder dieses Land noch die Europäische Union noch der Kontinent Europa in dieser Geschwindigkeit und dieser Massierung schultern.

Es wird Verwerfungen geben. Was Merkel getan hat, wird gefährlich für die innere Stabilität dieses Landes und Europas.

Seehofer hat recht und Gabriel steht bereit

Und es wird gefährlich für sie selbst und ihre Kanzlerschaft. Es fällt einem nicht leicht, das nach all dem Unsinn zu sagen, den die CSU in den vergangenen Monaten und Jahren zu verantworten hat: Maut und Betreuungsgeld und so weiter. Aber jetzt hat Horst Seehofer eines, und nur eines: recht. Vielleicht ist die Wortwahl etwas schwierig, wenn es um Menschen in höchster Not geht und man dann von Flaschen und Stöpseln spricht: Aber wie soll dieser Strom, dieser Merkel-Strom wieder in einigermaßen geordnete Bahnen gelenkt werden?

Es wird auch gefährlich für sie selbst. Zum ersten Mal in ihrer fast zehnjährigen Kanzlerschaft. Da braut sich was zusammen. In der Union und in der Gesellschaft. Horst Seehofer und die CSU haben sich schon von ihr distanziert, ihre treuen Knappen Volker Kauder und Thomas de Maizière halten ihr die Treue und versuchen zu halten, was zu halten ist. Aber auch in der CDU erodiert der Rückhalt für Merkel. Sie hat in einer Krisensituation in einem entscheidenden Moment Schwäche gezeigt. Das merkt eine Meute, und jede Partei ist eine Meute.

Und sie hat eine kolossale Fehlentscheidung getroffen, die noch dazu inhaltlich quer zum Denken großer Teile des konservativen Spektrums steht.

Der Mann, der ihr im Unterschied zu Seehofer noch scheinbar treu zu Seite steht, tut das in Wahrheit schon nicht mehr. Es ist kein Zufall, daß Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel die Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge dieses Jahr von 800.000 auf eine Million erhöht hat.

Gabriel wird von nun an tun, was er am besten kann: Scheinbar zu ihr stehen und sie gleichzeitig grillen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schreibt im September 2015 wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen. Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, daß Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als "offenen Brief" zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruß Gerd Schultze-Rhonhof

Grenzenlose Gastfreundschaft

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflüchtling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert.

Trotzdem meine ich, daß die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50 % Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozeß jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist.

Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommu-

nen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden läßt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen.

Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, daß wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte sie deshalb dringend, zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird,
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden,
- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und
- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird. (Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur Begründung meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

Falsche Prognosen

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich.

Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

Anfang einer Völkerwanderung

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

Armutsbekämpfung

Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, daß Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, daß die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden.

Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde. Die Antwort war: "Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens." Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivorsitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, läßt außer Acht, daß Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen mußte. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

Drei Migranten-Ströme

Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

Afrika

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden.

Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

Kriegsgebiete

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söld-

nen und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriert werden.

Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauererwerb und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen.

Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst". So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

Südliche Balkanländer

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

Verpflichtungen

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.

Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten.

Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmaßes in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich statt dessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte.

Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität.

Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt. Sie wissen offensichtlich nichts von "Multikulti" in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von "Multikulti" in mehreren Stadtteilen deutscher Großstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitiker reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung anderenorts schon gemachter Fehler.

Falscher Vergleich

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z.B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären. Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, "gelobtes Land", um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes.

Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergroßen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".

Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmake unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen.

Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehräte gelenkt werden.

Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten.

Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."

Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).

Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.

Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".

Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)

Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

Belastungen contra Bereicherung

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.

Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarktauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,

- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

Asyl

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinheiten im Ausland.

Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Großwetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozeß- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler.

Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschließend zur Aufenthaltsgeldung der Antragsteller oder diese tauchen mit großer Mehrheit unter, um einer Abschiebung zu entgehen. Abschiebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig.

Warum z.B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt. So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind.

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der

anerkannten Asylanten wieder auf wirklich "politisch Verfolgte" begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschließt.

Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig.

So wie ein deutscher EU-Abgeordneter gefordert hat, daß Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll "und den anderen anbieten soll, sich anzuschließen", so fordere ich, daß Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU-Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU-Staaten ist dazu bei Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert, die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren. Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: "Nicht wir müssen uns von Positionen verabschieden, sondern die anderen." Ich neige Altpräsident Rau zu.

Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit großen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äußern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker.

Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, daß Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.

So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU-Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.

- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es statt dessen.
- Ein "Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor" aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf "illegalen" Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Maßnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als daß sie bremst.
- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unsere Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der "ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen". Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.
- Auch der Vorschlag eines Parteichefs "Der Bund muß dauerhaft mehr Kosten übernehmen." wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.
- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Daß wir keines haben, zeugt davon, daß die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU-Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschließt die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht?

Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch "Deutschland schafft sich ab" mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50 % Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwähler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie, dringend zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die

nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)

- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgeländern ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,

- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,

- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und

- daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.

Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, daß sich viele EU-Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschließen werden, und daß die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.

Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volks verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen auf eine Quotenregelung schon wieder den "EU-Schwarzen Peter" in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr Gerd Schultze-Rhonhof<<

06.10.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 6. Oktober 2015: >>Sex im Kanzleramt

Willy Brandt und seine erotischen "Zuführungen"

1974 erschütterte ein Geheimdossier die Regierung Brandt. Das Bundeskriminalamt hatte eine Liste mit Damen aufgestellt, die dem Bundeskanzler zu Diensten waren. Schlüsselfigur war Spion Guillaume.

Bei der einen Reise mit dem Sonderzug war es eine Schwedin, die nachts ins Chef-Abteil vorgelassen wurde, bei der anderen eine Französin. Bei Hamburg-Aufenthalten kam meist die Journalistin in die Hotelsuite, in Berlin handelte es sich oft um eine Jugoslawin, in Paris um eine bekannte Publizistin. Auch Prostituierte waren im Spiel.

In dem Dossier, mit dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher seinen Ministerialrat Klaus Kinkel per Hubschrauber von Bonn nach Hamburg geschickt hatte, waren solche Schäferstündchen dutzendweise aufgeführt. "Zuführungen" hieß es da. Kinkel ging ins Hotel "Atlantic" und legte das Schriftstück einem Herrn neben die Frühstückstasse. Der war tief schockiert. Nicht darüber, was er da las, sondern daß er es lesen konnte, als amtliches Protokoll.

Neu war es für Bundeskanzler Willy Brandt nämlich nicht, was er da am frühen Morgen des 1. Mai 1974 von Kinkel aufgetischt bekam. Er war es schließlich selbst, dem jene Frauen "zugeführt" worden waren, weil er in Anflügen von Dringlichkeit danach verlangt hatte, so oft es irgend ging. Aber daß ihm dies nun in dem sogenannten Herold-Papier - benannt nach dem damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamts Horst Herold - alles aufgelistet worden war, paßte ihm gar nicht.

"Der Referent bezahlt dann alles"

Schon gar nicht manches Detail. Etwa der Eintrag über einen mehrtägigen Hotelaufenthalt des Kanzlers in München. Der Security-Chef habe da einen neuen Mitarbeiter angewiesen: "Wenn ich mal weg bin, und der Chef braucht was, dann gehst du runter in die Halle und nimmst eine von denen, die da rumsitzen. Du fragst nach dem Preis und schickst sie dem Kanzler rauf. Der

Referent bezahlt dann alles."

Heftiger geschockt als der seinen Trieben offenbar rettungslos ausgelieferte Kanzler war Horst Herold gewesen, als er mit den Mitarbeitern des Kanzlerbegleitkommandos der "Sicherungsgruppe Bonn" das Dossier zusammengestellt hatte. Dabei hatte sich nämlich herausgestellt, daß diese Zuführungen allzu oft buchstäblich unter den Augen der DDR-Staatssicherheit stattfanden. Der Kanzler war entblößt.

Ausgerechnet jener Referent Brandts, der in den meisten Fällen den Damen die Tür zum Kanzlergemach geöffnet hatte, war wenige Tage zuvor als Top-Spion verhaftet worden: NVA-Hauptmann Günter Guillaume. Das BKA vermutete nun, daß Guillaume Tonbänder von den Gesprächen und anderen Lautgebungen in den Liebesnächten nach Ost-Berlin geschickt hatte. Guillaume soll sich laut Protokoll gelegentlich selbst Frauen in den Zug geholt haben. Doch das ließ ihn nicht mit seinem West-Chef fraternisieren. Sein Ohr und sein Auge gehörten der Stasi.

Der Job der Frauenzufuhr

Dabei konnte man dem Kanzler nicht einmal Ahnungslosigkeit zugute halten. Seit einem Jahr war er darüber informiert, daß gegen Guillaume ermittelt wurde. Zwei Monate zuvor hatte man ihn in Kenntnis gesetzt, daß der Verdacht hart war und die Verhaftung unmittelbar bevorstand. Trotzdem beließ er dem Spion noch weitere Wochen den Job der Frauenzufuhr.

Jeden Politiker oder Geschäftsmann, der durch allzu starke Libido in den Interhotels der DDR in die Hände von Stasi-Prostituierten geriet, sich rundum ungeschützt von versteckten Kameras filmen ließ, sich somit erpreßbar machte und nolens volens wenige Monate später eine Nebentätigkeit als IM bekleidete, zieh man damals grober Unvorsichtigkeit und Blauäugigkeit - völlig zu Recht. Und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland?

Die Eingeweihten, Horst Herold, Generalbundesanwalt Buback, Justizminister Jahn, Innenminister Genscher, Verfassungsschutzchef Nollau sowie SPD-Zuchtmeister und -Fraktionschef Wehner - sie alle schlugen die Hände über dem Kopf zusammen. Nollau bat Wehner, Brandt davon zu überzeugen, daß sich die Bundesrepublik keinen erpreßbaren Bundeskanzler leisten könne. Wie intensiv er dies tat, ist unbekannt. Jedenfalls trat Brandt kurz darauf zurück und machte den Platz frei für Helmut Schmidt.<<

07.10.2015

BRD: [Herbert Ludwig berichtet am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes \(x969/...\): >>Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur](http://HerbertLudwig.blogspot.de/2015/10/07/Fassadenkratzer.wordpress.com)

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom

7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlenen äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: *"Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei ... und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. ... Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen: *"Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit

auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekanntem komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.

Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handele, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.

Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volkskultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generel-

le Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!"* ... <<

09.10.2015

BRD: Der deutsche Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger Bundeswehr, seit 1991) schreibt am 9. Oktober 2015 wegen der Masseneinwanderung von Migranten einen weiteren "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x855/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

dies ist nach vier Wochen mein zweiter "Offener Brief" zum Problem der derzeitigen Einwanderungs-Flut an Sie.

Die Welle der deutschen Hilfsbereitschaft, der tausendfache, aufopfernde Einsatz von Helfern und die Leistungen unserer Verwaltungen haben anfangs den Blick auf die Schwierigkeiten und Grenzen unserer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit verstellt.

Ich habe mir erlaubt, Sie mit Brief vom 11. September 2015 auf die Gefahren der ungesteuerten Masseneinwanderung für Deutschland hinzuweisen und Vorschläge für das Asylrecht, für das Steuern der Einwanderung und für das Beenden der beginnenden Völkerwanderung zu machen. Ich habe seither Ihr ehrliches, aber erfolgloses Bemühen, der Lage Herr zu werden, beobachtet und gesehen, daß der Massenzustrom von Migranten weiter ungebremst anhält und auch ganz andere, häßliche Begleiterscheinungen mit sich bringt, als es mir vor vier Wochen schwante.

Inzwischen haben sich die Schätzungen der in Deutschland "aufgestauten" Migranten für das Ende dieses Jahres auf 2 bis 2,5 Millionen aufaddiert, etwa 700.000 nicht anerkannte und nicht zurückgeführte Asylbewerber, etwa 300.000 inzwischen untergetauchte Migranten und 1 bis 1,5 Millionen Neuankömmlinge im Jahr 2015. Sie haben bisher keinen wirksamen Versuch unternommen, die Massenmigration nach Deutschland zu unterbinden. Sie haben in Ihrer Angewohnheit des sehr, sehr langen Abwägens wertvolle Zeit nutzlos verstreichen lassen, in der Sie hätten beginnen können, Schaden von unserem Volk abzuwenden.

Bitte um Ihren Rücktritt

Ich bitte Sie deshalb, so anständig zu sein, von Ihrem Amt zurückzutreten, und ich bitte Sie und den Herrn Vizekanzler (mit getrenntem Schreiben) außerdem, dem Vorsitzenden der dritten Regierungspartei, Herrn Seehofer, die Regierungsgeschäfte bis zum nächsten regulären Wahltermin zu übergeben.

Herr Seehofer ist mit seinem Bundesland der am stärksten Betroffene der Völkerwanderung.

Er denkt und handelt ganz offensichtlich stärker in deutschem Interesse als Sie.

Er ist als Vater von vier Kindern auf natürliche Weise mehr an der deutschen Zukunft der kommenden Generationen in unserem Lande interessiert als Sie.

Herr Seehofer verfügt außerdem bereits über Erfahrung als Minister im Bundeskabinett und als Chef einer Regierung.

Nach Ihrer jetzigen, indifferenten Haltung unserer bisherigen deutschen Identität und der deutschen Selbsterhaltung gegenüber und nach Ihren zahlreichen, plötzlichen, politischen Kehrtwendungen in jüngster Vergangenheit, ist ohnehin nicht erkennbar, wohin Sie Deutschland in der augenblicklichen Ausnahmesituation führen wollen.

Vorwürfe gegen Sie

Der Hauptvorwurf gegen Sie ist Ihre Verletzung des Amtseids. Sie haben geschworen, den

Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Mit der von Ihnen geduldeten und mit verursachten Masseneinwanderung und der Unfähigkeit, sie zu beenden, haben Sie dem jetzigen deutschen Volk und seinen Nachfahren unabsehbaren Schaden zugefügt. Mit der dabei gleichzeitigen erwünschten, aber erheblich geringeren Einwanderung von integrationsfähigen Migranten haben Sie dem deutschen Volk dagegen nur einen verschwindend geringen Dienst geleistet.

Sie haben in der Abwägung zwischen christlicher Pflicht zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge einerseits und Regierungsverantwortung für unser Volk und seine Selbsterhaltung andererseits Maß und Mitte zu Lasten Ihrer Pflicht als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vermissen lassen.

Sie haben mit Ihren Botschaften, Deutschland sei ein Einwanderungsland und Asylanten seien in Deutschland willkommen, einen Migrations-Sog ausgelöst. Diese Migration hat zusätzliches Leid und Tragödien ausgelöst.

Sie haben, um diesen Fehler zu kaschieren, bisher pausenlos die Illusion verbreitet, unser Land und unsere Bevölkerung könnten die durch die Migration auftretenden Belastungen meistern, die für die Staatsfinanzen, die anderen öffentlichen Haushalte, die innere Sicherheit, das Bildungswesen und das Sozialversicherungswesen entstehen. Sie haben dabei die neuen Verschuldungen verschwiegen und die Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung und auch die nun unterbleibenden Sanierungen für Straßen, Wasserwege, Brücken und Kanalisationen und die Ewigkeitsbelastungen für unsere Kinder und Kindeskiner.

Sie haben Deutschlands Ruf und Rolle in der EU beschädigt und belastet, weil Sie mit der von Ihnen geförderten Migranten-Flut alle anderen EU-Staaten unter Zugzwang gebracht haben. Die Forderung Ihrer Regierung nach Quotenverteilung von Migranten an andere Staaten ist der Versuch eines illegitimen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten und das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker.

So wie die Territorien und Grenzen der Staaten unantastbar sind und nur mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar sind, so sind auch die Staatsvölker nicht durch äußeren Willen und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar. Masseneinwanderung ist eine Veränderung des Landesvolks. (Die Einführung eines Solidaritäts-Mechanismus ist übrigens noch 2013 von Deutschland abgelehnt worden.)

Die anderen europäischen Staaten haben entweder große Migranten-Zahlen aus ihren ehemaligen Kolonien aufnehmen müssen, oder russische Minderheiten im Land ... gehabt, und Tschechen und Polen haben negative Erfahrungen als Vielvölkerstaaten hinter sich. Diese Staaten und ihre Völker zur Aufnahme von neuen Minderheiten zwingen zu wollen, zeugt von geschichtlicher Unkenntnis, deutschem Oberlehrer-Wesen oder EU-Größenwahn.

Statt auf eine "gerechte" Verteilung von Migranten auf andere Staaten zu hoffen, hätten Sie die wahren Verursacher der jetzigen Völkerwanderungen mit ins Boot der Aufnahmeländer und der Bezahlenden holen sollen. Die augenblicklichen "Fluchtbewegungen" aus dem Mittleren Osten und aus den Staaten rund um das südliche und östliche Mittelmeer und die Öffnung der südlichen Mittelmeerküste für Flüchtlinge aus Zentral- und Westafrika gehen in erster Linie auf die Systemwechselkriege zurück, die die USA, England und Frankreich begonnen und geführt haben, ohne selbst von diesen Staaten bedroht worden zu sein.

Diese drei Verbündeten haben die Diktatoren in den heute destabilisierten Staaten entmachtet und sie durch Einsatz von Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen und zum Schluß offenen Kriegshandlungen gestürzt. Geblieben sind jedes Mal Bürgerkriege, Chaos, Flüchtlingslager und heute Flüchtlingsströme.

Die USA z.B. haben sich bisher nur bereiterklärt, 2015 1.500 Flüchtlinge (andere Angaben: 4.000) aufzunehmen. Das ist weniger als Bayern an einem Tag hat unterbringen müssen. Die Hauptlast der Flüchtlingsströme den deutschen Bürgern und Steuerzahlern aufzubürden, ist

das Gegenteil von "Schaden von ihm abzuwenden."

Sie haben die Diskussion um die Migranten-Aufnahme auf das Begriffspaar "Willkommenskultur" und "Ausländerfeindlichkeit" reduziert und damit erstens eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen weiter Teile der Bevölkerung unterdrückt und umschifft und zweitens die Nation gespalten. Das angemessenere Begriffspaar wäre "Gäste" und "Gastgeber" gewesen. Das deutsche Volk als Gastgeber hat den Gästen sehr viel Hilfsbereitschaft entgegengebracht und dabei großen Idealismus bewiesen. Aber Sie haben nicht beachtet und deutlich gemacht, daß Gastgeber auch Rechte haben.

Jeder Gastgeber darf bestimmen, wie viele Gäste er in "sein Haus" aufnimmt. Jeder Gastgeber hat das Recht, die Sitten in seinem Haus zu bestimmen. Jeder Gastgeber hat das Recht, eine auf Dauer angelegte Übernahme seines Hauses durch Gäste zu verhindern. Die Gäste haben diese Gastgeber-Rechte zu respektieren und sich im Gastland einzufügen und anzupassen. Wenn dies wegen der "amorphen Masse" der Gäste durch die einzelnen Gastgeber nicht zu bewirken ist, hat dies der Gastgeber-Staat für seine Bürger sicherzustellen. Davon ist unter Ihrer Regierung nichts zu spüren.

Sie dekretieren statt dessen "Deutschland muß sich ändern"

Sie zeigen eine unklare Haltung zur Wahrung der deutschen Identität unseres Volkes. Sie haben 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gesagt: "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert." Und nun versuchen Sie, der deutschen Öffentlichkeit die Vorzüge der kulturellen Bereicherung durch Zuwanderung zu verkaufen.

Sie wissen sehr wohl, daß Millionen von Neu-Einwanderern ihre Sitten und ihre Herkommens-Kultur nicht abstreifen werden, solange sie in Deutschland in Ghettos leben werden. Sie wissen, daß die Ghetto-Bildung bei einer Zwei-Millionen-Zuwanderung in nur wenigen Jahren unvermeidbar ist. Sie wissen, daß sich Millionen von Einwanderern durch die von uns gewährte Berechtigung zum Familiennachzug in wenigen Jahren weiter aufaddieren werden. Sie wissen, daß der etwa 80 %-Anteil an Muslimen unter den Migranten unseren Rechts- und Moral-Liberalismus für dekadent hält und zu "überwinden" gedenkt.

Sie haben 2000 und danach den CDU Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz mit seiner Vorstellung der "Leitkultur" im Regen stehen lassen und schließen sich heute dem Plädoyer der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und des Ministerpräsidenten von Bayern für eine Respektierung und Verbindlichkeit der "deutschen Leitkultur" in unserem Land nicht an. Die Vorstellung einer eigenen Leitkultur ist der Kern der Fähigkeit, Zuwanderer zu integrieren. Die Debatte über eine "deutsche Leitkultur" und ihre Verbindlichkeit auch für Zuwanderer war schon im Jahr 2000 gegen den Widerstand etlicher Parteien ein Kraftakt, den Sie hätten bestehen müssen.

Unsere Vorstellungen zur Trennung von Staat und Kirche oder der Gleichstellung von Mann und Frau z.B. haben schon damals nicht alle Einwanderer übernommen. Auch unsere Vernachlässigung der deutschen Sprache in Wissenschaft, Werbung und Musik ist kein Zeichen eigener Wertschätzung, die Einwanderer hätte motivieren können, sofort Deutsch zu lernen. Unsere ständige Selbstdarstellung als vorzugsweise "dunkles Land der finsternen 12 Jahre" und das Übergehen von Jahrhunderten glänzender Kultur und Leistungen zeugt auch nicht von Liebe zu uns selbst.

Einwanderer, die sehen, daß die Deutschen sich im Herzen selbst nicht achten und nicht lieben, wollen sicher nicht zu einem solchen Volk gehören. Sie wollen nur den deutschen Wohlstand.

Sie, Frau Dr. Merkel, haben mit Ihrer Verweigerung der merzschen Leitkultur-Debatte der deutschen Integrationsfähigkeit einen schlechten Dienst erwiesen. Sie sind in dieser heute entscheidenden Frage offensichtlich auch jetzt noch indifferent und damit nach meiner Auffassung in diesen Tagen des Massen-Zustroms von Menschen aus fremden Kulturen als deutsche

Bundeskanzlerin ungeeignet.

Sie versuchen, die Mehrbelastungen, die durch den Massen-Zustrom von Migranten auf uns zukommt, zu verbergen und hinter angeblichen Zugewinnen für die deutsche Volkswirtschaft, für die sozialen Sicherungssysteme und das demographische Defizit zu verstecken. Die Mehrkosten, die jetzt mit 10 Milliarden Euro im Jahr angegeben werden, sind eine pure Irreführung der deutschen Steuerzahler.

Die neuen Kosten umfassen weit mehr für Unterkünfte-Sanierungen, Daueranmietungen, Wohnungsbau, Erweiterungen von Schulen, Kitas, Altersheimen und Gefängnissen, Familienunterhalt, Taschengelder, Gesundheitskosten, Familienzusammenführungen, zusätzliches Personal für Schulen, Kindergärten, Arbeitsverwaltungen, Behörden für Flüchtlinge, Polizei, Übersetzer, Sozialarbeiter, Anwälte, Gerichte, Sprachkurse, Altenheime. (Im jüngsten Werbeheft der Bundesregierung "Deutschland aktuell" Heft 4/2015 steht auf Seite 12: "Über 65-jährige Migranten zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die am schnellsten wachsen." Danach folgt der Hinweis, daß sich die Pflegeorganisationen auf Fremdsprachen und religiöse Bedürfnisse einstellen müssen.)

Neuere Schätzungen für die zusätzlichen Jahreskosten für Bund, Länder und Gemeinden stehen inzwischen bei 40 Milliarden Euro.

Der Nutzen für die Volkswirtschaft ist ebenfalls relativ. In unserer Wirtschaft einsetzbare Migranten bilden eine sehr kleine Minderheit an geeigneten Arbeitskräften unter den Zuwanderern. Sie nutzen der Wirtschaft. Die Minderbefähigten fallen den Steuerzahlern auf die Tasche. Das ist eine Bestätigung der These von Herrn Lafontaine: "Gewinne privatisieren. Verluste sozialisieren."

Der Zuzug fremder Arbeitskräfte ist auch in anderer Hinsicht fragwürdig. Erstens werden geeignete Arbeitskräfte oft in ihren Heimatländern für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften benötigt. Ihre Abwanderung nach Europa konterkariert unsere Entwicklungshilfe-Bemühungen. Und zweitens dient die heimische Wirtschaft zuerst der Beschäftigung und Ernährung der heimischen Bevölkerung. Wenn die heimische Wirtschaft Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben muß, ist ihr erster Zweck, die Vollbeschäftigung, erfüllt. Der zweite Zweck, die Gewinnvermehrung, sollte dann gegen die oben aufgezählten Gemeinschaftskosten für den deutschen Steuerzahler abgewogen werden.

Im Übrigen ist der Anteil der jetzigen Migranten, der in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden kann, minimal. Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer. In Sigmaringen hat die Wirtschaft über 3.000 in einer Kaserne lebenden, überwiegend jungen Männern Ausbildungsplätze angeboten. 8 Migranten haben vom Angebot Gebrauch gemacht.

Auch wenn der deutsche Arbeitgeberpräsident den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte fordert und dabei offensichtlich mehr an die privaten Gewinne als an die sozialisierten Verluste denkt, warnen Präsidenten von deutschen Industrie- und Handelskammern und solche von Handwerkskammern vor Illusionen über die Eignung von Migranten für die deutsche Wirtschaft. Auch der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist.

Das demographische Defizit ist zu erheblichen Teilen in den letzten 40 Jahren selbst verschuldet worden, seit diese Entwicklung punktgenau von demographischen Wissenschaftlern prognostiziert worden ist. Keine deutsche Regierung, auch Ihre nicht, hat den nötigen Anteil aus dem jährlich erwirtschafteten Sozialprodukt in die Förderung von Eheschließungen, Familiengründungen, Geburten, jungen Familien, Kita-Bauten und Kita-Personal investiert.

Statt dessen haben Ihre Vorgängerregierungen und Sie Scheckbuchdiplomatie mit dem Geld Ihrer Steuerzahler betrieben. Statt dessen haben wir Gelder in Länder gepumpt, die längst den Status des Entwicklungslandes überwunden hatten. Statt dessen werden bei fast jeder Aus-

landsreise deutscher Spitzenpolitiker in ärmere Länder Hilfgelder versprochen. Statt dessen betreiben Sie auf Kosten Deutschlands Konkursverschleppung in Griechenland. Statt dessen sind wir größter Nettozahler der EU, ohne Rabatte wie das Vereinigte Königreich in Anspruch zu nehmen. Statt dessen wird Gender-Geschlechter-Wahlrecht propagiert, statt den Jungen und den Mädchen die natürlichen Rollen von Vater und Mutter als erstrebenswert nahe zu bringen. Hier liegt ein weites Feld Ihres Versagens.

Das Demographie-Defizit ist zu großen Teilen die Schuld Ihrer Vorgängerregierungen. Aber Ihre offene "Geldbörse" für Zuwanderer beweist, daß das Geld für junge deutsche Familien auch in Ihrer Regierungszeit dagewesen wäre.

Sie haben mit der Seenotrettung von Migranten im Mittelmeer durch deutsche Kriegsschiffe dem Migranten-Strom und dem Schlepper-Unwesen aus Afrika Vorschub geleistet, weil Sie die Anweisung, gerettete Migranten an die nächste nordafrikanische Küste zurückzufahren, unterlassen haben.

Sie haben mit Ihrer Willkommensbotschaft an die Migranten auch eine falsche Botschaft an die eigene Bevölkerung verbreitet. Sie verkünden, die in kurzer Zeit eingewanderten Migranten seien integrierbar. Die dazu ständig wiederholte falsche Botschaft in den Medien erfährt vermutlich eine Bestätigung, wenn nicht sogar Ermutigung, durch das Bundeskanzleramt. Auch wenn ein Teil der jüngst Zugewanderten integrationswillig und integrationsfähig ist - gute Beispiele zeigen das -, so wird eine erdrückende Mehrheit der Zugewanderten sich nicht integrieren und nicht integrieren wollen.

Der begrenzte Wohnungsmarkt und die finanziellen öffentlichen Mittel werden nicht für eine völlige Verteilung der Zugewanderten unter die deutsche Bevölkerung reichen. Es wird zu neuen "Sprachkolonien" und Ghettos führen, in denen sich neben Positivem auch die für uns nicht tolerierbaren Heimatsitten erhalten (z.B. Frauenbeschneidungen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Drogenhandel).

Die bisherige Ghettobildung in Deutschland (wie in Frankreich und England) zeigt, daß sich Ghettos oft zu Problemstadtteilen entwickeln, in denen keine Integration mehr stattfindet, und in die sich keine deutsche Polizei mehr traut. Bereits jetzt schon gibt es neue Migranten-Unterkünfte in Kasernen, die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden.

Die intellektuellen Fähigkeiten und das Analphabetentum mancher Zuwanderer erlauben in der Regel weder eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch eine wirkliche Integration in die Gesellschaft. Es wird zu einer weiteren unterhaltsbedürftigen Mittellosen-Schicht kommen.

Die Mehrheit der Migranten sind Moslems. Viele von Ihnen verachten unsere liberale Lebensart und lehnen sie dezidiert ab. Sie werden sich aus Überzeugung nicht integrieren.

Bei Zuwanderung in Maßen werden die Sitten des Gastlandes erfahrungsgemäß langsam von den Gästen übernommen. Bei Zuwanderung von Millionen binnen weniger Jahre werden die Unsitten genauso wie die Sitten der Gäste meist als Identifikation mit der alten Heimat beibehalten.

Frau Dr. Merkel, Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Masseneinwanderung wird der Sicherheit und dem sozialen Frieden in unserem Land einen dauerhaften Schaden zufügen.

Das alles ist Ihnen bekannt und Sie verschweigen es. Sie spielen die angesprochenen Probleme herunter, weil Sie sie nicht beherrschen. Machen Sie bitte Ihren Platz für einen Politiker frei, der offensichtlich geeigneter zur Lösung unserer augenblicklichen Probleme ist.

Die häßlichen Begleiterscheinungen

Die Mehrheit der Migranten, die zu uns kommen, sind sicherlich angenehme und normale Menschen. Doch mit der massenhaften Zuwanderung von zwei Millionen Personen kommt auch ein Anteil Zwielfichtiger in unser Land, der unseren sozialen Frieden und die innere Sicherheit belastet.

Zu den inzwischen erkennbaren häßlichen Begleiterscheinungen der massenhaften Zuwande-

rung zählt vieles, was bereits dabei ist, sich in Deutschland einzunisten und zu verbreiten. Die Massen von Migranten bringen nicht nur ihre Not mit sich, der sie hier entfliehen wollen, sondern auch Sitten, die in ihren Kulturkreisen offensichtlich verbreiteter sind als bei uns, oder von denen sie glauben, sie würden in unserem liberalen Lande toleriert. Über alle diese Erscheinungen wird inzwischen vielfach im Internet und von Polizeibeamten und freiwilligen Helfern berichtet, aber sie werden in den deutschen Medien, wie von wunderbarer Hand gelenkt, nicht erwähnt.

Diese häßlichen Begleiterscheinungen sind der "verschwiegene Teil der Wirklichkeit":

- Vergewaltigungen im Umfeld von Migranten-Unterkünften,
- Zwangsprostitution in Migranten-Unterkünften,
- Massenschlägereien zwischen Ethnien, Religionen und Clans mit Knüppeln, Reizgas und Messern,
- Verletzungen und Anpöbeln von Polizistinnen und Polizisten,
- Haustürbettelei,
- Kirchenbesetzungen zum Erzwingen von Kirchenasyl,
- Anpöbeln und Beschimpfen von Passanten als "Sch...-Deutsche"
- Stoßen von deutschen Passanten vom Bürgersteig,
- Angrapschen und Belästigen von Frauen,
- Zertrümmern von Unterkunftsmobiliar, um in eine attraktivere Stadt verlegt zu werden,
- Entweichen aus den von Behörden gestellten Unterkünften, Eisenbahnzügen und Bussen, um der Registrierung zu entgehen,
- lautstarke Beschwerden, wenn die Verpflegung nicht der im Herkunftsland entspricht,
- Beschwerden von Migranten, wenn Sie in Arztpraxen so lange warten müssen, wie deutsche Patienten,
- Weigerung von Migranten, sich von Frauen in Arztpraxen und Behörden dirigieren und beraten zu lassen,
- Massenhafte, nicht bezahlte Einkäufe aus Migranten-Unterkünften im Internethandel,
- Weigerung von Migranten-Gruppen in Geschäften, ihre Einkäufe zu bezahlen.

Daß diese Aufzählung nach bisher gepflegter Regierungskommentierung "ausländerfeindlich" ist, sagt mehr über das Verhältnis der Regierung zur Realität als über die Aufzählung selbst.

Auch wenn, die oben aufgezählten Begleiterscheinungen nur häßliche Ausnahmen sein mögen, so reichen auch die Ausnahmen aus einer Menge von 2 Millionen frisch ins Land gekommener Migranten, um das Klima zwischen Gästen und Gastgebern deutlich zu belasten.

Zu den häßlichen Begleiterscheinungen zählt auch ein bedauerlicher Demokratieverlust in Deutschland. Das sind grobe Verstöße gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und gegen den christlich-abendländischen Wert der Wahrheit. Das ist zweitens ein Vertrauensverlust in die Redlichkeit von Regierung, Parlamenten, Parteien und Medien bei einem erheblichen Teil unserer Bevölkerung.

Die Sorgen und Ängste von Bürgern über die plötzlich gekommenen Belastungen werden als "Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechter Rand" beschimpft. Sie selbst haben mit vielen solchen Bemerkungen das Diskussions-Klima in Deutschland mit vergiftet und das Recht auf freie Meinungsäußerung stranguliert.

Polizisten und Lehrerinnen haben mir über Sprechverbote und Berichtsverbote über Migranten-Verhalten berichtet. Angestellte einer Ladenkette sind aktenkundig belehrt worden, daß sie Warendiebstähle von Migranten nicht melden und berichten dürften, damit die Firma nicht als ausländerfeindlich gelte. Das sind Zustände, die wir sonst bei autoritär regierten Staaten beklagen.

Der Vertrauensverlust resultiert aus der gefilterten und geschönten Berichterstattung über die Schattenseiten der Zuwanderung und die horrenden Ewigkeitskosten für Bund, Länder,

Kommunen und Sozialsysteme. Die ganze Lüge beginnt bekanntlich bei der halben Wahrheit.

Naheliegende Gefahren

Bei weiterhin rasch zunehmender Zuwanderung ist abzusehen, daß die hochgesteckten Erwartungen vieler Zuwanderer nicht erfüllt werden. Eine dadurch verursachte Unzufriedenheit wird sich vorhersehbar irgendwann entladen. Jetzt schon zeigt sich, daß es unter verschiedenen Migranten-Gruppen zu gewaltsamen Verteilungskämpfen kommt und zu Forderungen an deutsche Behörden, Hilfsorganisationen, Helfer und Sicherheitskräfte.

Die Gewerkschaft der Polizei weist auf das Entstehen gewalttätiger, krimineller Strukturen in den Migranten-Unterkünften hin. In manchen Kasernen-Unterkünften, die zu Teilen mit Soldaten und zu Teilen mit Migranten belegt sind, lagern auch Waffen und Munition. So ist nicht auszuschließen, daß sich Migranten Zugang zu Waffenkammern verschaffen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Das würde Bundeswehr und Polizei Probleme bereiten, die sie nach deutschem Recht kaum lösen könnten.

Der Hauptanteil der Migranten sind junge und gesunde Männer, auch wenn die Medien bevorzugt Frauen und kleine Kinder zeigen. Diese Männer haben ihre Frauen in ihren Heimatländern zurückgelassen. Ein Teil von ihnen wird sich irgendwann in Deutschland sexuell bedienen.

Wenn sich die jetzt noch in Kasernen und auf Truppenübungsplätzen konzentrierten Migranten über die Dörfer und Städte verteilen, wird unsere Bevölkerung mit den Gefahren konfrontiert.

Jetzt schon absehbare Folgen

Neben der erwünschten Fachkräfte-Zuwanderung und der selbstverständlichen Aufnahme berechtigter Asyl-Suchender gibt es absehbare negative Folgen und Begleiterscheinungen der derzeitigen Massenzuwanderung.

Sie haben sich mit Ihrem Amtseid verpflichtet "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", also auch rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, daß keine solchen negativen Folgen eintreten.

Diese absehbaren, negativen Folgen sind:

- weitere Migranten-Wellen aus Afghanistan, dem Irak und von Syrien aus der Türkei,
- das Anwachsen von Parallelgesellschaften
- die Zunahme "rechtsfreier Räume", die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden,
- das "Überspringen" bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Migranten-Gruppen von ihren Heimatländern auf Deutschland,
- die Zunahme von terroristischen, extremistischen und antisemitischen Gruppierungen in Deutschland,
- die Zunahme der Organisierten Kriminalität,
- die finanziellen Mehrbelastungen für unsere Nachfahrgenerationen als Ewigkeitslasten,
- die Beendigung des Schuldenabbaus in den öffentlichen Haushalten,
- die Überbeanspruchung der Sozialversicherungen,
- die Überlastung des Gesundheitssystems,
- die Wohnraumknappheit in Ballungsgebieten und Mietpreisteigerungen,
- das Verdrängen deutscher minderbefähigter Arbeitssuchender vom Arbeitsmarkt,
- die Mehrbelastung für Schulen und Universitäten,
- das Verdrängen der deutschen liberalen und christlichen Leitkultur,
- das Verbreiten islamischer Rechtsvorstellungen,
- das "Umkippen" der Mehrheitsverhältnisse zwischen alteingesessener und zugewandelter Bevölkerung und zwischen bekennender christlicher und bekennender islamischer Bevölkerung mit den absehbaren Folgen für das Recht und die Sitten in Deutschland.

Fremde Bewertungen

Altkanzlers Helmut Schmidt: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und

Totschlag".

Der früherer Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio: "Was wir heute erleben, ist ja kein Ansturm von Asyl-Berechtigten. Man kann streng genommen auf dem Landweg gar nicht als Asyl-Berechtigter nach Deutschland kommen, weil Artikel 16 (a) des Grundgesetzes die Einreise aus sicheren Drittstaaten nicht zum Asyl rechnet. ... So gesehen erleben wir keinen Ansturm von Asyl-Berechtigten, ... sie sind Einwanderungs-Willige, aber die allerwenigsten davon haben den subjektiven Anspruch auf Asyl, den unser Grundgesetz verspricht."

Ein deutscher Diplomat aus Afrika: "Die aus Eritrea kommenden jungen Männer sind fast alle Wehrdienstverweigerer und Deserteure."

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx fordert, "Deutschland dürfe keine Insel des Wohlstands werden."

Bischof von Szeged-Csanád (Ungarn) László Kiss-Rigó: "Das sind keine Flüchtlinge. Das ist eine Invasion. Sie kommen hierher mit dem Ruf: Allahu Akbar und wollen uns erobern."

Der Erzbischof von Mossul (Irak) Amel Shimon Nona an Europa: "Unser Leiden ist ein Vorgeschmack darauf, was Ihr erleiden werdet."

Ihre vier Maßnahmen

Sie haben am 4. Oktober 2015 folgende vier Maßnahmen zur Bewältigung der Massenzuwanderung angekündigt:

- Die Fluchtsachen zu bekämpfen. Das wird in Afrika seit 50 Jahren vergeblich versucht. Die dortige Bevölkerungsexplosion mit 30 Millionen Menschen Zuwachs im Jahr wird solche Versuche auch in Zukunft vereiteln.
- Die "gerechte" Verteilung der Migranten auf die Staaten Europas. Das wird die Mehrheit der Staaten aus ihren eigenen Erfahrungen mit fremdnationalen Minderheiten ablehnen.
- Den Zustrom nach Europa begrenzen. Das ist an der Grenze Europas zum Mittelmeer mit den bisherigen Methoden nicht möglich.
- Die Asylverfahren beschleunigen. Das ist ohne Abschaffung der Klagemöglichkeit in drei Instanzen beim Grundrecht auf Asyl nicht durchzusetzen und bei der Masse der Abschiebehindernisse beinahe wirkungslos.

Sie haben offensichtlich keinen Plan, die Völkerwanderung auf den "Routen zu Wohlstand und Sicherheit" endgültig zu beenden und den Zustrom auf Asylanten und Erwünschte zu begrenzen.

Ihre "Maßnahmen" sind Illusionen und Kosmetik. Damit trocknen Sie weder dem Migrantenstrom aus noch werden Sie die Mehrheit der abgelehnten Asylanten eher und überhaupt in ihre Heimatländer zurückführen können.

Ihr Verlangen nach einer europäischen Lösung ist erfolglos und außerdem Ihr Spiel auf Zeit um Ihr politisches Überleben. Sie treiben dies Spiel zu Lasten des deutschen Volks, dessen Interessen Sie vertreten sollten.

Ihr häufig wiederholtes "Wir schaffen das!" läßt Sie wie eine Autofahrerin erscheinen, die sich weigert, in der Sackgasse zu wenden.

Erforderliche Maßnahmen

Ich schlage einer neuen Regierung vor, daß sie erwirkt, daß die Grundgesetzartikel 6 und 16, die Gesetze, UN-Konventionen, EU-Verordnungen und nationalen Verordnungen, die einer Lösung des Migranten-Problems entgegenstehen, wegen des "Wegfalls der Geschäftsgrundlage" bis zur Lösung des Problems ausgesetzt und zu Teilen neu verhandelt und Änderungen beschlossen werden.

Der "Wegfall der Geschäftsgrundlage" besteht im jetzigen europäischen Notstand einer bei Schaffung der Gesetze und Vereinbarungen nicht bedachten Völkerwanderung. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß viele Staaten Europas ähnliche Wege beschreiten wollen. Die Bürger aller nicht-deutschen Staaten sind überdies stärker an nationalen Interessen und

ihren nationalen Identitäten interessiert, als die Menschen in Deutschland und in Österreich, die ihre nationale und christliche Identität weitgehend verloren haben. So ist dieses Vorhaben aussichtsreich.

Ich schlage weiterhin vor, die Völkerwanderung zu unterbinden, Schnellverfahren für Asyl-Anträge zu praktizieren, Kriegsflüchtlingen nur aus Kampfgebieten Schutz zu gewähren und die Masse der übrigen im letzten Jahr eingetroffenen Migranten schnellstmöglich zu repatriieren.

Dazu empfehle ich:

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,

- daß das GG so angepaßt wird, daß das im GG garantierte Recht auf Familienzusammenführung und das Recht, Asyl in einem mehrstufigen Gerichts-Instanzenweg zu erstreiten, abgeschafft werden, (Nur so können in der Schweiz Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen werden.)

- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,

- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlings-Boote und -Schiffe "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)

- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,

- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden, nicht aber aus Flüchtlingslagern außerhalb der im Krieg befindlichen Staaten,

- daß Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, nach Ende der "heißen" Feindseligkeiten wieder ausreisen müssen, wenn sie sich weniger als 5 Jahre in Deutschland aufgehalten haben,

- daß Migranten und Asylanten nach schweren Kriminaldelikten sofort mit Ihren Familien abgeschoben werden,

- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien)

- daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden und

- daß die Familienförderung bei Eheschließungen im Inland, bei Geburten, Wohnungsbau junger Ehepaare und Anschaffungen von Familienbedarfs-Großgeräten stark angehoben wird.

Ich bitte Sie nochmals, als Bundeskanzlerin zurückzutreten und einer Lösung des Völkerwanderungsproblems nicht im Wege zu stehen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Gerd Schultze-Rhonhof<<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Oktober 2015: >>Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte:

Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste "Atom-Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

16.10.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Oktober 2015: >>Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles?

Drei der führenden Ökonomen Deutschlands beantworten genau diese Fragen. Zwei davon warnen Deutschland davor, sich in der Flüchtlingskrise zu übernehmen. Clemens Fuest, Noch-Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und bald Nachfolger von Hans-Werner Sinn am Münchner Ifo-Institut, sagte der "Welt am Sonntag": "Eine Politik der unkontrollierten Zuwanderung wird Deutschland schnell überfordern." Um die Fähigkeit Deutschlands zu bewahren, Menschen aufzunehmen, die Schutz vor Verfolgung suchen, müsse Deutschland die Immigration insgesamt begrenzen und qualitativ steuern.

Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg fordert: "Die Asylpolitik muß völlig neu und europäisch überdacht werden. Wenn Deutschland das im Alleingang macht, dann werden wir uns übernehmen." Deutschland sei zwar schon seit mehr als 150 Jahren ein Einwanderungsland - "allerdings ohne Einwanderungsregeln. Das müssen wir ändern." Zu entscheiden sei, wie viele Flüchtlinge jeweils die einzelnen Länder Europas aufnehmen wollen.

Höhere Steuern unumgänglich?

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), betont dagegen die Chancen der Flüchtlingskrise. Auch andere Länder hätten solche Herausforderungen erfolgreich bestanden. "Es gibt keinen guten Grund, wieso Deutschland die Herausforderung dieses Mal nicht bestehen sollte." Anstelle von kontraproduktiven und populistischen Diskussionen, ob wir es uns "leisten" können oder ob wir uns "übernehmen", sollten Politik und Wirtschaft endlich die Ärmel hochkrempeln und Lösungen für eine erfolgreiche Integration präsentieren, fordert Fratzscher.

Laut Fuest wird die Integration der Flüchtlinge allerdings mit hohen Kosten verbunden sein. "Wenn man annimmt, daß pro Jahr 800.000 Menschen zuwandern und diese im Durchschnitt innerhalb von zwei bis drei Jahren so in den Arbeitsmarkt integriert werden, daß sie mit ihren Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen finanzieren, die sie erhalten, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von ungefähr 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr, solange der Zuwanderungsstrom anhält", sagte Fuest. Der Finanzwissenschaftler rechnet daher wieder mit steigenden Staatsschulden.

Sozialexperte Raffelhüschen hält dagegen deutlich höhere Steuern und Abgaben für unumgänglich, um die Flüchtlingskrise finanziell zu stemmen. Zwar lasse sich über die wahren Kosten der Flüchtlingskrise nur spekulieren. Allerdings arbeite er in der Denkfabrik Stiftung Marktwirtschaft an einer Aktualisierung einer Studie aus dem Jahr 2008. "Demnach müßte man pro 100.000 Zuwanderer, die sich wie in der Vergangenheit integrieren, etwa eine Abgabenerhöhung über alle Steuern und Beiträge von circa 0,3 Prozent rechnen", sagte Raffelhüschen. "Bei einer Million, die sich dann noch schlechter integrieren, sieht es entsprechend düster aus."

"Sie sind eine Chance für Deutschland"

Würden dieses und nächstes Jahr, wie inoffiziell vermutet, eine Million Flüchtlinge kommen, müßten laut Raffelhüschen die Steuern und Abgaben also um sechs Prozent steigen. Darüber hinaus müsse Deutschland seine Sozialversicherungen deutlich umbauen. Der massive Anstieg von Altersarmut würde eine Tendenz zu einer steuerfinanzierten Grundversorgung auslösen, sagte Raffelhüschen. Ähnlich wären die Entwicklungen bei Gesundheits- und Pflegeversorgung.

DIW-Chef Fratzscher ist da ganz anderer Auffassung: "Es müssen keine Steuern erhöht werden und auch keine Leistungen für irgend jemanden gekürzt werden." Der deutsche Staat werde im kommenden Jahr voraussichtlich 20 Milliarden Euro an Überschüssen - nach Berücksichtigung von zusätzlichen zehn Milliarden Euro für Flüchtlinge - erzielen. "Das ist mehr als ausreichend, um alle Aufwendungen abzudecken", sagte Fratzscher. Die Frage sei vielmehr, wie man diese Gelder und technische Unterstützung den Kommunen zukommen lassen kann, die diese dringend benötigen.

Fratzscher fordert, man müsse endlich aufhören, Flüchtlinge als "Kosten" zu sehen. "Sie sind eine Chance für Deutschland, die auch helfen, unsere Probleme der Demographie und des zunehmenden Fachkräftemangels zu lindern", sagte er. Wie gut die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, werde der Schlüssel für deren langfristigen wirtschaftlichen Beitrag sein. Eine erfolgreiche Integration hänge aber nicht nur von den Flüchtlingen selbst ab, sondern mehr noch von den Bemühungen, diesen Menschen eine Chance und Unterstützung zu geben.

Belebende Effekte am Arbeitsmarkt

Fuest und Raffelhüschen sind da pessimistischer. Für den Sozialstaat seien die Zuwanderer nicht schon dadurch eine Entlastung, daß sie im Durchschnitt jünger sind als die einheimische Bevölkerung, sagte Fuest. "Um den Sozialstaat zu entlasten, müßten die Zuwanderer mittelfristig mehr in die Sozialsysteme einzahlen, als sie an Leistungen erhalten. Dazu müßten die Migranten beruflich hinreichend qualifiziert sein."

Kurzfristig werde es durch die Flüchtlinge eine Nachfragesteigerung geben, weil der Staat Geld für die Versorgung der Flüchtlinge bereitstellt, sagte Fuest. "Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen neutralisieren diese Wirkung allerdings teilweise." Hinzu komme, daß diesen Nachfrageeffekten höhere Staatsschulden gegenüberstehen. "Die Bedienung dieser Schulden dämpft die künftige Nachfrage." Am Arbeitsmarkt seien durch die Flüchtlinge belebende Effekte zu erwarten. "Neben den Unternehmen werden auch heimische Arbeitskräfte profitieren, allerdings vor allem die mit guter Qualifikation", sagte Fuest.

Raffelhüschen sagt, wirklich fundierte Prognosen über die wirtschaftlichen Folgen der Flüchtlingskrise ließen sich bislang nicht machen. Fakt sei jedoch, daß sich ein erheblicher Teil der Zuwanderer erst einmal für den hiesigen Arbeitsmarkt qualifizieren müsse. "Der syrische Arzt ist doch einfach Unfug, der ist doch schon längst da gewesen!", sagte der Sozialexperte. Angelernte und unqualifizierte Arbeitskräfte hätten es trotz der guten Arbeitsmarktlage noch immer schwer auf dem Arbeitsmarkt. "Und wenn wir es nicht schaffen, Hunderttausende von Hartz-IV-Empfängern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie soll das dann bei den Zuwanderern gelingen?", so Raffelhüschen.<<

20.10.2015

BRD: Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisiert am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

"Refugees welcome!" - Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern. Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland.

Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft

vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU-Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien.

Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang.

In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Geburten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr.

Allein am ersten Septemberwochenende 2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.

Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die

Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet?

Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.

Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis

zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." (Europe News, 13.10.2009)

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." (Sure 61,9)

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S. 64). Ernst genommen haben das nur wenige, leider.

Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten jüden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke (N-TV, 25.8.2015).

Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n. Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand.

Daß die Masseneinwanderung von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moschegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben." (Tagesspiegel, 27.8.2015)

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.

Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. ... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen." (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996). Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europaparlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap. 3), und Deutschland hat sich geändert, wie die

Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1-24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen.

Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.

Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greuelthaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle.

Letzter Stand der Annäherung: Der EKD-Chef Bischof Bedford-Strohm ist Mitglied im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums. Leider ist auch die katholische Kirche im Islam-Zentrum vertreten, allerdings nicht mit einem Bischof. Auch hier ist man seit dem 2. Vatikanischen Konzil überzeugt, mit den Muslimen denselben Gott zu verehren, eine biblisch unhaltbare Position.

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch,

Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde." (Bild online, 12.9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei "Gold wert für die Integration", so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23.9.2015). Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig.

So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger. Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodeln es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU-Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU-Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechtsbrecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: "Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen."

In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist, daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lukas 10, 30 ff.) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationa-

lem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist.

Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht.

Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orbán auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht.

Orbán: "Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens. ... Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches.

Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde." (Bild online, 12.9.2015)

Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80 % der Ankommenden sind aus diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.

Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere "verloren". Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute Aufnahmechancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015).

Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft in Kabul/Afghanistan habe mitgeteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen werden nur in etwa 10 % der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.

Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben. Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv.

Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt-Sozialamtes spielen. Dies und die beinahe bedingungs-

lose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das "gelobte Land" zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu.

Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen. Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern.

Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht.

Die Rolle der Medien

Wer die Berichterstattung in den Medien aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß sie in ihrer Mehrheit positiv über die gegenwärtige Einwanderungswelle sprechen. Sie stehen auf der Seite des linkspolitischen Gesellschaftsexperimentes. Das ist nicht verwunderlich, da die meisten Journalisten politisch im linksgrünen Lager zu Hause sind.

Problematisch für die Medien ist nur, daß den Einheimischen keineswegs verborgen blieb, daß die Masse der ankommenden Menschen keinen abgekämpften und erschöpften Eindruck macht. Man sieht keine Kriegsverletzten, dafür aber viele, die mit Smartphone, sauberen Jeans und neuen Adidas ausgestattet sind. Woher haben sie das? Andererseits gibt es Bilder, wo gespendete Lebensmittel achtlos weggeworfen, manchmal gar vernichtet wurden.

Auch gespendete Kleidung fand sich schon zahlreich in Müllcontainern, Straßengräben und auf Bahngleisen, Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes wurden an der mazedonischen Grenze abgelehnt, weil auf die Kästen ein Kreuz aufgedruckt war, was für Muslime ein verabscheuungswürdiges Symbol ist.

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 24.9.2015, daß 30 Asylsuchende nur zwei Tage nach ihrer Ankunft in einem Ort bei Wittenberg in einen Hunger- und Sitzstreik traten, weil ihnen die Unterkunft, eine Turnhalle, nicht gefiel, sie wollten keine Sammelunterkunft, sondern Wohnungen mit Privatsphäre.

Was werden sie wohl in einem Jahr fordern? Schwer zu vermitteln, daß hier der Satz Jesu zutreffen soll, wonach Christen die Hungrigen speisen, den Durstigen zu trinken geben, Nackte kleiden und Fremde aufnehmen sollen (Matthäus 25,31 ff.). Denn so verhalten sich nicht Menschen, die in großer Not Elend und Verfolgung entkommen sind.

Die Stimmung unter den Einheimischen hier ist natürlich nicht verborgen geblieben. Vereint nach Art eines Kartells halten Politik und Medien dagegen. Ein besonders deutliches Beispiel ist die Plakataktion "Refugees welcome" - Ihr seid willkommen", eine Aktion der Kieler Nachrichten, der Segeberger Zeitung, unterstützt von der Landeshauptstadt Kiel, der Stadt Neumünster, den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg. Die Plakate wurden an alle Haushalte verteilt, waren gedacht für die Haustüren, man sah aber nur wenige, außer an einigen Geschäften und natürlich öffentlichen Gebäuden, sonst nirgends.

Unablässig mahnen Politik und Medien eine Willkommenskultur an. Man stellt die Hilfsbereitschaft in Form von Sachspenden als beispielhaft heraus, zeigt Bilder, wie Flüchtlinge im Bahnhof begeistert willkommen geheißen werden. Viele haben auch den Eindruck, daß traurige Schicksale instrumentalisiert werden, um Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tagelang sah man in den Medien das Bild des kleinen ertrunkenen Jungen, der in Bodrum an die türkische Küste gespült wurde. Der Tod des kleinen Aylan, der nur drei Jahre alt wurde,

ist ein trauriges Geschick, ohne Frage, aber gehört so ein Bild in die öffentlichen Medien? Viele empfinden das als pietätlos. Sollte damit signalisiert werden: Wer nicht hartherzig sein will, kritisiere bitte nicht mehr die gängige Aufnahmepraxis der Flüchtlinge.

Man täusche sich nicht, Bilder haben eine große Wirkung, man denke nur an das Foto des kleinen Mädchens, das 1972 durch einen amerikanischen Napalmangriff in Vietnam schwer verletzt wurde. Auch das Bild ging um die Welt. Verschwiegen wurde im Falle des kleinen Aylan allerdings, daß sein Vater aus der Türkei kam und nach Europa wollte, weil er neue Zähne brauchte, für etwa 14.000 Euro, die er nicht hatte, aber 4.000 für Schlepper bezahlen mußte, so hat die Tante des Kleinen im kanadischen Fernsehen erklärt, von Sky News veröffentlicht.

Es ist bitter, jetzt hat er Frau und zwei Kinder verloren und hat sie in Kobane regulär beerdigt, will auch in Syrien bleiben. Tage später tauchten Meldungen auf, der Vater selbst sei ein Schlepper, habe leichtfertig den Tod von Menschen riskiert. Auch sei der kleine Aylan an ganz anderer Stelle an die Küste getrieben worden, medienwirksam habe man ihn an eine gut überschaubare Küstenstelle gelegt und dann "geborgen".

Die Wahrheit wird wohl nie herauskommen. Aber so oder so: Es fällt schwer, an eine verfolgte Familie zu glauben. Warum berichteten die Hauptmedien das nicht, als es bekannt wurde? Die vielen, brutal vom IS ermordeten Christenkinder kamen fast gar nicht in den Medien vor. Eine sachliche Auseinandersetzung über den Flüchtlingsstrom ist im Augenblick kaum möglich. Ganze Fragenkomplexe werden nicht thematisiert:

Wieso gerade jetzt diese Flüchtlingsmassen?

Sind diese Menschen wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Grundgesetzes?

Wieso gehen sie nicht, da die allermeisten Muslime sind, in die reichen muslimischen Ölstaaten, sondern ausgerechnet in das säkulare und christlich geprägte Europa?

Woher haben sie das Geld für die Schlepperbanden? 4.000 bis 5.000 Dollar und mehr sind für den Transfer zu entrichten.

Wieso kommen überwiegend junge Männer, deren Leistungsfähigkeit doch eigentlich zu Hause gebraucht würde? Hier sind sie ohne Frauen, wie wirkt sich das aus?

Wieso lassen sie ihre Familien zurück, wenn diese in der Heimat bedroht sind?

Wieso zeigen die Medien aber vornehmlich selektiv Familien mit kleinen Kindern, wie es der Journalist Claus Cancel vom dänischen Radiosender "Radio 24.7" beobachtet hat, der in Mazedonien und Serbien mit den Menschenströmen nach Norden zog.

Sickern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land?

Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie kann das sein?

Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern:

Nachbarn beschwerten sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung. Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen. Warum wird darüber nicht offen gesprochen?

Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sachliche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird nie-

dergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik ("Pack", "Mischpoke", "Dunkeldeutsche"), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler.

Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein.

Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen "denen da oben" und "dem Volk da unten" inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

Sind die Ankommenden integrationsfähig?

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und - fähig, werden es aber nicht leicht haben.

Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: "Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante." (Focus 29/2005)

Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus.

Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden. Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.

Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland eröffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom "Wunder von Marxloh", es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigevierviertel der Einwanderung werden sollte. Die Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.

Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden "ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen." (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.

Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über

ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es säkularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen? Der Islam, ein Integrationshindernis?

Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen. Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo-Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht.

Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.

Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29).

Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: "O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute." (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.

Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.

Schon 1980 erklärte der "Europäische Islamrat" in London: "Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt." (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).

Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: "Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden", (Sputniknews.com, 22.9.2015). Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde.

Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein.

Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg, S. 47 ff.). Der Erzbischof der Stadt Mosul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten an die Europäer und Christen des Westens:

"Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr

Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren ... doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen geheißen habt." (Unser-tirol24.com, 18.9.2015)

Die Masseneinwanderung als Gottesgericht

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei-einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist.

Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch-kritische Theologie hat man einen Selbst-Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer.

Wenn die frühere Bischöfin und jetzige "Reformationsbotschafterin", Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.

Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen und Fluch vorgelegt: "Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt." (5. Mose, 11,26-28)

Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort", rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jeremia 22,29). Vergeblich. Das Volk war verblendet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.

"Jerusalem, Jerusalem, die du tötest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt", ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Matthäus 23,37). Vergeblich. Das Volk Israel war verblendet und wandelte seinen eigenen Vorstellungen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70 n. Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.

Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. "Was der Mensch sät, das wird er ernten", sagt die Bibel (Galater 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.

Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst jüden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser

Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der Umkehr noch?

Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt nach wie vor seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Römer 1,24-28)

Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.

Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin.

Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Matthäus 28,19 f.), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71).

Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greuelthaten von Allahs Kriegeren besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.

Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Römer. 13,1 ff.). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und judenhasenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden.

Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für unsere staatlich-demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (GG, Art. 20,4)

Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Widerstandes haben Christen das Gebet.

Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremdenhassenden Bewegungen sein.

Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.

Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht

noch abzuwenden?

"Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen." <<

Oktober 2015

BRD: Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtet im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln geirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfähige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschen und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen.

Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfianzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst

den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

01.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird.

Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon

lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. Jahrzehntelang wurde die "Festung Europa" gehalten - in der stillen Übereinkunft, daß eine Lockerung des Grenzregimes unser Gemeinwesen bis zur Unkenntlichkeit verändern würde.

Man hatte zu akzeptieren gelernt, daß Hunger, Leid und religiöser Fanatismus anderswo zu Hause waren und uns nur mittelbar berührten. UN-Appelle, Entwicklungshilfen und humanitäre Einsätze wurden zum Ablaßhandel: Wir tun, was wir können, aber ihr bleibt, wo ihr seid. Seit diesem Sommer gilt das nicht mehr, jedenfalls nicht in Deutschland.

Die Parallele, die einige zum Untergang des weströmischen Reiches ziehen, ist nicht ohne Witz. Ob es die Völkerwanderung war, die das Reich beendete, oder das ermüdete Reich, das die Völkerwanderung möglich machte, bleibt eine offene Frage. Jedenfalls begann auch sie langsam und auf Bitten der nach Hilfskräften suchenden Römer, wurde dann ungeordneter und aggressiver, bis sie die alte Ordnung unter sich begrub. Guido Westerwelle, der uns "spät-römische Dekadenz" vorhielt, und Thilo Sarrazin, der von der "Abschaffung" Deutschlands warnte, erfahren durch Merkel eine späte, sicher ungewollte Rechtfertigung.

Ausmaß? Es wird so getan, als gehe nur alles oder nichts, so wie 1945 und 1946, als Millionen Deutsche aus den Ostgebieten flohen und vertrieben wurden. Aber ihre Aufnahme war, um mit Merkel zu sprechen, "alternativlos". Es waren Landsleute, und sie wären anderswo nicht aufgenommen worden. Für syrische Kriegsflüchtlinge und pakistanische Wirtschaftsmigranten gilt das nicht.

"Berlin hat eine Meise"

Länder wie Großbritannien oder Dänemark kommen daher ihrer Verantwortung nach, indem sie einen kleinen Teil der Flüchtlinge ins Land lassen. Sie haben Sorge, ihre Gesellschaften zu überfordern, und finden es vernünftiger, die UN-Lager in Grenznähe zu Syrien besser auszustatten. Sie stellen auch die Frage, warum reiche islamische Länder wie Saudi-Arabien ihre Grenzen für die Glaubensbrüder und -schwestern schließen.

Wo andere Europäer Augenmaß walten lassen, geben sich Deutsche einem Gefühl hin, das aus zwei sonderbaren Quellen gespeist wird. In der einen sprudelt ein Idealismus, der sich an der Phantasie berauscht, wir könnten etwas schaffen, für das andere zu kleinmütig sind; britische Kritiker sprechen von "Tugendprotzerei". Die andere Quelle ist eine schicksalsgläubige Geschichtsauffassung.

In ihrer naiven Variante sieht sie den unregelmäßigen Zustrom als natürliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, der ein bißchen frisches Blut schon immer gut getan habe. Die pessimistische Schule folgt der dunklen Logik, daß alle Hochformen der Kultur irgendwann ermüden und ab einem bestimmten Punkt geradezu wollüstig dem Niedergang entgegenstreben.

Dieser Ansicht begegnet man nicht nur in Deutschland. Der Franzose Michel Houellebecq spielt in seinem Roman "Unterwerfung" mit der atavistischen Energie der muslimischen Kultur und läßt sie schließlich die Nachfolge des erschlafenen christlichen Atheismus in Europa antreten. Räumt Merkel am Ende nur den Stein aus dem Weg, der zwischen unserer kraftlosen, verspielten Gegenwart und einer robusteren Zukunft liegt?

Womöglich ist Merkel ihrer Zeit voraus und sieht die globalen Verschiebungen realistischer als ihre Kollegen im Westen. Das ändert aber nichts daran, daß diese es vorziehen, sich noch ein Weilchen zu behaupten und nicht in Jahrhunderten, sondern weiter in Jahren und

Jahrzehnten zu denken. Von Australien bis Amerika, von Großbritannien bis Polen hält man Grenzen für sinnvoll und kontrollierbar. Berlin habe eine "Meise", hieß es kürzlich auf einer internationalen Konferenz in London.<<

03.11.2015

BRD: Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten" (DWN) berichten am 3. November 2015: >>Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn.

Politische Beobachter rätseln, was mit Angela Merkel los ist. Die Kanzlerin sei "überfordert" schreibt die Neue Zürcher Zeitung und spricht gar von der "Merkeldämmerung".

Tatsächlich werden die Botschaften der Kanzlerin immer wirrer: Zuerst öffnete sie die Grenzen für alle. Nachdem die Freiwilligen am Ende ihrer Kräfte waren, rief sie ihnen zu: Wir schaffen das! Schließlich bemühte sie den "Herrgott", der ihr das Problem auf den Tisch gelegt habe. Nun sagt sie: Wenn Deutschland seine Grenzen zu Österreich schließt, drohen militärische Auseinandersetzungen in Europa.

Diese Aussage ist besonders bizarr: Wie kommt die Kanzlerin dazu, die Deutschen in Angst und Panik zu versetzen? Die öffentlich geäußerte Warnung vor einem Krieg in Europa aus dem Mund der deutschen Bundeskanzlerin ist unverantwortlich. Entweder, sie weiß nicht, was sie redet - das wäre schlimm.

Noch schlimmer wäre allerdings, wenn die Kanzlerin wirklich Hinweise auf militärische Gefahren hat - und dann der durch ihre Aussage aufgeschreckten Bevölkerung sagte, weil Krieg droht, müsse man die Grenzen offen lassen. Die Reaktion jedes normalen Menschen auf solch eine bedrohliche Aussage ist nämlich, daß man sich wünscht, daß die Grenzen schnellstens geschlossen werden - wenn wirklich ein Krieg droht.

Die konkreten politischen "Lösungsvorschläge" der Union sind dementsprechend verheerend. Im Papier zu den "Transitzonen" heißt es:

"In diesen Transitzonen wird für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreiseperrre, mit Folgeanträgen und ohne Mitwirkungsbereitschaft ein beschleunigtes Asylverfahren einschließlich Rechtsmittelverfahren und Rückführung durchgeführt. Die Ausgestaltung des Verfahrens erfolgt in enger Anlehnung an das Flughafenverfahren, das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Hafteinrichtung ist."

Diese Idee ist schlicht Wahnsinn. Einmal abgesehen von der inhumanen Form eines solchen kollektiven Abschiebehaftlagers: Wie stellt sich Merkel denn das praktisch vor? Man pfercht all diejenigen in ein Lager, die wieder zurückgeschickt werden sollen - auch wenn sie nach wochenlanger Reise in Deutschland angekommen sind und sich auf die Einladung Merkels samt Selfies mit glücklichen Flüchtlingen berufen?

Erwartet Merkel allen Ernstes, daß sich tausende Menschen mit der offiziellen Vorgabe der Aussichtslosigkeit geduldig in ein Lager setzen, um dann mit gebeugtem Kopf der höflichen Aufforderung der Polizei Folge zu leisten, nun bitte wieder zu verschwinden? Ist nicht eher zu erwarten, daß die Leute den Behörden künftig aus dem Weg gehen werden, weil sie verständlicherweise nicht interniert werden wollen? Ist das nicht die Aufforderung an alle, sich in die Illegalität zu begeben?

Schon jetzt ist die Lage in den "normalen" Lagern äußerst kritisch - weil Lager immer Aggressionen hervorrufen und die aufgeheizte Stimmung zwischen den einzelnen Gruppen jederzeit zu einer Explosion führen kann. Man hat in den vergangenen Tagen immer wieder gesehen, daß die Nervosität bei den Flüchtlingen dazu führt, daß sie die Behörden nicht als Hindernis ansehen. Will Merkel die Bundeswehr in die Lager schicken? Schon jetzt fordert die Polizei

bei gewalttätigen Auseinandersetzungen die Bundeswehr an, weil sie sonst die Kontrolle verlieren würde.

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkmals an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben - das sie natürlich nicht halten kann. Die Flüchtlinge haben, anders als die Mehrheit der Deutschen, den Versprechen der Kanzlerin Glauben geschenkt. Sie haben gehofft, daß sie es schaffen werden.

Nun sitzen sie in der Falle - gemeinsam mit den völlig überforderten Behörden und Hilfsorganisationen. Merkel sitzt immer noch im Kanzleramt, in ihrer eigenen Welt. In der Union wächst der Unmut. In Europa schütteln die ehemaligen Partner nur noch den Kopf. Alle fragen sich: Wie lange noch?<<

04.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 4. November 2015: >> **Energiewende:**

So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben - Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich.

Eine Grundsatzrede Sigmar Gabriels zur Energiepolitik? Lange her. Das letzte Energiegesetz im Bundestag? Noch länger her, Herbst 2014. Ruhig war es um die Energiewende fast schon geworden. Der Wirtschaftsminister arbeitete in den vergangenen Monaten zwar am Ausstieg aus der Kohle. Doch schwarz auf weiß konnte er zuletzt wenig vorweisen.

Das ändert sich in der kommenden Woche. Das Bundeskabinett wird das große Strommarktgesetz beschließen. Zum "Energie-Kabinett" hat das Wirtschaftsministerium die Sitzung am Mittwoch erklärt. Am Donnerstag tagt dann zum ersten Mal die Atom-Kommission, die eine Lösung für die Rückstellungen der Energiekonzerne für den Atomausstieg suchen soll. Freitag berät der Bundestag über die Reform der Kraft-Wärme-Kopplungs-Förderung.

Die Energiewende rückt wieder in den Blickpunkt. Doch für Gabriel wäre es vielleicht besser, das Großprojekt wird weiter von der Flüchtlingskrise überlagert. Zur Halbzeit seiner Amtszeit zeigt sich: Auch er kann die Kostendynamik nicht durchbrechen. Und die Klimaziele sind weiter in Gefahr - weil die Politik auf die falschen Zahlen schaut.

Steigende Systemkosten werden versteckt

Dabei sollte die Energiewende so etwas sein wie Gabriels Meisterstück. Zunächst war er auch auf einem guten Weg. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) boxte er 2014 gegen Widerstände durch. Sogar die EEG-Umlage, über die die Stromverbraucher den Ökostrom subventionieren, sank (im) vergangenen Herbst. Doch nur ein Jahr später steigt die Umlage wieder, wenn auch nur geringfügig auf 6,35 Cent pro Kilowattstunde. Gabriel wertete das dennoch als Erfolg. Es sei gelungen, "die EEG-Umlage zu stabilisieren und den Haushaltsstrompreis sogar leicht zu senken".

Bei seiner Jubelmeldung unterschlug Gabriel allerdings, daß es sich bei der Umlage für 2016 immer noch um einen Rekord handelt. Und zudem kommt es darauf allein nicht mehr so an. Entscheidender sind die "Netzentgelte", in denen die Politik die steigenden Systemkosten der Energiewende versteckt. Die Abgaben erheben die Netzbetreiber von den Stromkunden für die Bereitstellung der Stromnetze. Sie machen inzwischen 23 Prozent des Strompreises aus, Tendenz steigend.

So müssen die Verbraucher über die Netzentgelte jene 1,6 Milliarden Euro tragen, die die Kraftwerksbetreiber für den Reservebetrieb ihrer Kohlemeiler erhalten sollen. Dies hatte Gabriel vergangene Woche mit den Betreibern von Kohlekraftwerken ausgehandelt. Zudem treibt die Erdverkabelung neuer Stromtrassen, die CSU-Chef Horst Seehofer Gabriel abgerungen hat, die Kosten um bis zu zwölf Milliarden Euro in die Höhe.

Zusätzliche Kosten von 540 Euro pro Haushalt

Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs rechnet daher bei den Netzentgelten für 2016 mit einem kräftigen Aufschlag von acht bis zehn Prozent - rund zehn Euro plus Mehrwertsteuer für einen Haushalt. "Ich frage mich, wie der Verbraucher das alles noch stemmen soll", sagt Fuchs. Denn schon in den vergangenen Jahren sind die Belastungen stark gestiegen, wie Berechnungen der Energieexpertin Esther Chrischilles vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) für die "Welt am Sonntag" zeigen. Demnach werden für einen Durchschnittshaushalt Ende 2016 seit dem Atomausstieg 2011 zusätzliche Kosten in Höhe von 540 Euro angefallen sein.

Versprochen hatte Angela Merkel anderes. In ihrer Regierungserklärung zur Energiepolitik drei Monate nach dem Reaktorunglück in Fukushima erklärte die Kanzlerin im Juni 2011, Strom müsse bezahlbar bleiben. Die EEG-Umlage von damals 3,5 Cent solle nicht weit über dieses Niveau steigen. Vier Jahre später läßt sich konstatieren: Diese Versprechen wurden gebrochen. Von den insgesamt 540 Euro Mehrkosten für einen Durchschnittshaushalt seit 2011 entfallen laut dem IW Köln allein 350 Euro auf die Förderung von Öko-Strom.

So kommt allerhand zusammen. Denn die Netzentgelte sind seit 2011 ebenfalls gestiegen - ein Durchschnittshaushalt wird um 142 Euro stärker belastet. Kommt die Novellierung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wie geplant, fallen je 30 Euro mehr gegenüber 2011 an. Andere Posten wie die Haftungsumlage für den verspäteten Anschluß für Windanlagen auf hoher See sind seit 2011 ganz neu hinzugekommen. Kostenpunkt dieser Umlage: 17 Euro mehr für die Stromverbraucher.

Zweifel am Erfolg der Energiewende

"Die meisten Umlagen sind verteilungspolitisch bedenklich", sagt Chrischilles. Denn sie treffen vor allem ärmere Haushalte. "Gabriel hat nichts unternommen, um die Kosten für die Verbraucher zu drosseln", sagt Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer. "Erst herrscht bei der Energiewende über ein Jahr lang Stillstand. Und dann fehlen wesentliche Eckpfeiler im Gesetz wie eine Reform der Netzentgelte."

Auch die Wirtschaft macht sich Sorgen. "Mehrbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte in Höhe von 100 Milliarden Euro in zehn Jahren sind nicht unrealistisch", sagt DIHK-Chef Eric Schweitzer. Die Politik solle die Notbremse ziehen und etwa auf die höhere KWK-Förderung verzichten.

Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.

Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. "Selbst wenn alle Haushalte in Deutschland ihren Strom aus erneuerbaren Quellen bezögen, so wären erst 3,6 Prozent der Energiewende geschafft", sagt Studienautor Dirk Dubbers. Tatsächlich müßte der Klimaschutz eher bei der Heizenergie oder dem Verkehr ansetzen. "Wird im Verkehrssektor acht Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, so spart dies mehr Energie ein, als

alle bestehenden Windkraftanlagen produzieren", so Dubbers.

Doch die Politik pickt sich lieber Daten heraus, die klimapolitisch weniger relevant sind, dafür aber den schönen Schein der Energiewende wahren. Im Ausland verfährt das schon lange nicht mehr. Beim Weltenergiegipfel diese Woche in Äthiopien bekamen die deutschen Vertreter viele Fragen gestellt - besonders zu den steigenden Kosten der Energiewende.<<

06.11.2015

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 6. November 2015: >>Das zweite Reich

Von Bismarcks Kampf um die (klein)deutsche Einheit, von der neuen Reichsgründung, von deren "Freunden" und deren "Feinden"

Karlheinz Weißmann

Für etwa zehn Jahre war Otto von Bismarck der bestgehaßte Mann Deutschlands. Die Zeitungen gifteten gegen ihn, die Karikaturisten übergossen ihn mit Hohn und Spott, man konnte den Eindruck haben, als ob kein anständiger Mensch sich mit ihm abgeben dürfe. Es kam sogar zu Anschlägen auf seine Person, die aber recht glimpflich endeten. Was war der Grund für soviel Ablehnung? Der Grund war, daß Bismarck, nach dem Tod des alten Königs im Jahr 1861, eine Chance erhielt, mit der er kaum noch gerechnet hatte. Denn der neue König, Wilhelm I., sah sich vor einem unlösbaren Problem:

Er wollte das preußische Heer modernisieren, aber dafür benötigte er Geld. Nach der neuen Verfassung Preußens mußte ihm die Volksvertretung dieses Geld bewilligen, aber die Volksvertretung tat das nicht. Die Sache war vertrackt, da die Verfassung diese Möglichkeit - daß sich König und Volksvertretung nicht einig wurden - gar nicht vorsah. Als Wilhelm I. schon soweit war, von seinem Amt zurückzutreten, kam einer seiner Berater auf den Gedanken, es in dieser verzweifelten Lage doch mit dem "tollen Bismarck" zu versuchen.

Die Idee, daß Bismarck etwas einfallen werde, war gar nicht falsch. Tatsächlich hat er dem König klargemacht, daß es nur die Möglichkeit gebe, ohne die Zustimmung des Parlaments die Maßnahmen zu ergreifen, die er für notwendig halte. Wohl war Wilhelm I. dabei nicht, aber schließlich gab er seine Einwilligung. Bismarck spielte damit ein riskantes Spiel, das wußte er genau. Aber er hoffte, daß die Zeit für ihn arbeite. Längst hatte er da seine alten konservativen Überzeugungen - daß die Dinge im Grunde so bleiben sollten, wie sie waren - beiseite geschoben.

Er hatte vor allem begriffen, daß die Einheit Deutschlands erreicht werden mußte, wenn die Deutschen nicht auf Dauer ein Spielball fremder Mächte, vor allem Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, bleiben sollten. Bismarck wußte, daß auch die führenden Männer der Nationalbewegung das ähnlich sahen, und daß sie Preußen für die einzige Macht hielten, die in der Lage sein würde, die "Deutsche Frage" zu lösen. Weiter war Bismarck wie den Patrioten klar, daß man dieses Ziel nicht ohne die Anwendung von Gewalt erreichen konnte.

1866 war es soweit: Es kam zum Krieg zwischen Preußen und Österreich, auf dessen Seite auch die meisten Staaten des Deutschen Bundes standen. Wenn damals Wetten auf den Ausgang angenommen wurden - und das war sicher der Fall -, dann standen sie sicher gegen Preußen. Aber Preußen siegte.

Das hatte nicht nur damit zu tun, daß an der Spitze der preußischen Armee der größte Feldherr seiner Zeit, Helmuth von Moltke, stand, sondern auch damit, daß Bismarck die Ausrüstung und Bewaffnung über die Köpfe der preußischen Volksvertretung hinweg verbessert hatte. Nach dem Sieg bat Bismarck übrigens nachträglich um Genehmigung der Gelder durch das Parlament und hat sich höflich dafür entschuldigt, es übergangen zu haben. Und das Parlament konnte ihm, dem Sieger, natürlich nichts abschlagen.

Man erkennt daran schon, wie weitsichtig Bismarck handelte. Und Weitsicht lag auch darin, daß er seinen König hinderte, den Triumph auszukosten. Österreich mußte nicht einmal Ge-

bierte abtreten, und auch seine süddeutschen Verbündeten - Bayern, Baden, Württemberg - wurden geschont. Ansonsten ließ Bismarck diejenigen, die auf der Seite Österreichs gestanden hatten, durchaus büßen und schloß etwa das Königreich Hannover (ungefähr das heutige Niedersachsen) Preußen an, aber ansonsten beschränkte er sich darauf, den Deutschen Bund aufzulösen, einen "Norddeutschen Bund" zu gründen und mit den süddeutschen Staaten geheime Bündnisverträge zu schließen.

Der Hauptgrund für die Zurückhaltung Bismarcks war, daß er wußte, wie mißtrauisch die anderen Großmächte Europas seine Politik verfolgten. Das galt für Rußland wie für Großbritannien, aber vor allem für Frankreich. Daß Frankreich jedes Entstehen eines starken Deutschlands zu verhindern suchte, haben wir in den früheren Kapiteln gesehen. Und in diese Tradition fügte sich auch ein, was der französische Kaiser Napoleon III. - ein Neffe des ersten - nach dem Sieg Preußens über Österreich zu erzwingen suchte.

Mit einer Mischung aus Drohung und Lockung wollte er Bismarck dazu bringen, sich der französischen Politik unterzuordnen. Dabei war Bismarck sich längst darüber im klaren, daß ein Konflikt mit Frankreich unvermeidlich war.

Im Herbst 1870 erklärten die Franzosen den Krieg. Sie waren dabei so siegessicher, daß es sie vollkommen überraschte, in welchem Tempo - mit modernen Eisenbahnzügen transportiert - die preußischen Truppen in ihr Gebiet vordrangen. Dabei handelte es sich nicht nur um preußische Einheiten, sondern auch um sächsische, bayerische, württembergische, badische, die vier Jahre zuvor noch gegen Preußen gestanden hatten. Jetzt zeigte sich, wie klug es von Bismarck gewesen war, diese Länder nach der Niederlage, die sie erlitten hatten, nicht weiter zu demütigen.

Der Krieg ging erstaunlich schnell zu Ende. Auch in diesem Fall hatte man damit kaum gerechnet. Aber schon nach der Schlacht von Sedan und der Gefangennahme Napoleons III. war das Schicksal Frankreichs besiegelt, wenngleich es den Kampf noch bis zur Verteidigung von Paris tapfer fortsetzte. Wenige Kilometer von der französischen Hauptstadt entfernt, in Versailles, wo sich der Sonnenkönig Ludwig XIV. sein prächtiges Schloß errichtet hatte, schlugen die Deutschen ihr Hauptquartier auf.

Und im Spiegelsaal des Schlosses fand am 18. Januar 1871 eines der denkwürdigsten Ereignisse der deutschen Geschichte statt: Hier ließ Bismarck den preußischen König Wilhelm I. durch die anwesenden Fürsten und ihre Vertreter zum "Deutschen Kaiser" ausrufen.

Er wollte sich dabei natürlich zunutze machen, wovon am Anfang dieses Buches schon einmal die Rede war: daß sich eine Gemeinschaft immer dann besonders als Gemeinschaft empfindet, wenn sie weiß, gegen wen sie gemeinsam steht. Und der Krieg gegen den "Erbfeind" Frankreich und dann vor allem der in greifbare Nähe gerückte Sieg Deutschlands hatten genau dazu geführt.

Die Begeisterung in Deutschland war unbeschreiblich, und damit ist nicht nur das Kleindeutschland gemeint, sondern auch das Großdeutschland. Obwohl Österreich kurz zuvor in einem Krieg gegen Preußen gestanden hatte, gab es dort eine Vielzahl von Bürgern, die eine Teilnahme auf preußischer Seite gegen Frankreich forderte. Demonstranten mit schwarzrotgoldenen Fahnen marschierten regelmäßig vor der Botschaft des Norddeutschen Bundes auf, und Bismarck mußte dem Botschafter ausdrücklich verbieten, auf dem Balkon zu erscheinen, um die Demonstranten zu begrüßen.

Er hat auch verboten, daß österreichische Freiwillige sich den deutschen Truppen anschlossen, und sicher hat er mißbilligt, daß das Denkmal Friedrichs des Großen, das noch heute auf der Straße Unter den Linden in Berlin steht, mit schwarzrotgoldenen Farben geschmückt war. Wenn, dann hat ihn milder gestimmt, daß daneben auch das neue Schwarz-Weiß-Rot angebracht wurde. Diesen "Dreifarb" hatte Bismarck für den Norddeutschen Bund eingeführt, weil er das Weiß-Schwarz Preußens und das Weiß-Rot in den Fahnen der Hansestädte Hamburg,

Bremen, Lübeck miteinander verband, die die Schiffe des Bundes stellten.

Schwarz-Weiß-Rot wurde auch die Nationalflagge des neugegründeten Deutschen Reiches. Selbstverständlich zeigte schon der Name, daß man sich in die Tradition des alten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation stellte, und dasselbe galt für den Titel des Kaisers und das Adlerwappen, aber es gab eben auch Unterschiede. Die Farben waren einer davon, der andere, daß man darauf verzichtete, den neuen Kaiser mit der alten Krone zu krönen.

Die lag immer noch in Wien, und Bismarck ging es nicht nur darum, das Verhältnis zu Österreich weiter zu verbessern, er wollte auch das Mißtrauen der europäischen Mächte besänftigen, die mit wachsender Sorge beobachteten, wie leicht die Deutschen Frankreich überwältigt hatten und welche Bedeutung das neue Reich zukünftig haben würde. Bismarck tat deshalb alles, ihnen zu versichern, daß Deutschland - abgesehen von Elsaß und Lothringen, die Frankreich abtreten mußte - keine weiteren Forderungen stelle und keine Vereinigung mit dem Habsburgerstaat bevorstehe.

Diese Linie hat Bismarck auch in den nächsten Jahren weiterverfolgt: Beschwichtigung des Auslands und Wachsamkeit gegen Frankreich, von dem er wußte, daß es jede Gelegenheit für eine "Revanche" - das französische Wort für Rache - nutzen werde. Er konnte sich dabei darauf verlassen, daß Großbritannien im Grunde kein Interesse für die Angelegenheiten auf dem europäischen Kontinent hatte, solange dort nicht eine Übermacht wie die Napoleons entstand. Zu Rußland hatte Preußen traditionell gute Beziehungen, die Bismarck noch vertiefte. Es gehörte wie Österreich zu den Verbündeten des Deutschen Reiches.

Die Ruhe in den äußeren Beziehungen erlaubte es Bismarck, seine Aufmerksamkeit der inneren Ordnung Deutschlands zuzuwenden. Die Verfassung, die das Reich erhielt, war dabei eine merkwürdige Mischung aus konservativen, liberalen und demokratischen Elementen. Konservativ war natürlich die Staatsform der Monarchie, liberal die große Bedeutung der Volksvertretung, des Reichstags, der über alle Gesetze abstimmen konnte, und demokratisch die Tatsache, daß dieses Parlament nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt wurde. Das war in Europa ganz ungewöhnlich.

Kein anderer Staat von Bedeutung hatte 1871 ein solches Wahlrecht. Aber Bismarck bestand auf dessen Einführung, weil er glaubte, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht das Nationalbewußtsein der Deutschen stärken werde.

Bismarck war noch für fast zwanzig Jahre Regierungschef oder Reichskanzler, wie man damals sagte. Natürlich waren die Zeiten vorbei, in denen er von aller Welt verachtet und gehaßt wurde. Jetzt war er der bewunderte "Eiserne Kanzler" und "Schmied des Reiches". Aber natürlich gab es auch Gegner. Eine Gruppe entstand unter den deutschen Katholiken. Sie bildeten eine Gruppe, die sich durch das Ausscheiden Österreichs aus dem Reich und die Tatsache, daß Preußen ein stark evangelisch geprägtes Land war, zurückgesetzt fühlte.

Ihre Partei - das Zentrum - ging deshalb im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches in die Opposition, das heißt, sie verweigerte der Regierung die Unterstützung. Bismarck wußte, daß dahinter die einflußreiche katholische Kirche stand, und versuchte diese in die Knie zu zwingen. Er, der gemeinhin als Konservativer galt, wandte sich gegen eine christliche Kirche und erließ scharfe Gesetze, mit denen die Macht der Kirche immer weiter beschränkt werden sollte. Wirklichen Erfolg hatte dieser "Kulturkampf" nicht und wurde schließlich ohne Ergebnis abgebrochen. Nach einer kurzen Frist erklärte Bismarck die "Reichsfeinde" im Zentrum zu "Reichsfreunden" und beteiligte sie sogar an der Regierung.

Anders war das mit der zweiten Gruppe von "Reichsfeinden": den Sozialdemokraten oder Sozialisten. Sie hatten sich im 19. Jahrhundert als dritte politische Kraft neben Liberalen und Konservativen gebildet; sie waren jetzt die "Linke", die Liberalen bildeten die "Mitte", die Konservativen die "Rechte" nach den Plätzen, die ihre Abgeordneten im Parlament einnahmen. Der Grund dafür war eine große Veränderung, auf die bisher noch gar nicht eingegangen

wurde. Denn neben den politischen Revolutionen dieser Zeit gab es noch eine andere: die "Industrielle Revolution".

Damit bezeichnet man die Einführung von Maschinenarbeit, die möglich wurde, nachdem am Ende des 18. Jahrhunderts die Bedeutung von Dampfkraft für den Antrieb von allen möglichen Geräten - Pumpen, Webstühlen, Eisenbahnen - entdeckt worden war. Die Maschinenarbeit ersetzte die Handarbeit. Das machte viele Handwerker, aber auch Bauern arbeitslos. Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung stark an, was nicht nur an der verbesserten Ernährung, sondern auch an der medizinischen Versorgung vor allem der Kinder lag. Die Folge war ein großer Überschuß an Arbeitskräften.

Selbstverständlich fanden sie in den Fabriken, die mit der Industriellen Revolution entstanden, Arbeitsplätze, aber doch nicht alle. Und die Verhältnisse an den Arbeitsplätzen waren oft miserabel: Schmutz, Gestank, fehlendes Licht, Arbeitszeiten von sechzig Stunden und mehr in der Woche, Einstellung von Frauen und Kindern als billigere Arbeitskräfte, die für einen Bruchteil des Lohns arbeiteten, den ein erwachsener Mann bekam.

Es gab zwar einzelne Unternehmer, die auf diese Not reagierten und aus eigenem Antrieb zu helfen suchten. Außerdem gingen die Kirchen daran, etwas für die Arbeiter zu tun, und in Deutschland führte Bismarck Gesetze ein, die Kranken- und Unfallversicherungen für jedermann schufen. Etwas ähnliches gab es in keinem anderen Land der Welt (in manchen, etwa den USA, gibt es so etwas bis heute nicht). Allerdings entschloß sich Bismarck dazu erst unter dem Druck, der dadurch entstand, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen immer mehr Stimmen bekamen.

Die Sozialdemokraten verstanden sich als "Arbeiterbewegung" und hatten dem Staat mehr als einmal den Krieg erklärt: Ihre Führer erklärten offen, daß sie die Monarchie beseitigen und eine Republik einführen wollten, daß man den Wohlhabenden ihren Besitz wegnehmen und zukünftig die Wirtschaft durch den Staat - den sozialistischen Staat natürlich - organisieren sollte, der darauf zu achten hatte, daß niemals wieder in der Hand einzelner große Vermögen entstanden. Dieses Programm wurde von vielen Arbeitern unterstützt, die vielleicht keine Revolution wollten, aber doch ein Ende ihres Elends.

Wenn Bismarck ihnen entgegenkam mit den Sozialgesetzen, hat das ihr Mißtrauen gegen den neuen Staat sowenig beseitigt wie das von Bismarck ausgesprochene Verbot der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Kandidaten durften bei den Wahlen weiter antreten und bekamen die Stimmen der Arbeiter. Schließlich mußte Bismarck einsehen, daß er auch auf diesem Gebiet gescheitert war. Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß sich die Lebenssituation der Arbeiter Stück für Stück verbessert hat und die Sozialdemokratie von ihren radikalen Zielen abließ (obwohl sie nach wie vor in ihrem Programm standen).

Trotzdem ist unbestreitbar, daß Bismarck größere Erfolge auf dem Gebiet der Außenpolitik als auf dem der Innenpolitik errang. Dafür bewunderten ihn die Deutschen - mit Recht - und natürlich für die Reichsgründung selbst. Als er 1890 von seinem Amt zurücktrat, schlossen sich Bürger zusammen und begannen damit, ganz Deutschland mit Bismarcktürmen, Bismarcksäulen, Bismarcksteinen, Bismarckstatuen zu überziehen. Es gibt wohl keinen Deutschen, dem jemals so viele Denkmäler gewidmet worden sind wie ihm. Wahrscheinlich findet sich auch eins in Deiner Nähe.<<

11.11.2015

BRD: Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

18.11.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>>Das Verhängnis der politischen Parteien

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruption, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: *"Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlete von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen." (Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben

keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)

Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.

Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.

Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.

Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:

"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."

Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der "Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen", also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort *"Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten"* drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar

"Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.

Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.

Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichtersteller des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit* 44/15).

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprenken, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es: "*Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären.*" Die omnipotente Regelungsmaßnahme des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht,

gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.

Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertän* ausführlich behandelt.

Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen. Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauterer Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

21.11.2015

BRD: Die "Schweriner Volkszeitung" (SVZ) berichtet am 21. November 2015: >>Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin

Heute ist Angela Merkel auf den Tag genau zehn Jahre Regierungschefin. Ein Blick auf die Anfänge der heute mächtigsten Frau der Welt.

Der Anruf von Chefredakteur Gerhard Deckl aus Neubrandenburg im Herbst 1998 klang wie ein Scherz. "Ein Vögelchen in Bonn hat mir gezwitschert, wer bei der CDU neuer Generalsekretär wird", raunte der knorrige alte Fuchs, der zuvor viele Jahre Korrespondent in der alten Bundeshauptstadt war. "Die Ändschie!" Unglaublich!

Die unscheinbare Frau aus der Uckermark hatte niemand auf dem Zettel. In die Politik war sie über die Bürgerrechtsbewegung "Demokratischer Aufbruch" und dann als Sprecherin des ersten und letzten frei gewählten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) gekommen. Helmut Kohl, übermächtiger Kanzler der Einheit, holte sie als Familienministerin in sein Kabinett, später war sie für Umwelt zuständig. Und erwarb sich zumindest Respekt mit ihrem Verhandlungsgeschick beim Weltklima-Gipfel im japanischen Kyoto. Höher hinaus aber dachte niemand, vor allem wohl nicht sie selbst.

Rückblick: Merkels Bundestags-Wahlkreis liegt eher zufällig in Vorpommern. Organisiert hatte ihr den Ost-CDU-Zampano Günter Krause, einst DDR-Chefunterhändler zum Einigungsvertrag, später umtriebiger "Sause-Krause" als Bundesverkehrsminister. Ihre Kandidatur vor Ort gegen drei West-Kandidaten eingefädelt hatte jedoch der damalige Landrat Wolfhard Molkentin.

"Ich wurde einem relativ strengen Verhör unterzogen", erinnert sich Merkel später an ihre Vorstellungsrunde in Vorpommern, "das gipfelte darin, daß ich sagen sollte, bei welcher Bodenwertzahl man Zuckerrüben anbaut."

Molkentin wollte sich später nicht mehr an solche Strenge erinnern. "Ich habe sie leicht in den Arm genommen, und habe gesagt: Frau Merkel, wenn Sie vor den Bauern stehen und etwas gefragt werden, dann sagen Sie lieber ehrlich, davon habe ich keine Ahnung, als daß Sie den Menschen etwas vorgaukeln." Bis heute holt sich Merkel ihre Weihnachtsgans vom inzwischen pensionierten Hobby-Landwirt Molkentin.

Um aber die derzeit dienstälteste Regierungschefin Europas heute zu verstehen, lohnt ein Blick zu den Anfängen. "Kohls Mädchen" sollte 1998 plötzlich die Volkspartei managen, die nach 16 Jahren Regierungszeit verschlissen und mit ihrem "ewigen Kanzler" Helmut Kohl ein Wahldebakel erlebt hatte. Der neue Partei- und Fraktionschef Wolfgang Schäuble, Kohls ewiger Kronprinz, holte sich ausgerechnet dessen Zögling Angela Merkel als Generälin - und nicht einen "Parteisoldaten", der sich in üblicher Ochsentour hochgedient hatte.

Notbesetzung, hieß es denn auch in der politischen Männergesellschaft, die bleibt nicht lange. Die ist nur Übergang, bis die Herren sich sortiert haben. Doch denkste! Angela Merkel setzte sich fest und arbeitete beharrlich und akribisch am Neuaufbau der Partei, der angesichts einer dilettantisch gestarteten Rot-Grünen Regierung jederzeit drohte, unvermittelt wieder in Regierungsverantwortung springen zu müssen.

Doch Rot-Grün fing sich. Und fast genau ein Jahr später stürzte die CDU in eine existentielle Krise: Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung

aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingegelt hatten.

Doch trotz dieses Coups und ihrer Spitzenkandidatur zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde sie immer noch nicht von allen für voll genommen. Legendär ist die "ARD-Elefantenrunde", als der gescheiterte SPD-Kanzler Gerhard Schröder in weingeschwängelter Trance sich über ihren Regierungsanspruch lustig machte.

Nun regiert Merkel bereits im zehnten Jahr. Sie konnte dank der rot-grünen Vorarbeiten, vor allem der Agenda 2010, die Ernte einfahren. Andererseits ist unstrittig, daß sie die Weltfinanzkrise für Deutschland erfolgreich managte. In der Ukraine- wie der Griechenland-Krise verschaffte sie sich international gewaltigen Respekt.

Doch nun wächst in der Flüchtlingskrise die Kritik an der Kanzlerin, vor allem in der CDU: 34 Parteifunktionäre verfaßten unlängst einen Brandbrief an die Kanzlerin. "Die gegenwärtig praktizierte 'Politik der offenen Grenzen' entspricht weder dem europäischen oder deutschen Recht, noch steht sie im Einklang mit dem Programm der CDU", hieß es darin. Starker Tobak. Ex-Generalsekretär und CDU-Rebell Heiner Geißler wies die Aufmüpfigen im Oktober öffentlich zurecht: "Hätte sie zuschauen sollen, wie diese Leute in Ungarn verrecken?" Geißler meinte gar: "Angela Merkel hätte den Friedensnobelpreis verdient. Nächstenliebe ist keine Gefühlsduselei und kein Gutmenschentum, sondern eine Pflicht, denen zu helfen, die in Not sind", sagte er in einem Zeitungsinterview.

Während das US-Magazin "Forbes" Merkl einmal mehr zur mächtigsten Frau der Welt kürte, liegt sie in deutschen Meinungsumfragen bei den schlechtesten Werten ihrer Kanzlerschaft. Noch vor wenigen Wochen hatte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig seiner SPD geraten, zur nächsten Bundestagswahl erst gar nicht mit einem Spitzenkandidaten anzutreten.

Momentan ist es auffällig ruhig um Angela Merkel. Mancher Kommentator beschwor schon die "Kanzlerdämmerung" herauf. Sie werden sich wohl wieder täuschen wie viele vor ihnen. Legt man die Erfahrungen zugrunde, dann tut Merkel, was sie immer tat: Sie läßt die Herren aller Ressorts "vortanzen", bis sich Spreu vom Weizen trennt, Loyalität und Apologetentum sich offenbart. Während sie selbst beharrlich internationale Diplomatie zur Bewältigung der Flüchtlings- und der Terrorkrise betreibt. Sorgen um potente politische Konkurrenz muß sie sich nicht machen - weder im eigenen Lager noch bei der SPD.

Sorgen dürfte ihr eher der massive Zulauf für die Rechtspopulisten bereiten. Selbst wenn sie wirklich vorgehabt haben sollte, selbstbestimmt zur Mitte ihrer dritten Kanzlerschaft an einen Nachfolger zu übergeben, so ist sie momentan dazu verdammt, das Zepter in der Hand zu behalten, bis die großen Krisen bewältigt sind. Denn als Verliererin wird sie sich keinesfalls verabschieden wollen.<<

28.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 28. November 2015: >>Merkel zerreißt mit ihrer Politik das Land

Die Flüchtlingskrise spaltet die Deutschen - und sie können darüber kaum miteinander reden. Wohlfeile Helfer-Ethik ersetzt Realitätssinn und Geschichtspolitik vergiftet das politische Klima.

Man erlebt das öfter in diesen Tagen. In der Familie, am Arbeitsplatz oder am Tresen. Da erzählt einer, wie er seine Garderobe aussortiert und noch brauchbare Kleidung in einer Flüchtlingsunterkunft vorbeigebracht hat.

Aha, sagt ein anderer, und wie ist es da so? Voll, sagt der andere. Werden ja auch immer mehr, sagt ein Dritter. Es reicht aber auch langsam, wirft ein Vierter ein - betretene Blicke, Schweigen, Ende des Gesprächs.

Das Thema Flüchtlinge ist ein Gesprächsblocker. Der Meinungs austausch gelingt nur selten, weil er allzu oft zum Haltungswettbewerb mißrät - und weil da gleich ein Verdacht im Raum steht, auf beiden Seiten.

Der eine denkt, der andere halte ihn für zumindest fremdenfeindlich, und der andere tut das oft auch tatsächlich. Und weil es beiden Seiten gleichermaßen peinlich ist, verdächtigt zu werden und zu verdächtigen, fällt man gemein in Schweigen. Und das ist noch die zivilisierte Variante.

Zwei große Lager

Eine solche Alltagserfahrung ist kein Einzelfall. Schenkt man einschlägigen Umfragen Glauben, trennt ein grundsätzlicher Dissens die deutsche Bevölkerung in zwei nahezu gleich große Lager. Die einen befürworten die bislang schrankenlose Flüchtlingsaufnahmepolitik aus vollem Herzen, die anderen hegen dagegen grundsätzliche Vorbehalte.

Ein Gespräch zwischen den beiden Gruppen kommt vor allem deshalb kaum in Gang, weil, so die Umfragen, die Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik fürchten, in die rechte Ecke gestellt zu werden.

Tatsächlich sorgen nicht wenige der Befürworter einer "Willkommenskultur" dafür, daß ihre Kritiker nicht auf moralische Augenhöhe gelangen können: sie werden mit Verweis auf die deutsche Vergangenheit von vornherein diskreditiert.

Die Situation ist also nicht nur stark polarisiert, sie ist zusätzlich kontaminiert durch eine geschichtspolitische Diskursblockade.

Kein Mut, das Asylrecht anzupassen

Das sind keine guten Voraussetzungen, um in einer fundamentalen Frage der deutschen Innen- und Außenpolitik einen dringend notwendigen Konsens zu erzielen. Die Frage, wie diese Diskursblockade in Sachen Flüchtlingspolitik überwunden werden kann, führt zu ihren geschichtlichen Hintergründen.

Die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik ist hierzulande immer noch durch die deutsche Nazi-Vergangenheit bestimmt. Sie gibt in ihrer weltweit einmaligen Unbegrenztheit ein Versprechen, das nicht einlösbar ist.

Das ging so lange mehr oder weniger gut, wie die Asyl- und Zuwanderungsquoten sich in überschaubarem Umfang hielten.

Dem Realitätstest des aktuellen Flüchtlingsandrangs hält dieses Versprechen aber keinesfalls mehr stand. Das weiß im Grunde jeder, aussprechen will das noch immer keine der im Bundestag vertretenen Parteien. Den Regierungsparteien fehlt der Mut, das deutsche Asylrecht endlich realistischen europäischen Standards anzugleichen.

Verdruckste Debatten über Obergrenzen

Die Opposition denkt erst recht nicht daran, weil sie aus taktischem Kalkül das ganze Flüchtlingsprojekt für die Regierung so teuer wie möglich machen will. Manche Aktivisten mißbrauchen Asylpolitik sogar als Werkzeug wirrer globaler Umverteilungskonzepte.

Dabei ist der Widerspruch im Land mit Händen zu greifen. Eine gesinnungsethisch begründete Asylpolitik, so verständlich ihr geschichtspolitischer Hintergrund sein mag, taugt nicht zum Management einer Einwanderungsgesellschaft.

Die Erkenntnis aber wird konsequent beschwiegen. Die Folge sind verdruckste Debatten über Obergrenzen und Kontingente, die allesamt auf unrealistischen europapolitischen Voraussetzungen fußen und deshalb zu gar nichts führen können.

Bevor die Deutschen in ihrer Gesamtheit in der Lage sind, ein fruchtbares Integrationsgespräch mit den Neubürgern aufzunehmen, müssen sie unter sich selbst einen tragfähigen Konsens darüber herstellen. Ein solcher Konsens setzte voraus, das Tätertrauma aus der Nazi-Zeit, welches im Grundgesetz-Asyl-Artikel 16 Gestalt annahm, zu rationalisieren und endlich das uneinlösbare unbegrenzte Aufnahme-Versprechen zurückzunehmen.

Wachsende Politikverweigerung

So wie Schweden seine Asylpolitik derzeit einem Realitätscheck unterzieht und mit Begrenzung der Aufenthaltsgenehmigung und Einschränkung des Familiennachzugs die Nähe zu europäischen Standards sucht. Davon ist die deutsche Politik derzeit noch weit entfernt. Im Ergebnis bedeutet diese Entfernung: Merkels Flüchtlingspolitik überdehnt und zerreißt das Land.

Doch dabei handelt es sich um kein Einzelversagen: Die regierungstragenden Parteien, die ja "zur Willensbildung der Bevölkerung" betragen sollen, sind offenbar mit ihrer internen Willensbildung und taktischen Manövern derart ausgelastet, daß ihr Beitrag bislang schlicht ausbleibt.

In das Vakuum, das mangelnder Realittsinn und vorenthaltene Informationen über die materiell unweigerlichen Konsequenzen der aktuellen Flüchtlingspolitik haben entstehen lassen, drängen radikale und populistische Akteure. Mindestens ebenso besorgniserregend ist die wachsende Politikverweigerung all jener, die weder in der großen Flchtlingskoalition noch in den rechtspopulistischen Wutbrgern eine angemessene Option sehen.

Diese politische Heimatlosigkeit fhrt unmittelbar zu Politikverdrossenheit. Dabei gehört es zu den mitunter tragisch anmutenden deutschen Widersprüchen, daß unsere (einst als Wiedergutmachung an der gesamten Welt gemeinte) Asylgesetzgebung sich nun als global wirkender Flchtlingsmagnetismus erweist - somit das Flüchtlingsproblem, das sie heilen soll, erst mit erschafft.

berfllte Turn- und Messehallen

Bei der geschichtspolitisch bedingten Blockade der öffentlichen Diskussion prallt diese Utopie nun auf die Wirklichkeit überfüllter Turn- und Messehallen.

Das sind keine guten Vorzeichen für die zur Bewältigung der Masseneinwanderung unweigerlich anstehenden Ressourcenumwidmungen. Wenn Ethik auf Wirklichkeit trifft, stellt sich schnell heraus, daß auch die nobelste Haltung keine Wohnungen baut und keine Arbeitsplätze schafft.

Eine Grenzöffnung mag per Order des Kanzleramts durchzusetzen sein. Für die Integration von Millionen Flüchtlingen ist die Befehlsform unangemessen und schlicht falsch. Dafür braucht es den breiten Konsens. Noch gibt es keinen Beweis, daß die derzeitige Zuwanderungspolitik zu schaffen ist.

Kann er aber nicht erbracht werden, hat das Folgen für das Vertrauen der Bürger in die gesamte staatliche Ordnung. Dann scheitert nicht nur die Kanzlerin, dann scheitert, was Deutschland ausmacht und zusammenhält.<<

November 2015

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtet im November/Dezember 2015 (x853/...): >>>**Dschihad und Terror. Ursprung und Entwicklung. Die Anleitung zum Kampf von Abu Bakr Naji**

Marie-Thérèse Kaiser-Guyot

Die Schwierigkeiten des Themas liegen in der Aktualität des Problems, also der fehlenden Distanz, und in den Texten, die nicht immer in europäischen Sprachen zur Verfügung stehen.

Diese Schwierigkeiten wachsen noch, weil meist alles, was unwahrscheinlich, übertrieben oder ungeheuerlich klingt, ausgegrenzt wird. Man versucht nicht zu erkennen, ob die Phänomene zufällige sind oder im Gegenteil solche, die untrennbar mit den Stellungnahmen, Erklärungen, Taten und Bezugnahmen der Akteure verflochten sind.

Wenn ein Islamist sagt, daß er aus religiösen Gründen handelt, dann muß man das ernst nehmen und nachforschen, ob, was er sagt, mit den Texten, auf denen der Islam gründet, und mit seiner Geschichte im Einklang steht. Aber das bedeutet, daß man zugibt, daß der Mensch heute wie gestern ein religiöses Wesen ist. Das zu leugnen, wäre ein folgenschwerer Irrtum.

Auf einem Teil der Gebiete von Irak und Syrien haben die Dschihadisten einen, wie sie es nennen, Islamischen Staat gegründet. Bevor man sagt: unmöglich!, muß man genauestens die Belege, die sie dafür anführen, anschauen und zu verstehen suchen, warum und wie sie handeln: Sind sie eine Bande, vielmehr: Terroristische Räuberbanden? Oder Männer, die ihres guten Rechts ganz sicher sind und ihrer sich daraus ergebenden Pflicht - selbst bei Akten extremer Gewalt, die zielstrebig und systematisch eingesetzt wird? Der Terror als herrschaftsmittel?

Der Begriff des Terrorismus ist allgegenwärtig in allen Reden über sie, ohne Präzisierung, Unterscheidung, Nuancierung und ohne tiefere Überlegung - ein einfaches und politisch völlig korrektes Etikett: Die Dschihadisten sind Terroristen, und damit scheint alles gesagt!

Fragen wir uns: entspricht dieses politisch Korrekte der Wirklichkeit, den Wirklichkeiten? Woher stammt das Wort Terror? Welche Vorläufer, nicht allein der Gewaltherrschaft oder gar der barbarischen Gewalt, sondern auch der gegenwärtigen Formen der Gewalt der Dschihadisten und des Islamischen Staates finden wir in der Geschichte der Menschheit?

"Terreur", das Wort, im politischen Sinne gebraucht, bezeichnet eine Phase der Französischen Revolution (1793/94). Der Terror war nicht aus der Not geboren oder ein geringeres Übel, sondern ein Triumph, verkündet in der Begeisterung für die totale Hingabe an die revolutionäre Idee. Von den Rednerbühnen, auf den Plakaten, in den Propagandablättern, überall pries man seine Helden, deren Radikalismus und Begeisterung.

Was für Ideen haben sie verteidigt, warum und wie? 1789 begann die "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" mit dem wohlbekanntem, aber zu wenig beachtetem Satz:

"Die Nationalversammlung erkennt und erklärt in Gegenwart und unter der Leitung des höchsten Wesens ...". Noch stand man auf dem Boden der Monarchie, aber der Dreieinige Gott und der Segen des katholischen Glaubens und der katholischen Religion waren beiseitegeschoben. Die Ereignisse rollten bald nach ihrer eigenen Logik ab, die zwar nicht immer einfach unter den vielen Ursachen auszumachen ist, aber unabweisbar erscheint.

Es wurde die Republik proklamiert. Am 2. Dezember 1792 wurde der Notstand des Vaterlandes ausgerufen. Machtergreifung und Verurteilungen folgten schnell einander. Die Köpfe rollten einer nach dem andern.

1793: Die Jakobiner sind an der Macht, *Robespierre* steht an ihrer Spitze. Das "Tribunal du Salut public" (Wohlfahrtsausschuß) ist die treibende Kraft der Regierung. Massenweise wurden Adlige, widerspenstige Priester, aber auch vereidigte Priester, ein ganzes Kloster wie das der Karmelitinnen von Compiègne, aber auch alle Verdächtigen, genauso wie solche, die als verdächtig denunziert worden waren, aufs Schafott geschickt und guillotiniert.

Es heißt, der Freund von Robespierre, *Saint Just*, habe den berühmten schlagwortartigen Satz geprägt, der die Atmosphäre gut widerspiegelt: "Keine Freiheit den Feinden der Freiheit". Das heißt übersetzt: keine Freiheit für die Feinde unseres politischen Systems und unserer neuen Religion, die Religion *Voltaires*, der einen tödlichen Haß auf die katholische Religion hatte, die er "l'infame", die ruchlose, nannte und vor der er einen solchen Horror hatte, daß er sie in seinen Briefen nicht einmal mit Namen nannte.

Wer war *Robespierre*? Ein Fanatiker, der stets das Messer im Mund trug, ein Terrorist gierend nach Blut, Macht und Ansehen? Nein, ein kühler, überzeugter Advokat mit einem unerschütterlichen Glauben an seine Sendung. Voltaire und Rousseau waren die Väter seines Glaubens an das höchste Wesen, Voltaire durch seinen der Kirche gegenüber aggressiven Deismus, Rousseau durch seinen sentimentalischen Deismus der "Confession du vicaire savoyard". Robespierre stellte sich deswegen all denen entgegen, die gar keinen Gott mehr anerkannten, wie namentlich die radikalen Anhänger von *Hébert*. Robespierre konnte sich dafür auf die "Erklärung der Menschenrechte" von 1789 berufen.

Aber schon hatte man die Kirche Notre Dame in Paris in einen Tempel der Vernunft verwan-

delt, wo am 10. November 1793 der neue Kult, der Kult der Freiheit, zelebriert wurde. Vier Tage später gibt die Zeitschrift *Journal universel* eine Rede wieder, in der es heißt: "Wollt ihr 500.000 Köpfe? Ihr sollt sie haben. Wir brauchen Sühneopfer für die Tausenden von Republikanern, die ins Grab gestiegen sind".

Schließlich trugen Robespierre und das höchste Wesen den Sieg über die Anhänger von Hébert und die vergöttlichte Vernunft davon, dank des Protokolls und Dekrets vom 7. Mai 1794 über das höchste Wesen.

Laut dem Montagnard *Couthon* sollten das Protokoll und das Dekret über das höchste Wesen, "das wahre Glaubensbekenntnis des französischen Volkes ... in alle Sprachen übersetzt und in der ganzen Welt verbreitet werden". Beim Fest des höchsten Wesens verkündete Robespierre in den Tuileries von seiner Rednertribüne herab: "Der Urheber der Natur hatte die Sterblichen mit einem Band der Liebe und der Glückseligkeit zusammengebunden.

Zugrundegehen sollen alle Tyrannen, die dieses Band zerschnitten haben! Franzosen, Republikaner, an Euch liegt es, die Erde von denen zu reinigen, die sie beschmutzt haben".

Soviel zur Erinnerung an das Wesen der Schreckensherrschaft! Man könnte entgegnen, daß die Menschheit schon immer mit solchen Gewalttaten konfrontiert war, die von den Regierenden ausgeübt wurden, etwa von Nero oder Iwan dem Schrecklichen und vielen anderen, aber nie gab es eine systematische, institutionelle Verankerung des Terrors, um eine Religion durch eine andere zu ersetzen, und eine Regierung, die auf dem Terror beruht.

Nach den allzu offensichtlichen Auswüchsen der Französischen Revolution wurde der politische Terror im 19. Jahrhundert eher zum Mittel der Bekämpfung der bestehenden Institutionen, aber einerseits ohne diese selbst umzustürzen, andererseits ohne ein genügend ausgearbeitetes und vor allem praktisches Programm.

Im 20. Jahrhundert tauchen dann ähnliche Formen des Terrors wie jene von 1794 wieder auf. Nach den Kriegen gegen die Kolonialherren entwickelten die dschihadistischen Bewegungen zunächst punktuelle terroristische Aktionen; im beginnenden 21. Jahrhundert sieht man nun, wie in Syrien und im Irak im Bereich des Islamischen Staates der Terror, vergleichbar dem von 1794, wieder auflebt.

Zwar will dieser Staat eine Wiedergeburt des wahren Islam sein, desjenigen des 7. Jahrhunderts und der arabischen Eroberungen, die das Ergebnis des im Koran definierten und verkündeten Dschihads gewesen wären (auch die Hadithen und die *Sirah* werden aufgeführt, obwohl sie ganz sicher später sind). Zwar hat der Islamische Staat keine unmittelbare Verbindung mit der Revolution von 1789, es sei denn die Schreckensherrschaft gelte als Verbindung - aber dieselben Ursachen bewirken dieselben Folgen.

Was wir in der Phase der "Terreur" während der Revolution gesehen haben, findet sich im Islamischen Staat wieder. Er wirkt dadurch weniger überraschend und weniger unvorhersehbar. Besser verstanden, ist es leichter, sich ihm entgegenzustellen.

Der Jihad im Koran, in den Hadiths und der Sirah

Die Wurzel von *Jihad* bedeutet Anstrengung, Kampf zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam. Der Kämpfer wird mit einem Namen der gleichen Wurzel als *mujahid* bezeichnet. Eine andere Wurzel bedeutet sich in den Kampf werfen, was im allgemeinen mit dem Ausdruck "Weg Gottes" übersetzt wird. Der Ausdruck bezeichnet nicht, wie manche Ausleger wollen, den Weg des geistlichen Kampfes.

Der geistliche Kampf ist eher ein Ersatz für alle, die nicht kämpfen können: Frauen, alte oder kranke Männer. Außerdem gilt: eine Frau oder Frauen und Kinder zu haben ist keineswegs ein Grund, sich dem Engagement des heiligen Kampfes zu entziehen, weil die Frauen und Kinder des im Dschihad getöteten Familienvaters von der muslimischen Gemeinde versorgt werden - und das ist keineswegs ein vages Versprechen.

Die Hilfe in diesem Falle gehört zum gegenseitigen Beistand der Brüderlichkeit, wie sie im

Islam praktiziert wird. Ein gegenseitiger Beistand für die gesamte Menschheit? *Alfred-Louis de Prémare* hat meisterhaft gezeigt, daß die "Charta von Yathrib" (häufig ungeschickt "Verfassung von Medina" genannt) ein "Text ist, von dem wenigstens einige Teile alt sind und gut den ursprünglichen Geist der Bewegung Mohammeds und seiner Gefährten widerspiegeln". In dieser Charta bedeutet das Wort *mumin*, ein Schlüsselbegriff, nicht Muslime, sondern "diejenigen, denen man vertrauen kann."

Prémare hat es deswegen mit "Vertraute" übersetzt. Die Brüderlichkeit hat sich für einen Anhänger Mohammeds also niemals auf die ganze Menschheit bezogen. Heute wie früher gilt sie nur zwischen Mitgliedern der islamischen Gemeinschaft, der *umma*.

Die *umma* umfaßt alle Mitglieder der islamischen Gemeinschaft, selbst wenn die Sunniten die Schiiten ausschließen und umgekehrt, um nur von den beiden größten Richtungen zu sprechen. Die *umma* hat theoretisch immer einen Kalifen an ihrer Spitze. Das Problem des Kalifats verlangte, gerade heutzutage, eine eigene Untersuchung, die aber in diesem Artikel nicht geboten werden kann.

Ein anderer paralleler oder vielmehr ergänzender Begriff betrifft die Aufteilung der Welt in die beiden Zonen *Dar al-islam* und *Dar al-harb*. Im ersten Gebiet herrschen die Religion und die Politik gemäß den Gründertexten des Islam sowie die Scharia, das muslimische Recht in der Form, wie es mehr oder weniger von den verschiedenen muslimischen Rechtsschulen anerkannt ist. Dort herrscht, was der Islam Friede nennt. Um den *Dar al-islam* zu bewahren oder vielmehr auszudehnen, muß die islamische Gemeinschaft zweierlei Arten von Dschihad praktizieren.

Die offensive Art, unter einem Kalifat, ist eine kollektive Aufgabe und bestens strukturiert. Wenn ein Kalif fehlt, übernehmen die *ghasi*, die Glaubenskrieger die Initiative. Die defensive Form greift, wenn der *Dar al-harb*, das Gebiet des Krieges, d.h. der Ungläubigen, ein Gebiet des *Dar al-islam* angreift. Der Herrscher der angegriffenen Region ist dann für die Organisation des Dschihad verantwortlich. Das war der Fall Saladins am Ende des 12. Jahrhunderts, als die Kreuzfahrer kamen, um das heilige Land und die Pilger zu schützen. Und heute?

Beginnen wir mit dem Gestern, d.h. mit der Zeit vor der Wiedererrichtung des mehr oder weniger anerkannten Kalifats, als man den defensiven Dschihad immer radikaler auslegte. Im Zuge des Kampfes und der Siege in der Phase des Antikolonialismus wurde jedweder westlicher Einfluß als Angriff auf *Dar al-islam*, das Gebiet des muslimischen Friedens, betrachtet. Man attackierte die muslimischen Führer als Kollaborateure des Westens, den Schah im Iran oder Anwar as-Sadat in Ägypten.

Rasch ging man vom defensiven zum offensiven Dschihad über, ohne Kalifen, in selbstorganisierten Kleingruppen. Diese haben und hatten nur eine Schranke: den Erfolg, ein Kriterium des Korans. Der Kampf gewann an Heftigkeit. Er nahm sich die Anfänge der arabischen Eroberungen zum Vorbild. Er war indessen immer von der Hoffnung auf ein Kalifat getragen. Der Kalif mußte ein *Ghasi* sein, der imstande war, dem Prophet nachzuzufolgen, wie der Kalif der Abbasiden in ihren Anfängen. Ist das heute schon oder für die Muslime: endlich erreicht? Als Naji schrieb, nach 2001 und vor 2004, scheint er nicht an eine unmittelbare Wiedererrichtung des Kalifats gedacht zu haben. Jedoch erstrebte er sie.

Am 29. Juni 2014, dem ersten Tag des Ramadan, ist der Emir *Abu Bakr al Baghdadi* zum Kalifen proklamiert worden. Er hat den Namen Ibrahim angenommen. Ist er der erwartete Kalif? Das wäre in einer Untersuchung über das Kalifat zu erörtern. Beschränken wir uns hier darauf, in die Korantexte über den heiligen Krieg einzutauchen.

Die Texte zum Dschihad sind über den ganzen Koran verstreut, entsprechend der fehlenden Ordnung der Suren, die, abgesehen von den Suren 1 und 97, regelrechte *composita mixta* sind. Manche Suren enthalten indessen hier und da einen wichtigen Vers oder wichtige Verse zum heiligen Krieg; besonders aufschlußreich sind die Suren 8 und 9. Die Sure 9 wird geradezu

Dschihad-Sure genannt.

Die im Folgenden zitierten Textstellen stammen wegen der leichteren Verfügbarkeit aus der Reclam-Ausgabe des Korans. Eine gute französische Übersetzung ist die von *Denise Masson*. Wir beschränken uns hier auf die bezeichnenden Stellen, die in verschiedenen Suren oft wiederholt werden, ohne diese Wiederholungen und Abwandlungen des Themas innerhalb eines einzigen Verses wiederzugeben.

Sure 2, Verse 190-191: Dschihad zur Ausdehnung und Verteidigung des Islam: "Und bekämpft in Allahs Pfad, wer euch bekämpft: doch übertretet nicht; siehe, Allah liebt nicht die Übertreter. Und erschlagt sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wannen sie euch vertrieben; denn Verführung ist schlimmer als Totschlag."

Sure 4, Verse 95-96: Dem Dschihadist, der im heiligen Krieg stirbt, wird ein anderer, höherer Himmel versprochen, in der Gegenwart Gottes, und nicht bloß die Freuden der anderen, einfachen Muslime. "Und nicht sind diejenigen Gläubigen, welche (daheim) ohne Bedrängnis sitzen, gleich denen, die in Allahs Weg streiten mit Gut und Blut. Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche (daheim) sitzen, erhöht. Allen hat Allah das Gute versprochen; aber den Eifernden hat Er vor den (daheim) Sitzenden hohen Lohn verheißen. Rangstufen von Ihm und Vergebung und Barmherzigkeit; denn Allah ist nachsichtig und barmherzig."

Sure 9: Die Dschihad-Sure genannte Sure und wichtigster Beleg für Naji müßte für diese Arbeit im Grunde ganz zitiert werden; halten wir nur folgende Verse fest:

Vers 29: "Kämpfet wider jene von denen, welchen die Schrift gegeben ward, die nicht glauben an Allah und an den Jüngsten Tag und nicht verwehren, was Allah und Sein Gesandter verwehrt haben, und nicht bekennen das Bekenntnis der Wahrheit, bis sie den Tribut aus der Hand gedemütigt entrichten."

Vers 73: "O du Prophet, streite wider die Ungläubigen und Heuchler und verfare hart mit ihnen. Und ihre Herberge ist Dschahannam, und schlimm ist die Fahrt (dorthin)."

Vers 123: "O ihr, die ihr glaubt, kämpfet wider die Ungläubigen an euern Grenzen, und wahrlich, lasset sie Härte in euch verspüren. Und wisset, daß Allah mit den Gottesfürchtigen ist."

Sure 47, Vers 35: "Werdet daher nicht matt und ladet (sie) nicht ein zum Frieden, während ihr die Oberhand habt; denn Allah ist mit euch, und nimmer betrügt er euch um eure Werke."

Wer auch nur diese wenigen Verse des Korans über den Dschihad kennt, ist in der Lage, der 2004 im Internet erschienenen Anleitung zum Kampf von Abu Bakr Naji entgegenzutreten.

Abu Bakr Naji, *Gestion de la barbarie*

Auf Arabisch im Internet seit 2004 abrufbar, ins Englische übersetzt im Jahre 2006 und online verfügbar, erschien diese Abhandlung 2007 in französischer Übersetzung. Sie dient als Grundlage für die folgenden Zitate. Der Verfasser heißt wahrscheinlich nicht Abu Bakr Naji: Man vermutet, daß mehrere bekannte dschihadistische Theoretiker diesen Namen übernommen haben und daß nicht einer Verfasser war, sondern mehrere Verfasser wirkten. Wie dem auch sei, es ist ein sehr gut ausgearbeitetes, gut durchdachtes und dokumentiertes, wenn auch viele Wiederholungen enthaltendes, in klarer Sprache verfaßtes Werk.

Es ist ein Manifest mit einer echten Beweisführung und gleichzeitig ein Handbuch für das religiöse, ja mystische Leben sowie für die Politik, in dem auch die praktische Erfahrung der Dschihadisten und eine enthusiastische Begeisterung zum Ausdruck kommen. Man kennt den Verfasser zwar nicht, aber man findet in seinem Buch lange Zitate von mehr oder weniger bekannten Autoren, die den Islamisten bekannt sein müssen und die von ihnen als unumgängliche Autoritäten und Beweisstücke betrachtet werden. Einige kurze Zitate aus deren Werken helfen mehr als lange Erörterungen, die Zielrichtung der Schrift von Naji kennenzulernen:

"Die beste Arznei für die, die viel gesündigt haben, ist der Dschihad" (Scheich al-Islam Ibn Tamiyya, 1263-1318). "Wahrhaftig: der Koran offenbart seine Geheimnisse nur jenen, die

sich in den Kampf stürzen mit dem heiligen Buch an ihrer Seite und die in einer Umwelt leben, die jener gleicht, als es gesandt wurde" (Saynid Qutub, 1901-1966).

"Wenn der Terror allgegenwärtig ist, dann unterwerfen sich die Seelen ihrem Schöpfer. ... Das Leben im Kampf ist das Leben, in dem der Gläubige das Beste aus sich herausholt" (Scheich Muhammad al-Amin al-Misri, 1914-1977).

"Den Gesetzen des Krieges und den Interessen des Islam und seines Volkes folgen und all dem, was zur Scharia und zu den Lehren des Lebens von Allahs Boten und seiner Kämpfe gehört, ist zweckmäßiger als sich auf die Meinungen der Menschen zu verlassen" (Ibn al-Qayyin, 1292-1350).

"Die missionarischen Aktivitäten führen zum Irrtum und zerfallen in Stücke, wenn sie nicht aus dem Blut genährt und auf den Schädeln und den Kadavern gegründet sind" (Scheich Abd Allah Azzam 1941-1989).

"Die wahren Führer müssen den Preis bezahlen, die Qualen verkraften, die Wunden ertragen, Opfer bringen, Vater, Brüder und Verwandte verlieren, bis sie wirklich die Größe der Sache, die sie verteidigen, erkennen, die Wahrheit des Glaubens, den sie angenommen haben, und die Ideen, für welche sie sich opfern.

Ohne das gibt es niemals eine tragfähige Grundlage für den Islam" Warum verwendet Naji den Begriff der Barbarei, der Grausamkeit ("savagery" in der englischen Übersetzung)? Er spricht auch von der "Macht der Erniedrigung und Erschöpfung" oder den "Akten der Erniedrigung und beständigen Beunruhigung ... durch den Dschihad." Das ist "eine in den Versen des Korans beschriebene Etappe ... Sie töten und werden getötet" (Anklang an die Sure 9, Vers 111).

Naji erinnert an die historischen Vorläufer dieser Barbarei:

zuerst an Yathrib, ohne allzu sehr dabei zu verweilen, denn er fühlt sich vielleicht unwohl angesichts des rein kriegerischen Charakters der "Charta von Yathrib" und auch angesichts der positiven Rolle, die darin die Juden spielen, die auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Soldaten Mohammeds, weil sie wie diese "Vertraute" waren. Dann spricht er von den Kreuzfahrern, die, sagt er, durch kleine dislozierte Kriegerscharen besiegt worden waren.

Ohne die chronologische Reihenfolge zu beachten, kommt er dann auf eine gut bekannte und gut dokumentierte Erscheinung des 9. Jahrhunderts zu sprechen, die Niederlassung arabischer Krieger bei La Garde Freinet bei Fréjus in der Provence. Für Naji waren die Razzien damals nichts anderes als das gerechtfertigte Eintreiben der *jizya*, der Steuer; die muslimischen Regierungen nahmen und nehmen sich das Recht, sie von den *dhimmis*, den Juden und Christen, zu erheben.

Schließlich gab es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die vorübergehenden sunnitischen Bewegungen im Raume von Indien, Pakistan, Kaschmir und Afghanistan, eine Quelle der Inspiration und eine erste Verwirklichung der Formen des Dschihad, die man in den dschihadistischen Bewegungen dieser Länder im 20. und 21. Jahrhundert feststellt. Allein deren Feind ist ein anderer, einst England, dann die Sowjetunion, dann Rußland, jetzt die Vereinigten Staaten.

Warum hat sich die Idee einer notwendigen Phase der Barbarei in den Köpfen der Führungsgruppen des Dschihad, dem Oberkommando, von dem Naji so oft spricht, festgesetzt? Nach dem Scheitern des Anschlags vom 11. September 2001, von dem die Dschihadisten erhofft hatten, daß ein solcher Schlag die große Feindin Amerika völlig destabilisieren würde, schwenkten die Dschihadisten um und entwickelten neue Strategien:

Einen Zustand der Barbarei zu schaffen und die Mittel, sie in ihrem Sinne zu "verwalten". Bezüglich des 11. Septembers hatten sie sich geirrt. Warum sollten sie nicht dabei sein, sich wiederum zu irren? Übertreibt Naji in seinem Werk nicht oft die Schwäche seiner Feinde?

Für die neue Taktik ist die von den Dschihadisten ausgeübte Gewalt das Schlüsselwort. "Der

Dschihad ... ist nichts anderes als Gewalt, Grausamkeit, Terrorismus, Schreckensherrschaft und Massaker". Im 7. Jahrhundert haben Abu Bakr und Ali Tabib "Menschen lebendig verbrannt"; nach Naji und den *hadiths* haben sie die Situation gut verstanden und richtig gehandelt.

Der theologische Krieg

Auf die Gewalttaten, Grausamkeiten oder Terrorakte brauchen wir hier nicht weiter einzugehen; sie sind Leitmotiv in diesem Buch. Allzu sehr und allzu oft sehen wir, wie sie tagaus tagein in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Wichtiger ist es, den tieferen Ursachen dieser Akte nachzugehen, insbesondere den Beweggründen für jene, die in den Dschihad ziehen. Najis Beweisführung kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

"Zuerst müssen die Muslime den Versuchungen und dem Bösen der Ungläubigen entzogen werden", die sich "mit der Welt und ihrer Lust begnügen", Versuchungen des Alkohols und des Fernsehens zum Beispiel. Ein Missionar hat gesagt, so berichtet Naji: "Es genügt, daß eine einzige Tänzerin am Fernsehen auftritt und schon ist alles, was ich in einem Jahr aufgebaut habe, zerstört. ... Deswegen befiehlt uns die Scharia, diese Zerstreuungen und Ablenkungen zu zerstören".

Denn "nur nach langen Prüfungen kommt Allahs Hilfe". Missionstätigkeit also? Ja, aber allein durch die wahren Missionare; "die Führerschaft muß aus den langen Kämpfen und tiefen Wunden hervorgehen, sonst ist alles verloren". Für einen solchen theologischen Krieg braucht man ein ganz besonderes Hilfsmittel, die Scharia.

Die Scharia

"Unter den Namen, die wir zur Bezeichnung der Scharia haben, ist auch der des Weges Gottes", von dem der Koran spricht. "Kein Zweifel, der Koran führt uns auf den engsten Weg (Sure 17, Vers 9)". "Es gibt keine Verdorbenheit in Allahs Scharia".

Die Scharia macht alle islamischen Bewegungen zu einer "Wesenheit, die sich unter dem Segen der Tat zur Unterstützung der Religion, unter dem Segen, der aus der Beachtung der Scharia fließt, und in Reinheit, Standhaftigkeit und Erhabenheit Stufe für Stufe auf Allah hin bewegt". Derselbe erstaunliche Optimismus gilt für die Regionen, die von Stämmen regiert werden. Naji versichert: "Man kann mit ihren Führern in Kontakt treten, indem man ihnen Geld oder ähnliches anbietet.

Dann, nach einer gewissen Zeit, wenn sich ihre Leute mit den unsrigen vermenget haben und ihre Herz dem Glauben offen stehen, werden ihre Führer sehen, daß ihre Leute nichts anderes mehr akzeptieren als das, was mit der Scharia übereinstimmt. Die Stammessolidarität bleibt natürlich bestehen, aber sie wird zu einer Solidarität der Gläubigen, die ganz anders ist als die sündhafte Solidarität, die die ihre gewesen ist".

Diese Methode, ungeschminkt dargestellt, um die Stammesführer zu gewinnen, ist kein Ausrutscher oder eine Ausnahme bei Naji: "Man muß die Gläubigen dazu bringen, ihr Geld auszugeben, um auf dem Weg Allahs zu gehen, und die Gesetze der Scharia betonen, die als Quelle des Kapitals das Almosen, das Beutemachen etc." bezeichnet. "Eine der wichtigsten Methoden, die Leute zu polarisieren und sie den Reihen des gläubigen Volkes zuzuführen (ist) die Polarisierung durch das Geld ...

Wir geben ihnen etwas Weltliches, um sie dazu zu bewegen, unsere Herrschaft anzuerkennen". Gerade um die Barbarei zu verwalten, "muß man die Herzen der Leute durch Geld vereinigen und die ganze Welt durch die Scharia". Naji geht noch weiter: "Die Politik der Scharia kennt und nutzt den Kapitalismus als eine Art Bindeglied zwischen denen, die sich um das Geld scharen; er ist für manche Gläubige eine Art untergeordneter oder sekundärer Beweggrund". Im übrigen gilt: wenn das Geld fehlt, "wird Allah dank seiner Schätze im Himmel dafür sorgen".

Die Scharia verwirft nicht das Geld, verdammt aber den Wucher. Naji zitiert dazu die Sure 2,

Vers 130: "Treibt keinen Wucher in doppelter Verdoppelung". Der Wucher bleibt ein solcher Greuel, daß in seinem Falle "die Gelehrten der *umma* den Gebrauch des Schwertes billigen". Im übrigen "werden sich die Leute bei ihren Geschäften der Scharia unterwerfen, wenn sie dazu durch freundlichen Druck der Prediger in den Moscheen aufgefordert werden". Daß der Druck immer freundlich ist, kann man bezweifeln. Naji erwähnt indessen in der "Verwaltung der Barbarei" nur selten wie hier die Rolle der Prediger.

Das ist um so erstaunlicher, als von den Theoretikern des Dschihads fast alle mehr oder weniger Prediger sind. Manche ihrer Predigten sind bekannt. Aber vielleicht ist es vorteilhafter, die politische Rolle der Moscheen zu übergehen.

Scharia und Krieg

Ist die Scharia im und für den Krieg nützlich? Ja, auf verschiedene Weise: muß man zum Beispiel ein Geheimnis wahren oder nicht? "Die Scharia legt darauf großen Wert in Bezug auf alles Militärische". Muß man die Bücher des Feindes über die Strategie zur Kenntnis nehmen und beurteilen? Nur wenn sie "mit den Zielen der Scharia übereinstimmen". Muß man rechtfertigen, was als "eine der Prioritäten" der Dschihadisten gilt? Ja, denn der Dschihadist betrachtet "rational ... seine Handlungen im Licht der Scharia und beweist, daß sie zum Segen für diese und für die zukünftige Welt da sind".

Wer hat Recht: die Dschihadisten oder die Muslime, die keinen systematischen Dschihad wollen? Dazu heißt es: "niemand kann einen Satz der Scharia anführen, ... der das dschihadistische Ideal entkräften könnte. Wir sagen nämlich nicht, daß das eine Lösung unter anderen ist, sondern im Gegenteil die Forderung der Scharia".

Die Muslime können deshalb ohne Sorge dem Dschihad beitreten, denn "das Gleichgewicht der Kräfte ändert sich mit der Erlaubnis Allahs in einem Maße, das der menschliche Geist sich nicht einmal vorstellen kann. Die feindlichen Truppen werden vor uns fliehen und keiner ihrer Soldaten wird sich uns entgegenstellen wollen.

Wir werden sehen ..., daß die besten unter ihnen sich uns anschließen wollen, ... wenn wir die Schlüssel finden, ihre Herz zu öffnen und ihren Geist, indem wir das zur Anwendung bringen, was uns Allah gelehrt hat". Wenn der Krieg zu Ende ist, "dann wird das Volk der Gläubigen sanft sein und wir werden den Leuten sagen: Geht, ihr seid frei!" Das utopische Ende klingt wie ein Echo auf die Marseillaise: "Geliebte Freiheit ... die sterbenden Feinde sehen deinen Triumph und unseren Ruhm" oder wie der Refrain der Internationalen:

"Das ist der Endkampf, vereinigen wir uns und morgen wird die Internationale das ganze Menschengeschlecht umfassen". Dann werden "die Opfer und Schrecken, denen die Dschihadisten begegneten, Frucht tragen für die Generationen, die dem Islam in den zukünftigen Zeiten beitreten werden ... Allah hat erlaubt, daß diese Schreckenstaten geschehen, damit unsere Feinde so viele Verbrechen begehen, daß sie unbedingt eine hundertfache Vergeltung verdienen, die Allah ihnen bereiten wird". Diese Vergeltung nimmt alle möglichen Formen des Krieges an: Religionskriege, Konfessionskriege, totale Kriege und Guerillakriege.

Religionskrieg und Konfessionskrieg

Der Religionskrieg, im Prinzip und nach seinem Zweck gesehen, ein theologischer Krieg, "schwingt sein Schwert gegen die Juden und Christen sowie die nicht-arabischen Polytheisten, bis sie sich zum Islam bekehren oder versklavt werden oder bis sie von den Arabern beherrscht werden". Der Satz ist nicht widerspruchsfrei, denn die arabischen Polytheisten, d.h. jene die an den dreieinigen Gott glauben, also die christlichen Araber, müßten eigentlich in Frieden gelassen werden. Sie waren es nicht im Jahre 2004 und sind es noch weniger im Jahre 2015.

Und wer sind die Araber, die herrschen sollen? Hier liegt ein Echo des Korans vor, dessen Eigenheit es ist, in arabischer Sprache und für Araber geschrieben zu sein. Aber das steht im Widerspruch zu der Existenz von nicht-arabischen dschihadistischen Bewegungen, die über

die ganze Welt verstreut sind. Indessen ist und bleibt die religiöse Sprache allein das Arabische unter Ausschluß jeder anderen Volkssprache. heißt das, daß die Anführer der Bewegung alle Araber sein müssen? Das ist durchaus denkbar, denn der Kalif Baghdadi beansprucht laut und deutlich, ein direkter Nachkomme eines Gefährten des Propheten zu sein.

Der Religionskrieg wird um einen *Konfessionskrieg* erweitert, der schwieriger als theologischer Krieg zu deuten ist. Deswegen spricht Naji wenig und möglichst indirekt von dem Gegensatz namentlich zwischen Sunniten und Schiiten. Aber er erinnert daran, daß "Allah mit Abu Bakr, dem Freund und ersten Nachfolger des Propheten zufrieden war, als er die Gefährten aufgerufen hatte, die Abtrünnigen abzuschlachten und zu besiegen, bevor sie an Macht gewannen und kampfbereit waren".

Nun aber sind für die Sunniten die Schiiten die Abtrünnigen und umgekehrt. Naji vermeidet es, sich mit den einzelnen Gruppen anzulegen, bleibt im Unbestimmten und erklärt, daß es in der *sunna* Leute gibt, die seiner Meinung nach Abtrünnige sind. Wenn ein "al-hakim, ... der dafür gesorgt hat, daß die Verfassung des Jemen angenommen wurde, dazu verurteilt worden wäre, niedergemetzelt zu werden, hätte ihm niemand eine Träne nachgeweint". Jetzt ist es zu spät, sagt er, jetzt ist er gefährlich geworden. "Wir bekämpfen einen Glaubensabfall, der vorgibt, der Islam zu sein".

Deswegen greift Naji auch die Muslimbrüder an und die islamische Gruppe Ägyptens: "sie haben vier Fünftel ihrer Kräfte zu Gunsten dessen, was man 'den missionarischen Flügel' nennt, vergeudet ... und haben Positionen bezogen, die mit der Scharia nicht im Einklang stehen"; desgleichen attackiert er Saudi-Arabien.

Er klagt die "unheilstiftenden Scheiche" an, sie hätten die muslimische Welt mit "satanischen Strukturen durchtränkt ... (daher sei) das Böse in seiner ganzen Ausdehnung eingebrochen und ... die islamische Hoffnung gleichsam auf Null geschrumpft". Sie sprächen "in dehnbaren Sätzen", um ihre "Unkenntnis und Feigheit zu verdecken".

Naji prangert auch den Typ des Anführers an, der "fälschlich die *umma* nutzt ... Er läßt sich keinen Augenblick außerhalb seiner klimatisierten Moschee oder außerhalb seines Büros und ohne Ventilatoren blicken".

Trotz der Sprache der Gewalt, die Naji benutzt, um den Kampf gegen die Abtrünnigen zu beschreiben, gleichgültig, ob Taktik oder Überzeugung, betont er, "daß die in den Sekten und im großen Publikum zu schonen seien, die auf den Dschihad hoffen und uns loyal ergeben sind ... Wenn die Verweigerung, Irrtümer anzuerkennen, mehr Verwirrung stiftet als Vorteile schafft, dann muß man eine Entscheidung treffen.

Aber den Irrtümern darf man keine Verbreitung erlauben ... (Man muß statt dessen) eine Medienpolitik und religiöse Propaganda betreiben, die die *umma*, die ganze *umma*, effektiv erreicht, ohne sich in den Komplikationen des Augenblicks, in dem wir unseren schrecklichen Kampf kämpfen, zu verlieren".

Es wird allerdings nicht gesagt, was aus dem Konfessionskrieg wird, wenn einmal der "schreckliche Kampf" vorüber ist. Ein einfacher Blick zurück in die Geschichte des Islam erlaubt es, ohne große Risiken des Irrtums, zu behaupten, daß der Kampf bis aufs Messer zwischen Sunniten und Schiiten, wenn er überhaupt jemals beigelegt werden kann, dann wieder ausbrechen würde.

Totaler Krieg und Guerillakrieg

Totaler Krieg

"Krieg ist Krieg und die Massen müssen sich daran gewöhnen". "Wir werden sehen, daß Millionen von Menschen ganze Regionen verlassen, um aus den Zonen des Kampfes gegen die abtrünnigen Regierungen, die Kreuzfahrer und die Zionisten zu fliehen, wie in Afghanistan und in Tschetschenien". Im Jahre 2004 konnte sich diese Aussage auf das stützen, was in diesen beiden Regionen geschehen war, aber es mußte utopisch scheinen für andere Regionen.

2015 wissen wir, daß es leider keine Utopie gewesen war. Das will nicht heißen, daß verschiedene und besser gezielte Interventionen den Vormarsch der Dschihadisten nicht hätten aufhalten können.

Warum und wie können die Dschihadisten, die überall verstreuten Kleingruppen, behaupten, daß sie einen planetarischen Krieg führen? Warum? "Wir sind eine *umma* und kennen keine Grenzen". Wie? Durch Selektion, Direktiven und Regeln der Kriegsführung. Welche?

Die Antwort auf diese Frage wird nicht nur in der "Verwaltung der Barbarei" gegeben, sondern auch in einem anderen Werk, das übers Internet verbreitet wird, wahrscheinlich auch seit 2004, vielleicht aber erst seit 2005, *L'appel à la résistance islamique globale*, ein Riesenwerk und eine wahre Enzyklopädie des Dschihad, verfaßt von *Setmariam Nasar*, bekannter unter dem Pseudonym *Abu Musal al-Suri*, geboren 1958 in Syrien und öfters als einer der gefährlichsten Terroristen angesehen.

Die beiden Schriften haben die gleiche Tendenz, könnten teilweise vom gleichen Autor stammen. Al-Suri gehört zu der zweiten Generation des Dschihad, der Generation nach dem 11. September 2001. Er kennt sehr gut die taktisch-strategischen Werke der Amerikaner und übernimmt sie, wenn sie ihm nützlich erscheinen, Neuheiten wie der Krieg der vierten oder vielleicht fünften Generation.

Naji entwirft Strategie und Taktik in Form von leicht den Dschihadisten zu vermittelnden Regeln: "Eines der besten Mittel, einen militärisch überlegenen Gegner zu besiegen, besteht darin, ihn militärisch und wirtschaftlich auszutrocknen". Und die Folgerung daraus lautet: "Die wirtschaftlichen Ziele des Feindes anzugreifen ist eine wirtschaftlich und politisch vollwertige Strategie". Ein wichtigerer Grundsatz wird lang und breit kommentiert: "Wenn die regulären Heere sich auf einen Ort konzentrieren, verlieren sie die Kontrolle (über den Rest).

Und wenn sie sich verteilen, verlieren sie ihre Schlagkraft". Man muß deswegen "die Elitetruppen des Feindes zwingen, sich an den Plätzen hoher wirtschaftlicher Potenz zu verbarrikadieren, um diese zu schützen". Weiterer Grundsatz: "Schlagt die Operationsbasen des Feindes mit aller Kraft, mehrmals und mit der höchsten Gewalt, deren ihr fähig seid".

Guerillakrieg

Nach dem Scheitern des 11. September verzichteten die Dschihadisten auf Operationen ähnlichen Ausmaßes, auf die sogenannten "quantitativen Operationen", und zogen ihnen die "qualitativen Operationen vor, die gehaltvoll und medienträchtig" sind. Trotzdem gilt: "Nach den Schlachten und Operationen geringeren Umfangs müssen wir unbedingt unsere Botschaft der ganzen Menschheit verkünden und sie darum bitten, eine Pause einzulegen, um das Ausmaß des Konfliktes zu verstehen.

Wenn wir das tun, können wir sicher sein, daß wir das Feuer des Kampfes schüren und zugleich unsere Botschaft verkünden". Vornehmliche Guerilla-Aktionen sind die Angriffe auf Banken, die Verwendung "von Explosionsstoffen in einer Menge, die nicht nur die Gebäude dem Erdboden gleich macht, sondern sie ganz vom Erdboden verschlingen läßt", die Geiselnahme: "Wenn sich zum Beispiel in einem Erdölförderland ... die Entführung eines Kreuzfahrers als schwierig erweist, kann man mit einem christlichen Araber vorlieb nehmen, der im Erdölbereich arbeitet. Man kann auch einen westlichen Journalisten als Geisel nehmen oder jede Person, die leicht zu entführen ist ...

Hauptsache ist, daß diese Aktion uns in der Medienszene nützt". "Ohne sich anfangs um die beschränkte Anzahl von Operationen zu kümmern, müssen wir in alle Richtungen hin arbeiten". Alles ist also erlaubt, wenn es nur der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden kann; so "muß ein entdeckter Spion so behandelt werden, daß andere abgeschreckt werden, ihn nachzuahmen ...

Man braucht auch keine Bedenken zu haben, falsche Gerüchte auszustreuen, indem man zu verstehen gibt, ein Spion hätte sich in unsere Reihen eingeschlichen ... Selbst wenn die Ge-

rüchte unbegründet und aus der Luft gegriffen sind, verbreiten sie Zweifel und Verwirrung". hier glaubt man *Voltaire* zu hören:

"Lügt und nochmals lügt, es bleibt immer etwas davon haften". Alles, was im Guerillakrieg gemacht wird, muß öfters wiederholt werden, am besten eskalierend. Die Eskalation muß darauf abzielen, "eine lebendige und eine für die Weltöffentlichkeit, für die Massen und für die einfachen Soldaten des Feindes einsichtsvolle Botschaft zu vermitteln, und so bestätigen, daß die Macht der Dschihadisten auf dem Vormarsch ist". Alle diese Aktionen verlangen abgehärtete und in Guerillataktik ausgebildete Männer. Was macht den guten Dschihad-Kämpfer aus, den guten *mujahid*, der alles für den Krieg aufgegeben hat?

Die Dschihad-Kämpfer

Wie bringt man junge Männer dazu, sich freiwillig und tollkühn in solche Kämpfe, in eine Welt voller Schrecknisse und Grausamkeiten zu stürzen? Es ist unmöglich, vor ihnen zu verbergen, was sie erwartet, denn es ist nur allzu bekannt. Es ist ebenso unmöglich, sie nicht den Zweck des Dschihads zu lehren.

"Wenn wir im Dschihad nicht grausam sind, wenn sich unser die Sanftmut bemächtigt, dann ist das ein Faktor, der unsere Kraft unterminiert, die eine Säule der *umma* der Botschaft Mohammeds ist". Man hat den jungen Leuten auch beizubringen, daß, wenn die Dschihadisten zerstören, "dies für die Wahrheit, Gerechtigkeit, für den Sieg der Religion Allahs ist. Und damit Allahs Vergeltung nicht die *umma* treffe".

"Wir kämpfen", sagt Naji, "um die Feinde der *umma* und ihre Agenten zu beseitigen, die den Glauben in den muslimischen Ländern zerstört, ihren Reichtum geraubt und uns in den Zustand der Knechtschaft gestoßen haben". Hier könnte man eine gleichsam mystische Verherrlichung der Selbstmord-Attentate erwarten. Erstaunlicherweise tauchen sie in Najis Werk nie auf. Dagegen ist der Begriff des "Missionssoldaten" besonders betont.

"Es ist ein sehr überzeugender Beweggrund, für einen Menschen sich dafür zu entscheiden, in den Reihen der Glaubensgenossen zu kämpfen und aufrichtig zu sterben", denn "das Praktizieren des Dschihads ... ist einer der höchst segensreichen Akte der Verehrung durch die Diener Allahs, wenn nicht der segensreichste".

Das würde vielleicht nicht genügen, um junge Leute in großer Zahl anzulocken; darum stößt Naji in das Horn aller Aufrufer zum Terror: Es geht um das glorreiche Ende. "Verkündet denen, die sich dem Dschihad anschließen, daß der Große Tag angebrochen ist". Ein fernes Echo der Marseillaise: *Le jour de gloire est arrivé*.

Nach der Rekrutierung werden die Dschihadisten ausgebildet:

"Die wirkliche Rolle der Gewalt und der Grausamkeit muß den jungen Leuten, die sich engagieren wollen, gezeigt werden. Sie sind anders als die Araber der Zeit, als der Prophet seine Mission begonnen hatte. Die Araber dieser vergangenen Zeiten waren Krieger und kannten die Realitäten des Krieges". In der Tat, und sie legten ihrem Vorgehen keine Zügel an. Der junge Dschihadist soll lernen, "daß er niemals gefangen genommen werden darf. Er muß bis zum Tode kämpfen, um der Gefangennahme zu entgehen, und den Kampf in ein Gemetzel unter denen verwandeln, die ihn gefangen nehmen wollen".

Aber nicht alle handeln nach dieser Regel, denn zahlreich sind die nach einer Verhaftung eingekerkerten. Der Dschihadist muß auch "die Einzelheiten der Gesetze kennen, die es erlauben, die Herzen mit Hilfe von Geldzahlungen zu einen". Vor allem aber soll er "Allahs Boten und seine Gefährten nachahmen, die wahren Vorbilder für die *umma* und sein Volk".

Diese Gefährten waren "die beispielgebenden Vorbilder für Geduld, Stärke, Selbstverleugnung, Mut und Demut, zugleich erfüllt von Kraft, Macht und Gerechtigkeit". Wie viel Tugend! Naji geht des längeren auf das arabische Wort ein, das mit Geduld übersetzt wird, das aber auch Aushalten, Ausdauer bedeutet, eine der besonders notwendigen Tugenden.

Ein Kapitel trägt gar die Überschrift: "*La bataille de l'endurance*". Aber die Umsetzung ge-

lingt nicht immer, so bei jenem Dschihadisten, der in einem Hinterhalt überrascht wird und nicht gehorcht und die Papiere, die er hätte zerstören sollen, bei sich behalten hat. Er "sprach den Namen Allahs aus und einige fromme Formeln, und alles ging gut ... (Trotzdem) kann sein sündhaftes Vergehen (und das der anderen) bei einem nächsten Mal die frommen Formeln wirkungslos machen".

Es gibt noch Schlimmeres. "In den Kampfgruppen kann Apostasie entstehen ... Dagegen gibt es nur ein wirksames und machtvolleres Mittel: das Rezitieren des Buches (des Korans) und der *sunna*". Und wenn es nicht wirkt? "Die Dummen - um mit denen zu beginnen, die nicht auf Vordermann zu bringen sind - müssen aus unseren Reihen ausgeschlossen werden". Naji schreibt nicht genauer, wie das geschehen soll.

Die Erziehung zum Dschihad-Kämpfer folgt den in den heiligen Texten des Islam niedergelegten Methoden. Sie umfaßt die Definitionen der von den Dschihadisten gebrauchten Begriffe, denn es gibt zur Zeit eine "Krise der Wörter", weil "die großartigen Ausdrücke Allahs und seines Boten verdorben worden sind". Man hat sie benutzt, "um das Volk davon abzuhalten, sich dem Dschihad zu verschreiben".

"Nehmen wir das Wort Unglaube: Ist es nicht eine Schande, daß Gruppen von Jugendlichen, die jahrelang erzogen worden sind, seinen wahren Sinn nicht kennen?" Erzogen zu werden bedeutet, in den Moscheen der Scheiche und Imame, die Naji als verdorben betrachtet, unterrichtet zu werden.

Der Unterricht umfaßt "die Erziehung durch Geschichten" und die "Erziehung durch Sprüche", Geschichten und Sprüche, "die Allahs Bote seinen Gefährten erzählt hat". Sie finden sich in Überfülle im Koran und in den Hadithen, ohne die Geschichten von Allahs Wundern zu Gunsten seiner Krieger zu zählen.

"Allah ist der Einzige, er, in dessen Händen das Schicksal seiner Knechte liegt ... Wenn er will, kann er den Feind blenden, seinen Arm lähmen, die Kugel zurücklenken ... Unter den zahlreichen Zeugnissen anderer Wunder gibt es das der Riesenspinnen, die die amerikanischen Truppen und ihre Alliierten im Irak angegriffen haben". Selbst in Zeitungen der Ungläubigen soll die Rede davon gewesen sein, "von einer Art Geistern, die auf Seiten der Gläubigen gekämpft hätten, ohne daß die hochspezialisierte Technologie des Feindes ihrer Herr werden konnte".

Vorrangig bleibt indessen "die Erziehung durch Erlebnis". "Die Schreckensereignisse, die den Geist der Leute fesseln und die die Dschihadisten ertragen müssen, und die beispielhafte Festigkeit derer, die das alles bestehen müssen, bewirken, daß in den Herzen der Leute diese Ereignisse besser haften bleiben, als es in hunderten von Jahren ein friedfertiger Unterricht bewirken könnte".

"Die größte pädagogische Provinz ist das Schlachtfeld". Naji preist und lobt die dschihadistische Bewegung wegen dieser Ausbildung, die direkt mit dem Dschihad verbunden ist und "die alle Seiten der Menschenseele betreffen: die siegwillige, die besiegte, die starke, die triumphierende und die schwärmerische.

Der Dschihad verwandelt vollkommen die Persönlichkeit". Diese neu geschaffenen Menschen stehen uns nun als Soldaten vor Augen mit ihrem entsprechenden Verhaltenskodex, als Führer der Bewegung, denn "die politische Leitung, jedenfalls ihr größerer Teil, muß von Kriegern gebildet werden, die unter denen ausgewählt sind, die den politischen Führern beistehen. Diese müssen das Interesse der politischen Dimension erfassen, denn der Kampf ist ihr Kampf, bevor er der Kampf der anderen ist". Sie kennen keine Schranken.

Zusammenfassung: Hoffnung auf das Kalifat, Kampf gegen welche Feinde?

Nach der Lektüre dieses Buches ist der Leser bestens über die Barbarei orientiert, bleibt aber im Ungewissen bezüglich ihrer Verwaltung (*gestion*). Wie die Barbarei herbeigeführt wird, erfährt er, aber was geschieht, wenn sie sich festgesetzt hat? Natürlich ist es einfacher nieder-

zureißen als aufzubauen. Die Geschichte des Islam zeigt es in aller Klarheit, denn nach den arabischen Eroberungen hat er überall die vorhandenen staatlichen Strukturen, ja große Teile der vorgefundenen Kultur übernommen.

Wie sieht es diesbezüglich im Islamischen Staat aus? Wie steht es in der gegenwärtigen Phase mit der Hoffnung auf ein Kalifat? Ist der Kalif Baghdadi der Kalif der ganzen *umma* oder nicht, hat er wenigstens die Hoffnung es zu werden? Haben die Ereignisse Najis Hoffnungen und die vieler anderer nicht schon vor der Zeit erfüllt? Liegen Baghdadis Chancen allein in seiner Person oder ist alles inzwischen reif geworden für ein Kalifat nach Art des Kalifats der ersten Kalifen, der *Rashidun*, der Gefährten Mohammeds? Alle diese Fragen gehen weit über diesen Aufsatz hinaus.

Als sicher festzuhalten ist, daß *Gestion de la barbarie* von Abu Bakr Naji ein kohärentes Bild der Welt und der Glaubensvorstellungen der muslimischen Krieger entwirft, die 2015 mehr noch als 2004, beim Erscheinen des Buches, manche Regionen in die Barbarei geführt haben, begleitet von terroristischen Akten aller Art und fast überall in der Welt oder beinahe. Aber diesem kohärenten Bild fehlt die feste Grundlage. Es fehlt eine gründliche Quellenkritik, die zugleich historisch und exegetisch sein müßte, nicht in dem Sinne exegetisch, wie sie die Hadithen für den Koran praktizieren, sondern im Sinne der Bibelexegese.

Zwei Fragen verlangen nach einer theologisch fundierten Antwort ohne jedes a priori. Wer ist der wahre Gott, Allah der christlichen Araber oder Allah der muslimischen Araber? Hat Gott gezeigt, daß er auf Seiten der Muslime steht, indem er ihnen zu wahrhaft wunderbaren Siegen über ihre Feinde verholfen hat? Anders gesagt: ist Gott der dreieinige Gott der Christen oder der Gott des muslimischen Glaubens, wie die *Shahada* betont:

"Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet". Was die historischen Eroberungen der Araber betrifft, was war an den schnellen Eroberungen des 7. Jahrhunderts auf Kosten allseits geschwächter Mächte so wunderbar? Eine historische Untersuchung der relativ gut bekannten Ereignisse würde hier weiter helfen. Jedenfalls würde die apologetische Deutung der Anfänge der arabischen Eroberungen in sich zusammenfallen.

Es ist politisch nicht korrekt, die Siege der Christen über die Muslime zu erwähnen, doch sei hier an die Schlacht bei Poitiers 732 oder die Schlacht bei Lepanto 1571 erinnert.

In der französischen Ausgabe des Buches steht ein ausgezeichnetes, kurzes Vorwort des Historikers *Jacques Heers*, in dem das Problem der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Islam in der Neuzeit und der Zeitgeschichte aufgerollt wird. Über die kommenden Eroberungen des Islam wird die Zukunft entscheiden. Sicher erscheint, daß es ohne die wahrscheinliche Aussicht auf einen Sieg und ohne die andauernd wiederholte Behauptung einer angeblichen Unterstützung Gottes in einem so gefährlichen Unternehmen unmöglich wäre, zahllose junge Leute zu begeistern und in das Gemetzel zu schicken.

Lassen wir einmal Najis Ansichten über die innerislamischen Auseinandersetzungen beiseite und betonen nochmals, was er über die nicht-islamische Welt sagt. Seine Anschauungen sind durchaus in vielerlei Hinsicht zutreffend: moralische Dekadenz, Verweichlichung, Lustgewinn, Herrschaft der Medien etc. etc. Dagegen kennt er schlecht oder gar nicht die lebendigen Kräfte der westlichen Kultur. Es gibt sie noch, selbst wenn man sie suchen muß und oft geistig und geistlich darum kämpfen muß, daß sie sich zeigen.

In der Kirche zum Beispiel müßten die verbürgerlichten Kleriker und ein Teil der Christen, die ihnen folgen, ihnen ähneln oder ihnen gar den Weg zeigen, aufgerüttelt werden durch eine lehramtliche Unterweisung, durch einen wahrhaft missionarischen Geist und ganz einfach und konkret durch Predigten und Ansprachen wie jene des seligen Kardinal Newman. Dann siegt das, was er für die Gläubigen als wesentlich bezeichnet hat: Ernst und Eifer.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtet im November/Dezember 2015 (x853/...): >>"Als Mann und Frau schuf er sie: Die Herausforderung der Gender-Ideologie"

Während der Familiensynode in Rom (Oktober 2015) sprach Kardinal Sarah bildhaft von zwei apokalyptischen Bestien, welche heute die Kirche bedrohen: die Gender-Ideologie und die Christenverfolger der ISIS. Die erste Sommerakademie des Linzer Priesterkreises, die von Dr. Helmut Prader (als Nachfolger von Dr. Franz Breid) im Sommer 2014 geleitet wurde, befaßt sich mit der Gender-Ideologie.

Das Vorwort des Herausgebers gibt einen kurzen Überblick über die Referate (S. 7-10). Am Beginn der Vorträge steht der Beitrag von Michael Ernst über "Mann und Frau in der biblischen Schöpfungsordnung" (S. 11-36). Die Verfasser beschreibt zunächst die äußere Ordnung des Verhältnisses von Mann und Frau im Alten Testament, die Liebe zwischen den Geschlechtern und die Störungen der Liebesbeziehung.

Die Darlegungen zum Neuen Testament befassen sich mit Jesu Stellung zur Ehe und mit der Haltung des hl. Paulus. Kritische Rückfragen weckt die Behauptung, wonach als Begründung für die eheliche Unterordnung der Frau bei Paulus "nicht eine unabänderliche Naturordnung oder ein ewiger göttlicher Wille erscheint" (S. 30, Anm. 34).

Dies trifft auf die knappen Aussagen des Kolosserbriefes zu, nicht aber auf den vom Autor gleich danach erwähnten Epheserbrief (5, 21-33), der die Aufgabe des Ehemannes als "Haupt" in der Familie mit dem Hinweis auf die Schöpfung verbindet (Genesis 2, 24; Epheser 5, 31; vgl. 1. Korinther 11, 2-16).

Kurz erwähnt wird sodann die "sakramental-symbolische Bedeutung der Ehe" (S. 34-36). Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz bietet anschließend eine philosophische Hinführung zu "Geschlechterdifferenz und Identität" (S. 37-54). Die lobenswerte Bekräftigung der Komplementarität zwischen Mann und Frau ist dabei verbunden mit einigen problematischen Aussagen. Die menschliche Liebe wird in göttliche Höhe enthoben mit der Behauptung: "Liebe schafft überhaupt den, der liebt, und das Gegenüber, das geliebt wird" (S. 49).

Ungenau scheint der Hinweis, wonach das Zweite Vatikanische Konzil "dankenswert die verschiedenen Ehezwecke umgestellt und die gegenseitige Liebe in die erste Bedeutung erhoben" habe (S. 52). Dagegen ist mit der von "Gaudium et spes" in den Fußnoten zitierten Ehe-Enzyklika Pius' XI. "Casti connubii" zu betonen: die spezifische Differenz der ehelichen Liebe (beispielsweise auch gegenüber Beziehungen zwischen Menschen des gleichen Geschlechtes) liegt in der inneren Hinordnung auf die Zeugung von Nachkommenschaft.

Sie erscheint darum als "erster Ehezweck"; diese Rangordnung wird vom Konzil nicht thematisiert, aber auch nicht geleugnet. Die Bedeutung des Nachwuchses zu betonen, scheint gerade angesichts des demographischen Niedergangs Europas unverzichtbar.

Einen hervorragenden Beitrag bietet schließlich der evangelische Philosophieprofessor Harald Seubert, der die Beziehung zwischen "Normativität und Natur" behandelt (S. 55-86). Seubert erinnert bereits zu Beginn an die höchst aktuelle Auseinandersetzung Platons mit den Sophisten, die das Wesen der Dinge als Machwerk des Menschen mißdeuteten. Der platonische Sokrates fragt dagegen nach dem "Wesen, das immer und überall so ist" (S. 56).

Die Tragweite der rationalen Erkenntnis zeigt sich im Ansatz des Heiden Cicero, wonach die Universalität und Ausnahmslosigkeit der "lex aeterna" nicht zu erklären ist ohne den göttlichen Logos (S. 58 f). Eine treffende Zusammenfassung findet sich auch über die Naturrechtslehre des hl. Thomas von Aquin (S. 60-64).

Die Gender-Ideologie, die eine beliebige Konstruierbarkeit des Geschlechtes behauptet, ist im Grunde nichts anderes als Sophistik (vgl. S. 63). Die antike und mittelalterliche Lehre vom Naturrecht ist "bereits zugleich ein Vernunftrecht.

Denn in der Wirklichkeit selbst waltet eine Vernunft" (S. 64). Im Unterschied zur neuzeitli-

chen Konzeption, wonach das Sollen vom Sein getrennt wird, gründet Naturrecht im Sein. Nach Friedrich Marheinecke ist das Naturrecht der Polarstern, der dem Abendland vorausleuchte, dessen Licht aber in der Neuzeit verblaßt sei (S. 66).

Diese negative Entwicklung zeigt sich in der Verdrängung der Wesensfrage durch die Funktionalität und den Hinweis auf die jeweilige Situation. Die Gender-Ideologie ist eine logische Konsequenz dieser Dekadenz, die am Beispiel der Ideen von Judith Butler dargelegt wird (S. 78-82).

An die Stelle des Leibes setzt Butler "semiotische Materialitäten", "die sich jederzeit verändern lassen" (S. 82). "Die Gender-Studien sind wie eine Hydra, die immer weitergehende Ungeheuer mit vielen Köpfen aus sich gebiert" (S. 85). Aufgabe der Zeit ist dagegen die "Anknüpfung an die große naturrechtliche Überlieferung und ihre übergeschichtliche Kraft", die besonders im Lehramt der katholischen Kirche erscheint (S. 85).

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Rede Papst Benedikts XVI. vor dem Deutschen Bundestag, an die Seibert zu Recht erinnert (S. 86). Erstaunlich sind die profunden Ausführungen eines evangelischen Theologen, der selbst anmerkt, daß die Naturrechtstradition im protestantischen Bereich einen "Bruch" erfahren hat durch das Sündenverständnis der Reformatoren und den von Ockham her kommenden Nominalismus.

Er meint aber, daß vor allem durch Melanchthon im deutschen Protestantismus die Lehre vom Naturrecht noch sehr nachhaltig präsent sei, was sich erst im historistisch imprägnierten Neuprottestantismus geändert habe (S. 69, Anm. 100).

Um die Gender-Ideologie zu treffen, ist bereits wichtig die Rückbesinnung auf die humanwissenschaftlichen Grundlagen der geschlechtlichen Prägung. Dies geschieht im Beitrag von Manfred Spreng über "Naturwissenschaftliche Grundlagen für die Zweigeschlechtlichkeit und ihre Bedeutung für gute Kindesentwicklung" (S. 87-114). Klare morphologische Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich bereits im Gehirn (S. 93-103).

Die darauf gründenden psychologischen Tendenzen werden in zwei Tabellen zusammengefaßt, in denen die "Polarität" und "Komplementarität" zum Vorschein kommt (S. 102-104). Kinder, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft aufwachsen, leiden darum im Vergleich zu Kindern in Ehen zwischen Mann und Frau an statistisch signifikant nachweisbaren häufigeren psychischen Störungen (S. 109-113).

Giuseppe Gracia, der Pressesprecher des Bistums Chur, weist auf die heikle Beziehung der Kirche zu den Medien: "Die heutigen Massenmedien und die Kirche: Fehler, Gefahren und Chancen" (S. 115-139). Die "säkularisierte Gesellschaft ... schützt sich vor Kritik, indem kritische Instanzen einfach selber zum Thema gemacht und so lange angeklagt werden, bis sie den Mund halten" (S. 120).

Hinzu kommt die wirtschaftliche Orientierung der Medien, die schon deshalb "kein Spiegel der Wirklichkeit" sein können, wie das Beispiel eines Schweizer Journalisten zeigt, der sich "eine gute Geschichte" nicht zerstören lassen will durch "zuviel Recherche" (S. 121).

Falsch wäre es, die Kirche zu verändern, damit sie in den verweltlichten Medien gut da steht. Zu ändern ist hingegen der Umgang vieler Verantwortlicher in der Kirche mit den Medien (vgl. S. 122). Die Grundspannung zwischen Zeitgeist und Kirche ist zu nutzen: "heutzutage sollten wir uns alle wie Außerirdische fühlen, wenn wir für den Glauben Zeugnis geben ... Denn Außerirdische sorgen immer für Schlagzeilen" (S. 138).

Angesichts der schon von Alexander Mitscherlich 1963 beschriebenen "vaterlosen Gesellschaft", deren Nöte heute noch viel stärker geworden sind, empfiehlt Christof Gaspari die "Wiederentdeckung der Vaterschaft in der vaterlosen Gesellschaft - um den zu finden, von dem alle Vaterschaft ausgeht" (S. 140-153).

Dabei finden sich interessante Forschungsergebnisse zur Bedeutung des Vaters in der Erziehung. Es gibt aber auch theologische Hinweise, die das von der menschlichen Natur her Gege-

bene vertiefen: die Hinwendung des Vaters zum Kind, so wird etwa betont, ist weniger "naturgegeben" als die der Mutter, sondern stammt "aus einer frei getroffenen Entscheidung heraus ...

Sie ähnelt dem Bund, den der Herr mit seinem Volk geschlossen hat. Diese väterliche Zuwendung wird dann zur Brücke, über die das Kind dann schreiten wird, um langsam aus der Symbiose mit der Mutter herauszuwachsen, um den Wert der eigenen Persönlichkeit zu entdecken" (S. 147).

Einen instruktiven Einblick in das Unwesen der Gender-Bürokratie und die Notwendigkeit, der Ideologie auch auf juristischem Wege entgegenzuwirken, bietet Gudrun Kugler: "Die rechtlichen Auswirkungen von Gender und Antidiskriminierung" (S. 154-164). Mut macht etwa das Beispiel des norwegischen Komikers Harald Eia, der die Absurdität der Gender-Bürokratie so gelungen darstellen konnte, daß die Politiker daraus ihre Lektion gelernt haben und die Geldmittel für den Gender-Nonsens gestrichen haben (S. 157). Christen haben in allem eine Chance, "wenn sie als kreative Minderheiten handeln" (S. 163).

"Gender und Ausmaß der Genderideologie" wird dann anschaulich dargestellt von Birgit Kelle (S. 165-184). Dieses fast unglaubliche Sammelsurium von Kuriositäten, die heute etwa die deutschen Universitäten mit Berlin an der Spitze tyrannisieren, konnte sich nur deshalb entwickeln, "weil keiner von uns gesagt hat: Stopp, bis hierher und nicht weiter!" (S. 174)

Für Eltern ist wichtig nicht zuletzt, "im Auge zu behalten, was in den Schulen gelehrt wird" (S. 180).

Dokumentiert sind am Ende auch die Predigten während der Tagung von Bischof Küng und Domkapitular Christoph Casetti (S. 185-192). Während die beiden ersten Vorträge trotz ihrer guten Gesamttendenz einige Schwächen aufweisen, sind die meisten Beiträge eine hervorragende Hilfe für alle engagierten Christen, gegen den Gender-Wahnsinn beherzt und mit guten Argumenten gestärkt vorzugehen.

In der theologischen Fachdiskussion der Gegenwart läßt sich ein geradezu inflationärer Gebrauch des Wortes "Dialog" feststellen. Der interreligiöse Dialog, insbesondere der islamisch-christliche, bildet hiervon keine Ausnahme.

Der vorliegende Sammelband des französischen Forscherehepaares Marie-Thérèse & Dominique Urvoy enthält z.T. ältere, aber auch jüngere Beiträge zu diesem hoch aktuellen Themenbereich, welche allesamt über den schmalen Tellerrand der engeren theologischen Fachliteratur hinausblicken und von besonderer politischer Brisanz für die stark säkularisierte französische Gesellschaft mit einer nicht unbedeutenden und nicht selten aggressiven muslimischen Minderheit sind.

Wenn zwei Partner gleichzeitig monologisieren, entsteht kein Dialog im strengen Sinne des geistigen Austausches. Daher beginnt das Herausgeberpaar zunächst mit der ernüchternden Feststellung einer Asymmetrie bzw. Einseitigkeit des islamisch-christlichen Dialogs im Orient (S. 10), *Prof. Dr. Manfred Hauke.*<<

30.12.2015

BRD: Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtet am 30. Dezember 2015: >>>1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller (CSU) am Mittwoch in München unter Berufung auf das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylbegehrenden") mit.

Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so

das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

UN-Hilfswerk: 3.735 ertranken oder sind vermißt

Damit seien in diesem Jahr mehr als eine Million Menschen über die Mittelmeer-Route geflüchtet. 848.000 kamen in Griechenland an, 153.000 Flüchtlinge landeten in Italien. 3.735 Menschen seien bei der Überfahrt gestorben oder würden vermißt. Damit nahmen mehr als viermal so viele Menschen wie 2014 die Reise über das Mittelmeer auf sich. Fast die Hälfte der Menschen kam laut UN aus Syrien, jeder Fünfte stammte aus Afghanistan, acht Prozent flohen aus dem Irak.

Einen Monat nach dem Gipfeltreffen der EU mit der Türkei reißt der Flüchtlingszustrom über das Meer nach Griechenland nicht ab. Am Mittwoch kamen erneut rund 3.000 Flüchtlinge an Bord von zwei Fähren im Hafen von Piräus an. Sie hätten zuvor von der Türkei hauptsächlich auf die griechischen Inseln Lesbos, Chios und Samos übergesetzt, wie die Küstenwache mitteilte. Täglich kommen fast 3.000 neue Flüchtlinge und Migrantinnen hinzu, wie griechische Medien berichteten.

Überfahrt aktuell besonders gefährlich

Es ist kalt geworden in der Türkei. Dick eingepackt macht sich eine afghanische Familie auf, um mit einem Boot überzusetzen. Es fahren weniger Boote, seit dem Flüchtlingsgipfel von EU und Türkei, abgerissen ist der Menschenstrom aber nicht. Das Wetteramt warnte am Mittwoch, daß eine schlagartige Wetterverschlechterung mit starken Winden und eisigen Temperaturen in der Ägäis bevorstehe. Die Überfahrt werde dann äußerst gefährlich.

Die große Mehrheit der Migrantinnen strebt von Griechenland aus über die Balkan-Route nach Deutschland. Rund 160.000 Flüchtlinge blieben nach Angaben aus München in Bayern, die anderen wurden nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel auf alle anderen Bundesländer verteilt. Müller bekräftigte: "Wir brauchen nun dringender denn je eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung, denn Deutschland kann diese Zugänge nicht dauerhaft schultern."

Genauere Zahl ist unklar

Unter Fachleuten ist umstritten, wie genau das "Easy"-System die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland widerspiegelt. Manche Experten gehen davon aus, daß die tatsächlichen Zahlen noch höher sind, da es wegen der Überlastung der Behörden inzwischen Wochen dauern kann, bis ein Flüchtling registriert wird. Andere glauben, daß die Zahlen niedriger sind, da Mehrfachregistrierungen ebenfalls vorkommen.

Bei dem Sondergipfel hatten die EU und die Türkei einen gemeinsamen Aktionsplan beschlossen, um den Zustrom von Flüchtlingen einzudämmen. Die Europäische Union hat Ankara dafür unter anderem Finanzhilfen in Höhe von drei Milliarden Euro, Visa-Erleichterungen und eine Wiederbelebung des EU-Beitrittsprozesses in Aussicht gestellt.<<

2015

USA: Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtet im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>... (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann ... Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x321/79) = Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5, Seite 79.

x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Feindbild Familie</u> . Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Krieg gegen Rußland</u> . Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x854	https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/ - Oktober 2015.
x855	http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/2-offener-brief-von-generalmajor-deshalb-mu%C3%9F-merkel-zum-wohl-des-volkes-zuruecktreten-a1275056.html - Oktober 2015.
x856	http://www.pi-news.net/2015/09/brief-eines-daenen-an-angela-merkel/ - Oktober 2015.
x876	http://www.heinz-nawratil.de/wikipedia.html - Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x881	http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme/ - Dezember 2016.
x884	http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html - Juli 2019
x933	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html - Juli 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ - Juli 2019
x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail - Juli 2019
x942	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/01/07/die-anglo-amerikanische-lenkung-der-welt-durch-elitenzirkel-die-entstehung-von-chatham-house-und-council-on-foreign-relations/ - November 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ - November 2019
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ - November 2019
x947	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehört-der-islamismus-zum-islam/ - November 2019
x962	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-für-die-westliche-kriegs-strategie/ - November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x967	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflüsse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/ - November 2019
x969	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-vonden-quellen-der-deutschen-kultur/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.004	https://charismatismus.wordpress.com - April 2021
x1.030	https://www.wissensmanufaktur.net/pressefreiheit-wird-nur-noch-simuliert/ - November 2021

x1.031	https://www.wissensmanufaktur.net/verschwiegenes-verharmlostes- - November 2021
x1.067	https://www.menschenrechtsabkommen.de/40-jahre-un-mitgliedschaft-1353/- Januar 2022
x1.084	https://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/chronik/sesamstrasse2167_page-2.html - März 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014